



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE
CUMMISSIUN FEDERALA DA LAS BANCAS

Bulletin

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EB K CFB
EB K CFB
EB K CFB

Sonderheft
Die neuen Eigenmittelvorschriften

Fascicule spécial
Les nouvelles dispositions en matière de fonds propres

Heft / Fascicule 27

1995

Herausgeber Eidg. Bankenkommission
Editeur Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Marktgasse 37, case postale, 3001 Berne
Telefon 031 322 69 11
Téléphone 031 322 69 11
Telefax 031 322 69 26
Téléfax 031 322 69 26

Vertrieb Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
Diffusion Office central fédéral des imprimés et du matériel

3000 Bern/3000 Berne
Telefon 031 / 322 39 08 / 322 39 14 / 322 39 53
Téléphone 031 / 322 39 08 / 322 39 14 / 322 39 53
Telefax 031 / 322 39 75
Téléfax 031 / 322 39 75

Bestellnummer 607.127
Numéro
de commande 607.127

Übersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	5
Erläuterungen zu den neuen Eigenmittelvorschriften	9
Text der revidierten Artikel 11 – 14 BankV	77
Eigenmittelausweis	101

Redaktionelle Anmerkung:

Rechtskraft besitzt ausschliesslich der in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts publizierte Text der Änderung der Bankenverordnung (AS 1995 I 253). Die vorliegenden Erläuterungen basieren auf den Erläuterungen vom 14. Juli 1994, welche die Vernehmlassungsvorlage begleiteten. Wir haben sie an den vom Bundesrat verabschiedeten Verordnungstext angepasst.

Sommaire

Table des matières	125
Commentaire des nouvelles dispositions en matière de fonds propres	129
Texte des articles 11 à 14 OB révisés	201
Etat des fonds propres	227

Remarque de la rédaction:

En ce qui concerne la modification de l'ordonnance sur les banques, seul le texte publié dans le Recueil officiel des lois fédérales (RO 1995 I 253) fait foi. Le présent commentaire est basé sur le commentaire du 14 juillet 1994 qui était joint au projet envoyé en consultation. Nous l'avons adapté au texte de l'ordonnance arrêté par le Conseil fédéral.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Erläuterungen der EBK vom Juli 1995

9

Übersicht	9
1 Allgemeiner Teil	12
11 Bisher geltende schweizerische Eigenmittelregelung	12
12 Internationale Konzepte	14
121 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	15
122 Europäische Union	18
13 Stellung der schweizerischen Vorschriften im internationalen Vergleich	19
14 Anlass zur Revision	20
141 Ausarbeitung von Eigenmittelvorschriften für Effekthändler	20
142 Mängel des bisher geltenden Unterlegungskonzeptes	21
143 Internationale Entwicklungen	22
144 Revision der Rechnungslegungsvorschriften	25
145 Lehren aus der Immobilienkrise	25
15 Werdegang der Ordnungsänderung	26
16 Zielsetzungen der Revision	27
17 Grundzüge der Revision	29
171 Eigenmittelanrechnung	29
172 Eigenmittelanforderungen	31
2 Besonderer Teil:	
Kommentar zu einzelnen Bestimmungen	35
21 Eigenmittelanrechnung	35
211 Grundsätze (Art. 11)	35
212 Kernkapital (Art. 11a)	35
213 Ergänzendes Kapital (Art. 11b)	36
22 Eigenmittelanforderungen	41
221 Grundsätze (Art. 12)	41
222 Risikogewichtung nach Gegenpartei (Art. 12a)	41
222.1 Forderungen mit hypothekarischer Deckung (Ziff. 3.1, 4.1 und 5.4)	41

222.2	Forderungen gegenüber Banken (Ziff. 2.4, 3.2, 3.3, 4.2 und 5.2)	44
222.3	Forderungen gegenüber von der Bankenkommission anerkannten Gemeinschaftseinrichtungen der Banken (Ziff. 2.6)	47
222.4	Forderungen gegenüber Optionen- und/oder Financial-Futures-Börsen (Ziff. 2.7)	47
222.5	Lombardkredite (Ziff. 4.3)	48
222.6	Nachrangige Forderungen (Ziff. 3.4 und 6)	49
222.7	Deckung durch Schuldtitel oder Garantien (Art. 12a Abs. 2)	49
222.8	Bankschuldtitel im Handelsbestand (Art. 12a Abs. 3)	50
223	Risikogewichtung für nicht gegenpartei- bezogene Aktiven (Art. 12b)	51
224	Ausserbilanzgeschäfte	51
224.1	Eventualverpflichtungen und unwider- rufliche Zusagen (Art. 12d)	51
224.2	Termingeschäfte und gekaufte Optionen (Art. 12e)	52
224.3	Aufrechnung/Netting (Art. 12f)	55
225	Darlehens- und Repo-Geschäfte mit Effekten, Edelmetallen und Waren (Art. 12g)	58
226	Emittentenspezifische Ausfallrisikopositionen (Art. 12h)	58
227	Marktrisikopositionen (Art. 12i)	59
23	Abzüge von den erforderlichen Eigenmitteln (Art. 13)	60
24	Konsolidierung (Art. 13a)	61
25	Eigenmittelausweis (Art. 13b)	65
26	Begriffe (Art. 14)	66
27	Datum des Inkrafttretens/Übergangsbestimmungen	68
3	Verhältnis zu internationalen Regelungen	70
31	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht	70

311	Eigenmittelanrechnung	70
312	Eigenmittelanforderungen	70
32	Europäische Union	72
321	Eigenmittelanrechnung	72
322	Eigenmittelanforderungen	72
4	Auswirkungen auf die erforderlichen und anrechenbaren Eigenmittel der Banken	74

Anhänge

I	Text der revidierten Artikel 11–14 BankV	77
II	Eigenmittelausweis	101

Erläuterungen der EBK vom Juli 1995

Übersicht

Unter dem Vorsitz der Bankenkommission erarbeitete eine gemischte Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Bankengruppen, der Effektenhändler, der Treuhand-Kammer, der Schweizerischen Bankiervereinigung sowie der Schweizerischen Nationalbank und des Sekretariates der Bankenkommission einen Entwurf zur Totalrevision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung. Nach vorangegangener Vernehmlassung und Ämterkonsultation wurde der Entwurf am 11. November 1994 dem Bundesrat unterbreitet. An seiner Sitzung vom 12. Dezember 1994 verabschiedete der Bundesrat die neuen Vorschriften und setzte sie auf den 1. Februar 1995 in Kraft (siehe Anhang I).

Anlass zur Revision bildeten die Pflicht zur Schaffung paralleler Eigenmittelvorschriften für Effektenhändler unter dem zukünftigen Börsengesetz, die Mängel des bisherigen direkten Unterlegungskonzeptes, die Anpassung an internationale Entwicklungen und die ebenfalls geänderten Rechnungslegungsvorschriften sowie die Erfahrungen aus der Immobilienkrise.

Die Revision strebt folgende Ziele an: die risikogerechte und vollständige Erfassung der von den Banken getätigten Geschäfte, insbesondere der derivativen Finanzinstrumente; die Gleichbehandlung von Banken und Effektenhändlern für dieselbe Geschäftstätigkeit; die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen im internationalen Geschäft sowie Widersprüchen und fehlender Flexibilität bei Ausserbilanzgeschäften durch einen Systemwechsel von der direkten Unterlegung zur indirekten Berechnungsmethode des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und der EU-Solvabilitätsrichtlinie; die Einhaltung internationaler Mindeststandards in möglichst allen Bereichen und die Aufrechterhaltung beziehungsweise Stärkung der traditionell hohen Eigenmittelquote der Schweizer Banken; eine den unterschiedlichen Grössen und praktischen Bedürfnissen entsprechende Auswahl zwischen einfacheren und komplexeren Berechnungsmethoden.

Wie bis anhin erfassen die Eigenmittelvorschriften hauptsächlich das Kreditrisiko. Die wesentlich komplexere Unterlegung der Marktrisiken, insbesondere auf den Wertschriftenhandelsbeständen, und

die Umsetzung der Ende 1995 erwarteten Empfehlungen des Basler Ausschusses sowie der EU-Kapitaladäquanz-Richtlinie werden Gegenstand einer zweiten Revisionsphase bilden.

Die anrechenbaren Eigenmittelbestandteile werden in Anlehnung an die internationalen Standards unterteilt in das bevorzugte Kernkapital einerseits und im Verhältnis zu diesem beschränkt anrechenbares ergänzendes Eigenkapital andererseits. Nachrangige Schulden können gegenüber dem bisherigen Recht in grösserem Umfang angerechnet werden und stehen neu auch Kantonalbanken mit Staatsgarantie offen, sofern ihre nachrangigen Verpflichtungen von der Garantie ausgeschlossen sind. Hingegen wird die Anrechenbarkeit der Nachschusspflicht von Genossenschaftlern eingeschränkt und für Gemeindeg Garantien ganz aufgehoben.

Das hervorstechendste Merkmal der neuen Eigenmittelanforderungen ist der Systemwechsel zur indirekten Berechnungsmethode, wonach die einzelnen Geschäfte und Positionen zuerst nach ihrem relativen Gegenpartierisiko gewichtet, Ausserbilanzgeschäfte überdies in einer vorangehenden Stufe in den dem Kreditrisiko ausgesetzten Betrag (Kreditäquivalent) umgerechnet werden, und anschliessend die Summe der risikogewichteten Beträge mit einem einheitlichen Satz von 8% eigenen Mitteln unterlegt werden muss. Die Risikogewichtung umfasst die Bilanzaktiven, die in ihr Kreditäquivalent umgerechneten Ausserbilanzgeschäfte, die Netto-Longpositionen bei Effekten sowie die offenen Positionen in Devisen, Edelmetallen und – neu – Waren. Unabhängig der Geschäftsart ist grundsätzlich bei jeder Gegenpartei der gleiche Risikogewichtungssatz anzuwenden. Die Gewichtungssätze werden, unter Beibehaltung der feineren schweizerischen Abstufung, tendenziell an die internationalen Standards angepasst. Dies hat insbesondere eine – aufgrund der Erfahrungen gerechtfertigte – Erhöhung der Unterlegung von Hypotheken auf gewerblichen und industriellen Liegenschaften zur Folge, während für die auch international bevorzugt behandelten Wohnbauten keine Änderung eintritt. Umgekehrt werden Forderungen gegenüber Banken und öffentlich-rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern im Vergleich zur alten Regelung entlastet. Durch Schuldtitel oder Garantien von Dritten gedeckte Forderungen können mit den für

direkte Forderungen gegenüber diesen Dritten anwendbaren Sätzen gewichtet werden; alternativ dürfen Lombardkredite, allerdings unter wesentlich strengeren Voraussetzungen als bisher, mit einem Pauschalsatz gewichtet werden.

Auch im Bereich der Ausserbilanzgeschäfte folgt die neue Regelung bezüglich der Umrechnung in das Kreditäquivalent den international gebräuchlichen Methoden. Dies gilt namentlich für Termingeschäfte und gekaufte Optionen, wo nunmehr – wie schon bezüglich der Klumpenrisiken – wahlweise die risikogerechtere, aber in der Anwendung aufwendigere Marktbewertungsmethode und die primitivere Ursprungsrisikomethode zur Verfügung stehen. Für darlehensähnliche Rechtsgeschäfte wie Securities Lending und Borrowing sowie für Repo-Geschäfte mit Effekten kommen die bereits in einem Rundschreiben der Bankenkommission aufgestellten Regeln zur Anwendung, werden jedoch zusätzlich auf Edelmetalle und Waren ausgedehnt. Ebenfalls auf dieses EBK-Rundschreiben geht die Unterlegung des emittentenspezifischen Ausfallrisikos bei Effekten zurück, welche an die Stelle der blossen Unterlegung des Bilanzaktivums tritt.

Umfassender und präziser geregelt ist schliesslich die konsolidierte Anwendung der Eigenmittelvorschriften auf Bankkonzerne und Finanzkonglomerate.

Die neuen Vorschriften werden sich je nach Geschäftstätigkeit der einzelnen Bank sehr unterschiedlich auswirken. Erste Testläufe und Schätzungen zeigen tendenziell einen Anstieg der Eigenmittelanforderungen namentlich für die vor allem im Hypothekengeschäft engagierten Regionalbanken und Kantonalbanken. Auch die Grossbanken haben wegen ihres bedeutenden Ausserbilanzgeschäftes mit einer Erhöhung zu rechnen, während Börsen-, Vermögensverwaltungs- und Handelsbanken entlastet werden. Für das Raiffeisensystem wirkt sich vor allem die stark verminderte Anrechenbarkeit der Nachschusspflicht der Genossenschafter aus. Im Hinblick auf die für einzelne Banken beziehungsweise Bankengruppen gewichtige Erhöhung des Eigenmittelerfordernisses sehen die Übergangsbestimmungen grosszügig bemessene Anpassungsfristen vor.

Allgemeiner Teil

11 Bisher geltende schweizerische Eigenmittelregelung

Gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. a des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (BankG) haben die Banken dafür zu sorgen, dass zwischen ihren eigenen Mitteln und ihren gesamten Verbindlichkeiten ein angemessenes Verhältnis besteht. In den Art. 11–14 BankV¹ wird diese grundlegende Bestimmung konkretisiert.

Die bis anhin geltenden Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung wurden am 4. Dezember 1989 erlassen.² Als Eigenmittel im Sinne der Bankenverordnung (Art. 11 Abs. 1 aBankV) wurden das einbezahlte Kapital (Grund-, Stamm-, Genossenschafts- oder Dotationskapital; Kapitalkonten und Kommanditsumme bei Privatbankiers), 50% der auf einen bestimmten Betrag lautenden Nachschusspflicht bei Genossenschaften, der verbrieft, bedingungslos übernommene Garantiebetrag von Gemeinden, die Guthaben der unbeschränkt haftenden Gesellschafter bei Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, die offenen Reserven einschliesslich Gewinnvortrag, die stillen Reserven, sofern sie auf einem besonderen Konto ausgeschieden und als eigene Mittel gekennzeichnet wurden sowie nachrangige Darlehen und Obligationenanleihen bis höchstens 25% der eigenen Mittel anerkannt. Von den eigenen Mitteln waren gegebenenfalls ein Verlustvortrag sowie ein ungedeckter Rückstellungsbedarf abzuziehen (Art. 11 Abs. 2 aBankV).

Das Grundkonzept der bisher geltenden Eigenmittelbestimmungen der Bankenverordnung basierte auf den Buchwerten der Aktiven, den Ausserbilanzgeschäften und den offenen Devisen- und Edelmetallpositionen. Ihnen wurden je nach Risiko der Geschäftsart und zum Teil nach Gegenparteikategorie direkt Mindestunterlegungssätze zugeordnet (direkte Berechnungsmethode). Art. 13 aBankV unterteilte die Bilanzaktiven in 12 Risikoklassen (Abs. 1 Bst. a und Abs. 2), die Ausserbilanzgeschäfte in 11 (Abs. 1 Bst. b) und die offenen Positionen in 2 (Abs. 1 Bst. c) solche Klassen. Die Unter-

¹ Die revidierten Ordnungsbestimmungen werden im folgenden mit «aBankV» bezeichnet.

² Die Revision vom 4. Dezember 1989 ist im EBK-Bulletin 19 «Die neuen Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung» ausführlich kommentiert worden.

legungssätze variierten zwischen 0 und 100 %. Ausgehend vom Basisunterlegungssatz von 8 % für Blankokredite an Schuldner, die weder Banken noch öffentlich-rechtliche Körperschaften sind, wurden je nach mutmasslicher Bonität der Gegenpartei oder Risikograd eines Aktivums tiefere (z. B. bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften) oder höhere (z. B. bei Aktien, Beteiligungen) Unterlegungssätze zugeordnet. Die Summe der erforderlichen eigenen Mittel verminderte sich um einen pauschalen Abzug im Umfang von 6 % der Wertberichtigungen und Rückstellungen, die in den sonstigen Passiven bilanziert und zur Abdeckung von Positionen gebildet wurden, für welche eigene Mittel verlangt werden (Art. 13 Abs. 3 Bst. a aBankV). Kantonalbanken, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet, durften zudem einen die Staatsgarantie berücksichtigenden Abzug von 12,5 % der erforderlichen eigenen Mittel vornehmen. Andererseits war es ihnen verwehrt, nachrangige Schulden als eigene Mittel anzurechnen (Art. 13 Abs. 3 Bst. b i. V. m. Art. 11 Abs. 3 aBankV).

Die bisher geltenden Vorschriften waren primär auf die Erfassung des Kreditrisikos, d. h. des Risikos des Ausfalls der Gegenpartei, ausgerichtet. Die Unterlegungssätze orientierten sich nach dem erwarteten Verlust und der Liquidität der jeweiligen Geschäftsart.¹ Das Preis- oder Marktrisiko² wurde von den bisher geltenden Verordnungsbestimmungen nur insofern erfasst, als die offenen Devisen- und Edelmetallpositionen mit eigenen Mitteln unterlegt werden mussten (Art. 13 Abs. 1 Bst. c aBankV). Nicht erfasst wurden die Zinsänderungsrisiken und die offenen Positionen auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Waren. Das Marktrisiko auf Aktien und anderen Beteiligungspapieren wurde nur partiell durch die Unterlegung der entsprechenden Bilanzaktiven erfasst; unterlegt wurde primär das emittentenspezifische Ausfallrisiko auf Beteiligungspapieren als eine Unterart des Kreditrisikos.

Um zu verhindern, dass das gleiche Eigenkapital mehrfach ausgenutzt wird (Mehrfachbelegung des Eigenkapitals, sog. «double gearing»), mussten die Eigenmittelanforderungen auf konsolidierter

¹ EBK-Bulletin 19, S. 15f.

² Unter dem Marktrisiko versteht man die Gefahr der Beeinträchtigung der Vermögens- und Ertragslage einer Bank, wenn sich der Wert eines Finanzinstrumentes aufgrund einer Veränderung der preisbestimmenden Faktoren ändert.

Basis eingehalten werden. Art. 12 Abs. 2 aBankV¹ schrieb vor, dass die Banken konsolidierte Bilanzen zu erstellen haben und dass die Eigenkapitalanforderungen sowohl aufgrund der Konzernbilanz als auch der Einzelbilanz erfüllt sein müssen. Der Konsolidierungskreis umfasste direkt oder indirekt beherrschte, im Bank- oder Finanzbereich tätige in- oder ausländische Unternehmungen und Immobiliengesellschaften. Die Konsolidierungspflicht kann sich indessen auch ohne Kapitalbeteiligung ergeben. Ein Bankkonzern stellt eine wirtschaftliche Risikoeinheit dar, in welcher die Insolvenz eines Gliedes das Vertrauen in den gesamten Bankkonzern erschüttern kann. Eine Konzernbank kann so zur Erhaltung der eigenen Kreditwürdigkeit faktisch gezwungen sein, für die Solvenz der übrigen im Finanz- und Bankbereich tätigen Konzerngesellschaften einzustehen. Das Bundesgericht schützte einen Entscheid der Bankenkommission², worin diese den faktischen Beistandszwang und die Konsolidierungspflicht der Tochtergesellschaft einer nicht dem Bankengesetz unterstellten Holding zugunsten einer Schwestergesellschaft bejaht hatte.³ Nach der bisher geltenden Praxis genügte es für die Zwecke der Eigenkapitalberechnung, die Beteiligungen quotenkonsolidiert, d. h. nach Massgabe der Beteiligungsquote der Obergesellschaft, zu bilanzieren.⁴

12 Internationale Konzepte

Die Eigenmittelvorschriften eines Landes haben einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Konkurrenzfähigkeit seiner international tätigen Banken. Strenge Eigenmittelvorschriften liegen zwar im Interesse der Gläubiger, können aber die Banken im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz stark benachteiligen. Dieses Problem sowie die Sorge um die Bonität und Stabilität des Finanzsystems hat verschiedene internationale Gremien dazu bewogen, die nationalen Regelungen durch gemeinsame Mindeststandards zu harmonisieren.

¹ Die Gesetzmässigkeit dieses Artikels wurde vom Bundesgericht in BGE 108 Ib 80ff. Erw. 3 bejaht.

² BGE 116 Ib 331ff.

³ Vgl. EBK-Bulletin 21, S. 39ff., sowie EBK-Jahresberichte 1989, S. 40ff., und 1990, S. 34 und 35.

⁴ Vgl. Ziff. 4.7 des am 14. Dez. 1994 aufgehobenen EBK-Rundschreibens 78/1 «Konsolidierungs-Richtlinien» vom 17. März 1978.

121 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Im Juli 1988 veröffentlichte der im Rahmen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) tätige Basler Ausschuss für Bankenaufsicht¹ sein Grundlagenpapier «Internationale Konvergenz der Eigenkapitalbemessung und Eigenkapitalanforderungen». Das auch als «Basler Eigenkapitalmodell» oder «Basler Eigenkapitalvereinbarung» (engl.: «1988 Basle Capital Accord») bezeichnete Dokument will durch die Einführung eines einheitlichen Konzeptes zur Messung der Eigenkapitalausstattung und durch das Festlegen eines minimalen Eigenkapitalstandards für international tätige Banken die Bonität und Stabilität des internationalen Bankensystems stärken und die Wettbewerbsverzerrungen zwischen diesen Banken reduzieren. Die an die nationalen Bankaufsichtsbehörden gerichteten Empfehlungen sind zwar völkerrechtlich nicht verbindlich, finden aber bei den nationalen Aufsichtsbehörden und den international tätigen Banken grosse Akzeptanz. Das Eigenkapitalmodell enthält lediglich Minimalstandards bezüglich der Eigenkapitalausstattung und -bemessung international tätiger Banken, die von den nationalen Aufsichtsbehörden verschärft werden können. Die Empfehlungen sollen für Banken auf konsolidierter Basis gelten, unter Einschluss der im Banken- und Finanzsektor tätigen Tochtergesellschaften. Der Mindeststandard sollte von allen international tätigen Banken bis Ende 1992 erreicht werden. Laut einem Untersuchungsbericht des Basler Ausschusses vom Juli 1993 ist dieses Ziel erreicht worden.

Im Vergleich zur bisher geltenden schweizerischen Eigenmittelregelung weist das Basler Eigenkapitalmodell folgende wesentlichen Unterschiede auf:

- Das anrechenbare Eigenkapital wird in zwei Klassen unterteilt: in das Kernkapital und in das Ergänzungskapital. Das **Kernkapital** oder «tier 1-Capital» umfasst das Aktienkapital und die offen ausgewiesenen Reserven. Als **Ergänzungskapital** oder «tier 2-

¹ Der Basler Ausschuss ist ein Gremium von Bankaufsichtsbehörden, der von den Präsidenten der Länder der Zehnergruppe 1975 gegründet wurde. Das Gremium setzt sich zusammen aus hochrangigen Vertretern der Bankaufsichtsbehörden und Zentralbanken aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, den USA und Luxemburg.

Capital», welches maximal 100 % des Kernkapitals beziehungsweise 50 % des gesamten Eigenkapitals betragen darf, werden folgende Elemente anerkannt:

– **Stille Reserven** (analog Art. 11 Abs. 1 Bst. f aBankV)

– **Neubewertungsreserven**

Darunter fallen Reserven, die sich aus der vorsichtigen Neubewertung der Bankgebäude in der Bilanz oder aus der Differenz zwischen den ausgewiesenen, historischen Anschaffungswerten und dem aktuellen Marktwert bei Wertpapieren ergeben. Solche Reserven können zum Ergänzungskapital gerechnet werden, sofern die Aktiven nach Meinung der Aufsichtsbehörde vorsichtig bewertet sind. Der Marktvolatilität und der latenten Steuerbelastung wird mit einem Abschlag von 55 % Rechnung getragen.

– **Allgemeine Wertberichtigungen**

Allgemeine Wertberichtigungen können nur dann als Eigenkapital angerechnet werden, wenn sie nicht zweckgebunden, d. h. nicht bestimmten Aktiva zugeordnet sind. Der Basler Ausschuss ist sich der Problematik bewusst, dass es in der Praxis nicht immer möglich ist, eindeutig zwischen allgemeinen Wertberichtigungen, die tatsächlich verfügbar sind, und den zweckgebundenen Wertberichtigungen zu unterscheiden.

– **Hybride Finanzierungsinstrumente**

Hybride Finanzierungsinstrumente zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalcharakter haben. Sie müssen die in Anhang 1 der Vereinbarung aufgeführten Voraussetzungen erfüllen, um als Eigenkapital anerkannt zu werden. Die Schweiz kennt solche Instrumente bis anhin nicht.

– **Nachrangige Verbindlichkeiten mit fester Laufzeit**

Die Anrechnung dieser Eigenkapitalkategorie, die auch das schweizerische Recht kennt (Art. 13 Abs. 1 Bst. g aBankV), ist auf maximal 50 % des Kernkapitals beschränkt. Die bisher geltende schweizerische Regelung war insofern restriktiver, als nachrangige Schulden nur bis höchstens 25 % der erforderlichen eigenen Mittel anerkannt wurden.

Vom Eigenkapital abgezogen werden neben dem Goodwill (vom Kernkapital abzuziehen) nicht konsolidierte Beteiligungen an Tochterbanken und Tochterfinanzinstituten sowie – nach Ermes-

sen der nationalen Behörden – konsolidierungspflichtige Beteiligungen am Kapital anderer Banken und Finanzinstitute. Diese Regelung kommt in der Wirkung der bisher geltenden schweizerischen Regelung nahe, wonach konsolidierungspflichtige dauernde Beteiligungen, eigene Aktien oder andere von der Bank selbst ausgegebene Beteiligungspapiere sowie die keiner Aktivposition direkt zurechenbaren aktiven Kapitalaufrechnungsdifferenzen mit 100 % eigenen Mitteln zu unterlegen waren (Art. 13 Abs. 1 Ziff. 11.1–11.3 aBankV). Die Regelung des Basler Eigenkapitalmodells ist allerdings insofern strenger, als die Eigenmittelbasis für die Anrechnung von ergänzendem Eigenkapital und das Total der Eigenmittel für die Risikoverteilung kleiner wird.

- Während nach dem bisherigen schweizerischen System die minimale Eigenmittelunterlegung direkt in Prozentsätzen des Buchwertes der Bilanzaktiven, der Ausserbilanzgeschäfte sowie der offenen Positionen erfolgte (direkte Berechnungsmethode), kommt beim Basler Eigenkapitalmodell die indirekte Berechnungsmethode zur Anwendung. Die Aktiven und Ausserbilanzgeschäfte¹ werden zuerst nach ihrem relativen Gegenparteirisiko gewichtet, wobei es 5 Gewichtungssätze (0, 10, 20, 50 und 100 %) gibt. Anschliessend wird die Summe der so gewichteten Geschäfte mit dem einheitlichen Unterlegungssatz von 8 % multipliziert.
- Die Basler Eigenkapitalvereinbarung misst den Sicherheiten, die zur Minderung des Kreditrisikos beitragen, allgemein weniger Bedeutung zu als das bisher geltende schweizerische Recht. Der Basler Ausschuss begründet seine Haltung mit dem Hinweis, dass es angesichts der in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Bankpraktiken bezüglich Sicherheiten und der unterschiedlichen Erfahrung mit der Stabilität des Wertes dinglicher oder finanzieller Sicherung nicht möglich gewesen sei, eine gemeinsame Basis für die allgemeine Anerkennung von Sicherheiten im Gewichtungsschema zu entwickeln.² Kreditsicherheiten werden nur in Form von

¹ Bevor ein Ausserbilanzgeschäft gewichtet wird, muss zuerst das sog. Kreditäquivalent ermittelt werden. Es drückt den Betrag aus, der dem Kreditrisiko ausgesetzt ist (nähere Ausführungen dazu unter Ziff. 224.2).

² Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen, S. 15.

Barmitteln, Hypotheken auf Wohnliegenschaften oder in Form von Wertpapieren, die von OECD-Zentralregierungen oder OECD-Zentralbanken und bestimmten multilateralen Entwicklungsbanken emittiert worden sind, anerkannt.

- Im Vergleich zur bisherigen schweizerischen Regelung wird die Laufzeit von Verpflichtungen grundsätzlich nicht berücksichtigt. Ausnahmen bestehen nur für Verpflichtungen von Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern sowie für die Add-ons bei Terminkontrakten und Optionen.

Das Basler Eigenkapitalmodell bezieht sich zurzeit lediglich auf die eigenkapitalmässige Erfassung der Kreditrisiken. Das geltende Eigenkapitalmodell wird jedoch demnächst auf die Marktrisiken ausgedehnt (vgl. Ziff. 143).

122 Europäische Union

Die Europäische Union hat bis anhin drei Richtlinien verabschiedet, welche für die Eigenkapitalausstattung der Banken besonders von Bedeutung sind: die Richtlinie des Rates vom 17. 4. 1989 über die Eigenmittel von Kreditinstituten (Eigenmittelrichtlinie)¹, die Richtlinie des Rates vom 18. 12. 1989 über einen Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute (Solvabilitätsrichtlinie²) und die Richtlinie des Rates vom 15. 3. 1993 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (Kapitaladäquanzrichtlinie³). Während die Eigenmittelrichtlinie die Frage des anrechenbaren Eigenkapitals regelt, finden sich in der Solvabilitätsrichtlinie Bestimmungen über die Berechnung des erforderlichen Eigenkapitals. Die Kapitaladäquanzrichtlinie regelt sowohl für Banken als auch für Wertpapierhäuser die Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken auf Wertschriftenpositionen im Handelsbestand und auf Währungspositionen sowie die Begrenzung der Klumpenrisiken auf Wertschriften. Diese Richtlinie wird am 31. Dezember 1995 in Kraft treten. Obwohl zum Teil präziser und detaillierter gefasst, sind alle drei Richtlinien stark von Arbeiten des Basler Ausschusses geprägt:

¹ 89/299/EWG, in ABl. Nr. L 124 vom 5. 5. 1989.

² 89/647/EWG, in ABl. Nr. L 386 vom 30. 12. 1989.

³ 93/6/EWG, in ABl. Nr. L 141 vom 11. 6. 1993.

Die beiden Erstgenannten vom Basler Eigenkapitalmodell und die Dritte vom im Januar 1992 zwischen dem Basler Ausschuss und der IOSCO (International Organisation of Securities Commissions) diskutierten Harmonisierungsvorschlag zur aufsichtlichen Behandlung von Marktrisiken¹ (nähere Ausführungen dazu unter Ziff. 143). Der wesentlichste Unterschied zwischen dem Basler Eigenkapitalmodell und den drei EU-Richtlinien liegt darin, dass sich letztere nicht nur auf international tätige Banken, sondern grundsätzlich auf alle im EU-Raum tätigen Banken beziehen.

13 Stellung der schweizerischen Vorschriften im internationalen Vergleich

Die schweizerischen Eigenmittelanforderungen sind traditionell hoch und nach landläufiger (schweizerischer) Einschätzung – nicht zuletzt wegen der restriktiveren Eigenmittelformulierung – strenger als die ausländischen. Die hohen Eigenmittelanforderungen haben zweifellos zum guten Image des Finanzplatzes Schweiz beigetragen. Die gängige Meinung, wonach die schweizerischen Banken die höchste Eigenkapitalausstattung aufweisen, ist aufgrund der neueren Erhebungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht über die Eigenkapitalquoten der wichtigsten international tätigen Banken der Mitgliedländer indessen in Frage zu stellen. Laut der letzten (nicht veröffentlichten) Untersuchung nehmen die in den Vergleich einbezogenen schweizerischen Grossbankkonzerne Ende 1993 zwar einen guten Rang, jedoch keine Spitzenstellung mehr ein. Bei der am Kernkapital gemessenen Eigenkapitalquote, der zweifellos eine vorrangige Bedeutung zukommt, befinden sich die schweizerischen Banken dagegen noch in der Spitzengruppe. Bei der Interpretation von Vergleichszahlen ist zwar, wie der Basler Ausschuss selber hervorhebt, aus einer Reihe von Gründen (z. B. unterschiedliche Rechnungslegungsvorschriften oder divergierende Interpretationen der Empfehlungen des Basler Ausschusses) Vorsicht geboten. Aus schweizerischer Optik ist jedoch immerhin der Schluss zu ziehen, dass sich die Eigenkapitalquoten der Banken der übrigen Länder innerhalb der letzten Jahre im Vergleich zur Schweiz überproportional erhöht haben. Es besteht jedenfalls kein Anlass, aus Gründen der

¹ EBK-Jahresbericht 1992, S. 50.

Wettbewerbsgleichheit die Eigenkapitalanforderungen für schweizerische Banken generell zu senken. Im Hinblick auf die zentrale Rolle der Eigenmittelvorschriften im schweizerischen Aufsichtssystem ist im Gegenteil eine tendenzielle Verstärkung der Eigenmittelbasis durchaus erwünscht.

14 Anlass zur Revision

Folgende Tatsachen begründen die Revisionsbedürftigkeit der bisher geltenden schweizerischen Eigenmittelvorschriften: 1. Ausarbeitung von Eigenmittelvorschriften für Effekthändler, 2. Mängel des geltenden Unterlegungskonzeptes, 3. Anpassung an internationale Entwicklungen, 4. Revision der Rechnungslegungsvorschriften und 5. Lehren aus der Immobilienkrise.

141 Ausarbeitung von Eigenmittelvorschriften für Effekthändler

Das Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz; BEHG) wurde von den Eidg. Räten am 24. März 1995 verabschiedet. Es dürfte aller Voraussicht nach im Sommer 1996 in Kraft treten. Art. 12 Abs. 1 BEHG hält fest, dass der Effekthändler über ausreichende Eigenmittel verfügen muss. Absatz 2 der Bestimmung überträgt dem Bundesrat die Aufgabe und die Kompetenz, entsprechende Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Der Bundesrat bestimmt zudem, «inwieweit auch die Banken über diesen Mindestbetrag verfügen müssen». Unter dem Begriff «Mindestbetrag» ist nicht etwa das Anfangs- beziehungsweise Mindestkapital im Sinne der Bewilligungsvoraussetzungen von Art. 10 Abs. 2 Bst. b BEHG zu verstehen, sondern die aufgrund des Effektengeschäfts erforderlichen Eigenmittel.¹

Der Grundsatz «gleiche Geschäfte, gleiche Risiken, gleiche Regeln» beziehungsweise die Rechts- und Wettbewerbsgleichheit zwischen Banken und Effekthändlern gebietet es, dass die im Wertpapiergeschäft tätigen Banken und Effekthändler grundsätzlich die gleichen Eigenmittelvorschriften zu befolgen haben, unabhängig davon, ob sie nun dem Bankengesetz oder dem Börsen-

¹ Vgl. Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel vom 24. Februar 1993, BBl 1993 I 1406.

gesetz unterstehen. Ein Harmonisierungsbedarf ist auch deshalb gegeben, weil die Banken für ihr Effektingeschäft dem Börsengesetz unterstehen und nicht gleichzeitig unterschiedliche Regeln befolgen können. Die bisher geltenden Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung waren wie erwähnt hauptsächlich auf die Erfassung der Kreditrisiken ausgerichtet. Die Marktrisiken wurden nur unvollständig erfasst. Insbesondere fehlten risikogerechte Vorschriften bezüglich der Eigenkapitalunterlegung von offenen Positionen in Schuldverschreibungen und Aktien, die für im Wertpapiergeschäft tätige Banken und Effekthändler von herausragender Bedeutung sind. Es mussten also einerseits die Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung im Hinblick auf die Erfassung und Unterlegung der Kredit- und Marktrisiken revidiert beziehungsweise ergänzt und andererseits parallele Verordnungsbestimmungen zum Börsengesetz entworfen werden.

142 Mängel des bisher geltenden Unterlegungskonzeptes

Die bisher geltenden Unterlegungssätze basierten auf den Risiken der jeweiligen Geschäftsarten, welche ihrerseits im wesentlichen von der Bonität der jeweiligen Gegenpartei abhängig waren. Im Unterschied zu den Bilanzgeschäften wurde bei den Ausserbilanzgeschäften nicht nach Art der Gegenpartei (öffentlich-rechtliche Körperschaften, Private etc.) differenziert, sondern es gelangte in der Regel ungeachtet der jeweiligen Bonität der Gegenpartei immer der gleiche Unterlegungssatz zur Anwendung. Beispielsweise mussten ungeachtet der Art der Gegenpartei Forderungen aus festen Termingeschäften in Wertpapieren, Edelmetallen und Waren stets mit 0,3 % eigenen Mitteln unterlegt werden (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 aBankV). Die fehlende Differenzierung konnte teilweise sogar zu unlogischen Resultaten führen. Beispielsweise waren nicht in Anspruch genommene ungedeckte, unwiderrufliche Kreditzusagen generell, also auch gegenüber einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, mit 4 % eigenen Mitteln zu unterlegen, wogegen das direkte Kreditgeschäft mit dieser Gegenpartei nur mit 2 % eigenen Mitteln unterlegt werden musste. Der Mangel der fehlenden Kohärenz zwischen den Unterlegungssätzen für Bilanzgeschäfte und denjenigen für Ausserbilanzgeschäfte hätte bei Beibehaltung des bisherigen Systems nur behoben werden können, indem für jedes Ausser-

bilanzgeschäft nach Art der Gegenpartei differenzierte Unterlegungssätze eingeführt worden wären, was die Anzahl der Unterlegungssätze beträchtlich erhöht hätte. Die Einführung neuer Unterlegungssätze hätte einen anderen wesentlichen Mangel der direkten Unterlegungssätze bei Ausserbilanzgeschäften, die Starrheit der Unterlegungssätze beziehungsweise die fehlende Berücksichtigung der Marktentwicklung von einzelnen Termingeschäften und Derivaten und damit der effektiven Risikosituation bei diesen Geschäften, jedoch auch nicht beheben können. Feste Unterlegungssätze können von ihrem Wesen her modernen Risikobemessungsmethoden wie der Marktbewertungsmethode (vgl. Ziff. 224.2) nicht Rechnung tragen.

Die bisher geltenden Unterlegungsvorschriften nahmen im weiteren nicht auf die Bonität des hinter einer Deckung (einschliesslich Garantien und Bürgschaften) stehenden Dritten Rücksicht, was zu stossenden Widersprüchen und Ungereimtheiten führte. So mussten nach bisher geltender Regelung Forderungen, die durch Wertschriften oder Garantien einer OECD-Zentralregierung gedeckt sind, höher unterlegt werden (6 %) als direkte Forderungen gegenüber dieser Zentralregierung (2 % beziehungsweise 4 %), obschon das Kreditrisiko in beiden Fällen gleich hoch ist. Ebenso mussten Forderungen gegenüber Banken aus Nicht-OECD-Ländern, welche durch öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Banken aus OECD-Ländern garantiert werden, zu 8 % unterlegt werden und nicht zu den Unterlegungssätzen für Direktforderungen gegenüber diesen Garanten (2 %, 4 % beziehungsweise 6 %).

143 Internationale Entwicklungen

Die Eidg. Bankenkommission hat bereits anlässlich der letzten Revision vom 4. Dezember 1989 darauf hingewiesen, dass einer weiteren Revision der Eigenmittelvorschriften die vollständige Erfassung der Marktrisiken vorbehalten sein müsse, falls auf internationaler Ebene hierfür überzeugende Konzepte entwickelt würden.¹ Diese Konzepte liegen mittlerweile vor. Der Basler Ausschuss und die Europäische Union haben entsprechende Vorschläge beziehungsweise Richtlinien veröffentlicht.

Im April 1993 veröffentlichte der Basler Ausschuss sein Konsultationspapier über die aufsichtliche Behandlung von Marktrisiken und schickte es über die jeweiligen nationalen Bankaufsichtsbehörden bei den Marktteilnehmern in die Vernehmlassung.¹ Der Basler Ausschuss schlägt in diesem Konsultationspapier vor, für offene Positionen in Schuldverschreibungen und Aktien im Handelsbestand der Banken sowie in Devisen und Edelmetallen besondere Eigenkapitalanforderungen einzuführen. Unter dem Handelsbestand (sog. Trading-Book) versteht der Basler Ausschuss – vereinfacht ausgedrückt – Eigenpositionen der Banken in Finanzinstrumenten, die nur auf kurze Sicht gehalten werden, einschliesslich Positionen in derivativen Finanzinstrumenten. Die Wertpapiere im Anlagevermögen der Banken sollen weiterhin den derzeit gültigen Bestimmungen der Eigenkapitalvereinbarung über das mit der Gegenpartei verbundene Kreditrisiko unterliegen. Die Bankenseite kritisierte im breit angelegten Vernehmlassungsverfahren primär den Umstand, dass die vorgeschlagenen Standardmethoden mit den zum Teil genaueren bankeigenen Risikomessungssystemen nicht kompatibel seien und dadurch ein nicht zu rechtfertigender Mehraufwand für die Banken entstünde. Der Ausschuss verschloss sich dieser Argumentation nicht und entschied, die Zulassung bankeigener Risikomessungssysteme für die Eigenmittelunterlegung als Alternative zu den Standardmethoden zu prüfen und anschliessend erneut eine kurze Vernehmlassung bei den Banken durchzuführen.² Im April 1995 veröffentlichte er seine geänderten Vorschläge³ und setzte sie bis Ende Juli 1995 in Vernehmlassung. Die definitiven Empfehlungen bezüglich der eigenkapitalmässigen Erfassung des Marktrisikos werden auf Ende 1995 erwartet und sollen bis Ende 1997 von den jeweiligen Behörden ins nationale Recht umgesetzt werden.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Konsultationspapiers über die aufsichtliche Behandlung von Marktrisiken stellte der Bas-

¹ Vgl. EBK-Jahresbericht 1993, S. 66ff.

² Vgl. EBK-Jahresbericht 1994, S. 77f.

³ Das Vernehmlassungspaket besteht aus folgenden drei Papieren: (1) Vorschlag für eine Ergänzung der Basler Eigenkapitalvereinbarung zur Erfassung des Marktrisikos (Begleitnotiz); (2) Geplante Ergänzung der Eigenkapitalvereinbarung durch die Marktrisiken (Text-Entwurf); (3) Eigenkapitalunterlegung des Marktrisikos auf der Basis interner Modelle (Diskussionspapier).

ler Ausschuss seine Vorschläge zur aufsichtlichen Anerkennung des Netting bei der Eigenkapitalberechnung und zur Entwicklung eines Messsystems beim Zinsänderungsrisiko vor. Im letztgenannten Konsultationspapier über das Zinsänderungsrisiko will der Basler Ausschuss nicht Eigenmittelvorschriften, sondern ein Messsystem einführen, welches sich auf alle nicht im Handelsbestand gehaltenen zinsabhängigen Aktiven, Passiven und Ausserbilanzpositionen auswirkt. Im Konsultationspapier über das Netting wird festgehalten, unter welchen Bedingungen die Aufrechnung von Kreditrisiken aus Termingeschäften und Derivaten im Rahmen der Basler Eigenkapitalvereinbarung zugelassen werden soll. Nebst dem Netting durch Novation werden auch andere Arten des bilateralen Netting anerkannt, sofern sie bestimmten Mindestanforderungen genügen. Die Zulassung des multilateralen Netting wird vom Basler Ausschuss noch geprüft. Während der Vorschlag des Basler Ausschusses bezüglich der Messung des Zinsänderungsrisikos von Bankenseite stark kritisiert und vom Basler Ausschuss deshalb vorläufig zurückgestellt wurde, konnten die Empfehlungen zur aufsichtlichen Anerkennung des bilateralen Netting aufgrund des positiven Echos in der Vernehmlassung im Juli 1994 bzw. April 1995¹ definitiv verabschiedet werden. Sie bilden nun Teil der Basler Eigenkapitalvereinbarung.

Die Europäische Union hat am 15. März 1993 die Richtlinie über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (Kapitaladäquanzrichtlinie) erlassen.² Sie basiert im wesentlichen auf dem gescheiterten Harmonisierungsvorschlag des Basler Ausschusses mit der IOSCO. Die Kapitaladäquanzrichtlinie ist früher verabschiedet worden als die beabsichtigte Ergänzung der Basler Eigenkapitalvereinbarung mit Eigenmittelvorschriften für Marktrisiken, weil die Europäische Union im Hinblick auf die Verwirklichung ihres Binnenmarktes zu einem vorläufigen Abschluss gelangen musste. Sie ist jedoch mit einer Klausel versehen, die die

¹ Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, Basler Eigenkapitalvereinbarung: Behandlung des potentiellen Engagements aus nicht bilanzwirksamen Positionen, April 1995. Nebst dem Wortlaut der Änderung vom Juli 1994 über die Anerkennung des bilateralen Netting bei der Berechnung des aktuellen Risikoengagements werden Nettingeffekte bei der Berechnung der Add-ons anerkannt und die Matrix der Add-ons erweitert.

² Vgl. EBK-Jahresbericht 1992, S. 50f.

Anpassung an eine später erreichte Harmonisierung in anderen internationalen Gremien vorbehalten. Am 27. April 1994 veröffentlichte die EU-Kommission schliesslich ihren «Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 89/647/EWG des Rates im Hinblick auf die aufsichtliche Anerkennung von Schuldumwandlungsverträgen und Aufrechnungsvereinbarungen (Vertragliches Netting)» (vgl. Ziff. 224.3).

144 Revision der Rechnungslegungsvorschriften

Im Frühjahr 1992 wurde von der Bankenkommission eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. oec. Max Boemle mit dem Auftrag eingesetzt, die geltenden Rechnungslegungsvorschriften (Art. 23–25 BankV und Anhang II BankV) zu überarbeiten. Die Expertenkommission schloss ihre Arbeiten im April 1994 ab. Nach durchgeführtem Vernehmlassungsverfahren verabschiedete der Bundesrat am 12. Dezember 1994 die neuen Rechnungslegungsvorschriften und setzte sie auf den 1. Februar 1995 in Kraft.¹

Da die bisher geltenden Eigenmittelvorschriften vom System der direkten Berechnungsmethode und der Terminologie her weitgehend an die Rechnungslegungsvorschriften anknüpften, hatte dies zur Folge, dass auch die Eigenmittelvorschriften revidiert werden mussten.

145 Lehren aus der Immobilienkrise

Das Hypothekengeschäft der Schweizer Banken galt während Jahrzehnten als ausgesprochen konservativ und risikoarm, von einzelnen verunglückten Tourismusprojekten abgesehen. Dementsprechend wurde auch die deutlich unter den internationalen Mindeststandards liegende Eigenmittelunterlegung der grundpfandgesicherten Forderungen als ausreichend betrachtet. Nach einer Phase der überbordenden Spekulation am Immobilienmarkt traten jedoch ab 1989 mit dem markanten Anstieg des Zinsniveaus, verstärkt durch die Wirkung der dringlichen Bundesbeschlüsse im Bodenmarkt, vor allem bei Bauland, gewerblichen und industriellen Objekten ein starker Preiserfall und eine Erlahmung der Bautätigkeit ein. Der Preis-

¹ Vgl. EBK-Jahresbericht 1994, S. 21f., sowie EBK-Bulletin 26 «Die neuen Rechnungslegungsvorschriften».

zerfall und die Erlahmung der Bautätigkeit wurden begleitet durch Insolvenzen zahlreicher Immobilien-Promotoren. Der Einbruch am Immobilienmarkt hatte für die Banken einen hohen Wertberichtigungsbedarf zur Folge. Betroffen waren insbesondere jene Institute, welche im Hypothekargeschäft die klassischen Belehnungsgrundsätze missachteten, einer kongruenten Refinanzierung und einem gesunden Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital zu wenig Beachtung schenkten sowie die belehnten Liegenschaften zu wenig gründlich prüften beziehungsweise die Verkehrswerte zu hoch ansetzten. Selbst bei Anwendung der banküblichen Sorgfaltsmassstäbe stieg der Wertberichtigungsbedarf bei allen im Hypothekargeschäft tätigen Banken erheblich an und zog damit insbesondere die Regional- und Kantonalbanken in Mitleidenschaft.¹ Aus der gestiegenen Volatilität der Immobilienpreise, der damit grösser gewordenen Risiken im Hypothekargeschäft und aus den festgestellten Bewertungsproblemen galt es nunmehr die Konsequenzen durch eine differenzierte Erhöhung der Eigenmittelunterlegung zu ziehen.

15 Werdegang der Verordnungsänderung

Im Juni 1993 wurde eine gemischte Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Bankenkommission mit dem Auftrag eingesetzt, gemeinsame Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften für Banken und Effekthändler auszuarbeiten. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter aller Bankengruppen, der Effekthändler, der Treuhand-Kammer, der Schweizerischen Bankiervereinigung sowie der Schweizerischen Nationalbank und des Sekretariates der Bankenkommission an.² Die Revision erfolgt in drei Etappen. In einer ersten, nun abgeschlossenen Etappe wurden die bestehenden Eigenmittelanforderungen für Kreditrisiken auf die indirekte Berechnungsmethode gemäss dem Basler Eigenkapitalmodell und der EU-Solvabilitätsrichtlinie umgestellt und die notwendigen Korrekturen bei einzelnen Unterlegungsätzen vorgenommen. In einer zweiten Phase befasst sich die Arbeitsgruppe seit dem Herbst 1994 mit der Revision der geltenden Risikoverteilungsvorschriften für Banken beziehungsweise mit der

¹ Vgl. EBK-Jahresberichte 1991, S. 14ff.; 1992, S. 13ff. sowie 1993, S. 14ff. und 56ff.

² Vgl. EBK-Jahresbericht 1993, S. 37ff.

Ausarbeitung entsprechender Vorschriften für Effekthändler. In der dritten, im September 1995 beginnenden Etappe werden schliesslich die erwarteten definitiven Empfehlungen des Basler Ausschusses bezüglich der Unterlegung der Marktrisiken (vgl. Ziff. 143) ins nationale Recht umgesetzt. Diese Vorschriften dürften Ende 1997 in Kraft treten.

16 Zielsetzungen der Revision

1. Primäres Ziel der Revision ist nicht eine Erhöhung oder Senkung des Eigenmittelgesamterfordernisses, sondern die risikogerechte und vollständige Erfassung der von den Banken getätigten Geschäfte, insbesondere der derivativen Finanzinstrumente. Indirekt sollen die Eigenmittelvorschriften auch eine Steuerungsfunktion erfüllen, indem risikomindernde Geschäfte und Absicherungstechniken beziehungsweise eine sorgfältige Auswahl der Gegenparteien belohnt und das Eingehen unangemessener Risiken beziehungsweise das Fehlen marktnaher Risikomanagement-Methoden belastet werden.
2. Die Eigenmittelvorschriften für das Wertschriftengeschäft der in direktem Wettbewerb stehenden Effekthändler und Banken sollen grundsätzlich gleich ausgestaltet werden. Für die gleiche Geschäftstätigkeit sollen dieselben Regeln gelten, unabhängig davon, ob sie von einem dem Banken- oder dem Börsengesetz unterstellten Institut ausgeübt wird. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Unterlegung der Marktrisiken, sondern auch bezüglich der Unterlegung der Kreditrisiken.
Der Gleichbehandlungsgrundsatz erfordert schliesslich die konsolidierte Anwendung derselben Eigenmittelvorschriften bei Finanzkonglomeraten, ungeachtet ihres organisatorisch-juristischen Aufbaus. Die unterschiedliche Konzernstruktur (Holding-Spitze oder Stammhaus-Konzern; Ausgliederung des Wertschriftenhandels auf eine selbständige juristische Person oder In-house-Betrieb) soll aufsichtsrechtlich nicht relevant sein.
3. Die Mängel der bisher geltenden Bestimmungen und die dadurch teilweise entstandenen Wettbewerbsnachteile der international tätigen Banken sollen beseitigt werden. Gleichzeitig soll auch ein Systemwechsel von der direkten auf die indirekte

Berechnungsmethode des Basler Eigenkapitalmodells und der EU-Solvabilitätsrichtlinie stattfinden, jedoch unter grundsätzlicher Beibehaltung der bestehenden Differenzierungen bei den Unterlegungssätzen. Die indirekte Berechnungsmethode hat vor allem den Vorteil, dass bei der eigenmittelmässigen Erfassung des Kreditrisikos konsequenter auf die Bonität der Gegenpartei abgestellt werden kann. Grundsätzlich soll für die gleiche Gegenpartei ungeachtet der Geschäftsart immer die gleiche Risikogewichtung gelten, was insbesondere auch für die Ausserbilanzgeschäfte gilt. Der Übergang von der direkten zur indirekten Berechnungsmethode drängt sich auch deshalb auf, weil nur die indirekte Berechnungsmethode den Einbezug moderner Risikobemessungsansätze wie der Marktbewertungsmethode (vgl. Ziff. 224.2) erlaubt. Die indirekte Berechnungsmethode hat im weiteren den Vorteil, dass sie mit wesentlich weniger Unterlegungssätzen auskommt. Mit dem Systemwechsel wird schliesslich die bis anhin bei international tätigen Banken erforderliche zeitraubende und kostspielige Eigenmittelberechnung nach zwei Methoden überflüssig und die Vergleichbarkeit mit ausländischen Regelungen erleichtert.

4. Die internationalen Mindeststandards, insbesondere jene des Basler Ausschusses, welche weltweite Anerkennung geniessen, müssen soweit als möglich eingehalten werden. Bei bestimmten Bankgeschäften führt dies zu einem Anpassungsbedarf nach oben, beispielsweise bei den Krediten auf gewerblichen und industriellen Liegenschaften (vgl. Ziff. 222.1). Der internationale Mindeststandard sollte nur dann unterschritten werden, wenn die Abweichung sachlich absolut gerechtfertigt ist und besonderen schweizerischen Gegebenheiten Rechnung trägt. Andererseits soll die in etlichen Bereichen höhere Unterlegung grundsätzlich beibehalten werden, um die traditionell hohe Eigenmittelquote der Schweizer Banken aufrechtzuerhalten. Lediglich dort, wo die bisherige Unterlegung zu krassen Wettbewerbsnachteilen der international tätigen Banken gegenüber der ausländischen Konkurrenz geführt hat, soll eine gewisse Nivellierung nach unten stattfinden.
5. Schliesslich sollten die neuen Vorschriften praktikabel sein. Den unterschiedlichen Grössen und Bedürfnissen der Banken ist

nötigenfalls durch die Wahl verschiedener Berechnungsmethoden Rechnung zu tragen: eine einfache Berechnungsweise für organisatorisch weniger entwickelte Institute beziehungsweise für nur sporadisch betriebene Geschäftssparten; eine komplexere, exaktere, einen hohen technischen Aufwand bedingende, dafür eine bessere Bewirtschaftung erlaubende Methode für technisch hochentwickelte Institute beziehungsweise hauptsächlich betriebene Geschäftssparten.¹ Indem bei der einfacheren Methode ein strengerer Massstab angelegt wird, soll ein Anreiz geschaffen werden, die komplexere, risikoadäquatere Methode anzuwenden (vgl. Ziff. 224.2).

17 Grundzüge der Revision

171 Eigenmittelanrechnung

Wie die Basler Eigenkapitalvereinbarung und die EU-Eigenmittelrichtlinie unterscheiden die neuen Eigenmittelvorschriften bei der Eigenkapitalanrechnung zwischen Kernkapital und ergänzendem Kapital. Die Zuordnung der verschiedenen Eigenkapitalkomponenten zum Kernkapital oder ergänzenden Eigenkapital ist insofern bedeutsam, als ergänzendes Eigenkapital nur in beschränktem Umfang als Eigenkapital angerechnet werden kann. Das ergänzende Eigenkapital darf höchstens 100 % des Kernkapitals beziehungsweise die Hälfte des gesamten Eigenkapitals betragen (Art. 11).

Als **Kernkapital**, einschliesslich Kapitalanteile von Minderheitsaktionären an vollkonsolidierten Tochtergesellschaften im Rahmen der konsolidierten Eigenmittelberechnung, gelten das einbezahlte Kapital, die offenen Reserven (einschliesslich Reserven für allgemeine Bankrisiken), der Gewinnvortrag, der Gewinn des laufenden Geschäftsjahres (sofern ein revidierter Zwischenabschluss mit einer Erfolgsrechnung vorliegt und nach Abzug von geschätzten Steuern und Dividenden) sowie bei Privatbankiers zusätzlich unter

¹ Diesen Weg hat die Bankenkommission bereits mit ihrem Rundschreiben 92/3 «Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten» vom 16. Dezember 1992 eingeschlagen, wo bei der Berechnung des Kreditrisikoäquivalentes wahlweise eine einfachere und eine sophistiziertere Methode zugelassen wird.

genau bestimmten Voraussetzungen die Kapitalkonten und die Guthaben der unbeschränkt haftenden Gesellschafter (Art. 11a Abs. 1 und 2). Vom Kernkapital abgezogen werden müssen die Netto-Longposition der nicht im Handelsbestand gehaltenen eigenen Aktien oder anderen von der Bank selbst ausgegebenen Beteiligungstitel in direktem oder indirektem Eigenbesitz, ein Verlustvortrag und der Verlust des laufenden Geschäftsjahres, ein ungedeckter Wertberichtigungs- und Rückstellungsbedarf des laufenden Geschäftsjahres sowie die keiner Aktivposition direkt zurechenbaren Kapitalaufrechnungsdifferenzen (Goodwill; Art. 11a Abs. 3).

Das **ergänzende Eigenkapital** wird in das obere und das untere ergänzende Eigenkapital unterteilt, wobei das untere ergänzende Eigenkapital die Hälfte des Kernkapitals nicht überschreiten darf (Art. 11 Abs. 2). Als unteres ergänzendes Eigenkapital gelten nebst der Nachschusspflicht der Genossenschafter die nachrangigen Darlehen und Obligationenanleihen (Art. 11b Abs. 2). Dies hat zur Konsequenz, dass der maximal anrechenbare Anteil der nachrangigen Darlehen und Obligationenanleihen am gesamten Eigenkapital von heute 25 % auf 33 % steigt. Die erhöhte Eigenmittelanrechnung nachrangiger Verpflichtungen beseitigt den bis anhin bestehenden Wettbewerbsnachteil der Schweizer Banken gegenüber den ausländischen Banken. Inskünftig ist es auch allen Kantonalbanken gestattet, nachrangige Darlehen und Obligationenanleihen anzurechnen (Art. 11b Abs. 2 Bst. b). Sie können dies im selben Umfang wie die anderen Banken tun, sofern die nachrangigen Verbindlichkeiten nicht unter die Staatsgarantie des Kantons fallen. Übersteigt der Betrag der nachrangigen Darlehen hingegen den den Kantonalbanken weiterhin gewährten, die Staatsgarantie berücksichtigenden Abzug von 12,5 % der erforderlichen Eigenmittel, entfällt dieser Abzug ganz (Art. 13 Bst. b). Andernfalls vermindert er sich um die an die Eigenmittel angerechneten nachrangigen Verbindlichkeiten.

Inskünftig nicht mehr als Eigenkapital anerkannt werden Garantiebeiträge von Gemeinden. Die bisherige Bestimmung von Art. 11 Abs. 1 Bst. c aBankV stand in klarem Widerspruch zur EU-Eigenmittelrichtlinie und zur Basler Eigenkapitalvereinbarung. Die Beibehaltung wäre aber auch sachlich nicht gerechtfertigt, weil Gemeindegarantien zum einen kein effektiv zur Verfügung gestelltes Eigenkapital darstellen und weil zum andern die Schwierigkeiten einiger

Regionalbanken gezeigt haben, dass diese Garantien die betroffenen Gemeinden im Falle der Leistung in eine problematische Situation bringen können. Die Bestimmung wird deshalb unter Gewährung einer Übergangsfrist bis Ende 1999 aufgehoben (Absatz 7 der Übergangsbestimmungen). Die betroffenen Banken wurden frühzeitig auf diese Änderung hingewiesen.¹

172 Eigenmittelanforderungen

Der zweifellos wichtigste Punkt der Revision stellt der Systemwechsel dar. Das bisherige System, wonach die Eigenmittelanforderungen direkt nach Massgabe der Kreditrisiken der verschiedenen Kategorien von Bilanzaktiven und Ausserbilanzgeschäften sowie der Marktrisiken aus offenen Devisen- und Edelmetallpositionen durch prozentuale Unterlegungssätze festgelegt werden, wird durch die indirekte Berechnungsmethode des Basler Eigenkapitalmodells und der EU-Solvabilitätsrichtlinie ersetzt. Die einzelnen Geschäfte und Positionen werden also künftig zuerst nach ihrem relativen Gegenparteerisiko gewichtet und anschliessend mit dem einheitlichen Unterlegungssatz von 8 % multipliziert (Art. 12 Abs. 1). Risikogewichtet werden müssen die Bilanzaktiven, die in ihr Kreditäquivalent umgerechneten Ausserbilanzgeschäfte, die Netto-Longpositionen bei Effekten sowie die offenen Positionen in Devisen, Edelmetallen und Waren (Abs. 2). Unabhängig der Geschäftsart ist grundsätzlich bei jeder Gegenpartei der gleiche Risikogewichtungssatz anzuwenden (Abs. 3). Ob also mit einer bestimmten Gegenpartei ein Kreditverhältnis begründet oder ein Termingeschäft abgeschlossen wird, gilt immer der gleiche Risikogewichtungssatz. Um die Differenzierungen und die in der Regel gegenüber dem internationalen Mindeststandard höheren Risikogewichtungen bei den geltenden Bestimmungen grundsätzlich beibehalten zu können, werden insgesamt 11 Risikogewichtungsklassen (0, 25, 50, 75, 100, 125, 250, 375, 500, 625 und 1250 %) eingeführt. Diese Risikogewichtungsklassen orientieren sich im Unterschied zu den bis anhin für Bilanzaktiven geltenden Bestimmungen nicht mehr an den Rechnungslegungsbestimmungen.

¹ Vgl. EBK-Jahresbericht 1992, S. 48.

Sechs Klassen (0, 25, 50, 75, 100 und 250 %) sind für die Hauptkategorie der **gegenparteibezogenen Aktiven** vorgesehen (Art. 12a). Der Satz von 100 % stellt dabei die Basisrisikogewichtung dar, welcher insbesondere bei ungedeckten Krediten an Private Anwendung findet. Für die Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern, die Europäischen Gemeinschaften und das Europäische Währungsinstitut, die übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Optionen- und/oder Financial Futures-Börsen, die multilateralen Entwicklungsbanken, die anderen Banken, die von der Bankenkommission anerkannten Gemeinschaftseinrichtungen der Banken sowie für die grundpfandgesicherten Kredite gelten privilegierte Risikogewichtungssätze (0, 25, 50 und 75 %). Nachrangige Forderungen werden zu 250 % gewichtet, mit Ausnahme der nachrangigen Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften, bei denen der Risikogewichtungssatz von 50 % zur Anwendung gelangt. Die Risikogewichtungssätze von 125, 250, 375, 500, 625 und 1250 % beziehen sich auf **nicht gegenparteibezogene Aktiven** wie beispielsweise Liegenschaften der Bank (Art. 12b Ziff. 2.1 und 3.1), nicht unter Beteiligungen bilanzierte, an einer anerkannten Börse gehandelte Beteiligungstitel (Art. 12h Abs. 4 Ziff. 1.1) oder die offenen Marktrisikopositionen in Devisen, Edelmetallen und Waren (Art. 12i).

Grundsätzlich bestimmt sich bei einem Geschäft der anwendbare Risikogewichtungssatz stets nach der Gegenparteikategorie (Zentralregierungen und -banken, übrige öffentlich-rechtliche Körperschaften, Banken, Private etc.). Bei Forderungen, die durch Schuldtitel von Dritten beziehungsweise Treuhandanlagen bei Dritten, für die ein privilegierter Risikogewichtungssatz gilt, gedeckt oder durch solche Dritte garantiert werden, können die Banken indessen auf den Risikogewichtungssatz des hinter der **Deckung** oder der **Garantie** stehenden Dritten abstellen (Art. 12a Abs. 2). Sie können also den gleichen Risikogewichtungssatz anwenden wie bei direkten Forderungen gegenüber diesen Dritten.

Bevor **Ausserbilanzgeschäfte** mit dem je nach Gegenpartei anwendbaren Risikogewichtungssatz gewichtet werden, ist zuerst ihr Kreditäquivalent zu ermitteln (Art. 12c). Das Kreditäquivalent eines Ausserbilanzgeschäftes soll den Betrag ausdrücken, der dem Kre-

ditrisiko ausgesetzt ist. Bei **Eventualverbindlichkeiten** und **unwiderruflichen Zusagen** berechnet sich das Kreditäquivalent, indem der Nominalwert des jeweiligen Geschäfts mit dessen Kreditumrechnungsfaktor multipliziert wird (Art. 12d). Die Kreditumrechnungsfaktoren werden aus der geschätzten Grösse und Wahrscheinlichkeit des Kreditengagements und dem relativen Grad des Kreditrisikos abgeleitet. Eine Sonderregelung besteht für **Terminkontrakte und gekaufte Optionen**, wo das Kreditäquivalent nach zwei Methoden, der Marktbewertungs- oder der Ursprungsrisikomethode, berechnet werden kann (Art. 12e; vgl. Ziff. 224.2). Banken, die die Marktbewertungsmethode anwenden, können Kreditrisiken und negative Wiederbeschaffungswerte aus Termingeschäften und gekauften Optionen unter bestimmten Voraussetzungen aufrechnen (sog. Netting; Art. 12f.; vgl. Ziff. 224.3).

Bei **Darlehensgeschäften** wie Securities Lending und Securities Borrowing und bei **Repo-Geschäften** mit Effekten, Edelmetallen und Waren gegen Deckung ist, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, nur die Differenz zwischen der Deckung und der Effekten-, Edelmetall- oder Warenposition mit eigenen Mitteln zu unterlegen (Art. 12g). Die Bestimmung orientiert sich stark am EBK-Rundschreiben 93/4 «Eigenmittelunterlegung bei der Wertpapierleihe und beim Repo-Geschäft» vom 14. Dezember 1993, welches aufgehoben wird.

Die Unterlegung der risikogewichteten Aktiven und Ausserbilanzgeschäfte zielt auf die Erfassung des Kreditrisikos ab. Bei den Effekten, die an und für sich auch ein Bilanzaktivum darstellen, soll das **emittentenspezifische Ausfallrisiko**, d. h. das Risiko, dass der Emittent der betreffenden Effekten zahlungsunfähig und der Titel wertlos wird, erfasst werden. Das emittentenspezifische Ausfallrisiko stellt eine Unterart des Kreditrisikos dar. Im Unterschied zum Kreditrisiko wird beim emittentenspezifischen Ausfallrisiko jedoch nicht nur die Forderungsseite, sondern auch die Verpflichtungsseite einbezogen. Es wird die offene Position gegenüber jedem einzelnen Emittenten ermittelt. Bei der Berechnung der offenen Position werden nicht nur die physischen Bestände, sondern auch die Termin- und die deltagewichteten Optionsgeschäfte sowie die festen Übernahmezusagen aus Emissionen einbezogen. Ein emittentenspezifisches Ausfallrisiko besteht dann, wenn die offene Position eine

Longposition (Netto-Longposition) ist. Nach der alten Regelung wurden Effekten eigenmittelmässig lediglich über das entsprechende Bilanzaktivum erfasst.

Das Marktrisiko wird vorderhand nur über die Unterlegung der **offenen Positionen in Devisen, Edelmetallen und Waren** erfasst, wobei die Unterlegung der offenen Warenpositionen im Vergleich zur bisherigen Regelung neu ist (Art. 12i). Die Unterlegung der offenen Positionen in Schuldverschreibungen und Aktien im Handelsbestand wird, wie bereits erwähnt (vgl. Ziff. 15), Gegenstand der dritten Phase der Revision bilden.

Die neuen Eigenmittelanforderungen werden wie bis anhin sowohl für das Einzelinstitut als auch auf **konsolidierter Basis** für den Konzern zu erfüllen sein. Art. 13a regelt die Konsolidierungspflicht, den Konsolidierungskreis und die Konsolidierungsmethoden.

21 Eigenmittelanrechnung

Wesentliches Element der Neuregelung ist die eindeutige Zuordnung der verschiedenen Eigenmittelkomponenten zu den unterschiedlichen Kapitalkategorien. Die Anrechnung gewisser Eigenmittelkomponenten ist dann beschränkt, wenn sie aus bankenaufsichtlicher Warte nicht die gleichen Qualitätsmerkmale wie das Kernkapital aufweisen.

Die **anrechenbaren eigenen Mittel** stellen das Resultat der Berechnung gemäss den Art. 11a–11c dar. Zuerst wird das Kernkapital ermittelt, wobei gemäss Art. 11a Abs. 3 gewisse Abzüge vorzunehmen sind. Die ergänzenden Kapitalelemente (Art. 11b) werden im Rahmen der von Art. 11 Abs. 2 festgelegten Grenzen dazugezählt, und schliesslich sind weitere Abzüge vom Total der eigenen Mittel (Art. 11c) vorzunehmen. Die so berechneten anrechenbaren eigenen Mittel stellen über die eigentliche Eigenmittelberechnung hinaus auch die Bezugsgrösse für die Risikoverteilungsvorschriften und für die Begrenzung qualifizierter Beteiligungen an Unternehmungen ausserhalb des Finanz- und Versicherungsbereichs (Art. 4 Abs. 2 bis BankG) dar.

211 Grundsätze (Art. 11)

Artikel 11 trifft eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen den zwei Gütekategorien Kernkapital und ergänzendes Kapital. Entscheidend für die Zuordnung zur Kategorie Kernkapital ist die Tatsache, dass die Kapitalkomponenten der Bank fortdauernd als haftende Eigenmittel frei zur Verfügung stehen. Das ergänzende Kapital ist im Gegensatz dazu der Bank nur zeitweise zur Verfügung gestelltes Kapital (hybride Instrumente, nachrangige Darlehen), erst für den Notfall versprochenes Kapital (Nachschusspflicht bei Genossenschaften) oder mit dem Makel der fehlenden Transparenz behaftet (stille Reserven).

212 Kernkapital (Art. 11a)

Die Aufzählung der Komponenten des Kernkapitals entspricht im wesentlichen der bisher geltenden Verordnung. Weg fällt die bis

anhin anrechenbare Gemeindegarantie (vgl. Absatz 7 der Übergangsbestimmungen und Ausführungen unter Ziff. 171). Neu ist die von den Rechnungslegungsvorschriften der Expertenkommission Boemle übernommene Gliederung der verschiedenen Kategorien offener Reserven. Die Reserven für allgemeine Bankrisiken ermöglichen den Banken frühere stille Reserven offen auszuweisen und damit nicht der Beschränkung des ergänzenden Kapitals zu unterwerfen. Die Reserve für eigene Beteiligungstitel findet ihr Korrektiv in Abs. 3 Bst. a, welcher für die effektiv (nicht im Handelsbestand) gehaltenen eigenen Beteiligungspapiere einen Abzug vom Kernkapital verlangt. Von der Systematik her hat der Gewinn des laufenden Geschäftsjahres (Abs. 1 Bst. d) Kernkapitalcharakter wie der Gewinnvortrag. Allerdings sind gewisse Bedingungen zu erfüllen, damit der Betrag in einer Höhe berücksichtigt wird, wie er nach dem Jahresabschluss der Bank zur Verfügung steht.

Die **Privatbankiers** müssen aufgrund der Änderung des Bankengesetzes vom 18. März 1994 (Aufhebung von Art. 4 Abs. 4 BankG) neu die Eigenmittelvorschriften genau gleich wie andere Banken erfüllen. Für die möglichen Kernkapitalbestandteile der Privatbankiers wird bei den Kapitalkonten und den Guthaben der unbeschränkt haftenden Gesellschafter neu (Abs. 1 Bst. e und Abs. 2) eine Lösung gewählt, welche sowohl dem Wunsch nach Flexibilität dieser Banken nachkommt als auch dem Bedürfnis der Aufsichtsbehörde entspricht, dass Kernkapitalkomponenten nicht angerechnet werden, welche die Bank in alleiniger Absprache mit den Eigentümern dieser Kapitalkomponenten reduzieren oder verändern kann.

213 Ergänzendes Kapital (Art. 11b)

Die einzige Kapitalkomponente, welche nach den bisherigen Vorschriften in ihrer Anrechnung beschränkt war, bildeten die nachrangigen Schulden der Banken. Neu werden dieser zweigeteilten Kategorie **als oberes ergänzendes Kapital** die hybriden Instrumente (Abs. 1 Bst. a), die in der Position Wertberichtigungen und Rückstellungen enthaltenen stillen Reserven (Abs. 1 Bst. b) sowie in beschränktem Masse die im Anlagevermögen und in den Finanzanlagen enthaltenen stillen Reserven (Abs. 1 Bst. c) zugeteilt.

Die **hybriden Instrumente**, welche sowohl Merkmale von Eigenkapital als auch von Fremdkapital aufweisen, sind aus bankenaufsichtlicher Warte den nachrangigen Schulden einer Bank qualitativ überlegen. Insbesondere erlauben sie es einer Bank in Schwierigkeiten, auf die Rückzahlung dieser Forderungen an die Gläubiger/Anleger zu verzichten beziehungsweise Zinszahlungen aufzuschieben (Abs. 1 Bst. a Ziff. 1–4), ohne dass die Bank deswegen in Verzug gerät. Die hybriden Instrumente sind dem schweizerischen (Zivil-)Recht zwar bis anhin nicht bekannt. Bestimmte ausländische Gesetzgebungen sehen solche Instrumente jedoch vor, so dass es gerechtfertigt ist, sie im Rahmen der konsolidierten Eigenmittelberechnung eines schweizerischen Konzerns anzuerkennen.

Neu als Eigenkapital anerkannt werden die **stillen Reserven im Anlagevermögen und in den Finanzanlagen**. Diese neue Eigenkapitalkategorie entspricht in etwa den Neubewertungsreserven (Differenz zwischen Buch- und Marktwert) der Basler Eigenkapitalvereinbarung¹ und der EU-Eigenmittelrichtlinie.² Der Marktvolatilität beziehungsweise der Möglichkeit des raschen Wertzerfalls dieser Anlagen und der Steuerbelastung bei der Realisierung der Gewinne wird in doppelter Hinsicht Rechnung getragen. Zum einen können die stillen Reserven auf diesen Anlagen aufgrund von Artikel 665 OR in keinem Fall grösser sein als die Differenz zwischen dem Anschaffungspreis und dem (tieferen) Buchwert. Zum anderen darf dieser maximal anrechenbare Betrag 45 % der Differenz zwischen dem Markt- und dem Buchwert nicht übersteigen (ein Beispiel: Buchwert 50, Anschaffungspreis 100, Marktwert 150; Differenz Anschaffungspreis – Buchwert = 50; 45 % Differenz Marktwert – Buchwert = 45; anrechenbare stille Reserven = 45).

Das **untere ergänzende Kapital** darf 50 % des Kernkapitals nicht übersteigen. Damit erhöht sich die Möglichkeit der Anrechnung nachrangiger Schulden (Abs. 2 Bst. a) auf maximal 33 % der anrechenbaren eigenen Mittel.

¹ Basler Eigenkapitalvereinbarung, Ziff. 16 und 17.

² Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 der Richtlinie 89/299/EWG i.V. m. Art. 33 der Richtlinie 78/660/EWG.

Absatz 2 Bst. b lässt die Anrechnung **nachrangiger Schulden** unter den Voraussetzungen gemäss Bst. a auch für **Kantonalbanken** zu, sofern die betreffenden der Bank gewährten Darlehen und Obligationenanleihen – als zusätzliche Bedingung – nicht von der Staatsgarantie gedeckt sind. Art. 11 Abs. 3 aBankV schloss demgegenüber die Anrechnung generell für alle Kantonalbanken aus, für deren sämtliche Verbindlichkeiten der Kanton haftet. Der Ausschluss wurde damit begründet, dass die Nachrangigkeit angesichts der unbeschränkten Staatsgarantie für sämtliche Verbindlichkeiten eine blosser Fiktion wäre.¹ Diese Auffassung beruhte auf der Vorstellung, eine Ausnahme von der Staatshaftung für nachrangige Schulden wäre mit dem Status als Kantonalbank gemäss Art. 3 Abs. 4 aBankG nicht zu vereinbaren, weil dieser – abgesehen von den altrechtlichen Instituten der Kantone Genf und Waadt – die Haftung des Kantons für (sämtliche) Verbindlichkeiten voraussetze. Obschon der Begriff der Kantonalbank in Art. 3a Abs. 1 des revidierten Bankengesetzes in der Fassung vom 18. März 1994 unverändert blieb, ist diese enge Auslegung aus heutiger Sicht keineswegs zwingend.² Nachrangige Forderungen stellen zwar rechtlich eine Schuld der Kantonalbank dar, nehmen jedoch, wirtschaftlich betrachtet, im Falle der Liquidation, des Konkurses oder des Nachlassvertrages den Charakter von eigenen Mitteln an. Die Staatsgarantie dient überdies dem Schutz der gewöhnlichen Gläubiger und nicht derjenigen, welche der Bank Quasi-Eigenmittel zur Verfügung stellen und damit zustimmen, dass ihre Forderungen im Rang hinter allen übrigen Gläubigern zurücktreten. Von daher ist es durchaus vertretbar, nachrangige Schulden nicht unter Verbindlichkeiten gemäss Art. 3a Abs. 1 BankG zu subsumieren und folglich zuzulassen, dass diese ohne Verzicht auf den Status als Kantonalbank von der Staatsgarantie ausgenommen werden können.

Nachrangige Darlehen werden beispielsweise auch in Deutschland bei Banken mit Staatsgarantie in gleichem Umfang wie bei privaten Banken als eigene Mittel angerechnet. Aus der Perspektive der Aufsicht weisen sie gegenüber der Staatsgarantie sogar den Vorteil auf, dass sie der Bank bereits zugeflossen sind und als

¹ EBK-Bulletin 19, S. 36.

² Vgl. EBK-Jahresbericht 1992, S. 48 ff.

Betriebsmittel dienen sowie ihren vorrangigen Gläubigern wenigstens im Notfall unbedingt zur Verfügung stehen. Die Staatsgarantie hingegen müsste zuerst beim Kanton eingefordert werden und unterliegt damit einem gewissen politischen sowie finanziellen Risiko. Garantien werden denn auch generell in den internationalen Mindeststandards des Basler Ausschusses und der EU-Eigenmittelrichtlinie nicht als Eigenmittelbestandteile angerechnet. Andererseits ist die Staatsgarantie aus aufsichtsrechtlicher Sicht, selbst wenn sie nicht direkt angerechnet werden darf, durchaus erwünscht, da sie den Gläubigern zusätzliche Sicherheit bietet und gerade in einer Zeit des beschleunigten Strukturwandels im Bankengewerbe ein stabilisierendes Element darstellt. Sie ist denn auch der Hauptgrund für die Sonderbehandlung der Kantonalbanken im Bankengesetz.¹ Der Ausschluss nachrangiger Schulden als Eigenmittelbestandteile der Kantonalbanken mit Staatsgarantie macht diese Garantie für die Bank und den Kanton weniger attraktiv, zumal die Anrechnung nachrangiger Schulden für die übrigen Banken durch die vorliegende Revision noch ausgedehnt wird und die Kantonalbanken ohne eine – unerwünschte – Erhöhung des Eigenmittelabzuges von 12,5% (vgl. Art. 13 Bst. b) benachteiligt würden. Es kann nicht der Sinn der bundesrechtlichen Eigenmittelvorschriften sein, der Aufhebung oder Beschränkung der Staatsgarantie Vorschub zu leisten; vielmehr soll es dem Kanton überlassen sein, ob er an diesem zentralen Element festhalten will.

Die Anrechnung nachrangiger Schulden bei Kantonalbanken mit grundsätzlich unbeschränkter Staatsgarantie setzt jedoch voraus, dass die betreffenden Darlehen **von der Staatsgarantie ausdrücklich ausgenommen** werden. Dies kann durch einen ausdrücklichen Verzicht des Gläubigers in den vertraglichen Darlehensbedingungen oder durch eine klare gesetzliche Beschränkung der Staatsgarantie auf nicht-nachrangige Verbindlichkeiten geschehen. Es obliegt den kantonalen Behörden zu prüfen, ob das Eingehen nachrangiger, von der Staatsgarantie ausgeschlossener Verbindlichkeiten mit der kantonalen Gesetzgebung vereinbar ist. Tritt der Kanton selbst als Gläubiger nachrangiger Forderungen gegen seine Kantonalbank auf, ist

¹ Vgl. EBK-Jahresbericht 1994, S. 41 ff.

der Verzicht auf die Staatsgarantie eine Selbstverständlichkeit und braucht nicht ausdrücklich erklärt zu werden.

Die Anrechnung nachrangiger Schulden hat wiederum Auswirkungen auf den die Staatsgarantie berücksichtigenden **Abzug von den erforderlichen eigenen Mitteln** in Art. 13 Bst. b. Aus Gründen der Rechts- und Wettbewerbsgleichheit können nicht beide Elemente kumulativ angewendet werden. Deshalb muss eine Kantonalbank, für deren sämtliche nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Kanton haftet, den Betrag der als Eigenmittel angerechneten nachrangigen Schulden mit dem Eigenmittelabzug kompensieren. Der Abzug vermindert sich um diesen Betrag und entfällt ganz, wenn die angerechneten nachrangigen Schulden 12,5 % der erforderlichen Eigenmittel erreichen oder übersteigen. Mit dieser Kombination von Staatsgarantierabatt und Anrechnung nachrangiger Schulden wird vor allem der Übergangsphase Rechnung getragen, in welcher eine Kantonalbank ihre nachrangigen Schulden aufbaut. Längerfristig ist davon auszugehen, dass die meisten Kantonalbanken auf den Staatsgarantieabzug gänzlich verzichten werden, weil sie mehr als den doppelten Betrag in Form nachrangiger Schulden als Eigenmittel anrechnen und zudem optisch eine höhere Eigenkapitalrendite ausweisen können. Tendenziell ist somit eine weitere Angleichung des Sonderregimes für Kantonalbanken an die für die übrigen Banken geltende Regelung zu erwarten. Kantonalbanken ohne volle Staatsgarantie waren diesbezüglich ohnehin schon den privaten Banken gleichgestellt; daran will die Revision nichts ändern.

Die **Nachschusspflicht der Genossenschaftler** (Abs. 2 Bst. c) ist eine, von einigen wenigen Regionalbanken abgesehen, ausschliesslich für die Raiffeisenbanken betragsmässig bedeutende Kapitalkomponente. Neu als unteres ergänzendes Kapital eingestuft und folglich auf einen Verhältniswert zum Kernkapital beschränkt, entstehen den Raiffeisenbanken in den nächsten Jahren dadurch voraussichtlich Probleme mit der Erfüllung der Eigenmittelvorschriften. Um dieser Bankengruppe eine angemessene Frist zur Umstellung auf die neuen Verhältnisse zu gewähren, legen die Übergangsbestimmungen in Abs. 8 ein anderes Verhältnis zwischen Kernkapital und ergänzendem Kapital fest. Der Raiffeisengruppe steht überdies die Möglichkeit offen, die Bestimmung von Art. 13a Abs. 7 anzurufen, welche vorsieht, dass die Bankenkommission Ban-

ken von der Pflicht zur Erfüllung der Eigenmittelvorschriften auf Einzelbasis ganz oder teilweise befreien kann, sofern die Voraussetzungen nach Artikel 4 Absatz 3 erfüllt sind. Die Voraussetzungen sind erfüllt, wenn a) die Banken Teil einer zentralen Organisation bilden, welche ihre Verpflichtungen garantiert, b) die zentrale Organisation und die angeschlossenen Banken die Vorschriften über die Eigenmittel und die Risikoverteilung auf konsolidierter Basis erfüllen und c) die Leitung der zentralen Organisation den angeschlossenen Banken verbindliche Weisungen erteilen kann.

22 Eigenmittelanforderungen

221 Grundsätze (Art. 12)

Artikel 12 enthält grundlegende Bestimmungen zu den Eigenmittelanforderungen. Absatz 1 setzt den Unterlegungssatz (sog. Solvabilitätskoeffizient) für die risikogewichteten Positionen fest. Danach muss – in Übereinstimmung mit der Basler Eigenkapitalvereinbarung und der EU-Solvabilitätsrichtlinie¹ – das Verhältnis zwischen Eigenkapital und risikogewichteten Positionen dauernd mindestens 8 % betragen. Absatz 2 hält fest, welche Positionen im einzelnen risikogewichtet werden müssen. Absatz 3 enthält den für die indirekte Berechnungsmethode charakteristischen Grundsatz, dass grundsätzlich bei einer Gegenpartei unabhängig der Geschäftsart stets der gleiche Risikogewichtungssatz anzuwenden ist.

222 Risikogewichtung nach Gegenpartei (Art. 12a)

222.1 Forderungen mit hypothekarischer Deckung (Ziff. 3.1, 4.1 und 5.4)

Nach der neuen Regelung sind Forderungen mit hypothekarischer Deckung wie folgt zu gewichten:

¹ Basler Eigenkapitalvereinbarung, Ziff. 44, S. 18, und EU-Solvabilitätsrichtlinie, Art. 10.

50%	Direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen auf <ul style="list-style-type: none"> • Wohnliegenschaften in OECD-Ländern bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes • landwirtschaftlichen Liegenschaften, sofern sie im schweizerischen Grundbuch als solche eingetragen sind, bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes
75%	Direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen auf <ul style="list-style-type: none"> • Wohnliegenschaften in OECD-Ländern über zwei Dritteln des Verkehrswertes • Bauland, Büro- und Geschäftshäusern und multifunktionalen Gewerbeobjekten in OECD-Ländern bis zur Hälfte des Verkehrswertes • grossgewerblichen und industriellen Objekten in OECD-Ländern bis zu einem Drittel des Verkehrswertes
100%	Übrige direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen

Die neue Regelung unterscheidet sich von den bisher geltenden Bestimmungen vor allem bei Forderungen, die durch Nicht-Wohnliegenschaften, d. h. gewerblich und industriell genutzte Liegenschaften, grundpfandgesichert sind. Während nach den bisher geltenden Bestimmungen Forderungen mit hypothekarischer Deckung auf Nicht-Wohnliegenschaften innerhalb zwei Dritteln des Verkehrswertes mit 4 % – was einer 50%-Gewichtung entspricht – respektive 6 % (bei höherer Belehnung) eigenen Mitteln zu unterlegen waren (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 2 und 3 aBankV), müssen nach der neuen Regelung solche Forderungen mindestens mit 75 % und bei Überschreitung konservativer Belehnungsgrenzen mit 100% gewichtet werden. Die Erhöhung der Eigenmittelunterlegung bei Gewerbe- und Industriebankhypotheken ist aufgrund der in den letzten Jahren

wesentlich grösser gewordenen Volatilität der Immobilienpreise (siehe Ausführungen unter Ziff. 145 hiervor) gerechtfertigt. Sie stellt einen grossen Schritt in Richtung Angleichung an die entsprechenden Standards des Basler Ausschusses und der Europäischen Union dar, obgleich diese immer noch nicht ganz erreicht werden. Nach den Empfehlungen des Basler Ausschusses und den Richtlinien der Europäischen Union sind Forderungen mit hypothekarischer Deckung auf Nicht-Wohnliegenschaften nämlich mit 100 % zu gewichten und somit im Endergebnis mit 8 % eigenen Mitteln zu unterlegen. Eine vollständige Anpassung der schweizerischen Eigenmittelunterlegung bei den gewerblichen und industriellen Hypothekaranlagen an die Vorgaben des Basler Ausschusses und der Europäischen Union lässt sich im jetzigen Zeitpunkt, da der Bankensektor in einem tiefgreifenden Strukturwandel steckt, nicht verwirklichen. Sie hätte einen überaus massiven Eigenmittelmehrbedarf zur Folge, der besonders die lokal tätigen Banken mit Schwergewicht im Hypothekengeschäft treffen würde und der auch nicht durch Entlastungen in anderen Bereichen, insbesondere bei den Bankendebitoren (vgl. Ziff. 222.2), aufgefangen werden könnte.

Im Vergleich zu den Empfehlungen des Basler Ausschusses und den Richtlinien der Europäischen Union ist die **schweizerische Regelung viel differenzierter**. Während der Basler Ausschuss und die Europäische Union nur zwei Risikogewichtungsklassen (50 % und 100 %) und zwei Arten von hypothekarischer Deckung (Wohnliegenschaften und Nicht-Wohnliegenschaften) kennen, sieht die schweizerische Regelung drei Risikogewichtungsklassen (50 %, 75 % und 100 %) mit unterschiedlicher hypothekarischer Deckung (Wohnliegenschaften, landwirtschaftliche, gewerbliche, industrielle Liegenschaften etc.) und abgestuften Verkehrswertgrenzen vor. Mit der Differenzierung soll der je nach Art der Liegenschaft unterschiedlichen Risikosituation Rechnung getragen werden.¹ Die Regelung setzt indessen voraus, dass der Verkehrswert der Liegenschaft

¹ Die EU-Solvabilitätsrichtlinie sieht zugunsten der Banken in Dänemark, Deutschland und Griechenland als Übergangsregelung bis Ende 1995 eine 50%-Gewichtung für Hypotheken auf fertiggestellten Wohnbauten, Büroräumen und vielseitig nutzbaren Geschäftsräumen innerhalb 60 % des Verkehrswertes vor. Noch offen ist, ob diese differenzierte Regelung weitergeführt werden soll.

vorsichtig und nach einheitlichen Kriterien bestimmt¹ und dass nebst dem Wert der Deckung auch die Bonität des Schuldners überprüft wird.

222.2 Forderungen gegenüber Banken (Ziff. 2.4, 3.2, 3.3, 4.2 und 5.2)

Nach der bisherigen Regelung waren Bankendebitoren mit einer Restlaufzeit bis zu 90 Tagen, die nicht durch Wertpapiere öffentlich-rechtlicher Körperschaften in OECD-Ländern gedeckt sind, mit 4 % eigenen Mitteln zu unterlegen (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 2.1 aBankV). Bankendebitoren mit einer Restlaufzeit über 90 Tagen waren mit 6 % (bei Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern) respektive mit 8 % (Banken mit Hauptsitz ausserhalb von OECD-Ländern) eigenen Mitteln zu unterlegen (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 3.1 und 5.1 aBankV). Im Vergleich dazu müssen nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung und der EU-Solvabilitätsrichtlinie Forderungen gegenüber Banken mit Sitz in der OECD, ungeachtet der Laufzeit, und Forderungen gegenüber Banken mit Sitz ausserhalb der OECD mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr lediglich mit 20 % (bei über einem Jahr Restlaufzeit mit 100 %) gewichtet werden², was nach bisherigem schweizerischem System einer Eigenmittelunterlegung von 1,6% entspricht. Daraus wird ersichtlich, dass die bisherige schweizerische Regelung beim Interbankengeschäft mehr als doppelt so streng war als diejenige des Basler Ausschusses und der Europäischen Union. Angesichts der herausragenden Bedeutung des Interbankengeschäfts stellte die geltende Regelung einen beträchtlichen Wettbewerbsnachteil der international tätigen Banken gegenüber der ausländischen Konkurrenz dar. Dieser Nachteil wird nun durch eine weniger strenge Eigenmittelunterlegung der Bankendebitoren behoben. Die Regelung sieht wie folgt aus:

¹ Diesem Zweck dienen die Richtlinien der Schweizerischen Bankiervereinigung für die Abwicklung und die Bewertung grundpfandgesicherter Kredite vom 23. Dezember 1993 (Beilage zu Zirkular Nr. 1102 D); vgl. auch EBK-Bulletin 22, S. 27ff.

² Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen, Anlage 2, S. 2, sowie EU-Solvabilitätsrichtlinie, Artikel 6 Abs. 1 Bst. b Ziff. 7 und 8.

25%	Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern, einschliesslich Forderungen aus einer Close-out-Netting-Vereinbarung
50%	<ul style="list-style-type: none"> • Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu drei Jahren gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern • Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in Nicht-OECD-Ländern, einschliesslich Forderungen aus einer Close-out-Netting-Vereinbarung
75%	Forderungen mit einer Restlaufzeit über drei Jahren gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern
100%	Forderungen mit einer Restlaufzeit über einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in Nicht-OECD-Ländern

Die neue Regelung bringt den Banken hauptsächlich Erleichterungen bei den Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr, also dem Grossteil des Interbankgeschäfts. Die Eigenmittelunterlegung für diese Forderungen ist nur noch halb so hoch wie bis anhin (25%- statt 50%-Gewichtung) und nur leicht strenger als diejenige des Basler Ausschusses (20%-Gewichtung). Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu drei Jahren müssen im Vergleich zur alten Regelung ebenfalls mit weniger eigenen Mitteln unterlegt werden (50%- statt 75%-Gewichtung). Forderungen mit einer Restlaufzeit über drei Jahren gegenüber Banken¹ in OECD-Ländern sind dagegen weiterhin mit gleich viel eigenen Mitteln zu unterlegen (75%-Gewichtung respektive 6 % eigene Mittel).

Im Vergleich zur Basler Eigenkapitalvereinbarung ist die Regelung für überjährige Forderungen gegenüber Banken in OECD-Län-

¹ Vgl. die Definition des Begriffes «Banken» in den Richtlinien der Eidg. Bankenkommission zu den Rechnungslegungsvorschriften der Art. 23–27 BankV (RRV-EBK) vom 14. Dezember 1994, VIII.

dern damit weiterhin bedeutend strenger. Die Risikogewichtungssätze von 50 % und 75 % sind um ein Mehrfaches höher als der Satz des Basler Ausschusses von 20 % und stellen für international tätige Banken einen gewissen Wettbewerbsnachteil dar. Sachlich ist die neue Regelung jedoch gerechtfertigt. Die Differenzierung nach Laufzeiten (<1 Jahr, 1–3 Jahre, >3 Jahre) ist sinnvoll, da sie den erhöhten Risiken langjähriger Forderungen Rechnung trägt. Die abgestufte Eigenmittelunterlegung der Bankendebitoren ist insbesondere im Hinblick auf die ausreichende Eigenmittelunterlegung der überjährigen Bilanz- und Ausserbilanzgeschäfte (insbesondere der Swaps) gerechtfertigt. Die generell niedrige Gewichtung der Forderungen gegenüber Banken in den internationalen Mindeststandards ist unter dem Gesichtspunkt des Systemrisikos angesichts der weltweiten Verflechtung des Bank- und Finanzsystems bedenklich. Sie missachtet auch die Tatsache, dass von Bank zu Bank beträchtliche Bonitätsunterschiede bestehen können. Dem letztgenannten Bedenken könnte dadurch Rechnung getragen werden, dass nur Forderungen gegenüber Banken mit einem bestimmten Mindest-Rating eigenmittel­mässig privilegiert würden. Für das Rating-Kriterium spricht insbesondere, dass das Rating einen viel aussagekräftigeren Anhaltspunkt bezüglich des Kreditrisikos einer Forderung darstellt als die Laufzeit der Forderung oder das Domizil innerhalb einer bestimmten Ländergruppe. Im Vernehmlassungsverfahren hat sich die Bankenseite aus politischen und praktischen Gründen gegen die Einführung des Rating-Kriteriums ausgesprochen. Es ist jedoch denkbar, dass das Rating eines Schuldners inskünftig das ausschlaggebende Kriterium bei der Eigenmittelunterlegung einer Forderung gegenüber diesem Schuldner werden könnte, unabhängig davon, ob der Schuldner nun einer bestimmten Ländergruppe angehört oder nicht. Einen ersten Schritt in diese Richtung stellt der Vorschlag des Basler Ausschusses in Teil A (Standard-Messverfahren) Randziffer 6 des Konsultationspapiers vom April 1995 über die geplante Ergänzung der Eigenkapitalvereinbarung durch die Marktrisiken dar. Nach diesem Vorschlag soll bei der Klassifizierung der Schuldverschreibungen in fünf Kategorien das Rating des Emittenten eine entscheidende Rolle spielen.¹ Schliesslich beruhen auch die im Anhang II zum EBK-Rund-

¹ Vgl. ebenso die Umschreibung der «qualifizierten Aktiva» in der EU-Kapitaladäquanzrichtlinie (93/6/EWG), Art. 2 Ziff. 12 Abs. 2.

schreiben 92/4 «Länderrisiko» vom 16. Dezember 1992 vorgesehenen Mindestwertberichtigungssätze neben der Einschätzung durch massgebende Geschäftsbanken auf Länder-Ratings spezialisierter Agenturen.¹

222.3 Forderungen gegenüber von der Bankenkommission anerkannten Gemeinschaftseinrichtungen der Banken (Ziff. 2.6)

Sowohl das alte (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 5.2 aBankV) als auch das neue Recht schweigen sich darüber aus, unter welchen Bedingungen eine Anerkennung als Gemeinschaftseinrichtung der Banken zu erfolgen hat. Da die Anerkennung als Gemeinschaftseinrichtung nicht nur für den Gläubiger Eigenmittelerleichterungen, sondern darüber hinaus für die Gemeinschaftseinrichtung ein erhöhtes Prestige im In- und Ausland mit sich bringt, ist sie von der Erfüllung hoher Anforderungen abhängig zu machen. In der Praxis wird von einer Gemeinschaftseinrichtung regelmässig die Einhaltung bestimmter bankengesetzlicher Bestimmungen verlangt. Als Gemeinschaftseinrichtung im Sinne der Eigenmittelvorschriften hat die Bankenkommission bisher einzig die Emissionszentrale der schweizerischen Regionalbanken und die Inter-settle (Inter-settle Swiss Corporation for International Securities Settlements) – auf deren Gesuch hin – anerkannt.

222.4 Forderungen gegenüber Optionen- und/oder Financial-Futures-Börsen (Ziff. 2.7)

Ziff. 2.7 hält fest, dass Forderungen gegenüber Optionen- und/oder Financial-Futures-Börsen, die einer angemessenen Aufsicht unterstehen und bei denen die Kontrakte sowie die Deckung einer täglichen Bewertung zu Marktkursen mit täglichem Margenausgleich unterliegen, ungeachtet der Laufzeit zu 25 % risikogewichtet werden müssen. Diese Regelung orientiert sich an den Bestimmungen der EBK-Rundschreiben 91/2 «Optionen und Financial Futures» (Rz 9) und 92/3 «Ausserbilanz-Klumpenrisiken» (Rz

¹ Vgl. EBK-Jahresbericht 1992, S. 32f.

29), die Verpflichtungen solcher Börsen mit kurzfristigen Verpflichtungen von Banken im Sinne von Art. 21 Abs. 1 Bst. b BankV gleichstellen. Welche Börsen die genannten Voraussetzungen zur Zeit erfüllen, kann der regelmässig nachgeführten Liste der Schweizerischen Bankiervereinigung entnommen werden.

222.5 Lombardkredite (Ziff. 4.3)

Ausser bei Forderungen, die durch Bareinlagen (Ziff. 1.4), nicht-nachrangige Schuldtitel der kreditgebenden Bank (Ziff.1.5) oder Grundpfänder (Ziff. 2.5, 3.1 und 4.1) gedeckt sind, wird beim Schuldner die Deckung in Form eines eigenständigen Risikogewichtungssatzes nur bei Lombardkrediten berücksichtigt. Die Privilegierung des Lombardkredites – die der Basler Ausschuss und die Europäische Union nicht kennen – rechtfertigt sich deshalb, weil für die Deckung reglementarische Sicherheitsmargen (Belehnungsgrenzen) bestehen und die Sicherheiten einer regelmässigen Bewertung unterzogen werden. Die Verluste auf Lombardkrediten sind denn auch im Vergleich zu den kommerziellen Krediten bedeutend geringer. Ein Lombardkredit im Sinne von Ziff. 4.3 liegt jedoch nur vor, wenn die Deckung 1) aus **beweglichen Vermögenswerten** (z. B. Effekten, Edelmetalle), die an einer anerkannten Börse oder an einem repräsentativen Markt nach Artikel 14 Bst. d gehandelt werden, **Bar-einlagen** oder **Treuhandanlagen** besteht, 2) **wöchentlich, bei aussergewöhnlichen Marktverhältnissen täglich, zu Marktkursen bewertet** wird und 3) **ausreichend diversifiziert** ist. Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Deckung ausreichend diversifiziert ist, sind die banküblichen Massstäbe anzuwenden. Nicht ausreichend diversifiziert dürfte jedoch beispielsweise ein Kredit sein, bei dem die Deckung nur aus ein paar wenigen Titeln oder aus einer einzigen Treuhandanlage besteht.

Nebst der Pauschalgewichtung von 75 % steht es einer Bank offen, die Deckung eines Lombardkredits aufzuschlüsseln und die Forderung als durch die einzelnen Schuldtitel gedeckt gemäss Art. 12a Abs. 2 und 3 zu gewichten (vgl. Ziff. 222.7 und 222.8). Sie kann beim gleichen Kunden indessen nicht beides tun. Sie darf also nicht einen Teil des Portefeuilles nach Abs. 2 und/oder 3 und den übrigen Teil zum Pauschalsatz von 75 % gewichten.

222.6 Nachrangige Forderungen (Ziff. 3.4 und 6)

Bei der Gewichtung einer Forderung wird grundsätzlich auf die Art der Gegenpartei (öffentlich-rechtliche Körperschaften, Banken, Private etc.) abgestellt. Streng genommen müsste bei jeder Gegenpartei-kategorie zusätzlich zwischen nachrangigen und nicht-nachrangigen Forderungen unterschieden werden. Da dadurch die Eigenmittelberechnung jedoch unverhältnismässig kompliziert würde (insbesondere bei den nachrangigen Ausserbilanzgeschäften), wurde auf die Unterscheidung zwischen nachrangigen und nicht-nachrangigen Forderungen pro Gegenpartei-kategorie verzichtet und stattdessen ein pauschaler Risikogewichtungssatz von 250 % eingeführt (Ziff. 6). Dieser Gewichtungssatz entspricht der bisherigen Unterlegung von 20 % für nicht unter den dauernden Beteiligungen bilanzierte Forderungen mit Rangrücktritt (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 7.4 aBankV) und trägt dem höheren Risiko der Nachrangigkeit Rechnung. Eine Ausnahme besteht für nachrangige Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern, welche zu 50% gewichtet werden können (Ziff. 3.4).

222.7 Deckung durch Schuldtitel oder Garantien (Art. 12a Abs. 2)

Wie die EU-Solvabilitätsrichtlinie¹ und in eingeschränkter Form die Eigenkapitalvereinbarung² berücksichtigt die neue Regelung den Umstand, dass die Bonität des hinter einer Deckung stehenden Dritten besser sein kann als diejenige der Gegenpartei. Es darf deshalb bei durch Schuldtitel, Treuhandanlagen oder Garantien gedeckten Forderungen auf den Risikogewichtungssatz des hinter der Deckung stehenden Dritten abgestellt werden, falls dieser tiefer ist als der für die jeweilige Gegenpartei anwendbare Satz. Beispielsweise muss eine Forderung gegenüber einem Privaten, welche durch Schuldtitel der Eidgenossenschaft gedeckt ist oder durch diese

¹ Vgl. EU-Solvabilitätsrichtlinie, Art. 6.

² Seit der am 9. Dezember 1994 in Kraft getretenen Änderung der Basler Eigenkapitalvereinbarung werden als «privilegierte Deckung» Schuldtitel oder Garantien von OECD-Zentralregierungen, nichtzentralstaatlichen Institutionen des öffentlichen Sektors von OECD-Ländern oder von bestimmten multilateralen Entwicklungsbanken anerkannt.

garantiert wird, nicht mit eigenen Mitteln unterlegt werden (0%-Gewichtung; Ziff. 1.2). Als garantierte Forderungen gelten auch Forderungen gegenüber Kantonalbanken, für deren gesamte nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Staat haftet. Bei diesen Forderungen kann unabhängig der Restlaufzeit der Forderung der Risikogewichtungssatz für die übrigen schweizerischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften von 25 % (Abs. 3 i. V. m. Ziff. 2.3) angewendet werden. Ist eine Forderung nur zum Teil gedeckt, bezieht sich der tiefere Risikogewichtungssatz selbstverständlich nur auf jenen Teil der Forderung, der voll gedeckt ist.

222.8 Bankschuldtitle im Handelsbestand (Art. 12a Abs. 3)

Absatz 3 von Artikel 12a hält fest, dass Schuldtitle von Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern, die an einer anerkannten Börse gehandelt werden und aus dem Handelsbestand stammen, unabhängig der Restlaufzeit der Titel als unterjährige Forderungen (25%-Gewichtung) gelten. Die Regelung rechtfertigt sich einerseits damit, dass Bankschuldtitle im Handelsbestand fortlaufend bewertet werden und dank deren Handelbarkeit bei einem Wertzerfall rasch veräussert werden können. Andererseits wurden inländische Bankenschuldtitle bereits nach der alten Regelung (Unterlegungssatz von 4 %; Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 2.9 aBankV) gegenüber den übrigen Schuldtitle des Privatsektors privilegiert; die Eigenmittelunterlegung der Bankschuldtitle nach der neuen Regelung liegt indessen immer noch über den entsprechenden Standards des Basler Ausschusses und der Europäischen Union, bei denen Forderungen gegenüber Banken mit Sitz in OECD-Ländern ungeachtet der Laufzeit mit 20 % zu gewichten sind (vgl. Ausführungen in Ziff. 222.2).

Mit Inkrafttreten der vorgesehenen Bestimmungen über die Marktrisiken wird diese Bestimmung wegfallen, da bei Schuldverschreibungen und Aktien im Handelsbestand die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken jene für Kreditrisiken ersetzen.¹

¹ Vgl. Basler Ausschuss, Geplante Ergänzung der Eigenkapitalvereinbarung durch die Marktrisiken, April 1995, Ziff. 13, S. 5.

223 Risikogewichtung für nicht gegenparteibezogene Aktiven (Art. 12b)

Art. 12b regelt die Risikogewichtung für Aktiven, die nicht gegenparteibezogen sind. Eine Sonderregelung gilt für Effekten (Art. 12h; vgl. Ziff. 226) und für offene Positionen in Devisen, Edelmetallen und Waren (Art. 12i; vgl. Ziff. 227). Die Höhe der Sätze orientiert sich an den bisherigen Unterlegungssätzen.

224 Ausserbilanzgeschäfte

224.1 Eventualverpflichtungen und unwiderrufliche Zusagen (Art. 12d)

Die bisherigen Eigenmittelvorschriften berücksichtigten im Ausserbilanzbereich die Bonität der Gegenpartei unvollständig (vgl. Ausführungen unter Ziff. 142). In einem Falle (EBK-Rundschreiben 93/2 «Eigenmittel-Unterlegung von Garantien für Rechnung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften» vom 25. August 1993) sah sich die Bankenkommission veranlasst, diesem konzeptionellen Fehler durch eine sachgerechte Interpretation des Verordnungstextes entgegenzuwirken.¹

Unter der Annahme einer Risikogewichtung der Gegenpartei von 100 % entsprechen die Kreditumrechnungsfaktoren in Abs. 2 im wesentlichen den bisherigen direkten Eigenmittelunterlegungssätzen. Bei einer Gegenpartei mit einer tieferen Risikogewichtung resultiert neu eine tiefere Eigenmittelanforderung.

Bietungs-, Lieferungs- und Ausführungsgarantien waren nach dem bisherigen Recht (Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 6.1 aBankV) mit 2 % eigenen Mitteln – was einem Kreditumrechnungsfaktor von 0,25 entspricht – zu unterlegen. Dieser Satz war bedeutend tiefer als die entsprechenden internationalen Standards (0,5) und bildete deshalb aus internationaler Sicht ein Stein des Anstosses. Der inskünftig geltende Kreditumrechnungsfaktor für Bietungs-, Lieferungs- und Ausführungsgarantien entspricht nun dem internationalen Mindeststandard. Eine privilegierte Behandlung genies-

¹ Vgl. EBK-Jahresbericht 1993, S. 26.

sen jedoch weiterhin **Bauhandwerkerbürgschaften für die Ausführung von Bauten in der Schweiz** (Ziff. 1.3). Für sie gilt unverändert der Kreditumrechnungsfaktor von 0,25. Der tiefere Kreditumrechnungsfaktor für Bauhandwerkerbürgschaften, die für die Ausführung von Bauten in der Schweiz eingegangen wurden, rechtfertigt sich aufgrund der geringen Kreditausfälle bei solchen Geschäften.

Eventualverpflichtungen, an denen die Bank **Unterbeteiligungen** abgegeben hat (Abs. 3), waren nach der alten Regelung fälschlicherweise nur im Nettoumfang, d.h. abzüglich der Unterbeteiligungen, mit eigenen Mitteln zu unterlegen (vgl. den bisherigen Eigenmittelausweis). Im Verhältnis zur Gegenpartei haftet die Bank nämlich – ungeachtet abgegebener Unterbeteiligungen – im vollen Umfang ihrer Eventualverpflichtung. Nur im Innenverhältnis kann sie auf den Unterbeteiligten Regress nehmen. Sie verfügt damit im Umfang der Unterbeteiligung über eine risikomindernde Deckung ihrer Eventualverpflichtung. Die bisherige falsche Betrachtungsweise wurde mit der Neuregelung aufgegeben: Neu muss grundsätzlich eine Bank den Bruttobetrag mit dem Kreditumrechnungsfaktor multiplizieren. Unterbeteiligungen wirken sich insofern aus, als in ihrem Umfang eine Deckung besteht, welche häufig aufgrund der Risikogewichtung des Unterbeteiligten (Unterbeteiligte sind regelmässig Banken) gesamthaft zu einer Reduktion der risikogewichteten Bruttoposition führt.

224.2 Termingeschäfte und gekaufte Optionen (Art. 12e)

Bei der Ermittlung des bei Terminkontrakten und Optionen inhärenten Kreditrisikos und der Bestimmung der Eigenmittelunterlegung dieser Geschäfte werden heute zwei Methoden allgemein international anerkannt: die Marktbewertungsmethode (current exposure method oder marking to market-approach) und die Ursprungsriskomethode (original exposure method). Bei beiden Methoden wird zuerst der bei einem bestimmten Geschäft dem Kreditrisiko ausgesetzte Betrag, das sog. Kreditäquivalent, ermittelt und anschliessend mit dem je nach Gegenpartei anwendbaren Risikogewichtungssatz multipliziert. Die Banken können inskünftig zwischen diesen beiden vom Basler Ausschuss und von der Europäischen Union empfohle-

nen Methoden¹ wählen. Bei gekauften Optionen ist jedoch zwingend die Marktbewertungsmethode anzuwenden (Abs. 1 Satz 2), weil die Asymmetrie der Optionen zu einer starken Hebelwirkung führen kann. Dies gilt im besonderen Masse für die sogenannten Low Exercise Price Options (LEPOs).

Bei der **Marktbewertungsmethode** wird das Kreditäquivalent ermittelt, indem die Wiederbeschaffungswerte (replacement values) zuzüglich einer Sicherheitsmarge (add-on) mit eigenen Mitteln unterlegt werden. Die Wiederbeschaffungswerte drücken den aktuellen Preis aus, welchen die Bank bezahlen müsste, um bei Ausfall einer Gegenpartei ein entsprechendes Ersatzgeschäft mit einer andern Gegenpartei abschliessen zu können. Die Wiederbeschaffungswerte haben ein positives Vorzeichen, wenn die Bank ein teureres Ersatzgeschäft tätigen müsste, ein negatives, wenn sie ein günstigeres Ersatzgeschäft tätigen könnte. Die Berechnung erfolgt auf der Basis der zum gegebenen Zeitpunkt gültigen Marktkurse für das Ersatzgeschäft. Die Sicherheitsmarge beziehungsweise das Add-on ist eine kalkulatorische Grösse und dient zur Abdeckung des während der Restlaufzeit des Kontraktes bestehenden potentiellen Kreditrisikos in Form von zukünftigen Schwankungen der Wiederbeschaffungswerte. Die Bankenkommision lässt die Marktbewertungsmethode bereits bei der Berechnung meldepflichtiger Engagements gemäss Art. 21 BankV (Klumpenrisiken) aus Termingeschäften und Derivaten zu.² Die Höhe der vorgesehenen Add-ons und der Kreditumrechnungsfaktoren orientieren sich weitgehend nach der Matrix des Basler Eigenkapitalmodells in der vom Ausschuss im April 1995 für Derivate ergänzten Fassung³, welche einerseits höhere Add-ons für Restlaufzeiten über fünf Jahre vorsieht und andererseits neben Zinsen und Devisen (inkl. Gold) neu auch die Basiswerte Aktien, Edelmetalle und übrige Waren erfasst. Nach Auffassung des Basler Ausschusses muss für die neu eingefügten Basiswerte zwingend die Marktbewertungsmethode angewendet werden, während die schweizerische

¹ Vgl. Basler Eigenkapitalmodell, Anhang 3, und EU-Solvabilitätsrichtlinie, Anhang II.

² EBK-Rundschreiben 92/3 «Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten» vom 16. Dezember 1992.

³ Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, Basler Eigenkapitalvereinbarung: Behandlung des potentiellen Engagements aus nicht bilanzwirksamen Positionen, April 1995.

Regelung die Ursprungsrisikomethode als Alternative auch hier zulässt, jedoch generell die dafür vorgesehenen Kreditumrechnungsfaktoren massiv erhöht.

Bei bestimmten Kontrakten braucht **kein Add-on** berechnet zu werden. Dies gilt in Anlehnung an die Basler Eigenkapitalvereinbarung und an die EU-Solvabilitätsrichtlinie¹ generell für börslich oder ausserbörslich gehandelte Kontrakte mit einer maximalen ursprünglichen Laufzeit von 14 Kalendertagen (Abs. 7 Bst. a) sowie für börslich gehandelte Kontrakte, die, mit Ausnahme von gekauften Optionen, einem täglichen Margenausgleich unterliegen (Abs. 7 Bst. b). Bei den Ersteren ist die Veränderung des Kreditrisikos aufgrund der kurzen, überschaubaren Laufzeit vernachlässigbar (Abs. 7 Bst. a). Bei den börslich gehandelten Kontrakten ist der Verzicht auf ein Add-on gerechtfertigt, weil sie täglich bewertet werden, einer täglichen Margennachschusspflicht unterliegen (mit Ausnahme von gekauften Optionen) und von daher bezüglich der Einschätzung des Kreditrisikos eintägigen Kontrakten gleichgestellt werden können. Bei ausserbörslich gehandelten Kontrakten kann in Abweichung von der Basler Eigenkapitalvereinbarung und der EU-Solvabilitätsrichtlinie dann auf ein Add-on verzichtet werden, wenn die Kontrakte bezüglich der Einschätzung des Kreditrisikos börslich gehandelten Kontrakten gleichgestellt werden können. Dies wird dann angenommen, wenn kumulativ 1) die Kontrakte an einem repräsentativen Markt im Sinne von Art. 14 Bst. d gehandelt werden, 2) die Kontrakte auf gedeckter Basis in Form von Bareinlagen, verpfändeten oder mindestens gleichwertig (z.B. durch Sicherungsübereignung) sichergestellten handelbaren Effekten, Edelmetallen oder Waren getätigt werden und 3) die Kontrakte und die Deckung täglich zu Marktkursen bewertet werden und einem täglichen Margenausgleich unterliegen (Abs. 7 Bst. c).

Die Anwendung der Marktbewertungsmethode setzt, insbesondere wegen der täglichen Bewertung, aufwendige elektronische Systeme voraus. Banken, die nicht in der Lage oder aus verschiedenen Gründen (bescheidener Umfang des Derivatgeschäfts, Kosten, Geschäftspolitik etc.) nicht gewillt sind, diese anspruchsvolle

¹ Basler Eigenkapitalvereinbarung, Anhang 3, Seite 3, und EU-Solvabilitätsrichtlinie, Anhang 2.

Methode anzuwenden, können deshalb nach der einfacheren **Ursprungsrisikomethode** vorgehen. Bei dieser Methode wird das Kreditäquivalent für jede Kontraktart nicht periodisch aufgrund von Marktwerten ermittelt, sondern aufgrund von statistischen Erfahrungswerten, welche sich in sog. Kreditumrechnungsfaktoren in Form von fixen Prozentsätzen der Kontraktwerte ausdrücken, geschätzt. Das Kreditäquivalent eines bestimmten Kontrakts ergibt sich aus der Multiplikation seines Nennwerts mit dem jeweiligen Umrechnungsfaktor. Die Ursprungsrisikomethode ist einfacher, aber auch weniger präzise, weil im Unterschied zur Marktbewertungsmethode dem jeweiligen effektiven (Markt-)Wert des Kontraktes nicht Rechnung getragen wird. Aus diesem Grunde sind die Kreditumrechnungsfaktoren bewusst vorsichtig festgelegt worden. Es soll damit aber auch ein Anreiz geschaffen werden, die zwar aufwendigere, dafür aber risikoadäquatere Marktbewertungsmethode anzuwenden. Mittelfristig ist zu erwarten, dass die Ursprungsrisikomethode von den Banken nicht mehr angewendet wird.

224.3 Aufrechnung/Netting (Art. 12f.)

Auf internationaler Ebene hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, dass Netting-Vereinbarungen eine Reduktion der Kreditrisiken und damit indirekt eine Senkung der Eigenmittelanforderungen bewirken können, sofern sie innerhalb der betreffenden Rechtsordnungen anerkannt und im Konkursfall durchsetzbar sind.¹ Die Regelung von Art. 12f orientiert sich weitgehend an der im Juli 1994 geänderten Eigenkapitalvereinbarung des Basler Ausschusses in bezug auf bilaterales Netting² und am Vorschlag des Europäischen Parlamentes und des Rates der Europäischen Union vom 27. 4. 1994 «für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 89/647/EWG im Hinblick auf die aufsichtliche Anerkennung von Schuldumwandlungsverträgen und Aufrechnungsvereinbarungen (vertragliches Netting)».

¹ Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: Bericht des Ausschusses für Interbank-Netting-Systeme der Zentralbanken der Länder der Zehnergruppe (Lamfalussy-Report), November 1990.

² Basle Committee on Banking Supervision, The capital adequacy treatment of the credit risk associated with certain off-balance-sheet items, Annex 1: Amendment to the 1988 Capital Accord for bilateral Netting, July 15, 1994.

Artikel 12f anerkennt wie die beiden internationalen Vorgaben vorderhand nur Formen des bilateralen Nettings. Für die Zulassung des multilateralen Netting sind vertiefte Abklärungen auf nationaler und internationaler Ebene erforderlich. Es werden nunmehr als bilaterale Netting-Formen das Close-out-Netting (Abs. 2 Bst. a), das Netting-by-Novation (Abs. 2 Bst. b) sowie das Payment-Netting (Abs. 2 Bst. c) zugelassen. Das Payment-Netting, welches vom Basler Ausschuss nicht anerkannt wird¹, wird nur dort zugelassen, wo es sich um glattgestellte Geschäfte mit derselben Gegenpartei handelt.

Die erwähnten Netting-Formen werden für die Zwecke der Eigenmittelberechnung nur unter der Voraussetzung anerkannt, dass sie beziehungsweise die betreffenden Netting-Vereinbarungen **von den massgebenden Rechtsordnungen nachweislich anerkannt und im Konkursfall durchsetzbar** sind. Was die Durchsetzbarkeit im Konkursfall anbetrifft, so gilt es insbesondere zu verhindern, dass die Konkursverwaltung das sog. «cherry picking» betreibt, also nur die für die Konkursmasse profitablen Verträge erfüllt und die anderen zurückweist. Nach dem bisher geltenden schweizerischen Recht ist dies möglich, steht es doch der Konkursverwaltung grundsätzlich offen, ob sie die vom Konkursiten abgeschlossenen Verträge erfüllen will oder nicht (sog. Eintrittsrecht der Konkursverwaltung; Art. 211 SchKG). Ob die vertragliche Regelung der Liquidierung schwebender Geschäfte im Konkursfall rechtlich zulässig ist oder nicht, war unklar.² Mit der Neuregelung von Artikel 211 des am 16. Dezember 1994 vom Parlament verabschiedeten, jedoch erst am 1. Januar 1997 in Kraft tretenden revidierten Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)³, wird das Eintrittsrecht der Konkursverwaltung nun präzise umschrieben und beschränkt. Gemäss Art. 211 Abs. 2bis revSchKG kann die Konkursverwaltung (und der Vertragspartner) nur die Differenz zwischen dem vereinbarten Wert der ver-

¹ Fussnote 6 der Netting-Regelung des Basler Ausschusses.

² Bericht des Bundesamtes für Justiz zuhanden der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates vom 1. September 1993 über die Neuregelung des Eintrittsrechts der Konkursverwaltung in zweiseitige Verträge nach Artikel 211 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, BBl 1994 I 1321.

³ AS 1995 II 1227.

traglichen Leistungen und deren Marktwert im Zeitpunkt der Konkursöffnung geltend machen, was letztlich auf eine Anerkennung entsprechender Netting-Vereinbarungen hinausläuft.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Durchsetzbarkeit einer Netting-Vereinbarung unter Aspekten des internationalen Privat- und Konkursrechtes zu überprüfen ist, wenn eine Vertragspartei ihr Domizil im Ausland hat. Nach den Empfehlungen des Basler Ausschusses und der vorgeschlagenen EU-Richtlinie hat die Bank ihrer Aufsichtsbehörde den Nachweis für die Durchsetzbarkeit unter den massgeblichen Rechtsordnungen zu erbringen und hierfür wohlbegründete schriftliche Rechtsgutachten vorzulegen. Im schweizerischen Aufsichtssystem wird es Aufgabe der bankengesetzlichen Revisionsstellen sein, die Netting-Vereinbarungen einer Bank bezüglich der Anerkennung und der Durchsetzbarkeit in den relevanten Rechtsordnungen zu überprüfen. Um eine einheitliche Praxis bezüglich der Anerkennung von Netting-Vereinbarungen zu gewährleisten und Doppelspurigkeiten bei der Abklärung zu vermeiden, ist eine enge Zusammenarbeit unter den Revisionsstellen und mit den Banken angebracht. Das Geschäfts- bzw. Bankgeheimnis steht dem nicht entgegen, da es um die Beurteilung reiner Rechtsfragen geht. Es bestehen denn auch bereits konkrete Pläne, im Rahmen der Treuhänder-Kammer eine Koordinationsgruppe unter den Revisionsstellen zu schaffen, welche die ihr von einer Fachgruppe der Banken unterbreiteten Nettingverträge, Stellungnahmen und Rechtsgutachten einer unabhängigen Beurteilung unterzieht und zuhänden aller betroffenen Revisionsstellen festhält. Die Anerkennung von Nettingverträgen dürfte sich aus praktischen Gründen auf einige wenige international gebräuchliche Standardverträge (Master Agreements) beschränken. Ferner ist auf die in den zitierten internationalen Mindeststandards erwähnte weitere Bedingung hinzuweisen, dass das vertragliche Netting nach dem Recht aller beteiligten Rechtssysteme durchsetzbar sein muss und eine Aufrechnungsvereinbarung deshalb für keine der beteiligten Vertragsparteien als risikomindernd anerkannt werden darf, wenn ihre Durchsetzbarkeit auch nur nach dem Recht eines Landes zweifelhaft ist. Die Bankenkommision wird die Koordinationsgruppe der Revisionsstellen nötigenfalls bei den hierzu erforderlichen Kontakten zu ausländischen Bankaufsichtsbehörden unterstützen. Sicherzustellen ist schliesslich,

dass die Banken ihre Netting-Vereinbarungen fortlaufend im Hinblick auf mögliche Änderungen der einschlägigen Rechtsvorschriften überprüfen.

225 Darlehens- und Repo-Geschäfte mit Effekten, Edelmetallen und Waren (Art. 12g)

Artikel 12g regelt die eigenmittelmässige Erfassung des Kreditrisikos beim Securities Lending- beziehungsweise Securities Borrowing- und beim Repo-Geschäft. Das emittentenspezifische Ausfallrisiko bei diesen Geschäften wird durch Art. 12h erfasst.

Die neue Bestimmung übernimmt den Kerngehalt des EBK-Rundschreibens 93/4 vom 14. Dezember 1993 über die Eigenmittelunterlegung bei der Wertpapierleihe und beim Repo-Geschäft¹, welches eine bestehende Lücke der bisher geltenden Eigenmittelbestimmungen ausgefüllt hat. Danach ist nur die Differenz zwischen der Deckung und der Effekten-, Edelmetall- oder Warenposition mit eigenen Mitteln zu unterlegen, sofern die unter den Buchstaben a), b) und c) genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Im Unterschied zum erwähnten EBK-Rundschreiben werden als handelbare Werte und als Deckung neben den Bareinlagen und den Wertpapieren, die neu mit dem Begriff «Effekten» bezeichnet werden, auch Edelmetalle und Waren zugelassen.

226 Emittentenspezifische Ausfallrisikopositionen (Art. 12h)

Wie Art. 12g entstammt auch Art. 12h, der die Berechnung des emittentenspezifischen Ausfallrisikos (siehe die Ausführungen unter Ziff. 172) bei Effekten zum Gegenstand hat, weitgehend einer Regelung aus dem EBK-Rundschreiben 93/4 «Eigenmittelunterlegung bei der Wertpapierleihe und beim Repo-Geschäft» vom 14. Dezember 1993. Die Absätze 1, 2 und 3 orientieren sich an Randziffer 13 des genannten Rundschreibens.² Nach Absatz 1 ist bei Effekten dessel-

¹ Das Rundschreiben orientiert sich an der EU-Kapitaladäquanzrichtlinie (93/6/EWG), Anhang II, Ziff. 4.1.

² Die in dieser Randziffer aufgeführte Regelung gilt unabhängig von Wertpapierleihe- und Repo-Geschäften generell für die Ermittlung des emittentenspezifischen Ausfallrisikos bei Wertpapieren (vgl. Zirkular der Schweizerischen Bankiervereinigung Nr. 1103 D vom 23. Dezember 1993).

ben Emittenten die Netto-Longposition mit eigenen Mitteln zu unterlegen, wenn diese Effekten den gleichen Risikogewichtungssatz aufweisen. Dies ist auch dann der Fall, wenn es sich bei den in die Berechnung einbezogenen Titeln um nachrangige Schuldtitel und Beteiligungstitel handelt. Absatz 4 hält fest, dass sich die Gewichtungssätze für Schuldtitel nach den in Art. 12a Abs. 1 festgelegten Sätzen bestimmen, wobei nachrangige Schuldtitel, für die der generelle Risikogewichtungssatz von 250 % gilt (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 6), nur zur Hälfte gewichtet werden können, wenn sie an einer anerkannten Börse gehandelt werden. Absatz 4 enthält überdies Risikogewichtungssätze für Beteiligungstitel wie Aktien und Partizipationsscheine sowie für Anteilscheine von Anlagefonds, wobei je nachdem, ob sie an einer anerkannten Börse gehandelt¹ werden oder nicht, unterschiedliche Sätze gelten. Weiterhin gelten unterschiedliche Risikogewichtungssätze für Beteiligungstitel, die unter Beteiligungen bilanziert und solche, die nicht unter Beteiligungen bilanziert werden. Die Risikogewichtungssätze entsprechen umgerechnet der Höhe der bisher geltenden Unterlegungssätze. Beispielsweise entspricht der Risikogewichtungssatz von 1250 % für eigene Aktien im Handelsbestand dem bisher geltenden Unterlegungssatz von 100 % ($1250 \times 0,08 = 100$). Eigene Aktien, die nicht aus dem Handelsbestand stammen, sind vom Kernkapital abzuziehen (Art. 11a Abs. 3 Bst. a).

227 Marktrisikopositionen (Art. 12i)

Art. 12i entspricht inhaltlich weitgehend der bisherigen Regelung von Art. 13 Abs. 1 Bst. c aBankV, mit dem hauptsächlichen Unterschied, dass neu auch die offenen Positionen in Waren erfasst werden. Die offenen (Marktrisiko-)Positionen in Aktien und Schuldverschreibungen werden, wie unter Ziff. 143 und 15 erwähnt, in der nächsten Revisionsphase geregelt.

Wie aus dem Schema in Abs. 1 hervorgeht, werden bei der Ermittlung der offenen Position in Edelmetallen und Waren auch die physischen Bestände einbezogen. Aus diesem Grund sind physische Bestände an Edelmetallen und Waren in Art. 12b Ziff. 1.1 mit 0 % zu gewichten.

¹ Der Ausdruck «an einer anerkannten Börse gehandelt» entspricht sinngemäss dem in Art. 2 Bst. c BEHG definierten Begriff «Kotierung».

23 Abzüge von den erforderlichen Eigenmitteln (Art. 13)

Gegenüber den bisherigen Bestimmungen (Art. 13 Abs. 3 aBankV) sind die beiden Möglichkeiten der Abzüge von den erforderlichen Eigenmitteln im wesentlichen unverändert beibehalten worden:

Es handelt sich einerseits um einen **pauschalen Abzug**, der **allen** Banken offensteht, die in den Passiven bilanzierte **Wertberichtigungen und Rückstellungen** zur Abdeckung von Positionen haben, für welche eigene Mittel verlangt werden (Bst. a). Bei der Berechnung dieser Position sind die angerechneten stillen Reserven gemäss Art. 11b Abs. 1 Bst. b und die bei der Berechnung der Netto-Longposition nach Art. 12h Abs. 3 einbezogenen passivierten Wertberichtigungen abzuziehen. Mit dem Abzug im Umfang von 6 % der Wertberichtigungen und Rückstellungen wird die überhöhte Eigenmittelanforderung korrigiert, welche dann entsteht, wenn eine risikogewichtete Position nur indirekt auf der Passivseite wertberichtigt wird und folglich wegen der am Buchwert ansetzenden Eigenmittelvorschriften weiterhin im ursprünglichen Betrag voll risikogewichtet wird, obschon das latente Risiko nur noch auf dem nicht wertberichtigten Nettowert besteht.¹ Dieser Abzug ist in der Basler Eigenkapitalvereinbarung und in den einschlägigen EU-Richtlinien nicht vorgesehen. Gemäss Art. 9 (Passiva) Bst. B Ziff. 3 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 der Vierten Richtlinie des Rates der Europäischen Union vom 25. Juli 1978 über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen² und Art. 23 der Richtlinie des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten³ ist die Bildung von Wertberichtigungen in den Passiven nicht zulässig. Längerfristig wird diese auf der geltenden schweizerischen Rechnungslegungspraxis⁴ basierende Abweichung von den internationalen Standards wohl nur schwer aufrechtzuerhalten sein.

¹ Vgl. die Erläuterungen zum bisherigen Verordnungstext in EBK-Bulletin 19, S. 42/43.

² 78/660/EWG, in ABI. Nr. L 222 vom 14. 8. 1978.

³ 86/635/EWG, in ABI. Nr. L 372 vom 31. 12. 1986.

⁴ Vgl. Richtlinien der Eidg. Bankenkommission zu den Rechnungslegungsvorschriften der Art. 23–27 BankV (RRV-EBK) vom 14. Dezember 1994, I, Ziff. 9, und IX, Tabelle E.

Der zweite Abzug betrifft einzig die **Kantonalbanken** (Bst. b): Er ist betragsmässig mit 12,5 % der erforderlichen eigenen Mittel gleich hoch wie bisher geblieben. Weil den Kantonalbanken neu die Möglichkeit eingeräumt wird, nachrangige Schulden als Eigenmittel anzurechnen (Art. 11b Abs. 2 Bst. b; vgl. die Ausführungen unter Ziff. 213), ist dieser Abzug nur noch in dem Umfang zulässig, als die Bank nicht gleichzeitig nachrangige Verbindlichkeiten als eigene Mittel anrechnet. Eine Kombination von nachrangigen Schulden als Eigenmittel und dem Abzug für Kantonalbanken ist möglich, solange die nachrangigen Schulden noch nicht 12,5 % der erforderlichen Eigenmittel erreicht haben. Eine Kumulation beider Elemente über die Grenze von 12,5 % hinaus (d. h. eine Anrechnung nachrangiger Schulden und ein Abzug von den Anforderungen im Umfang von zusammen mehr als 12,5 % der erforderlichen Eigenmittel) ist hingegen nicht zulässig.

24 Konsolidierung (Art. 13a)

Die bisherige Bestimmung zur konsolidierten Anwendung der Eigenmittelvorschriften auf Bankkonzerne (Art. 12 Abs. 2 aBankV) geht auf die Verordnungsrevision vom 1. Dezember 1980¹ zurück. Sie ist in der Praxis der Bankenkommission weiterentwickelt und namentlich gestützt auf die Annahme des faktischen Beistandszwanges auf Bankkonzerne mit Holdingstruktur angewendet worden.² Zur konsolidierten Beaufsichtigung von Bankkonzernen und Finanzkonglomeraten sind auf internationaler Ebene Empfehlungen insbesondere des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht³ und der International Organisation of Securities Commissions (IOSCO⁴) ergangen. Die Europäi-

¹ AS 1980 1814.

² Vgl. Ziff. 11 hiervor und Bernhard Müller: Die Praxis der Eidg. Bankenkommission, in: Jubiläumsschrift 50 Jahre eidgenössische Bankenaufsicht, Zürich 1985, S. 364ff.

³ Vgl. dazu Urs Zulauf: EWR, Bankengesetz und internationale Zusammenarbeit zwischen Bankaufsichtsbehörden, in: Aktuelle Rechtsprobleme des Finanz- und Börsenplatzes Schweiz 1/1992 (Hrsg. Peter Nobel), Bern 1993, S. 40ff.; Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, Report on International Developments in Banking Supervision No 8, September 1992, S. 59–70.

⁴ IOSCO, Principles for the Supervision of Financial Conglomerates, October 1992; vgl. auch den im Sommer 1995 publizierten umfassenden Bericht der Tripartite Group of Bank, Securities and Insurance Regulators, The Supervision of Financial Conglomerates.

sche Union schliesslich folgt in ihrer Richtlinie 92/30/EWG vom 6. April 1992 über die Beaufsichtigung von Kreditinstituten auf konsolidierter Basis¹ denselben Grundsätzen, welche dem vom Bundesgericht geschützten Leitentscheid der Bankenkommission i.S. Schweizerische Kreditanstalt/CS Holding zugrunde liegen.² Diese neueren Erkenntnisse haben bereits Eingang in Art. 14 des neuen Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) vom 24. März 1995³ gefunden, wonach der Effektenhändler die Vorschriften über Eigenmittel und Risikoverteilung auf konsolidierter Basis zu erfüllen hat, wenn er mit einer oder mit mehreren im Finanzbereich tätigen Gesellschaften eine wirtschaftliche Einheit bildet oder, wenn aufgrund anderer Umstände anzunehmen ist, dass er rechtlich verpflichtet oder faktisch gezwungen ist, einer solchen Gesellschaft beizustehen. Zu berücksichtigen sind ferner die neuen Rechnungslegungsvorschriften der Bankenverordnung, welche die Pflichten zur Erstellung der Konzernrechnung und die anwendbaren Konsolidierungsmethoden umschreiben (Art. 23a, 25e). Art. 13a orientiert sich an all den erwähnten Vorgaben und bezweckt eine den Risiken des Konzerns angemessene Eigenmittelausstattung. Obschon die neue Bestimmung wesentlich detaillierter als Art. 12 Abs. 2 aBankV gefasst ist, wird die Bankenkommission allenfalls konkretisierende Weisungen durch ein Rundschreiben zu erlassen haben, wie sie bereits durch die Konsolidierungs-Richtlinien vom 17. März 1978 (EBK-RS 78/1) bestanden.

Absatz 1 regelt die **allgemeine Konsolidierungspflicht** für Eigenmittelzwecke auf umfassende Weise in Anlehnung an Art. 14 BEHG, schliesst also insbesondere auch die faktische Beistandspflicht ohne ein Beteiligungs- oder Beherrschungsverhältnis zwischen der konsolidierungspflichtigen Bank und anderen Konzerngesellschaften ein. Erfasst werden damit sowohl Stammhaus- als auch Holdingkonzerne beziehungsweise Konglomerate oder von derselben natürlichen Person beherrschte Banken und Finanzinstitute. Der Konsolidierungskreis erstreckt sich unverändert auf Unternehmungen

¹ ABI. Nr. L 110/52 vom 28. 4. 1992.

² BGE 116 Ib 331ff.; vgl. auch EBK-Bulletin 21, S. 39ff., sowie Jahresberichte 1992, S. 46f., und 1993, S. 40f.

³ Vgl. Botschaft des Bundesrates, BBl 1993 I 1406.

gen des Finanzbereichs und Immobiliengesellschaften. Ebenfalls wie bis anhin sind die Eigenmittelvorschriften von der Bank sowohl einzeln als auch auf konsolidierter Grundlage zu erfüllen.

Absatz 2 hält die Konsolidierungspflicht für den **Hauptanwendungsfall** des Stammhauskonzerns fest und knüpft dafür an den Tatbestand der direkten oder indirekten **Beherrschung** durch Stimmenmehrheit oder auf andere Weise an. Mit Ausnahme des modereren Kriteriums der Stimmenmehrheit, welches an die neue Definition der ausländischen Beherrschung in Art. 3bis Abs. 3 BankG¹ und die Konzernrechnungspflicht in Art. 663e OR sowie Art. 23a BankV anschliesst, ist diese Bestimmung mit Art. 12 Abs. 2 aBankV identisch.

Absatz 3 regelt **zwei Ausnahmen von der Konsolidierungspflicht**: Einerseits kann mit Zustimmung der Revisionsstelle auf die Konsolidierung verzichtet oder eine bestimmte Gesellschaft davon ausgenommen werden, wenn die betreffenden beherrschten Unternehmungen des Bank- oder Finanzbereichs unwesentlich sind.² Andererseits kann die Bankenkommission Teilkonzerne von der Eigenmittel-Konsolidierung befreien, wenn sie Teil eines gesamthaft konsolidiert überwachten Konzerns sind.

Absatz 4 statuiert eine Konsolidierungspflicht für den Fall, dass die Bank weder über die Stimmenmehrheit verfügt noch alleine auf andere Weise einen beherrschenden Einfluss ausübt, jedoch eine Unternehmung gemeinsam mit Dritten im Sinne eines Joint-Venture beherrscht und sich aus dieser **gemeinsamen Beherrschung** eine anteilmässige rechtliche oder faktische Beistandspflicht ergibt. Eine gemeinsame Beherrschung liegt nicht nur beim Hauptanwendungsfall einer je hälftigen stimmrechtsmässigen Beteiligung vor, sondern ist auch bei mehreren Partnern möglich. Immerhin muss die Beteiligung der Bank am stimmberechtigten Kapital den Schwellenwert von 20 % erreichen oder überschreiten, da bei noch breiter gestreuten Anteilen – etwa bei Gemeinschaftseinrichtungen ganzer Bankengruppen – die Konsolidierung unverhältnismässig und zudem irreführend wäre. Während die Konsolidierungspflicht bei je hälftiger

¹ Änderung des Bankengesetzes vom 18. März 1994.

² Vgl. EBK-RS 78/1, Rz 18.

Beteiligung schon nach der bisherigen Praxis der Bankenkommission bestand, orientiert sich die Ausdehnung auf eine gemeinsame Beherrschung mit mehreren Partnern an Art. 6 Abs. 2 der europäischen Richtlinie 92/30/EWG.

Die Absätze 5 und 6 bestimmen die anwendbaren **Konsolidierungsmethoden**; Abs. 5 enthält die Grundsätze, Abs. 6 eine Ausnahme. Nach **Absatz 5** gilt für die gemäss den ersten beiden Absätzen zu konsolidierenden Konzerne, in Übereinstimmung mit Art. 25e Abs. 1 BankV, die Methode der **Vollkonsolidierung**. Art. 12 Abs. 2 aBankV begnügte sich demgegenüber mit der Quotenkonsolidierung, was angesichts eines fehlenden Beistandes durch Minderheitsbeteiligte oder gar blossem Streubesitz anderer Anleger ungenügend war. Umgekehrt dürfen nun Kapitalanteile von Minderheitsaktionären an voll konsolidierten Tochtergesellschaften im Rahmen der konsolidierten Eigenmittelberechnung angerechnet werden (Art. 11a Abs. 1). Die Methode der **Quotenkonsolidierung** wird für Minderheitsbeteiligungen an gemeinsam beherrschten Unternehmungen gemäss Abs. 4 vorgeschrieben. Bei je hälftigen Joint-Ventures steht die Wahl zwischen der Methode der Voll- und der Quotenkonsolidierung offen.

Absatz 6 erlaubt als Ausnahmeregelung – wahlweise neben der Vollkonsolidierung – die Anwendung der **Quotenkonsolidierung** bei Mehrheitsbeteiligungen, wenn vertraglich der Beistand der Bank auf ihre eigene Quote beschränkt ist und zugleich die übrigen Partner im Umfang ihrer jeweiligen Quoten ihrerseits zum Beistand verpflichtet sind und dieser Verpflichtung sowohl rechtlich als auch finanziell nachkommen können. Die Ausnahme für Mehrheitsbeteiligungen entspricht Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 92/30/EWG.

Absatz 7 gibt der Bankenkommission die Kompetenz, Banken von der **Pflicht zur Erfüllung der Eigenmittelvorschriften auf Stufe Einzelinstitut ganz oder teilweise zu befreien**. Die Bestimmung ist sehr offen formuliert. Ausdrücklich erwähnt ist einzig der Anwendungsfall der zentralen Organisation, welche die Voraussetzungen nach Artikel 4 Absatz 3 BankV erfüllt. Banken können demnach von der Erfüllung der Eigenmittelvorschriften dann ganz oder teilweise befreit werden, wenn sie Teil einer zentralen Organisation bilden, welche a) ihre Verpflichtungen garantiert, b) die Vorschriften über die

Eigenmittel und die Risikoverteilung auf konsolidierter Basis erfüllt und c) ihnen verbindliche Weisungen erteilen kann. Diese Möglichkeit steht insbesondere den Raiffeisenbanken offen, für die sich die stark verminderte Anrechenbarkeit der Nachschusspflicht der Genossenschaftler auswirkt (vgl. Ziff. 213). Auch wenn die Bestimmung von Absatz 7 im übrigen sehr viel Interpretationsraum zulässt und die Anwendungsfälle nicht abschliessend aufgezählt sind, gilt es doch zu beachten, dass von dieser Möglichkeit nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht werden sollte. Die Eigenmittelvorschriften sind nach wie vor primär auf das bewilligte Einzelinstitut auszurichten, dessen Gläubiger vorab zu schützen sind. Die Konsolidierung ist nur ein ergänzendes Hilfsmittel, welches die Risiken aus dem faktischen Beistandszwang des Einzelinstituts berücksichtigt, aber nicht die angemessene Eigenmittelausstattung des Einzelinstituts ersetzen kann. Dieses Prinzip darf nicht in das Gegenteil verkehrt werden, zumal im Konkursfall die wirtschaftliche Einheit des Konzerns rechtlich durchbrochen wird.

25 Eigenmittelausweis (Art. 13b)

Der Eigenmittelausweis (auf Einzelbasis sowie auf konsolidierter Basis) ist ein in enger Zusammenarbeit mit den Banken und der Schweizerischen Nationalbank entwickeltes Formular zur Berechnung der anrechenbaren und erforderlichen eigenen Mittel (siehe Anhang II). Ihm kommt erhebliche praktische Bedeutung zu, da er zum einen für die Berechnung der anrechenbaren und erforderlichen Mittel ein unabdingbares Hilfsmittel darstellt und zum anderen der bankengesetzlichen Revisionsstelle und der Bankenkommission dazu dient, die dauernde Einhaltung der Eigenmittelvorschriften zu überprüfen. Schliesslich wird er von der Schweizerischen Nationalbank für statistische Zwecke benötigt.

Der Eigenmittelausweis ist auf Stufe des Einzelinstituts vierteljährlich und auf konsolidierter Basis halbjährlich, jeweils innert zwei Monaten, zu erstellen. Er wird erstmals per 31. Dezember 1995 nach den neuen Vorschriften zu erstellen sein, wobei Banken freiwillig bereits ab dem 1. Januar 1995 den neuen Ausweis verwenden können (Absatz 5 der Übergangsbestimmungen).

Aus dem Erfordernis, die Eigenmittelanforderungen dauernd erfüllen zu müssen (vgl. Art. 12 Abs. 1), ergibt sich die Pflicht für die Banken, die Bankenkommission umgehend zu informieren, wenn dies nicht (mehr) der Fall ist (Absatz 2).

In verschiedenen Punkten weicht die vorgesehene neue Eigenmittelregelung von den Mindeststandards des Basler Ausschusses ab (vgl. Ziff. 31). In der Regel handelt es sich dabei um Bestimmungen, wo ein strengerer Massstab als bei den entsprechenden Standards des Basler Ausschusses angelegt wird. Es gibt indessen auch Bestimmungen, bei denen die zurzeit geltenden Standards des Basler Ausschusses unterschritten werden. Als gewichtigste diesbezügliche Abweichung ist die Regelung bezüglich der Eigenmittelunterlegung von Forderungen mit hypothekarischer Deckung zu nennen (vgl. dazu die Ausführungen unter Ziff. 222.1). Um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die international tätigen schweizerischen Banken würden gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten ungerechtfertigterweise bevorteilt, ist in Absatz 3 eine Bestimmung aufgenommen worden, die die **international tätigen Banken** (vgl. zum Begriff Ziff. 26) verpflichtet, der Bankenkommission nebst dem Eigenmittelausweis eine **Berechnung** der nach den geltenden Mindeststandards des Basler Ausschusses auf konsolidierter Basis anrechenbaren und erforderlichen eigenen Mittel einzureichen. Diese Bestimmung soll den Nachweis erleichtern, dass die international tätigen Banken jederzeit über die vom Basler Ausschuss geforderte Eigenkapitalausstattung verfügen. Die Berechnung nach den geltenden Mindeststandards des Basler Ausschusses dürfte für die international tätigen Banken in der Regel keinen administrativen Mehraufwand bedeuten, ist es doch bei ihnen bereits ohnehin üblich, im Geschäftsbericht die nach den Standards des Basler Ausschusses berechnete Eigenmittelquote zu publizieren. Die Bankenkommission wird die betroffenen Banken bezüglich der konkreten Ausgestaltung der Berechnung orientieren.

26 Begriffe (Art. 14)

Im Vergleich zur alten Verordnung (Art. 13 Abs. 5 aBankV) wird die Liste der verwendeten Begriffe teils erweitert (Bst. c und d), teils

werden die bisher geltenden Begriffe der OECD-Länder (Bst. a) und der multilateralen Entwicklungsbanken (Bst. b) präzisiert.

Die Erweiterung des Kreises der **OECD-Länder** (Mexiko und allenfalls in naher Zukunft weitere Staaten) hat bei der Risikogewichtung weittragende Auswirkungen, nämlich auf Forderungen gegenüber den Zentralbanken, den Zentralregierungen und übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, den Geschäftsbanken und schliesslich auf grundpfandgesicherte Forderungen. In Anlehnung an die im März 1995 vom Basler Ausschuss beschlossene Änderung der Eigenkapitalvereinbarung¹ verlangt die Definition in Bst. a nebst der Mitgliedschaft in der OECD oder dem Abschluss von besonderen Kreditvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds neu, dass die betreffenden OECD-Länder ihre externen Schulden in den vergangenen fünf Jahren nicht umgeschuldet haben. Ebenfalls nicht als OECD-Länder im Sinne der Eigenmittelvorschriften gelten Länder, für welche die Bankenkommission Mindestwertberichtigungen für Forderungen mit Länderrisiko vorschreibt.² Diese zusätzliche, vom Basler Ausschuss nicht geforderte Einschränkung, beruht auf der Überlegung, dass mit politischen Risiken und Transferrisiken behaftete Forderungen keine privilegierte Behandlung rechtfertigen. Die auf Einschätzungen der massgebenden Geschäftsbanken und Rating-Agenturen abgestützten länderspezifischen Mindestwertberichtigungssätze sind ein besserer Indikator für die Risikolage eines Landes als die starre Fünfjahresfrist seit der letzten formellen Umschuldung.

Neu in den Kreis der **multilateralen Entwicklungsbanken** aufgenommen wurde die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Bst. b Ziff. 10), während gleichzeitig dem Namenswechsel des früheren Wiedereingliederungsfonds des Europarates zum Sozialen Entwicklungsfonds des Europarates Rechnung getragen wird (Bst. b Ziff. 7). Nicht zu den privilegierten multilateralen Entwicklungsbanken gehören die Central American Bank for Economic Integration (CABEI), die Corporacion Andina de Fomento (CAF) und die Weltbanktochter Multilateral Investment Guarantee Agency

¹ Basle Committee on Banking Supervision, Amendment to paragraph 35 of the Capital Accord.

² Vgl. EBK-Rundschreiben 92/4 «Länderrisiko» vom 16. Dezember 1992.

(MIGA), für welche die Bankenkommission unter gewissen Bedingungen Ausnahmen von den Wertberichtigungen für Forderungen mit Länderrisiko zugestanden hat, ohne dass deswegen hinsichtlich der Eigenmittelanforderungen eine privilegierte Risikogewichtung verbunden wäre.

International tätige Banken (Bst. c) werden umschrieben, weil diese nach Art. 13b Abs. 3 nebst dem Eigenmittelausweis eine Berechnung der nach den geltenden Mindeststandards des Basler Ausschusses auf konsolidierter Basis anrechenbaren und erforderlichen eigenen Mittel einreichen müssen (vgl. Ausführungen unter Ziff. 25).

Verschiedene Bestimmungen (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 4.3, Art. 12e Abs. 7 Bst. c Ziff. 1 und Art. 12g Bst. a) stellen anerkannte Börsen und sog. **repräsentative Märkte** auf die gleiche Stufe. Buchstabe d definiert den repräsentativen Markt als organisierten Markt mit regelmässiger Kurspublikation, an welchem mindestens drei voneinander unabhängige Market-Maker normalerweise täglich Kurse stellen. Die Definition des repräsentativen Marktes von Buchstabe d ist enger als vergleichbare Umschreibungen wie jene von Art. 32 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Anlagefonds vom 18. März 1994 («an einem andern geregelten, dem Publikum offenstehenden Markt»).

27 Datum des Inkrafttretens / Übergangsbestimmungen

Gemäss Teil III der Verordnungsänderung traten die revidierten Bestimmungen am 1. Februar 1995 in Kraft. Dieses Datum ermöglicht eine problemlose Übernahme der neuen Vorschriften in die Verordnung zum neuen Börsengesetz (BEHG), die auf Sommer 1996 zu erwarten ist. Der Eigenmittelausweis und die Berechnung gemäss Artikel 13b Absatz 3 sind erstmals per 31. Dezember 1995 nach den neuen Bestimmungen zu erstellen; die Frist zur erstmaligen Erstellung des konsolidierten Eigenmittelausweises kann durch die Bankenkommission in besonderen Fällen verlängert werden (Absatz 5 der Übergangsbestimmungen).

An einer raschen Anwendung der revidierten Bestimmungen sind jene Banken interessiert, die in gewissen Geschäftsbereichen wegen der bisher im internationalen Vergleich hohen schweizeri-

schen Eigenmittelunterlegung benachteiligt sind. Absatz 5 zweiter Satz der Übergangsbestimmungen lässt diesen Banken deshalb die Möglichkeit offen, den Eigenmittelausweis schon per 1. Februar 1995 nach den neuen Vorschriften zu erstellen und damit den neuen Eigenmittelvorschriften zu genügen.

Da die neuen Vorschriften nicht unbedeutende, einige Zeit beanspruchende technische Umstellungen bedingen und es zudem Banken geben wird, die nicht in der Lage sein werden, innert kurzer Zeit den in manchen Bereichen höheren Eigenmittelanforderungen zu genügen oder die Einschränkung oder gar den Wegfall bisher angerechneter Eigenmittelbestandteile zu verkraften, sieht die Verordnungsänderung grosszügige Anpassungsfristen vor. Absatz 6 der Übergangsbestimmungen hält fest, dass diese Banken den Anforderungen der Verordnungsänderung spätestens bis am 31. Dezember 1999 genügen müssen, wobei die nach bisherigem Recht angerechneten eigenen Mittel jedoch nicht unter den nach bisherigem Recht geforderten Stand sinken dürfen.

Die Absätze 7 und 8 der Übergangsbestimmungen regeln einzelne Sonderfälle, die bestimmte Banken und Bankengruppen betreffen. Absatz 7 hält fest, dass die nach bisherigem Recht anrechenbaren Gemeindeg Garantien noch längstens per 31. Dezember 1999 als eigene Mittel angerechnet werden können. Absatz 8 enthält eine Sonderregelung für Raiffeisenbanken, welche diesen bis Ende 1999 gestattet, nachrangige Darlehen und die Nachschusspflicht der Genossenschafter in grösserem Umfang als nach der Verordnung (Art. 11b Absatz 2 Buchstabe a und c) anzurechnen.

3 Verhältnis zu internationalen Regelungen

Wie im allgemeinen Teil bereits ausgeführt, sind die schweizerischen Eigenmittelvorschriften im wesentlichen an zwei international gültigen Standards zu messen, nämlich an den Empfehlungen der Basler Eigenkapitalvereinbarung (vgl. Ziff. 121 hiervor) und an den Regeln der Europäischen Union (vgl. Ziff. 122 hiervor). Im Kommentar zu den einzelnen Bestimmungen sind allfällige Abweichungen gegenüber diesen beiden Standards bereits aufgezeigt und erläutert worden.

31 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Die Vorschriften des Basler Ausschusses gelten einzig für international tätige Banken auf konsolidierter Basis. Die Definition der international tätigen Banken ist dabei den Mitgliedsstaaten überlassen, wobei die meisten Staaten aus Gründen der internen Gleichbehandlung die Regeln für alle beaufsichtigten Banken gleich gestalten. Anders verhält es sich bei der schweizerischen Regelung: Artikel 14 Bst. c enthält eine Definition der international tätigen Bank. Damit wird in Verbindung mit Art. 13b Abs. 3 einerseits erreicht, dass international tätige Banken die Basler Eigenkapitalvereinbarung einhalten, während andererseits auf nationaler Ebene gewisse Abweichungen möglich bleiben.

311 Eigenmittelanrechnung

Die Eigenmittelanrechnung in den Art. 11 – 11c unterscheidet sich von der Basler Eigenkapitalvereinbarung primär dadurch, dass sie nach wie vor die sogenannten allg. Wertberichtigungen, die für nicht identifizierbare Verluste gebildet werden (vgl. dazu Ziff. 121 hiervor), nicht als Eigenmittel anerkennt. Andererseits wird die Nachschusspflicht der Genossenschafter – wenn auch in eingeschränkter Form – im Gegensatz zu der Basler Eigenkapitalvereinbarung als Eigenkapitalbestandteil anerkannt.

312 Eigenmittelanforderungen

Die Empfehlungen der Eigenkapitalvereinbarung sind Mindeststandards. In internationaler Hinsicht problematisch sind deswegen

nur jene schweizerischen Risikogewichtungen, die sich unterhalb der Mindeststandards bewegen.

Die **Risikogewichtungen** der geänderten Bankenverordnung sind in folgenden Fällen **tiefer** als die entsprechenden Mindeststandards des Basler Ausschusses: bei den Grundpfandgesicherten Forderungen auf landwirtschaftlichen Liegenschaften und anderen Nicht-Wohnliegenschaften (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 3.1 Bst. b und Ziff. 4.1), den Lombardkrediten (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 4.3), bei der Berücksichtigung von durch Schuldtitel von Banken gesicherten Forderungen (Art. 12a Abs. 3) und allenfalls bei den Pfandbriefen (Art. 12a Abs. 1 Ziff. 2.5), sollten die Forderungen aus Pfandbriefen nicht als Forderungen gegenüber Banken, sondern als Forderungen mit hypothekarischer Deckung auf Wohnbauten betrachtet werden. Im Ausserbilanzbereich ist auf die gegenüber den übrigen Lieferungs- und Ausführungsgarantien privilegierte Behandlung der Bauhandwerkerbürgschaften, die für die Ausführung von Bauten in der Schweiz eingegangen werden (Art. 12d Abs. 2 Ziff. 1.3), hinzuweisen.

Die geänderte Bankenverordnung enthält andererseits auch einzelne **eindeutig höhere Risikogewichtungen** als die Basler Eigenkapitalvereinbarung. Die wesentlichste Differenz besteht darin, dass die Eigenkapitalvereinbarung Forderungen gegenüber OECD-Banken ungeachtet der Laufzeit mit 20 % risikogewichtet, während die schweizerische Regelung viel differenziertere und höhere Risikogewichtungssätze (vgl. Ausführungen unter Ziff. 222.2) vorsieht. Des Weiteren sind die diversen Risikogewichtungssätze der geänderten Verordnung zu erwähnen, die den Satz von 100 % übersteigen (z. B. der Risikogewichtungssatz von 250 % für nachrangige Forderungen; Art. 12a Abs. 1 Ziff. 6.1), während die Basler Eigenkapitalvereinbarung Gewichtungssätze von über 100 % nicht kennt. Schliesslich sind die revidierten Eigenmittelbestimmungen im Vergleich zur Basler Eigenkapitalvereinbarung insofern strenger, als das emittentenspezifische Ausfallrisiko bei Effekten und die offene Marktrisikoposition in Devisen, Edelmetallen und Waren mit eigenen Mitteln unterlegt werden müssen.

Wie in Ziffer 23 hiervor bereits ausgeführt, bestehen neben den eigentlichen Risikogewichtungen insofern weitere Abweichungen von

der Basler Eigenkapitalvereinbarung, als die in Art. 13 vorgesehenen Abzüge von den erforderlichen Eigenmitteln weder im System des Basler Ausschusses noch in den Vorschriften der Europäischen Union Anerkennung finden.

32 Europäische Union

Wie unter Ziffer 122 hiavor ausgeführt, lehnen sich die Eigenmittelrichtlinie und die Solvabilitätsrichtlinie der Europäischen Union eng an die Basler Eigenkapitalvereinbarung an. Jene Staaten, die gleichzeitig Mitglied des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und der Europäischen Union sind, haben die bestehenden Unterschiede zwischen den zwei Standards nicht alle gleich gelöst. Es gibt Staaten, welche aus den beiden Regelungen immer die strengere Variante auswählen und diesen Standard für alle nationalen Banken verbindlich erklären. Andere Staaten haben in den Bereichen, wo die Basler Eigenkapitalvereinbarung strenger ist, diese Vorschriften nur auf die international tätigen Banken ihres Landes anwendbar erklärt.

321 Eigenmittelanrechnung

Im Gegensatz zur Basler Eigenkapitalvereinbarung (Ziff. 311 hier vor) anerkennt die Eigenmittelrichtlinie die Nachschusspflicht von Genossenschaffern (Art. 11b Abs. 2 Bst. c) als Eigenmittel, soweit das nationale Recht dies vorsieht. Wie in der entsprechenden Regelung in der Eigenmittelrichtlinie gilt nach der geänderten Bankenverordnung der Gewinn des laufenden Geschäftsjahres nur unter genau spezifizierten Voraussetzungen als Eigenmittel, dies im Gegensatz zur Basler Eigenkapitalvereinbarung, die diesbezüglich liberaler ist. Es kann festgestellt werden, dass – von der Dauer der Übergangsbestimmungen abgesehen – hinsichtlich der Eigenmittelanrechnung **keine wesentlichen Differenzen** zwischen der Europäischen Union und der Schweiz bestehen.

322 Eigenmittelanforderungen

Im Unterschied zu den Mindeststandards der Basler Eigenkapitalvereinbarung, die es den Mitgliedstaaten gestatten, strengere

Eigenmittelanforderungen einzuführen, dürfen die Vorschriften eines EU-Mitglieds **keine die übrigen EU-Mitgliedstaaten diskriminierende Elemente** enthalten. Nach der bisherigen Regelung waren Zentralregierungen, Zentralbanken und übrige öffentlich-rechtliche Körperschaften in OECD-Ländern gegenüber dem Bund, der Nationalbank und den inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften schlechter gestellt (vgl. Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 1 und 2 sowie Abs. 2 aBankV). Mit der neuen Regelung fällt die Diskriminierung der OECD- und damit auch der EU-Institutionen dahin.

Auswirkungen auf die erforderlichen und anrechenbaren Eigenmittel der Banken

Eine Vorhersage der konkreten Auswirkungen des Verordnungsentwurfes bezüglich der erforderlichen Eigenmittel ist zum jetzigen Zeitpunkt schwierig. Anders als bei der letzten Revision¹ ist es nicht möglich, bestehende Daten der jeweiligen Banken mit den neuen Risikogewichtungen durchzurechnen. Die von den Banken durchgeführten Berechnungen beruhen in entscheidenden Punkten auf Schätzungen, Annahmen und Vereinfachungen. Nachfolgend seien einige Gründe für die Schwierigkeiten bei der Vorhersage der Auswirkungen erwähnt:

- Das Prinzip der Risikogewichtung nach Gegenpartei beziehungsweise die Berücksichtigung der Risikogewichtung der Partei des Garanten, des Trenehmers oder des Verpflichteten aus einem als Deckung dienenden Schuldtitel (Art. 12a Abs. 2) wird neu viel konsequenter gehandhabt, weshalb die Bilanzierung als Anhaltspunkt für die Risikogewichtung an Aussagekraft verliert;
- Forderungen gegenüber Banken werden nicht mehr nach «unter/über 90 Tagen Restlaufzeit», sondern es wird zwischen unterjähriger, ein- bis dreijähriger und über dreijähriger Restlaufzeit unterschieden;
- Den Banken mangelt es noch an einer den Bedürfnissen der neuen Risikogewichtung entsprechenden Kodierung ihrer Daten, beispielsweise bezüglich der Angaben der Belehnung innerhalb der Limiten von Hypothekarkrediten ($\frac{1}{3}$, $\frac{1}{2}$ und $\frac{2}{3}$ des Verkehrswertes).

Wie im einleitenden Kapitel «Übersicht» bereits hervorgehoben, werden die Auswirkungen der Vorschriften **je nach Geschäftstätigkeit einer Bank unterschiedlich** ausfallen. Es dürfte sich voraussichtlich im allgemeinen eine Erhöhung der Anforderungen ergeben. Sie ist das Resultat aus einer Reduktion bei den Bankendebitoren (zwischen 25 % und 45 % weniger Eigenmittelanforderungen) sowie bei den Zentralregierungen, Zentralbanken und übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften einerseits und einer Erhöhung der

Eigenmittelanforderungen bei den grundpfandgesicherten Forderungen und den unter den sonstigen Aktiven ausgewiesenen Wiederbeschaffungswerten andererseits. Bei den von verschiedenen Banken durchgeführten Berechnungen ist die Netting-Regelung (Art. 12f.), die den im Derivatgeschäft aktiven Banken wesentliche Erleichterungen von den Eigenmittelanforderungen bringen dürfte, nicht berücksichtigt worden. Nach Schätzungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht können die Anforderungen auf einem Derivat-Portfolio dank Netting-Vereinbarungen zwischen 25 % und 40 % gesenkt werden. Generell lässt sich sagen, dass ausländisch beherrschte Banken, Börsen-, Vermögensverwaltungs- und Handelsbanken mit einer Reduktion rechnen können, wogegen die vor allem im Hypothekengeschäft tätigen Regional- und Kantonalbanken Erhöhungen zu gewärtigen haben. Auch bei den Grossbanken sind wegen ihres bedeutenden Ausserbilanzgeschäftes leichte Erhöhungen abzusehen.

Die Erhöhung der Eigenmittelanforderungen wird auch insofern nicht alle Bankengruppen gleich treffen, als die Neuregelung der anrechenbaren eigenen Mittel zwar gesamthaft betrachtet grosszügiger geworden ist, aber voraussichtlich nicht alle Banken die Kapazität zur Ausschöpfung der gebotenen Möglichkeiten bei der Eigenmittelanrechnung besitzen.

Dem speziellen Problem des Wegfalls und der beschränkten Anrechenbarkeit gewisser Eigenkapitalbestandteile wird mittels grosszügiger Übergangsbestimmungen (Abs. 7 und 8) Rechnung getragen.

Anhang I

Text der revidierten Artikel 11 – 14 BankV

Verordnung über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung) Änderung vom 12. Dezember 1994 (Auszug)

Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:

I

Die Bankenverordnung vom 17. Mai 1972 wird wie folgt geändert:

Art. 11 *Eigenmittelanrechnung*

1 Als eigene Mittel gilt die Summe von Kernkapital (Art. 11a; tier 1) und ergänzendem Kapital (Art. 11b; tier 2), vermindert um die Abzüge nach Artikel 11c.

2 Das ergänzende Kapital ist gesamthaft höchstens bis zu 100 Prozent des Wertes des Kernkapitals, wie er nach Abzug nach Artikel 11a Absatz 3 verbleibt, anrechenbar. Es ist in zwei Kategorien, oberes ergänzendes Kapital (Art. 11b Abs. 1; upper tier 2) und unteres ergänzendes Kapital (Art. 11b Abs. 2; lower tier 2), aufgeteilt. Die Summe der Bestandteile des angerechneten unteren ergänzenden Kapitals darf 50 Prozent des Kernkapitals nicht überschreiten.

Art. 11a *Kernkapital*

1 Als Kernkapital, einschliesslich Kapitalanteile von Minderheitsaktionären an voll konsolidierten Tochtergesellschaften im Rahmen der konsolidierten Eigenmittelberechnung, gelten:

- a. das einbezahlte Kapital (Aktien-, Stamm-, Genossenschafts-, Dotations- oder Partizipationskapital sowie die Kommanditsumme bei Privatbankiers);
- b. die offenen Reserven (Reserven für allgemeine Bankrisiken, allgemeine gesetzliche Reserve, Reserve für eigene Beteiligungstitel, andere Reserven);

- c. der Gewinnvortrag;
- d. der Gewinn des laufenden Geschäftsjahres, sofern ein revidierter Zwischenabschluss mit einer vollständigen Erfolgsrechnung nach Artikel 25a Absatz 1 vorliegt, beschränkt auf den Betrag, welcher netto nach Abzug des geschätzten Dividendenanteils verbleibt;
- e. bei Privatbankiers (Einzelfirmen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften) zusätzlich:
 - 1. die Kapitalkonten, und
 - 2. die Guthaben der unbeschränkt haftenden Gesellschafter, sofern aus einer schriftlichen Erklärung hervorgeht, dass sie unwiderruflich im Falle der Liquidation, des Konkurses oder Nachlassvertrages den Forderungen aller übrigen Gläubiger im Rang nachgehen und dass sie weder mit Forderungen der Bank verrechnet noch aus Vermögenswerten der Bank sichergestellt werden.

2 Die Guthaben nach Absatz 1 Buchstabe e Ziffern 1 und 2 können nur angerechnet werden, wenn aus einer bei der Revisionsstelle hinterlegten schriftlichen Erklärung die Verpflichtung der Bank hervorgeht, keinen der zwei Kapitalbestandteile ohne vorgängige Zustimmung der Revisionsstelle soweit herabzusetzen, dass die Grenze von 120 Prozent der erforderlichen eigenen Mittel unterschritten wird.

3 Vom Kernkapital sind abzuziehen:

- a. die nach Artikel 12h Absatz 3 berechnete Netto-Longposition der nicht im Handelsbestand gehaltenen eigenen Aktien und anderer von der Bank selbst ausgegebenen Beteiligungstitel in direktem oder indirektem Eigenbesitz;
- b. ein Verlustvortrag und der Verlust des laufenden Geschäftsjahres;
- c. ein ungedeckter Wertberichtigungs- und Rückstellungsbedarf des laufenden Geschäftsjahres;
- d. die keiner Aktivposition direkt zurechenbaren Kapitalaufrechnungsdifferenzen (Goodwill).

Art. 11b *Ergänzendes Kapital*

- 1 Als oberes ergänzendes Kapital gelten:
 - a. die Eigen- und Fremdkapitalcharakter aufweisenden Instrumente (hybride Instrumente), welche sämtliche der folgenden Merkmale erfüllen:
 1. Sie sind voll einbezahlt, nicht aus Vermögenswerten der Bank sichergestellt, enthalten keinen festen Rückzahlungs-termin und sind allen nicht-nachrangigen Forderungen im Rang nachgehend.
 2. Sie sind nicht auf Initiative des Inhabers rückzahlbar.
 3. Die Schuldvereinbarung muss es der Bank gestatten, die Zahlung von fälligen Zinsen auf der Schuld aufzuschieben.
 4. Die Schuld und die unbezahlten Zinsen müssen einen Verlust mittragen, ohne dass die Bank zur Einstellung ihrer Geschäftstätigkeit gezwungen ist.
 - b. die in der Position Wertberichtigungen und Rückstellungen enthaltenen stillen Reserven, sofern sie auf einem besonderen Konto ausgeschieden und als eigene Mittel gekennzeichnet werden. Ihre Anrechenbarkeit als ergänzendes Kapital ist im Revisionsbericht zu bestätigen. Sie sind den Steuerbehörden unaufgefordert bekanntzugeben;
 - c. stille Reserven im Anlagevermögen und in den Finanzanlagen: maximal die Differenz zwischen dem Höchstwert nach Artikel 665 des Obligationenrechts und dem Buchwert, wobei der anrechenbare Betrag 45 Prozent der Differenz zwischen dem Marktwert und dem Buchwert nicht übersteigen darf. Ihre Anrechenbarkeit als ergänzendes Kapital ist im Revisionsbericht zu bestätigen. Sie sind den Steuerbehörden unaufgefordert bekanntzugeben.
- 2 Als unteres ergänzendes Kapital gelten:
 - a. der Bank gewährte Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen mit einer ursprünglichen Laufzeit von mindestens fünf Jahren, wenn aus einer schriftlichen Erklärung hervorgeht, dass sie unwiderruflich im Fall der Liquidation, des Konkurses oder Nachlassvertrages den Forderungen aller übrigen Gläubiger im Rang nachgehen und dass sie weder mit Forderungen der Bank ver-

rechnet noch aus Vermögenswerten der Bank sichergestellt werden. In den letzten fünf Jahren vor der Rückzahlung wird ihre Anrechnung um einen kumulativen Abzug von jährlich je 20 Prozent des ursprünglichen Nominalbetrages vermindert. Bei einer allfälligen Kündigungsmöglichkeit durch den Gläubiger gilt die frühestmögliche Fälligkeit als massgebendes Ende der Laufzeit;

- b. bei Kantonalbanken: Buchstabe a ist sinngemäss anwendbar, sofern die betreffenden der Bank gewährten nachrangigen Darlehen zufolge Verzicht des Gläubigers oder auf andere Art nicht durch eine Staatsgarantie gedeckt sind;
- c. bei Genossenschaften: 50 Prozent der Summe der auf einen bestimmten Betrag lautenden Nachschusspflicht pro Kopf, sofern eine unwiderrufliche schriftliche Verpflichtung des Genossenschafters nach Artikel 840 Absatz 2 des Obligationenrechts vorliegt.

3 Die Bank hat die Bankenkommission unter Angabe der Gründe zu unterrichten, wenn ihre als unteres ergänzendes Eigenkapital angerechneten Mittel nach Absatz 2 Buchstaben a und b 25 Prozent des Kernkapitals übersteigen.

Art. 11c *Abzüge*

Vom Total des Kernkapitals und des ergänzenden Kapitals sind die nach Artikel 12h Absatz 3 berechneten Netto-Longpositionen abzuziehen:

- a. der zu konsolidierenden Beteiligungen an im Bank- oder Finanzbereich tätigen Unternehmungen und der nachrangigen Forderungen gegenüber den betreffenden Unternehmungen;
- b. der nicht zu konsolidierenden Beteiligungen an im Bank-, Finanz- oder Versicherungsbereich tätigen Unternehmungen und der nachrangigen Forderungen gegenüber den betreffenden Unternehmungen;
- c. der als ergänzendes Kapital angerechneten, von der Bank selbst ausgegebenen nachrangigen Schuldtitel in direktem oder indirektem Eigenbesitz.

Art. 12 *Eigenmittelanforderungen*

1 Die nach den Artikeln 11–11c anrechenbaren eigenen Mittel müssen dauernd mindestens 8 Prozent der Summe der risikogewichteten Positionen betragen, vermindert um die Abzüge nach Artikel 13.

2 Als risikogewichtete Positionen gelten:

- a. die Bilanzaktiven;
- b. die in ihr Kreditäquivalent umgerechneten Ausserbilanzgeschäfte;
- c. die Netto-Longpositionen (emittentenspezifische Ausfallrisikopositionen);
- d. die offenen Positionen (Marktrisikopositionen) in Devisen, Edelmetallen und Waren.

3 Grundsätzlich ist bei einer Gegenpartei unabhängig der Geschäftsart der gleiche Risikogewichtungssatz anzuwenden. Dieser Grundsatz gilt auch bei Wiederbeschaffungswerten, aktiven Rechnungsabgrenzungen, Verpflichtungskrediten, Eventualverpflichtungen, festen Zusagen sowie bei Add-ons und Kreditumrechnungsfaktoren für Terminkontrakte und Optionen. Ist eine Bank nicht in der Lage, eine Position nach Gegenparteien aufzugliedern, ist diese Position mit 100 Prozent zu gewichten.

4 Nicht in den Aktiven erfasste Forderungen aus Verpflichtungskrediten sind wie Bilanzaktiven zu unterlegen.

Art. 12a *Risikogewichtung von Forderungen nach Gegenpartei*

1 Die Positionen sind wie folgt nach Gegenpartei zu gewichten:

1 0 Prozent

- 1.1 Flüssige Mittel;
- 1.2 Forderungen gegenüber Zentralregierungen und Zentralbanken in OECD-Ländern;
- 1.3 Forderungen gegenüber den Europäischen Gemeinschaften und dem Europäischen Währungsinstitut;
- 1.4 Forderungen gedeckt durch bei der Bank verpfändete oder mindestens gleichwertig sichergestellte Bareinlagen;

1.5 Forderungen gedeckt durch Kassenobligationen, Anleiheobligationen und andere nicht-nachrangige Schuldtitel, die von der Bank selbst ausgegeben und bei ihr verpfändet oder mindestens gleichwertig sichergestellt sind;

2 *25 Prozent*

2.1 Forderungen gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich;

2.2 Forderungen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken nach Artikel 14 Buchstabe b;

2.3 Forderungen gegenüber übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern;

2.4 Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern, einschliesslich saldierte Forderungen aus Artikel 12f Absatz 2 Buchstabe a;

2.5 inländische Pfandbriefe;

2.6 Forderungen gegenüber von der Bankenkommision anerkannten Gemeinschaftseinrichtungen der Banken;

2.7 Forderungen gegenüber Optionen- und/oder Financial-Futures-Börsen, sofern:

a. die Börsen einer angemessenen Aufsicht unterstehen und

b. die Kontrakte sowie die Deckung einer täglichen Bewertung zu Marktkursen mit täglichem Margenausgleich unterliegen;

3 *50 Prozent*

3.1 direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen auf:
a. Wohnliegenschaften in OECD-Ländern bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes,

b. landwirtschaftlichen Liegenschaften, sofern sie im schweizerischen Grundbuch als solche eingetragen sind, bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes;

3.2 Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu drei Jahren gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern;

3.3 Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in Nicht-OECD-Ländern,

- einschliesslich saldierte Forderungen aus Artikel 12f Absatz 2 Buchstabe a;
- 3.4 nachrangige Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern;
- 4 *75 Prozent*
- 4.1 direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen auf:
- a. Wohnliegenschaften in OECD-Ländern über zwei Dritteln des Verkehrswertes,
 - b. Bauland, Büro- und Geschäftshäusern und multifunktionalen Gewerbeobjekten in OECD-Ländern bis zur Hälfte des Verkehrswertes,
 - c. grossgewerblichen und industriellen Objekten in OECD-Ländern bis zu einem Drittel des Verkehrswertes;
- 4.2 Forderungen mit einer Restlaufzeit über drei Jahren gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern;
- 4.3 Lombardkredite, die durch ein diversifiziertes Portfolio aus banküblichen, an einer anerkannten Börse oder an einem repräsentativen Markt nach Artikel 14 Buchstabe d gehandelten beweglichen Vermögenswerten, Bareinlagen oder Treuhandanlagen gedeckt sind und bei denen eine wöchentliche Marktbewertung, bei aussergewöhnlichen Marktverhältnissen täglich, stattfindet, soweit die Lombardkredite eines Kunden nicht nach den Absätzen 2 und 3 gewichtet werden;
- 5 *100 Prozent*
- 5.1 Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften in Nicht-OECD-Ländern;
- 5.2 Forderungen mit einer Restlaufzeit über einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in Nicht-OECD-Ländern;
- 5.3 Forderungen gegenüber allen anderen Gegenparteien;
- 5.4 übrige direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen;
- 6 *250 Prozent*
- 6.1 nachrangige Forderungen ausser den in Ziffer 3.4 genannten.

2 Bei Forderungen, die durch Schuldtitel von Dritten, beziehungsweise Treuhandanlagen bei Dritten, nach Absatz 1 Ziffern 1–5 gedeckt oder durch diese garantiert sind, kann der gleiche Risikogewichtungssatz angewendet werden wie bei direkten Forderungen gegenüber diesen Dritten.

3 An einer anerkannten Börse gehandelte Schuldtitel von Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern im Handelsbestand gelten unabhängig der Restlaufzeit als unterjährige Forderungen.

Art. 12b *Risikogewichtung für nicht gegenparteibezogene Aktiven*

Nicht gegenparteibezogene Aktiven sind wie folgt zu gewichten:

- 1 *0 Prozent*
 - 1.1 physische Bestände an Edelmetallen und Waren;
- 2 *250 Prozent*
 - 2.1 Bankgebäude sowie Beteiligungen an entsprechenden Immobiliengesellschaften;
- 3 *375 Prozent*
 - 3.1 andere Liegenschaften sowie Beteiligungen an entsprechenden Immobiliengesellschaften;
- 4 *625 Prozent*
 - 4.1 übrige Sachanlagen.

Art. 12c *Ausserbilanzgeschäfte*

Ausserbilanzgeschäfte sind in ihr Kreditäquivalent umzurechnen und anschliessend mit den in Artikel 12a je nach Gegenpartei aufgeführten Sätzen zu gewichten.

Art. 12d *Eventualverpflichtungen und unwiderrufliche Zusagen*

1 Bei Eventualverpflichtungen und unwiderruflichen Zusagen wird das Kreditäquivalent berechnet, indem der Nominalwert oder der Barwert des jeweiligen Geschäfts mit dessen Kreditumrechnungsfaktor multipliziert wird.

2 Es gelten folgende Kreditumrechnungsfaktoren:

Faktor / Instrument

- 1 0,25
 - 1.1 Verpflichtungen aus Warenakkreditiven;
 - 1.2 Indossamentsverpflichtungen aus Rediskontierungen;
 - 1.3 Bauhandwerkerbürgschaften für die Ausführung von Bauten in der Schweiz;
- 2 0,5
 - 2.1 Gewährleistungen wie Bietungsgarantien (bid bonds), Lieferungs- und Ausführungsgarantien (performance bonds) einschliesslich Bauhandwerkerbürgschaften, welche nicht unter Ziffer 1.3 fallen;
 - 2.2 Übrige Gewährleistungen, wie Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie übrige Verpflichtungen aus Akkreditiven (standby letters of credit), die nicht zur Abdeckung des Delkredererisikos dienen;
 - 2.3 Nicht in Anspruch genommene, ungedeckte unwiderrufliche Kreditzusagen einschliesslich note issuance facilities, revolving underwriting facilities und ähnliche Instrumente mit fester Verpflichtung von über einem Jahr Restlaufzeit;
 - 2.4 Leistungsbezogene Anzahlungsgarantien;
- 3 1
 - 3.1 Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditsicherungsgarantien mittels Akkreditiv (standby letters of credit) zur Abdeckung des Delkredererisikos;
- 4 1,25
 - 4.1 Einzahlungs- und Nachschussverpflichtungen auf nicht unter Beteiligungen bilanzierten Aktien und anderen Beteiligungstiteln;
- 5 2,5
 - 5.1 Einzahlungs- und Nachschussverpflichtungen auf Aktien und anderen Beteiligungstiteln, wenn es sich um nicht zu konsolidierende Beteiligungen handelt;

6 6,25

6.1 Einzahlungs- und Nachschussverpflichtungen auf Aktien und anderen Beteiligungstiteln, wenn es sich um zu konsolidierende Beteiligungen handelt.

3 Eventualverpflichtungen, an denen die Bank Unterbeteiligungen abgegeben hat, können im Umfang der Unterbeteiligung wie direkte Forderungen gegenüber den jeweiligen Unterbeteiligten gewichtet werden.

Art. 12e *Terminkontrakte und gekaufte Optionen*

1 Bei Terminkontrakten (einschliesslich nicht bilanzierten, nicht erfüllten Kassageschäften) kann das Kreditäquivalent wahlweise nach der Marktbewertungs- oder der Ursprungsrisikomethode berechnet werden. Bei gekauften Optionen ist immer die Marktbewertungsmethode anzuwenden.

2 Bei der Marktbewertungsmethode berechnet sich das Kreditäquivalent anhand des aktuellen Wiederbeschaffungswertes (replacement value) des jeweiligen Kontraktes zuzüglich einer Sicherheitsmarge (add-on) zur Abdeckung des zukünftigen potentiellen Kreditrisikos während der Restlaufzeit des Kontraktes. Ein Add-on kann bis zu dessen Höhe mit dem negativen Wiederbeschaffungswert des jeweiligen Kontraktes verrechnet werden.

3 Bei der Ursprungsrisikomethode ergibt sich das Kreditrisikoäquivalent aus der Multiplikation des Nennwerts des jeweiligen Kontraktes mit dessen Kreditumrechnungsfaktor.

4 Für Terminkontrakte und gekaufte Optionen gelten pro Basiswert folgende Add-ons und Kreditumrechnungsfaktoren:

Basiswert	Marktbewertungsmethode (Add-ons in Prozenten) Restlaufzeit			Ursprungsrisikomethode (Kreditumrechnungsfaktoren in Prozenten) Ursprungslaufzeit	
	= 1 J.	1 J.–5 J.	5 J.	1. J.	zusätzlich für jedes weitere und ange- brochene Jahr
Zinsen	0,0	0,5	1,5	1,0	2,0 p. a.
Devisen und Gold	1,0	5,0	7,5	4,0	6,0 p. a.
Aktien	6,0	8,0	10,0	12,0	9,0 p. a.
Aktienindizes	4,0	5,0	7,5	8,0	6,0 p. a.
Edelmetalle (ohne Gold)	7,0	8,0	10,0	14,0	10,0 p. a.
übrige Waren	12,0	13,0	15,0	24,0	18,0 p. a.

5 Bei Zinskontrakten ist die Laufzeit des zugrundeliegenden Basiswertes, bei den übrigen Instrumenten die Laufzeit des Kontraktes massgebend.

6 Add-ons und Kreditumrechnungsfaktoren werden auf folgender Basis berechnet:

- a. bei Instrumenten wie Forward Rate Agreements, Zinsswaps und ähnlichen vom Nennwert des Kontraktes oder vom Barwert der Forderungsseite bestehend aus Nennwert und Zinsen;
- b. bei Währungsswaps aufgrund des Nennwertes der Forderungsseite, d. h. der für die Bestimmung der eingehenden Zinszahlungen massgebenden Berechnungsbasis, oder vom Barwert der Forderungsseite bestehend aus Nennwert und Zinsen;
- c. bei Aktienindexswaps, Edelmetallswaps, Buntmetallswaps und Warenswaps aufgrund des vereinbarten nominellen Entgeltes oder – sofern kein nominelles Entgelt vorhanden ist – aufgrund der Berechnungsbasis «Menge \times Fixpreis» oder vom Marktwert des Lieferanspruches beziehungsweise vom Barwert der Forderungsseite bestehend aus Nennwert und Zinsen;
- d. bei den übrigen Termingeschäften vom Marktwert der Geldforderung bzw. des Lieferanspruches;

- e. bei Optionen analog wie bei den übrigen Termingeschäften, jedoch mit entsprechender Deltagewichtung.
- 7 Auf ein Add-on kann verzichtet werden bei:
 - a. Kontrakten mit einer ursprünglichen Laufzeit von höchstens 14 Kalendertagen;
 - b. Kontrakten, die an einer anerkannten Börse gehandelt werden, an welcher sie, mit Ausnahme von gekauften Optionen, einer täglichen Margennachschusspflicht unterliegen;
 - c. ausserbörslich gehandelten Kontrakten, welche sämtliche der folgenden Bedingungen erfüllen:
 - 1. die Kontrakte werden an einem repräsentativen Markt gehandelt;
 - 2. die Geschäfte werden auf gedeckter Basis getätigt; die Deckung besteht aus Bareinlagen oder verpfändeten oder mindestens gleichwertig sichergestellten handelbaren Effekten, Edelmetallen und Waren;
 - 3. die Kontrakte und die Deckung werden täglich zu Marktkursen bewertet und unterliegen einem täglichen Margenausgleich.

Art. 12f *Aufrechnung (Netting)*

1 Banken, die die Marktbewertungsmethode anwenden, können positive Wiederbeschaffungswerte und sämtliche Add-ons einerseits und negative Wiederbeschaffungswerte andererseits aus Terminkontrakten und Optionen mit derselben Gegenpartei nach Absatz 2 aufrechnen, sofern mit dieser Gegenpartei eine bilaterale Vereinbarung besteht, welche nach den folgenden Rechtsordnungen nachweislich anerkannt und durchsetzbar ist:

- a. dem Recht des Staates, in dem die Gegenpartei ihren Sitz hat, und, wenn eine ausländische Zweigniederlassung eines Unternehmens beteiligt ist, zusätzlich nach dem Recht des Sitzes der Zweigniederlassung; und
- b. dem Recht, das für die einzelnen einbezogenen Geschäfte massgeblich ist; und

c. dem Recht, dem die Vereinbarungen unterliegen, welche erforderlich sind, um die Aufrechnung zu bewirken.

2 Die Aufrechnung ist in folgenden Fällen zulässig:

a. für alle einbezogenen Geschäfte in einer Aufrechnungsvereinbarung, wonach die Bank bei Ausfall der Gegenpartei aufgrund von Zahlungsunfähigkeit, Konkurs, Liquidation oder ähnlichen Umständen nur das Recht auf Erhalt beziehungsweise nur die Verpflichtung zur Zahlung der Differenz der nicht realisierten Gewinne und Verluste aus den einbezogenen Geschäften hat (Close-out-Netting); oder

b. für alle am selben Tag fälligen gegenseitigen Forderungen und Verpflichtungen in derselben Währung, welche durch einen Schuldumwandlungsvertrag zwischen der Bank und der Gegenpartei so zusammengefasst werden, dass diese Schuldumwandlung einen einzigen Nettobetrag ergibt und somit einen rechtsverbindlichen neuen Vertrag schafft, der die früheren Verträge erlöschen lässt (Netting-by-Novation); oder

c. für glattgestellte Geschäfte, sofern eine Vereinbarung zur Zahlungsaufrechnung (Payment-Netting) besteht, wonach am Tage der Fälligkeit die gegenseitigen Zahlungsverpflichtungen pro Währung auf Saldobasis ermittelt und nur dieser Saldobetrag bezahlt wird.

3 Die Aufrechnung nach Absatz 2 ist unzulässig, wenn die Vereinbarung eine Bestimmung enthält, welche der nicht säumigen Partei erlaubt, nur beschränkte oder gar keine Zahlungen an die säumige Partei zu leisten, auch wenn letztere per Saldo eine Gläubigerin ist (Ausstiegsklausel; Walk-away-clause).

Art. 12g *Darlehens- und Repo-Geschäfte mit Effekten, Edelmetallen und Waren*

Bei Darlehens- und Repo-Geschäften mit Effekten, Edelmetallen und Waren ist bezüglich der Unterlegung des Kreditrisikos nur die Differenz zwischen der Deckung und der Effekten-, Edelmetall- oder Warenposition mit eigenen Mitteln zu unterlegen, wenn sämtliche der folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die Deckung besteht aus verpfändeten oder mindestens gleichwertig sichergestellten Bareinlagen, an einer anerkannten Börse oder an einem repräsentativen Markt gehandelten Effekten, Edelmetallen oder Waren.
- b. Sowohl die Deckung als auch die Effekten-, Edelmetall- oder Warenposition werden täglich neu zu Marktkursen bewertet.
- c. Allfällige Über- und Unterdeckungen gegenüber der ursprünglich vereinbarten Sicherstellung werden durch tägliche Margenausgleichszahlungen oder Veränderungen der Hinterlagen bereinigt. Bei Nichterfüllung der Nachschusspflicht werden die Geschäfte im Rahmen des bei Optionen- und Futures-Börsen üblichen Zeitraumes liquidiert.

Art. 12h *Emittentenspezifische Ausfallrisikopositionen bei Effekten*

1 Bei Effekten desselben Emittenten mit gleicher Risikogewichtung ist die Netto-Longposition mit eigenen Mitteln zu unterlegen.

2 Die Netto-Longposition berechnet sich bei Handelsbeständen wie folgt:

physischer Bestand
(zuzüglich Titelforderungen aus Securities Lending
abzüglich Titelverpflichtungen aus Securities Borrowing)

+ nicht erfüllte Kassa- und Terminkäufe
(inkl. Financial Futures)

./ nicht erfüllte Kassa- und Terminverkäufe
(inkl. Financial Futures)

+ feste Übernahmezusagen aus Emissionen, abzüglich feste Zeichnungen und abzüglich abgegebene Unterbeteiligungen

+ Lieferansprüche aus Call-Käufen, deltagewichtet

./ Lieferverpflichtungen aus geschriebenen Calls, deltagewichtet

+ Lieferansprüche aus geschriebenen Puts, deltagewichtet

./ Lieferverpflichtungen aus Put-Käufen, deltagewichtet

3 Bei allen übrigen Beständen berechnet sich die Netto-Longposition wie folgt:

- physischer Bestand zum Buchwert
(zuzüglich Titelforderungen aus Securities Lending
abzüglich Titelverpflichtungen aus Securities Borrowing)
- + nicht erfüllte Kassa- und Terminkäufe zum vereinbarten Preis
(inkl. Financial Futures)
- ./ nicht erfüllte Kassa- und Terminverkäufe zum vereinbarten Preis
(inkl. Financial Futures)
- + feste Übernahmezusagen aus Emissionen, abzüglich feste Zeichnungen und abzüglich abgegebene Unterbeteiligungen
- + Buchwert der Prämien aus Call-Käufen
- ./ Buchwert der Prämien aus geschriebenen Calls
- + Buchwert der Prämien aus Put-Käufen
- ./ Lieferverpflichtungen aus Put-Käufen zum Ausübungspreis
- ./ Buchwert der Prämien aus geschriebenen Puts
- + Lieferansprüche aus geschriebenen Puts zum Ausübungspreis
- ./ unter den Wertberichtigungen und Rückstellungen passivierter Betrag für diese Netto-Longposition sowie in den Sonstigen Passiven erfasste Bewertungsbeträge für die in der Netto-Longposition enthaltenen offenen Ausserbilanzgeschäfte.

4 Bei Schuldtiteln ist die Netto-Longposition pro Emittent nach den in Artikel 12a Absatz 1 festgelegten Sätzen zu gewichten, wobei die an einer anerkannten Börse gehandelten nachrangigen Schuldtitel nur zur Hälfte gewichtet werden können. Beteiligungstitel sind pro Emittent wie folgt zu gewichten:

1 *125 Prozent*

- 1.1 nicht unter Beteiligungen bilanzierte an einer anerkannten Börse gehandelte Aktien und andere Beteiligungstitel;
- 1.2 an einer anerkannten Börse gehandelte Anteilsscheine von Anlagefonds;

- 2 *250 Prozent*
 - 2.1 an einer anerkannten Börse gehandelte Aktien und andere Beteiligungstitel im Handelsbestand, sofern sie allein oder zusammen mit den unter den Finanzanlagen oder unter den Beteiligungen bilanzierten Titeln eine qualifizierte Beteiligung im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c^{bis} des Gesetzes darstellen;
 - 2.2 nicht unter Beteiligungen bilanzierte nicht an einer anerkannten Börse gehandelte Aktien und andere Beteiligungstitel;
 - 2.3 nicht an einer anerkannten Börse gehandelte Anteilsscheine von Anlagefonds;
- 3 *500 Prozent*
 - 3.1 nicht zu konsolidierende Beteiligungen ohne Titel im Handelsbestand und ohne Beteiligungen im Bank-, Finanz- oder Versicherungsbereich;
- 4 *1250 Prozent*
 - 4.1 eigene Aktien und andere von der Bank selbst ausgegebene Beteiligungstitel in direktem oder indirektem Eigenbesitz im Handelsbestand;
 - 4.2 von der Bank selbst ausgegebene nachrangige Schuldtitel in direktem oder indirektem Eigenbesitz im Handelsbestand.

Art. 12i *Marktrisikopositionen*

1 Die offenen Positionen in Devisen, Edelmetallen und Waren berechnen sich wie folgt:

- Aktiven
- ./. Passiven
- + nicht erfüllte Kassa- und Terminkäufe (inkl. Financial Futures)
- ./. nicht erfüllte Kassa- und Terminverkäufe (inkl. Financial Futures)
- + Lieferansprüche aus Call-Käufen, deltagewichtet
- ./. Lieferverpflichtungen aus geschriebenen Calls, deltagewichtet
- + Lieferansprüche aus geschriebenen Puts, deltagewichtet
- ./. Lieferverpflichtungen aus Put-Käufen, deltagewichtet

2 Die offenen Positionen sind wie folgt zu gewichten:

- 1 *125 Prozent*
offene Devisenpositionen (zuzüglich Gold);
- 2 *250 Prozent*
offene Edelmetallpositionen (ohne Gold);
- 3 *375 Prozent*
offene Warenpositionen.

Art. 13 *Abzüge von den erforderlichen Eigenmitteln*

Die Summe der erforderlichen eigenen Mittel vermindert sich:

- a. bei allen Banken um 6 Prozent der in den Passiven bilanzierten Wertberichtigungen und Rückstellungen, abzüglich der nach Artikel 11*b* Absatz 1 Buchstabe b angerechneten stillen Reserven und abzüglich der bei der Berechnung der Netto-Longposition nach Artikel 12*h* Absatz 3 einbezogenen passivierten Wertberichtigungen, zur Abdeckung von Positionen, für welche eigene Mittel verlangt werden;
- b. bei den Kantonalbanken, für deren sämtliche nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Kanton haftet, um höchstens weitere 12,5 Prozent der erforderlichen eigenen Mittel, soweit diesen nicht nach Artikel 11*b* Absatz 2 Buchstabe b angerechnete nachrangige Verbindlichkeiten gegenüberstehen.

Art. 13a *Eigenmittel-Konsolidierung*

1 Die Eigenmittelvorschriften sind sowohl einzeln als auch auf konsolidierter Basis zu erfüllen, wenn die Bank mit einer oder mehreren im Finanzbereich tätigen Unternehmungen oder Immobiliengesellschaften eine wirtschaftliche Einheit bildet oder wenn aufgrund anderer Umstände anzunehmen ist, dass sie rechtlich verpflichtet oder faktisch gezwungen ist, einem solchen Unternehmen beizustehen.

2 Eine Konsolidierungspflicht nach Absatz 1 besteht grundsätzlich immer, wenn die Bank direkt oder indirekt mit mehr als der Hälfte der Stimmen an im Bank- oder Finanzbereich tätigen Unternehmungen oder Immobiliengesellschaften mit Sitz im In- oder Ausland beteiligt

ist oder wenn sie auf diese in anderer Weise einen beherrschenden Einfluss ausübt.

3 Sind beherrschte Unternehmungen des Bank- oder Finanzbereiches einzeln oder gesamthaft im Verhältnis zur Bank oder aufgrund ihrer eigenen Grösse und Geschäftstätigkeit für die Einhaltung der Eigenmittelvorschriften unwesentlich, kann mit Zustimmung der Revisionsstelle auf ihren Einbezug in die Konsolidierung beziehungsweise auf die Erstellung einer konsolidierten Eigenmittelberechnung verzichtet werden. Die Bankenkommission kann Konzernunternehmen von der Eigenmittel-Konsolidierung ausnehmen, wenn der Gesamtkonzern seinerseits einer angemessenen Beaufsichtigung auf konsolidierter Basis untersteht.

4 Eine Konsolidierungspflicht besteht ferner bereits, wenn die Bank den beherrschenden Einfluss gemeinsam mit anderen, nicht in die Konsolidierung einbezogenen Aktionären oder Gesellschaftern ausübt, sofern ihr Anteil am stimmberechtigten Kapital mindestens 20 Prozent erreicht und die Bank aufgrund dieser gemeinsamen Beherrschung rechtlich verpflichtet oder faktisch gezwungen ist, dem Gemeinschaftsunternehmen nach Massgabe ihres Kapitalanteils beizustehen.

5 Die nach den Absätzen 1 und 2 zu konsolidierenden Gesellschaften werden grundsätzlich nach der Methode der Vollkonsolidierung erfasst. Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen nach Absatz 4 sind nach der Methode der Quotenkonsolidierung zu erfassen. Beteiligungen, die je zu 50 Prozent der Stimmen mit einem zweiten Aktionär oder Gesellschafter gehalten werden, können vollkonsolidiert oder quotenkonsolidiert erfasst werden.

6 Beteiligungen von mehr als 50 Prozent der Stimmen können mit Zustimmung der Bankenkommission quotenkonsolidiert werden, wenn vertraglich festgelegt ist, dass:

- a. der Beistand der konsolidierungspflichtigen Gesellschaft auf ihre eigene Quote beschränkt ist; und
- b. die übrigen Aktionäre oder Gesellschafter im Umfang ihrer Quote zum Beistand verpflichtet sowie dazu rechtlich und finanziell in der Lage sind.

7 In besonderen Fällen kann die Bankenkommission in Abweichung von Absatz 1 Banken von der Erfüllung der Eigenmittelvorschriften auf Einzelbasis ganz oder teilweise befreien, namentlich sofern bei einer zentralen Organisation die Voraussetzungen nach Artikel 4 Absatz 3 erfüllt sind.

Art. 13b *Eigenmittelausweis*

1 Der Eigenmittelausweis ist nach einem von der Bankenkommission festgelegten Formular jeweils innert zwei Monaten wie folgt zu erstellen:

- a. auf Einzelbasis vierteljährlich;
- b. auf konsolidierter Basis halbjährlich.

2 Die Bank hat die Bankenkommission unverzüglich zu informieren, wenn sie die Eigenmittelanforderungen nicht erfüllt.

3 International tätige Banken nach Artikel 14 Buchstabe c haben der Bankenkommission zusätzlich innert zwei Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres eine Berechnung der nach den geltenden Mindeststandards des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht auf konsolidierter Basis anrechenbaren und erforderlichen eigenen Mittel einzureichen.

Art. 14 *Begriffe*

In den Artikeln 12–13b gelten als:

- a. OECD-Länder:
 1. Länder, die Vollmitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind,
 2. Länder, die mit dem Internationalen Währungsfonds in Verbindung mit dessen Allgemeinen Kreditvereinbarungen besondere Kreditvereinbarungen abgeschlossen haben;
unter Ausschluss der Länder, welche ihre externen Schulden in den vorangegangenen fünf Jahren umgeschuldet haben, und derjenigen Länder, für welche die Bankenkommission Mindestwertberichtigungen für Forderungen mit Länderrisiko vorschreibt.

- b. multilaterale Entwicklungsbanken:
1. die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD),
 2. die Internationale Finanz-Corporation (International Finance Corporation, IFC),
 3. die Interamerikanische Entwicklungsbank (Inter American Development Bank, IADB),
 4. die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, AsDB),
 5. die Afrikanische Entwicklungsbank (African Development Bank, AfDB),
 6. die Europäische Investitionsbank (European Investment Bank, EIB),
 7. der Soziale Entwicklungsfonds des Europarates (Council of Europe Social Development Fund),
 8. die Nordische Investitionsbank (Nordic Investment Bank),
 9. die Karibische Entwicklungsbank (Caribbean Development Bank),
 10. die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development, EBRD);
- c. international tätige Banken:
Banken, welche im Ausland über Zweigniederlassungen verfügen oder nach Artikel 13a zu konsolidierende ausländische Beteiligungen im Bank- oder Finanzbereich halten;
- d. repräsentativer Markt:
ein organisierter Markt mit regelmässiger Kurspublikation, an welchem mindestens drei voneinander unabhängige Market-Maker normalerweise täglich Kurse stellen.

II

Übergangsbestimmungen

...

5 Der Eigenmittelausweis und die Berechnung nach Artikel 13b Absatz 3 sind erstmals per 31. Dezember 1995 nach diesen Bestim-

mungen zu erstellen. Es ist der Bank indessen freigestellt, den Eigenmittelausweis bereits ab dem 1. Januar 1995 nach den neuen Vorschriften zu erstellen. Die Bankenkommission kann die Frist zur erstmaligen Erstellung des konsolidierten Eigenmittelausweises in besonderen Fällen verlängern.

6 Genügt eine Bank am 31. Dezember 1995 den Anforderungen dieser Änderung nicht, hat sie ihre eigenen Mittel bis am 31. Dezember 1999 auf den geforderten Stand zu bringen. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen ihre nach bisherigem Recht angerechneten eigenen Mittel jedoch nicht unter den nach bisherigem Recht geforderten Stand sinken oder darf sich der nach den neuen Vorschriften berechnete Fehlbetrag nicht erhöhen.

7 Bisher nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c anrechenbare, bedingungslos übernommene Garantiebeträge von Gemeinden sind noch bis längstens per 31. Dezember 1999 als eigene Mittel der Bank anrechenbar.

8 Während einer Übergangszeit bis längstens 31. Dezember 1999 dürfen einer zentralen Organisation angeschlossene Banken in der Rechtsform der Genossenschaft die Nachschusspflicht nach Artikel 11*b* Absatz 2 Buchstabe c im Umfang des gesamten Kernkapitals und zusätzlich nachrangige Darlehen nach Artikel 11*b* Absatz 2 Buchstabe a im Umfang der Hälfte des gesamten Kernkapitals anrechnen. Die Summe des ergänzenden Kapitals darf jedoch insgesamt 150 Prozent des Kernkapitals nicht übersteigen. Die Bankenkommission kann diese Frist verlängern.

...



Diese Änderung tritt am 1. Februar 1995 in Kraft.

Anhang II

Eigenmittelausweis

Bitte Ihren Code einsetzen
Indiquez votre code s. v. p.

Einzelbasis/Unternehmung Base individuelle/Entreprise

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel per _____ Calcul des fonds propres exigibles au _____

Begriffe und Risikogewichtung siehe Anhang I und II
Définitions et pondération en fonction du risque voir annexes I et II

Bank – Banque _____

Sitz – Siège _____

Rechtsform – Forme juridique _____

Gründungsjahr – Année de constitution _____

Adresse – Adresse _____

Tel.-Nr. – No de tél. _____

Sachbearbeiter – Personne établissant la présente statistique _____

Ort und Datum – Lieu et date

Stempel und Unterschrift – Timbre et signature

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Bilanzwert		Umrechnungs- faktor	Total Kredit- äquivalent	Kreditäquivalent aufgeschlüsselt nach Risikogewichtssätzen (Definitionen siehe Anhang II)													
	Kol. 01	Kol. 02			Kol. 03 0%	Kol. 04 25%	Kol. 05 50%	Kol. 06 75%	Kol. 07 100%	Kol. 08 250%								
1. Bilanzaktiven																		
Flüssige Mittel	01	1,000		01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01
Forderungen aus Geldmarktpapieren ¹⁾	02	0,000		02	02	02	02	02	02	02	02	02	02	02	02	02	02	02
Forderungen gegenüber Banken	03	1,000		03	03	03	03	03	03	03	03	03	03	03	03	03	03	03
Forderungen gegenüber Kunden	04	1,000		04	04	04	04	04	04	04	04	04	04	04	04	04	04	04
Hypothekendarlehen	05	1,000		05	05	05	05	05	05	05	05	05	05	05	05	05	05	05
Handelbestände	06	0,000		06	06	06	06	06	06	06	06	06	06	06	06	06	06	06
davon Wertschriften ¹⁾	07	0,000		07	07	07	07	07	07	07	07	07	07	07	07	07	07	07
Edelmetalle ²⁾	08	0,000		08	08	08	08	08	08	08	08	08	08	08	08	08	08	08
Finanzanlagen	09	0,000		09	09	09	09	09	09	09	09	09	09	09	09	09	09	09
davon Wertschriften ¹⁾	10	1,000		10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
Edelmetalle ²⁾	11	0,000		11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
Übrige	12	2,500		12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
Beteiligungen ³⁾	13	3,750		13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13
Sachanlagen/immaterielle Werte	14	0,000		14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
Bankguthaben	15	6,250		15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
Goodwill ⁴⁾	16	1,000		16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16
Übrige Sachanlagen	17	1,000		17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17
Rechnungsabgrenzungen	18	0,000		18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18
Sonstige Aktiven	19	0,000		19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19
davon Pos. Wiederbeschaffungswert ⁵⁾ 6)	20	1,000		20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20
Abschreibungspflichtige Aktivierungen ⁶⁾	21	0,000		21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21
Waren ²⁾	40	—		40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40
Übrige	41	—		41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41
Nicht einbezahletes Gesellschaftskap. ⁴⁾																		
Total																		
vor Risikogewichtung																		
risikogewichtet																		

1) Untlegung erfolgt für Wertschriften und Geldmarktpapiere auf der Ausfallrisikoposition, d.h. der Netto-Longposition, siehe Ziffer 6.
 2) Untlegung erfolgt für Waren und Edelmetalle auf der Ausfallrisikoposition, d.h. der Netto-Longposition, siehe Ziffer 6.
 3) Untlegung erfolgt für Sachanlagen/immaterielle Werte auf der Ausfallrisikoposition, d.h. der Netto-Longposition, siehe Ziffer 6.
 4) Wird mit dem Kernkapital verrechnet bzw. von diesem abgezogen, siehe Ziffern 10.1 bzw. 10.2.
 5) Sofern Eigenmittelunterlegung nach der Markbewertungsmethode erfolgt, Add-ons siehe Ziffer 5.
 6) Zu Marktwerten, und zwar unesehen von der erfolgsmässigen Behandlung beispielsweise von Hedgebeständen.

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

nach Rechnungslegungs- vorschriften in der Fassung vom 12.12.94 Änderung vom 12.12.94	Bilanzwert		Umrechn.- faktor	Total Kredit- äquivalent	Kreditäquivalent aufzulesen nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)										
	Kol. 01	Kol. 02			0%		25%		50%		75%		100%		250%
				Kol. 02	Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07	Kol. 08					
1. Bilanzaktiven															
Flüssige Mittel	01	1,000		01	01	01	01	01	01	01					
Bankendebitoren	03	1,000		03	03	03	03	03	03	03					
Wechsel und Geldmarktpapiere ¹⁾	02	0,000		02	02	02	02	02	02	02					
Forderungen gegenüber Kunden	04	1,000		04	04	04	04	04	04	04					
davon:															
Konkurrent-Debitoren	a	1,000		a	a	a	a	a	a	a					
Forderungen an Darlehen	b	1,000		b	b	b	b	b	b	b					
Konkurrenzrisiko	c	1,000		c	c	c	c	c	c	c					
rechtliche Körperschaften															
Hypothekaranlagen	05	1,000		05	05	05	05	05	05	05					
Wertschriften ¹⁾	06	0,000		06	06	06	06	06	06	06					
Dauernde Beteiligungen ²⁾	11	0,000		11	11	11	11	11	11	11					
Bankgebäude	12	2,500		12	12	12	12	12	12	12					
Andere Liegenschaften	13	3,750		13	13	13	13	13	13	13					
Sonstige Aktiven	17	1,000		17	17	17	17	17	17	17					
Pos. Wiederbeschaffungswert ³⁾															
Active Rechnungsabgrenzungen	16	1,000		16	16	16	16	16	16	16					
Edelmetalle ⁵⁾	07	0,000		07	07	07	07	07	07	07					
Waren ⁵⁾	19	0,000		19	19	19	19	19	19	19					
Ubrige Sachanlagen	15	6,250		15	15	15	15	15	15	15					
Ubrige	20	1,000		20	20	20	20	20	20	20					
Nicht einbezahltes Gesellschaftskap. ⁶⁾	21	0,000		21	21	21	21	21	21	21					
Total	40			40	40	40	40	40	40	40					
vor Risikogewichtung															
risikogewichtet	41			41	41	41	41	41	41	41					

1) Unterlegung erfolgt für Wertschriften, Wechsel und Geldmarktpapiere auf der Ausfallrisikoposition, d.h. der Netto-Longposition, siehe Ziffer 6.
 2) Sofern Eigenmittellieferung nach der Marktbewertungsmethode erfolgt, Addressen siehe Ziffer 10.7.
 3) Zu Marktwerten, und zwar unterbesahen von der erfolgsmässigen Behandlung beispielsweise vom Hedgebeständen.
 4) Unterlegung erfolgt auf der Marktrisiko-position, siehe Ziffer 7.
 5) Wird mit dem Kernkapital verrechnet bzw. von diesem abgezogen, siehe Ziffer 10.1.
 6) Wird mit dem Kernkapital verrechnet bzw. von diesem abgezogen, siehe Ziffer 10.1.

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Nominal Kol. 01	Umrechn.- faktor Kol. 02	Kreditaläquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)				Kol. 08
			0% Kol. 03	25% Kol. 04	50% Kol. 05	75% Kol. 06	
Nicht in den Aktiven erfasste Forderungen aus Verpflichtungskrediten	50	1,000	50	50	50	50	50
risikogewichtet	51	—	51	51	51	51	51

	Nominal Kol. 01	Umrechn.- faktor Kol. 02	Kreditaläquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)				Kol. 08
			0% Kol. 03	25% Kol. 04	50% Kol. 05	75% Kol. 06	
3. Eventualverpflichtungen¹⁾							
Verpflichtungen aus Warenakkreditiven, Indossamentenverpflichtungen aus Akkreditiven, Bausparverpflichtungen für die Ausführung von Bauten in der Schweiz	61	0,250	61	61	61	61	61
Gewährleistungen wie Bietungsgarantien (bid bonds), Lieferungs- und Ausstellungsgarantien (contract bonds), Bürgschaften, übrige Bausparverpflichtungen, übrige Gewährleistungen, wie Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie übrige Verpflichtungen aus Akkreditiven (standby letters of credit), die nicht zur Abdeckung der Akkreditiv-, Ein-, Festzugs- oder Zahlungs-garantien	62	0,500	62	62	62	62	62
Aval-, Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditversicherungs-garantien (standby letters of credit) zur Abdeckung des Débitrisikos	63	1,000	63	63	63	63	63
Total							
vor Risikogewichtung	70	—	70	70	70	70	70
risikogewichtet	71	—	71	71	71	71	71

1) Eventualverpflichtungen, an denen die Bank Unterbeteiligungen abgegeben hat, können im Umfang der Unterbeteiligung wie direkte Forderungen gegenüber den jeweiligen Unterbeteiligten gewichtet werden.

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Nominal Kol. 01	Umrechn.- faktor	Total Kredit- äquivalent Kol. 02	Kreditäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)									
				Kol. 03 0%	Kol. 04 25%	Kol. 05 50%	Kol. 06 75%	Kol. 07 100%	Kol. 08 250%				
4. Unwiderrufliche Zusagen¹⁾													
Nicht in Anspruch genommene, ungedeckte unwiderrufliche Kreditzusagen inkl. note issuance facilities und für die Zukunft erwartete ähnliche Instrumente mit bester Verpflichtung von über 1 Jahr Restlaufzeit	81	0,500	81	81	81	81	81	81	81	81	81	81	81
Einzahlungs- und Nachschussverpflichtungen auf Aktien und anderen Beteiligungstiteln	82	1,250	82	82	82	82	82	82	82	82	82	82	82
nicht unter Beteiligungen bilanziert	83	2,500	83	83	83	83	83	83	83	83	83	83	83
nicht zu konsolidierende Beteiligungen	84	6,250	84	84	84	84	84	84	84	84	84	84	84
zu konsolidierende Beteiligungen													
Total													
vor Risikogewichtung	90	—	90	90	90	90	90	90	90	90	90	90	90
riskogewichtet	91	—	91	91	91	91	91	91	91	91	91	91	91

1) Unwiderrufliche Zusagen gelten im Rahmen von abgegebenen Unterbeteiligungen als gedeckt und sind hier nur nach Abzug der Unterbeteiligungen aufzuführen.

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

5. Terminkontrakte und gekaufte Optionen	Add-ons	Total Kreditäquivalent	Kreditäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)						Kol. 08
			Basis ¹⁾	0%	25%	50%	75%	100%	
5.1 Marktbewertungsmethode									
5.1.1 Terminkontrakte/Add-ons									
Ohne Kontrakte mit Ursprungslaufzeit bis 14 Kalendertage; ohne standortsierte an einer Börse mit Clearing Garantie gehandelte Kontrakte, d.h. ohne Futures, ohne auf gedeckter Basis getriggerte Terminkontrakte mit einem repräsentativen Markt, täglicher Marktbewertung und täglichem Margenausgleich (vgl. auch Art. 12c Abs. 7).									
	Kol. 01	Kol. 02	Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07	Kol. 08	
Zinsen²⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	01	0.000	01	01	01	01	01	01	
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	02	0.005	02	02	02	02	02	02	
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	03	0.015	03	03	03	03	03	03	
Devisen, Gold³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	04	0.010	04	04	04	04	04	04	
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	05	0.050	05	05	05	05	05	05	
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	06	0.075	06	06	06	06	06	06	
Aktien³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	07	0.060	07	07	07	07	07	07	
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	08	0.080	08	08	08	08	08	08	
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	09	0.100	09	09	09	09	09	09	
Aktienindizes³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	10	0.040	10	10	10	10	10	10	
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	11	0.050	11	11	11	11	11	11	
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	12	0.075	12	12	12	12	12	12	

1) Marktwert der Geldforderung bzw. des Lieferungsanspruchs des Kontrakts, bei Zinskonzernen der Nennwert des Kontraktes oder der Barwert der Forderung bestehend aus Nennwert und Zinsen (vgl. auch Art. 12c Abs. 6).
 2) Restlaufzeit der Kontrakte.
 3) Restlaufzeit der Kontrakte, bei Zinskonzernen der Nennwert des Kontraktes oder der Barwert der Forderung bestehend aus Nennwert und Zinsen (vgl. auch Art. 12c Abs. 6).

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

5.1.1 Terminkontrakte/Add-ons	Basis ¹⁾	Add-ons	Total Kredit-Äquivalent	Kreditäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)					
				0%	25%	50%	75%	100%	250%
	Kol. 01		Kol. 02	Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07	Kol. 08
Edelmetalle³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	13	0,070		13	13	13	13	13	13
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	14	0,080		14	14	14	14	14	14
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	15	0,100		15	15	15	15	15	15
Übrige Waren³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	16	0,120		16	16	16	16	16	16
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	17	0,130		17	17	17	17	17	17
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	18	0,150		18	18	18	18	18	18
Total	30	—	30	30	30	30	30	30	30
vor Risikogewichtung	31	—	31	31	31	31	31	31	31

1) Marktwert der Geldforderung bzw. des Lieferungsanspruchs des Kontrakts, bei Zinskonzernen der Nennwert des Kontraktes oder der Barwert der Forderung bestehend aus Nennwert und Zinsen (vgl. auch Art. 12e Abs. 6)

3) Restlaufzeit des Kontraktes.

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Basis ¹⁾	Add-ons	Teil-Kred. äquivalent	Kreditäquivalent aufgeschlüsselt nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)					Koi. 08
				0%	25%	50%	75%	100%	
5.1.2 Gekaufte Optionen/Add-ons									
OTC-Optionen ohne Optionen mit Ursprungslaufzeit bis 14 Kalendertage und ohne auf gedeckter Basis getriggerte Optionen mit einem repräsentativen Markt, täglicher Marktbewertung und täglichem Margenausgleich (vgl. auch Art. 12e Abs. 7).									
	Koi. 01	Koi. 02	Koi. 03	Koi. 04	Koi. 05	Koi. 06	Koi. 07	Koi. 08	
Zinsen²⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	41	—	41	41	41	41	41	41	41
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	42	0.005	42	42	42	42	42	42	42
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	43	0.015	43	43	43	43	43	43	43
Devisen, Gold³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	44	0.010	44	44	44	44	44	44	44
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	45	0.050	45	45	45	45	45	45	45
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	46	0.075	46	46	46	46	46	46	46
Aktien³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	47	0.060	47	47	47	47	47	47	47
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	48	0.080	48	48	48	48	48	48	48
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	49	0.100	49	49	49	49	49	49	49
Aktienindizes³⁾									
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	50	0.040	50	50	50	50	50	50	50
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	51	0.050	51	51	51	51	51	51	51
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	52	0.075	52	52	52	52	52	52	52

1) Marktwert der Geldforderung bzw. des Lieferanspruchs des Kontraktes, deltagewichtet; bei Zinskontrakten der Nennwert des Kontraktes oder der Barwert der Forderung bestehend aus Nennwert und Zinsen, deltagewichtet (vgl. auch Art. 12e Abs. 6).

2) Restlaufzeit des zugrundeliegenden Basiswertes.

3) Restlaufzeit des Kontraktes.

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code eintragen

5.1.2 Gekaufte Optionen/Add-ons	Basis ¹⁾	Add-ons	Total Kredit-äquivalent	Kreditäquivalent aufgeschlüsselt nach Risikogewichtungssätzen (Defiziten siehe Anhang II)					Kol. 08	
				0%	25%	50%	75%	100%		250%
OTC-Optionen ohne Optionen mit Ursprungslaufzeit bis 14 Kalendertage und ohne auf gedeckter Basis getriggerte Optionen mit einem repräsentativen Markt, täglicher Marktbewertung und täglichem Margenausgleich (vgl. auch Art. 12e Abs. 7).										
	Kol. 01		Kol. 02	Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07		
Edelmetalle ³⁾										
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	53	0.070	53	53	53	53	53	53	53	53
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	54	0.080	54	54	54	54	54	54	54	54
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	55	0.100	55	55	55	55	55	55	55	55
Übrige Waren ³⁾										
mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	56	0.120	56	56	56	56	56	56	56	56
mit Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	57	0.130	57	57	57	57	57	57	57	57
mit Restlaufzeit über 5 Jahre	58	0.150	58	58	58	58	58	58	58	58
Total										
vor Risikogewichtung	70	—	70	70	70	70	70	70	70	70
risikogewichtet	71	—	71	71	71	71	71	71	71	71

1) Marktwert der Geldforderung bzw. des Lieferungsanspruchs des Kontrakts, deltagewichtet, bei Zinskonzernen der Nennwert des Kontraktes oder der Barwert der Forderung bestehend aus Nennwert und Zinsen, deltagewichtet (vgl. auch Art. 12e Abs. 6).

3) Restlaufzeit des Kontraktes.

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

Bitte Ihren Code einsetzen

5.1.3 Verrechenbare negative Wiederbeschaffungswerte	Nominal	Umrechn.-faktor	Total Kreditäquivalent	Kreditäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Überschuss ohne Anhang III)				Kol. 08	
				0%	25%	50%	75%		100%
	Kol. 01		Kol. 02	Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07	Kol. 08
<i>(Bitte Beträge ohne Vorzeichen eingeben)</i>									
Zinsen	81	1,000	81	81	81	81	81	81	81
Devisen, Gold	82	1,000	82	82	82	82	82	82	82
Aktien	83	1,000	83	83	83	83	83	83	83
Aktienindizes	84	1,000	84	84	84	84	84	84	84
Edelmetalle (ohne Gold)	85	1,000	85	85	85	85	85	85	85
Übrige Waren	86	1,000	86	86	86	86	86	86	86
Total	90	—	90	90	90	90	90	90	90
vor Risikogewichtung	91	—	91	91	91	91	91	91	91
riskogewichtet	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Negative Wiederbeschaffungswerte können, sofern eine entsprechende Aufrechnungsmöglichkeit (Netting) gemäss Art. 12f besteht, bis zur Höhe der positiven Wiederbeschaffungswerte und der Add-ons der jeweiligen Kontrakte verrechnet und in dieser Ziffer aufgeführt werden. Besteht keine entsprechende Aufrechnungsmöglichkeit, so können negative Wiederbeschaffungswerte höchstens bis zur Höhe des Add-ons des jeweiligen Kontraktes verrechnet und ebenfalls in dieser Ziffer aufgeführt werden.

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Nominal ¹⁾	Umrechnen- faktor	Total Kredit- äquivalent	Kreditsäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Definitionen siehe Anhang II)							
				Kol. 01	Kol. 02	Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07	Kol. 08
				0%	25%	50%	75%	100%	250%		
5.2 Terminkontrakte											
 Ursprungsmethoden											
Zinsen²⁾											
mit Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr	01	0,010	01	01	01	01	01	01	01	01	
mit Ursprungslaufzeit über 1 bis 2 Jahre	02	0,030	02	02	02	02	02	02	02	02	
mit Ursprungslaufzeit über 2 bis 3 Jahre	03	0,050	03	03	03	03	03	03	03	03	
mit Ursprungslaufzeit über 3 bis 4 Jahre	04	0,070	04	04	04	04	04	04	04	04	
mit Ursprungslaufzeit über 4 bis 5 Jahre	05	0,090	05	05	05	05	05	05	05	05	
mit Ursprungslaufzeit über 5 Jahre ⁴⁾	06	—	06	06	06	06	06	06	06	06	
Devisen, Gold³⁾											
mit Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr	08	0,040	08	08	08	08	08	08	08	08	
mit Ursprungslaufzeit über 1 bis 2 Jahre	09	0,100	09	09	09	09	09	09	09	09	
mit Ursprungslaufzeit über 2 bis 3 Jahre	10	0,160	10	10	10	10	10	10	10	10	
mit Ursprungslaufzeit über 3 bis 4 Jahre	11	0,220	11	11	11	11	11	11	11	11	
mit Ursprungslaufzeit über 4 bis 5 Jahre	12	0,280	12	12	12	12	12	12	12	12	
mit Ursprungslaufzeit über 5 Jahre ⁴⁾	13	—	13	13	13	13	13	13	13	13	
Aktien³⁾											
mit Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr	15	0,120	15	15	15	15	15	15	15	15	
mit Ursprungslaufzeit über 1 bis 2 Jahre	16	0,210	16	16	16	16	16	16	16	16	
mit Ursprungslaufzeit über 2 bis 3 Jahre	17	0,300	17	17	17	17	17	17	17	17	
mit Ursprungslaufzeit über 3 bis 4 Jahre	18	0,390	18	18	18	18	18	18	18	18	
mit Ursprungslaufzeit über 4 bis 5 Jahre	19	0,480	19	19	19	19	19	19	19	19	
mit Ursprungslaufzeit über 5 Jahre ⁴⁾	20	—	20	20	20	20	20	20	20	20	

1) Nennwert des Kontraks bzw. Nennwert der Forderungssseite (vgl. auch Art. 12e Abs. 6).

2) Ursprungslaufzeit des zugrundeliegenden Basiswertes.

3) Ursprungslaufzeit des Kontraks.

4) Gesamtumfang aller betroffenen Kontrakte angeben. Die Bank muss auf Anfrage die Berechnung nachvollziehen können.

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel
 (in 1000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Nominal ¹⁾	Umrech- faktor	Kreditäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtssätzen (Definitionen siehe Anhang II)											
			Kol. 01	Kol. 02	Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07	Kol. 08				
5.2 Terminkontrakte Ursprungsrisikomethode														
Aktienindizes³⁾														
mit Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr	22	0.080	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
mit Ursprungslaufzeit über 1 bis 2 Jahre	23	0.140	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23
mit Ursprungslaufzeit über 2 bis 3 Jahre	24	0.200	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24
mit Ursprungslaufzeit über 3 bis 4 Jahre	25	0.260	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
mit Ursprungslaufzeit über 4 bis 5 Jahre	26	0.220	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
mit Ursprungslaufzeit über 5 Jahre ⁴⁾	27	—	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27
Edeelmetalle³⁾ (ohne Gold)														
mit Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr	29	0.140	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29
mit Ursprungslaufzeit über 1 bis 2 Jahre	30	0.240	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
mit Ursprungslaufzeit über 2 bis 3 Jahre	31	0.340	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31
mit Ursprungslaufzeit über 3 bis 4 Jahre	32	0.440	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32
mit Ursprungslaufzeit über 4 bis 5 Jahre	33	0.540	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33
mit Ursprungslaufzeit über 5 Jahre ⁴⁾	34	—	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34
Übrige Waren³⁾														
mit Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr	36	0.240	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36
mit Ursprungslaufzeit über 1 bis 2 Jahre	37	0.420	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37
mit Ursprungslaufzeit über 2 bis 3 Jahre	38	0.600	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38
mit Ursprungslaufzeit über 3 bis 4 Jahre	39	0.780	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39
mit Ursprungslaufzeit über 4 bis 5 Jahre	40	0.960	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40
mit Ursprungslaufzeit über 5 Jahre ⁴⁾	41	—	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41
Total														
ver Risikogewichtung	45	—	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45
risikogewichtet	46	—	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46

1) Nennwert des Kontrakte bzw. Nennwert der Forderungssseite (vgl. auch Art. 12a Abs. 6).
 2) Ursprungslaufzeit des Kontraktes.
 3) Gesamtwert aller betroffenen Kontrakte angegeben. Die Bank muss auf Anfrage die Berechnung nachvollziehen können.
 4) Gegenüberung aller betroffenen Kontrakte angegeben.

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code eintragen

	Bilanz bzw. Marktwert Kol. 01	Umrechn. faktor	Total Kredit-äquivalent	Kreditsäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungssätzen (Umfeld siehe Anhang II)					250% Kol. 08
				Kol. 03	Kol. 04	Kol. 05	Kol. 06	Kol. 07	
6. Ausfallrisikopositionen									
Netto-Longpositionen (Art. 12h Abs. 2 und 3)									
Schuldtitel ohne Rangrücktritt	51	1,000	51	51	51	51	51	51	51
Schuldtitel mit Rangrücktritt									
an einer anerkannten Börse gehandelte	52	0,500	52	52	52	52	52	52	52
übrige	53	1,000	53	53	53	53	53	53	53
Von der Bank selbst ausgegebene nachrangige Schuldtitel in direktem oder indirektem Eigenbesitz im Handelsbestand	54	12,500	54	54	54	54	54	54	54
Nicht unter Beteiligungen bilanzierte an einer anerkannten Börse gehandelte Aktien/andere Bausparbeiträge (1), gebundene Aktien/andere Bausparbeiträge (2), gebundene Aktien/andere gehandelte Anteilscheine von Anlagengelds	55	1,250	55	55	55	55	55	55	55
An einer anerkannten Börse gehandelte Aktien und Anteilscheine von Anlagengelds (1) und (2), die sowohl unter Beteiligungen bilanziert sind als auch sieg allein oder zusammen mit den unter den Finanz- anlagen oder unter den Beteiligungen bilanzierten Titeln eine qualifizierte Beteiligung darstellen; nicht unter Beteiligungen bilanzierte nicht an einer aner- kannten Börse gehandelte Aktien und andere ge- handelte Anteilscheine von Anlagengelds (3)	56	2,500	56	56	56	56	56	56	56
Nicht zu konsolidierende Beteiligungen ohne Titel im Handelsbestand und ohne Beteiligung im Bank-, Finanz- oder Versicherungsbereich (4)	57	5,000	57	57	57	57	57	57	57
Beteiligungen an Immobiliengesellschaften mit Aktiven in Form von:									
Bankgebäuden	58	2,500	58	58	58	58	58	58	58
anderen Liegenschaften	59	3,750	59	59	59	59	59	59	59
Eigene Aktien und andere von der Bank selbst ausgegeben Beteiligungen der Immobilien- oder anderen Eigenbesitz im Handelsbestand	60	12,500	60	60	60	60	60	60	60
Total									
vor Risikogewichtung	65	—	65	65	65	65	65	65	65
risikogewichtet	66	—	66	66	66	66	66	66	66

1) sofern sie alleine oder zusammen mit den unter Beteiligungen verbuchten Titeln keine qualifizierte Beteiligung im Sinne von Art. 3 Abs. 2 Bst. c bis Bank G darstellen.
 2) Finanzanlagen, die alleine oder zusammen mit den unter Beteiligungen verbuchten Titeln die Höhe einer qualifizierten Beteiligung im Sinne von Art. 3 Abs. 2 Bst. c bis Bank G erreichen, sind mit Umrechnungsfaktor 5,000 zu gewichten.
 3) bei nicht zu konsolidierenden Beteiligungen an Unternehmen im Bank- oder Finanz- oder Versicherungsbereich ist die Ausfallrisikoposition (Netto-Longposition) von den eigenen Mitteln abzuziehen (siehe Ziff. 10.7).

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Marktwert Kol. 01	Umrechn.- faktor	Total Kredit- äquivalent Kol. 02	Kreditäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungsätzen (Definitionen siehe Anhang II)						
				Kol. 03 0%	Kol. 04 25%	Kol. 05 50%	Kol. 06 75%	Kol. 07 100%	Kol. 08 250%	
7. Marktrisikopositionen offene Positionen										
Devisen, Gold										
long	71	1,250	71	71	71	71	71	71	71	71
short	72	1,250	72	72	72	72	72	72	72	72
Edelmetalle (ohne Gold)										
long	73	2,500	73	73	73	73	73	73	73	73
short	74	2,500	74	74	74	74	74	74	74	74
Waren										
long	75	3,750	75	75	75	75	75	75	75	75
short	76	3,750	76	76	76	76	76	76	76	76
Total										
vor Risikogewichtung	80	—	80	80	80	80	80	80	80	80
risikogewichtet	81	—	81	81	81	81	81	81	81	81

	Bilanzwert Kol. 01	Umrechn.- faktor	Total Kredit- äquivalent Kol. 02	Kreditäquivalent aufgliedert nach Risikogewichtungsätzen (Definitionen siehe Anhang II)						
				Kol. 03 0%	Kol. 04 25%	Kol. 05 50%	Kol. 06 75%	Kol. 07 100%	Kol. 08 250%	
8. Wertberichtigungen und Rückstellungen in den Passiven										
Die Summe der erforderlichen eigenen Mittel vermindert sich bei allen Banken um 6 Prozent der in den Passiven bilanzierten Wertberichtigungen und Rückstellungen, abzüglich der nach Art. 11b Abs. 1 Est. b angesprochenen stillen Reserven und abzüglich der bei der Berechnung der Netto-Longpositionen nach Art. 12h Abs. 3 einbezogenen passivierten Wertberichtigungen, zur Abdeckung von Positionen, für welche eigene Mittel verlangt werden.										
<i>(bitte Beträge ohne Vorzeichen eingeben)</i>										
vor Risikogewichtung	90	1,000	90	90	90	90	90	90	90	90
risikogewichtet	91	—	91	91	91	91	91	91	91	91

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

9. Gesamterfordernis eigene Mittel		risikogewichtete Position	erfordert. eigene Mittel 8%	
<i>(bitte Beträge ohne Vorzeichen eingeben)</i>		Kol. 01	Kol. 02	
1.	Bilanzaktiven.....	01		
2.	Verpflichtungskredite.....	02		
3.	Eventualverpflichtungen.....	03		
4.	Unwiderrufliche Zusagen.....	04		
5.	Terminkontrakte und gekaufte Optionen			
5.1	Marktbewertungsmethode			
5.1.1	Terminkontrakte/Add-ons.....	05	—	
5.1.2	gekaufte Optionen/Add-ons.....	06	—	
5.1.3	./. verrechenbare negative Wiederbeschaffungswerte.....	07	—	
	Total von 5.1 (Summe von 5.1.1 + 5.1.2 – 5.1.3).....	08		
5.2	Terminkontrakte Ursprungsrisikomethode.....	09		
6.	Ausfallrisikopositionen.....	10		
7.	Markttrisikopositionen.....	11		
8.	./. Wertberichtigungen und Rückstellungen in den Passiven.....	12	—	
9 a.	Total erforderliche eigene Mittel/brutto.....	13		13
9 b.	./. Abzug für Kantonalbanken (max. 12.5%).....	14	—	14
9 c.	Verschärfungen nach Art. 4 Abs. 3 BankG.....	15	—	15
9 d.	./. Erleichterungen nach Art. 4 Abs. 3 BankG.....	16	—	16
9.	Total erforderliche eigene Mittel/netto.....	20		20

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

(bitte Beträge ohne Vorzeichen eingeben)

10. Anrechenbare eigene Mittel

Als eigene Mittel gilt die Summe von Kernkapital (Art. 11a, tier 1) und ergänzendem Kapital (Art. 11b, tier 2), vermindert um die Abzüge nach Art. 11c.

Das ergänzende Kapital ist gesamthaft höchstens bis zu 100% des Wertes des Kernkapitals, wie er nach Abzug nach Art. 11a Abs. 3 verbleibt, anrechenbar. Es ist in zwei Kategorien, oberes ergänzendes Kapital (Art. 11b Abs. 1; upper tier 2) und unteres ergänzendes Kapital (Art. 11b Abs. 2; lower tier 2), aufgeteilt. Die Summe der Bestandteile des angerechneten unteren ergänzenden Kapitals darf 50% des Kernkapitals nicht überschreiten.

10.1 Kernkapital

Als Kernkapital, einschliesslich Kapitalanteile von Minderheitsaktionären an voll konsolidierten Tochtergesellschaften im Rahmen der konsolidierten Eigenmittelberechnung, gelten:

	Kol. 01
a) Einbezahletes Kapital (Aktien-, Stamm-, Genossenschafts-, Dotations- oder Partizipationskapital sowie die Kommanditsumme bei Privatbankiers)	01
b) Offene Reserven (Reserven für allgemeine Bankrisiken, allgemeine gesetzliche Reserve, Reserve für eigene Beteiligungstitel, andere Reserven)	02
c) Gewinnvortrag	03
d) Gewinn des laufenden Geschäftsjahres (sofern ein revidierter Zwischenabschluss mit einer vollständigen Erfolgsrechnung nach Art. 25a Abs. 1 vorliegt und beschränkt auf den Betrag, welcher netto nach Abzug des geschätzten Dividendenanteils verbleibt)	04
e) Bei Privatbankiers zusätzlich (Einzelfirmen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften)	
- Kapitalkonten	05
- Guthaben der unbeschränkt haftenden Gesellschafter (sofern aus einer schriftlichen Erklärung hervorgeht, dass sie unwiderruflich im Falle der Liquidation, des Konkurses oder Nachlassvertrages den Forderungen aller übrigen Gläubiger im Rang nachgehen und dass sie weder mit Forderungen der Bank verrechnet noch aus Vermögenswerten der Bank sichergestellt werden)	06
Total Kernkapital	07

10.2 Abzüge vom Kernkapital

a) Eigene Aktien oder andere von der Bank selbst ausgegebene Beteiligungspapiere (Netto-Longposition) gem. Art. 12h Abs. 3 in direktem oder indirektem Eigenbesitz mit Ausnahme des Handelsbestandes	08
b) Verlustvortrag und Verlust des laufenden Geschäftsjahres	09
c) Ungedeckter Wertberichtigungs- und Rückstellungsbedarf des laufenden Geschäftsjahres	10
d) Keiner Aktivposition direkt zurechenbare Kapitalaufrechnungsdifferenzen (Goodwill)¹⁾	11
Total Abzüge	12

10.3 Total anrechenbares Kernkapital	15	10.1-10.2
---	----	-----------

1) inklusive abschreibungspflichtige Aktivierungen

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

	Kol. 01	
10.4 Oberes ergänzendes Kapital		
a) Eigen- und Fremdkapitalcharakter aufweisende Instrumente (hybride Instrumente)	16	
<ul style="list-style-type: none"> - welche sämtliche der folgenden Merkmale erfüllen: - Sie sind voll einbezahlt, nicht aus Vermögenswerten der Bank sichergestellt, enthalten keinen festen Rückzahlungstermin und sind allen nicht nachrangigen Forderungen im Rang nachgehend. - Sie sind nicht auf Initiative des Inhabers rückzahlbar. - Die Schuldvereinbarung muss es der Bank gestatten, die Zahlung von fälligen Zinsen auf der Schuld aufzuschieben. - Die Schuld und die unbezahlten Zinsen müssen einen Verlust mittragen, ohne dass die Bank zur Einstellung ihrer Geschäftstätigkeit gezwungen ist. 		
b) Stille Reserven in der Position Wertberichtigungen und Rückstellungen	17	
<p>Sofern sie auf einem besonderen Konto ausgeschlossen und als eigene Mittel gekennzeichnet werden. Ihre Anrechenbarkeit als ergänzendes Kapital ist im Revisionsbericht zu bestätigen. Sie sind den Steuerbehörden unaufgefordert bekanntzugeben.</p>		
c) Stille Reserven im Anlagevermögen und in den Finanzanlagen	18	
<p>Maximal die Differenz zwischen dem Höchstwert nach Art. 865 des OR und dem Buchwert, wobei der anrechenbare Betrag 45% der Differenz zwischen dem Marktwert und dem Buchwert nicht übersteigen darf. Ihre Anrechenbarkeit als ergänzendes Kapital ist im Revisionsbericht zu bestätigen. Sie sind den Steuerbehörden unaufgefordert bekanntzugeben.</p>		
Total oberes ergänzendes Kapital	19	
10.5 Unteres ergänzendes Kapital		
a) Nachrangige fremde Mittel (Ziffer 12 auf C 006)	20	
<p>Der Bank gewährte Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen mit einer ursprünglichen Laufzeit von mindestens fünf Jahren, wenn aus einer schriftlichen Erklärung hervorgeht, dass sie unwiderruflich im Fall der Liquidation, des Konkurses oder Nachlassvertrages den Forderungen aller übrigen Gläubiger im Rang nachgehen und dass sie weder mit Forderungen der Bank verrechnet noch aus Vermögenswerten der Bank sichergestellt werden. In den letzten fünf Jahren vor der Rückzahlung wird ihre Anrechnung um einen kumulativen Abzug von jährlich je 20% des ursprünglichen Nominalbetrages vermindert. Bei einer allfälligen Kündigungsmöglichkeit durch den Gläubiger gilt die frühestmögliche Fälligkeit als massgebendes Ende der Laufzeit.</p>		
b) Nachrangige fremde Mittel der Kantonalbanken (Ziffer 12 auf C 006)	21	
<p>a) ist sinngemäss anwendbar, sofern die betreffenden der Bank gewährten nachrangigen Darlehen zufolge Verzicht des Gläubigers oder auf andere Art nicht durch eine Staatsgarantie gedeckt sind.</p>		
c) Nachschusspflicht bei Genossenschaften	22	
<p>50% der Summe der auf einen bestimmten Betrag lautenden Nachschusspflicht pro Kopf, sofern eine unwiderrufliche schriftliche Verpflichtung des Genossenschafters gemäss Art. 840 Abs. 2 OR vorliegt.</p>		
d) Übrige Bestandteile des unteren ergänzenden Kapitals	23	
<ul style="list-style-type: none"> - Bisher nach Art. 11 Abs. 1 Bst. c anrechenbare bedingungslos übernommene Garantiebeträge von Gemeinden sind noch bis längstens per 31. Dezember 1999 als eigene Mittel der Bank anrechenbar. - Während einer Übergangszeit bis längstens 31. Dezember 1999 dürfen einer zentralen Organisation angeschlossene Banken in der Rechtsform der Genossenschaft die Nachschusspflicht nach Art. 11b Abs. 2 Bst. c im Umfang der Hälfte des gesamten Kernkapitals und zusätzlich nachrangige Darlehen nach Art. 11b Abs. 2 Bst. a im Umfang der Hälfte des gesamten Kernkapitals anrechnen. Die Summe des ergänzenden Kapitals darf jedoch insgesamt 150 Prozent des Kernkapitals nicht übersteigen. Die Bankkommission kann diese Frist verlängern. 		
Total unteres ergänzendes Kapital	25	
10.6 Total ergänzendes Kapital	30	10.4+10.5
Unteres ergänzendes Kapital in % des Kernkapitals (nach dem Komma auf zwei Stellen genau)	#DIV/0!	31 Total 10.5/10.3
Nachrangige fremde Mittel in % des Kernkapitals (nach dem Komma auf zwei Stellen genau)	#DIV/0!	32 (10.5a bzw. 10.5b)/10.3
<p>Die Bank hat die Bankkommission unter Angabe der Gründe zu unterrichten, wenn ihre nachrangigen fremden Mittel unter a) bzw. b) des unteren ergänzenden Kapitals 25% des Kernkapitals übersteigen.</p>	---	
Ergänzendes Kapital in % des Kernkapitals (nach dem Komma auf zwei Stellen genau)	#DIV/0!	33 10.6/10.3

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

(bitte Beträge ohne Vorzeichen eingeben)

		Kol. 01	
10.7 Eigene Mittel			
a)	Total anrechenbares Kernkapital.....	34	10.3
b)	Total oberes ergänzendes Kapital.....	35	10.4
c)	Anrechenbares unteres ergänzendes Kapital (max. 50% des anrechenbaren Kernkapitals).....	36	
d)	Total anrechenbares ergänzendes Kapital (max. 100% des anrechenbaren Kernkapitals).....	37	
	Total eigene Mittel (Summe der Positionen a+d).....	40	
10.8 Abzüge vom Total der eigenen Mittel			
a)	Netto-Longpositionen gem. Art. 12h Abs. 3 der zu konsolidierenden Beteiligungen an im Bank- oder Finanzbereich tätigen Unternehmungen und nachrangige Forderungen gegenüber den betreffenden Unternehmungen.....	41	
b)	Netto-Longpositionen gem. Art. 12h Abs. 3 der nicht zu konsolidierenden Beteiligungen an im Bank- oder Finanz- oder Versicherungsbereich tätigen Unternehmungen und nachrangige Forderungen gegenüber den betreffenden Unternehmungen.....	42	
c)	Netto-Longpositionen gem. Art. 12h Abs. 3 der als ergänzendes Kapital angerechnet von der Bank selbst ausgegebenen nachrangigen Schuldtitel in direktem oder indirektem Eigenbesitz.....	43	
	Total Abzüge	44	
10.9	Total anrechenbare eigene Mittel	45	10.7-10.8

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

(in 1'000 Franken)

Bitte Ihren Code einsetzen

11. Berechnung Eigenmittel-Überschuss resp. -Unterdeckung		Kol. 01	
11.1 Total anrechenbare eigene Mittel.....		01	10.9
11.2 Total erforderliche eigene Mittel.....		02	9
11.3 Eigenmittel-Überschuss.....		03	11.1-11.2
11.4 Eigenmittel-Unterdeckung (bitte Betrag ohne Vorzeichen eingeben).....	-	04	
11.5 Anteil des Überschusses, welcher zur Deckung der Beteiligungen gemäss Art. 14a Bst. c benutzt wird.....		05	

12. Nachweis nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen	Bilanzwerte		Anrechenbare Werte	
	Kol. 02		Kol. 03	
Ausstehende nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen				
mit Restlaufzeit von 5 Jahren und länger.....	11	100 %		11
mit Restlaufzeit unter 5 Jahren.....	12	80%		12
mit Restlaufzeit unter 4 Jahren.....	13	60%		13
mit Restlaufzeit unter 3 Jahren.....	14	40%		14
mit Restlaufzeit unter 2 Jahren.....	15	20%		15
mit Restlaufzeit unter 1 Jahr.....	16	0%	—	16
Total nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen gemäss Bilanz.....	20	—	—	20
Total anrechenbare nachrangige Darlehen einschliesslich Obligationenanleihen.....	—	21	—	21

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

Art. 14 Begriffe

In den Artikeln 12 – 13b gelten als:

a. OECD-Länder:

1. Länder, die Vollmitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind,
2. Länder, die mit dem Internationalen Währungsfonds in Verbindung mit dessen Allgemeinen Kreditvereinbarungen besondere Kreditvereinbarungen abgeschlossen haben;
unter Ausschluss der Länder, welche ihre externen Schulden in den vorangegangenen fünf Jahren umgeschuldet haben, sowie derjenigen Länder, für welche die Bankenkommission Mindestwertberichtigungen für Forderungen mit Länderrisiko vorschreibt.

b. Multilaterale Entwicklungsbanken:

1. die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD),
2. die Internationale Finanz-Corporation (International Finance Corporation, IFC),
3. die Interamerikanische Entwicklungsbank (Inter American Development Bank, IADB),
4. die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, AsDB),
5. die Afrikanische Entwicklungsbank (African Development Bank, AfDB),
6. die Europäische Investitionsbank (European Investment Bank, EIB),
7. der Soziale Entwicklungsfonds des Europarates (Council of Europe Social Development Fund),
8. die Nordische Investitionsbank (Nordic Investment Bank)
9. die Karibische Entwicklungsbank (Caribbean Development Bank),
10. die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development, EBRD).

c. International tätige Banken:

Banken, welche im Ausland über Zweigniederlassungen verfügen oder nach Artikel 13a zu konsolidierende ausländische Beteiligungen im Bank- oder Finanzbereich halten.

d. Repräsentativer Markt:

Ein organisierter Markt mit regelmässiger Kurspublikation, an welchem mindestens drei voneinander unabhängige Market-Maker normalerweise täglich Kurse stellen.

Texte français au verso

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel

Risikogewichtung von Forderungen nach Gegenpartei

0%

Flüssige Mittel; Forderungen gegenüber Zentralregierungen und -banken in OECD-Ländern; Forderungen gegenüber den Europäischen Gemeinschaften und dem Europäischen Währungsinstitut; Forderungen gedeckt durch bei der Bank verpfändete oder mindestens gleichwertig sichergestellte Bareinlagen; Forderungen gedeckt durch Kassenobligationen, Anleiheobligationen und andere nicht-nachrangige Schuldtitel, die von der Bank selbst ausgegeben und bei ihr verpfändet oder mindestens gleichwertig sichergestellt sind. Forderungen aus Effekten-, Edelmetall- oder Wareneleihe und aus Repo-Geschäften, gedeckt durch Bareinlagen, Effekten, Edelmetalle oder Waren, sofern eine tägliche Bewertung zu Marktkursen erfolgt, ein tägliches Margening vorgenommen wird und ein repräsentativer Markt für die als Deckung verwendeten Instrumente stattfindet, im Rahmen des Deckungswertes (Art. 12g).

25%

Forderungen gegenüber der BIZ; Forderungen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken nach Art. 14 Bst. b; Forderungen gegenüber übrigen öffentl. rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern; Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern, inkl. aufgrund von Close-out-Netting (Art. 12f Abs. 2 Bst. a) saldierte Forderungen gegenüber diesen OECD-Banken; inländische Pfandbriefe; Forderungen gegenüber von der EBK anerkannten Gemeinschaftseinrichtungen der Banken; Forderungen gegenüber Optionen- und/oder Financial Futures-Börsen, sofern die Börsen einer angemessenen Aufsicht unterstehen und die Kontrakte sowie die Deckung einer täglichen Bewertung zu Marktkursen mit täglichem Margenausgleich unterliegen; an einer anerkannten Börse gehandelte Schuldtitel von Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern im Handelsbestand, unabhängig von der Restlaufzeit.

50%

Direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen auf Wohnliegenschaften in OECD-Ländern und auf landwirtschaftlichen Liegenschaften, sofern letztere im schweizerischen Grundbuch als solche eingetragen sind, bis zu 2/3 des Verkehrswertes; Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr bis zu 3 Jahren gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern; Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in Nicht-OECD-Ländern inkl. aufgrund von Close-out-Netting (Art. 12f Abs. 2 Bst. a) saldierte Forderungen gegenüber diesen Nicht-OECD-Banken; nachrangige Forderungen gegenüber öffentl. rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern.

75%

Direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen auf Wohnliegenschaften in OECD-Ländern über 2/3 des Verkehrswertes, auf Bauland, Büro- und Geschäftshäusern und multifunktionalen Gewerbetobjekten in OECD-Ländern innerhalb 1/2 des Verkehrswertes sowie auf grossgewerblichen und industriellen Objekten in OECD-Ländern innerhalb 1/3 des Verkehrswertes; Forderungen mit einer Restlaufzeit über 3 Jahren gegenüber Banken mit Hauptsitz in OECD-Ländern; Lombardkredite, die durch ein diversifiziertes Portfolio aus banküblichen, an einer anerkannten Börse oder an einem repräsentativen Markt nach Art. 14 Bst. d gehandelten beweglichen Vermögenswerten, Bareinlagen oder Treuhandanlagen gedeckt sind und bei denen eine wöchentliche Marktbewertung, bei aussergewöhnlichen Marktverhältnissen täglich, stattfindet, sofern nicht eine nach Deckung individuelle Gewichtung gewählt wird.

100%

Forderungen gegenüber öffentl. rechtlichen Körperschaften in Nicht-OECD-Ländern; Forderungen mit einer Restlaufzeit über 1 Jahr gegenüber Banken mit Hauptsitz in Nicht-OECD-Ländern; Forderungen gegenüber allen anderen Gegenparteien; übrige direkt und indirekt grundpfandgesicherte Forderungen.

250%

Nachrangige Forderungen (ohne solche gegenüber öffentl. rechtlichen Körperschaften in OECD-Ländern).

Generelle Anmerkungen:

Ist eine Bank nicht in der Lage, eine Position nach Gegenparteien aufzugliedern, ist diese Position mit 100 Prozent zu gewichten (Art. 12 Abs. 3).

Bei Forderungen, die durch Schuldtitel von Dritten, bzw. Treuhandanlagen bei Dritten, nach Art. 12a Abs. 1 Ziffern 1 - 5 gedeckt oder durch diese garantiert sind, kann der gleiche Risikogewichtungssatz angewendet werden wie bei direkten Forderungen gegenüber diesen Dritten (Art. 12a Abs. 2).

Texte français au verso

Sommaire

Page

Commentaire de la CFB de juillet 1995

129

Vue d'ensemble

129

1 Partie générale

133

11 Anciennes prescriptions suisses

en matière de fonds propres

133

12 Concepts internationaux

135

121 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

136

122 Union Européenne

139

13 Les prescriptions suisses

en comparaison internationale

140

14 Origines de la révision

141

141 Création de dispositions sur les fonds propres

pour les négociants en valeurs mobilières

142

142 Défauts du concept actuel de couverture

en fonds propres

143

143 Développements internationaux

144

144 Révision des dispositions

d'établissement des comptes

147

145 Les leçons de la crise immobilière

147

15 Historique de la modification de l'ordonnance

148

16 Buts de la révision

149

17 Traits essentiels de la révision

151

171 Prise en compte des fonds propres

151

172 Exigences en matière de fonds propres

153

2 Partie spéciale: Commentaire des dispositions

157

21 Prise en compte des fonds propres

157

211 Principes (art. 11)

157

212 Fonds propres de base (art. 11a)

158

213 Fonds propres complémentaires (art. 11b)

159

22 Exigences en matière de fonds propres

163

221 Principes (art. 12)

163

222 Pondération en fonction de la contrepartie

(art. 12a)

164

222.1 Créances garanties par un gage

immobilier (ch. 3.1, 4.1 et 5.4)

164

222.2	Créances interbancaires (ch. 2.4, 3.2, 3.3, 4.2 et 5.2)	166
222.3	Créances sur les établissements créés en commun par les banques et reconnus par la Commission des banques (ch. 2.6)	169
222.4	Créances sur les bourses d'options ou de «financial futures» (ch. 2.7)	170
222.5	Crédits lombard (ch. 4.3)	170
222.6	Créances de rang subordonné (ch. 3.3 et 6)	171
222.7	Garantie sous forme de titres de créance ou de sûretés (art. 12a al. 2)	172
222.8	Titres de créance bancaires du portefeuille destiné au négoce (art. 12a al. 3)	172
223	Pondération en fonction du risque pour les actifs sans contrepartie (art. 12b)	173
224	Opérations hors bilan	173
224.1	Engagements conditionnels et engagements irrévocables (art. 12d)	173
224.2	Contrats à terme et options achetées (art. 12e)	175
224.3	Compensation/ «netting» (art. 12f)	178
225	Actes juridiques semblables au prêt de consommation portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises (art. 12g)	181
226	Positions de risque inhérentes à l'émetteur (art. 12h)	181
227	Positions avec risque de marché (art. 12i)	182
23	Déduction des fonds propres exigibles (art. 13)	183
24	Consolidation (art. 13a)	184
25	Etat des fonds propres (art. 13b)	188
26	Définitions (art. 14)	190
27	Date de l'entrée en vigueur / dispositions transitoires	192
3	Rapport avec les réglementations internationales	194
31	Comité de Bâle sur le contrôle bancaire	194

311	Prise en compte des fonds propres	194
312	Exigences en matière de fonds propres	195
32	Union Européenne	196
321	Prise en compte des fonds propres	196
322	Exigences en matière de fonds propres	197
4	Conséquences sur les fonds propres exigibles et à prendre en compte par les banques	198

Annexes

I	Texte révisé des articles 11 à 14 OB	201
II	Etat des fonds propres	227

Commentaire de la CFB de juillet 1995

Vue d'ensemble

Un groupe de travail mixte composé de représentants de tous les groupes de banques, des négociants en valeurs mobilières, de la Chambre fiduciaire, de l'Association suisse des banquiers ainsi que de la Banque Nationale Suisse et du Secrétariat de la Commission des banques a, sous la présidence de la Commission des banques, établi un projet de révision totale des dispositions en matière de fonds propres de l'ordonnance sur les banques. Après avoir franchi la procédure de consultation et la consultation des offices, ce projet a été soumis au Conseil fédéral le 11 novembre 1994. Lors de sa séance du 12 décembre 1994, le Conseil fédéral a adopté les nouvelles dispositions et les a mises en vigueur au 1er février 1995 (cf. Annexe I).

Les origines de la révision doivent être recherchées dans la nécessité de créer des dispositions parallèles sur les fonds propres pour les négociants en valeurs mobilières en vue de la future loi sur les bourses, les défauts du concept actuel de couverture directe par des fonds propres, l'adaptation aux développements internationaux et aux dispositions révisées de présentation des comptes ainsi que les leçons de la crise immobilière.

La révision poursuit les buts suivants: la prise en considération exhaustive et adéquate du point de vue du risque encouru des opérations bancaires, en particulier des instruments financiers dérivés; l'égalité de traitement des banques et des négociants en valeurs mobilières lorsqu'ils exercent la même activité; l'élimination, grâce à un changement de système, la couverture directe par des fonds propres étant remplacée par la méthode indirecte de calcul du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire et de la directive de solvabilité de l'Union Européenne, des désavantages concurrentiels dans les activités internationales ainsi que des contradictions et du manque de flexibilité en matière d'opérations hors bilan; le respect des standards minimaux internationaux dans tous les domaines possibles ainsi que le maintien et le renforcement des taux de couverture en fonds propres, traditionnellement élevés, des banques suisses; le choix entre des méthodes de calcul faciles ou complexes afin de tenir compte des différences de taille et des exigences pratiques de chaque établissement.

A l'image des précédentes prescriptions en matière de fonds propres, les nouvelles dispositions traitent principalement du risque de crédit. La prise en compte nettement plus complexe des risques de marché, en particulier en ce qui concerne les titres du portefeuille destiné au négoce, et la transposition des recommandations du Comité de Bâle attendues pour la fin 1995 et de la directive de l'Union Européenne sur l'adéquation des fonds propres feront l'objet d'une deuxième phase de révision.

Les fonds propres susceptibles d'être pris en compte seront, à l'image des standards internationaux, divisés en fonds propres de base, catégorie privilégiée, et en fonds propres complémentaires qui ne pourront être pris en compte que de manière limitée. Les engagements de rang subordonné pourront être pris en compte de façon plus étendue que maintenant et les banques cantonales qui bénéficient de la garantie de l'Etat seront également autorisées à y recourir dans la mesure où leurs engagements de rang subordonné sont exclus de la garantie. La prise en compte de l'obligation de versements supplémentaires des associés de coopératives sera par contre limitée et celle des garanties des communes sera complètement supprimée.

La caractéristique la plus marquante des nouvelles exigences en matière de fonds propres est le changement de système en faveur de la méthode indirecte de calcul qui prévoit que les opérations et positions individuelles sont d'abord pondérées en fonction du risque relatif de leur contrepartie, les opérations hors bilan étant quant à elles, préalablement converties en un montant correspondant au risque de crédit qu'elles engendrent (équivalent-crédit). Ces montants pondérés en fonction du risque doivent ensuite être couverts par un taux de couverture uniforme de 8%. La pondération en fonction du risque concerne les actifs du bilan, les opérations hors bilan converties en leur équivalent-crédit, les positions nettes longues des valeurs mobilières ainsi que les positions ouvertes en devises, métaux précieux et – ce qui est nouveau – marchandises. Il faut en principe appliquer à chaque contrepartie le même facteur de pondération, quel que soit le genre de transaction. La tendance est à l'adaptation des facteurs de pondération aux standards internationaux tout en maintenant la répartition suisse plus fine. Cela a pour effet d'augmenter – de manière justifiée ainsi que nous l'enseignent

l'expérience – le taux de couverture des hypothèques sur les immeubles artisanaux et commerciaux, alors qu'aucune modification n'est apportée au régime des immeubles d'habitation, également privilégiés sur le plan international. Les exigences de couverture pour les créances sur les banques et les collectivités de droit public des pays de l'OCDE sont par contre assouplies par rapport à la réglementation précédente. Les créances garanties par des titres ou des sûretés de tiers peuvent être pondérées par le taux applicable aux créances directes contre ces tiers; à titre alternatif, les crédits lombard peuvent être pondérés par un taux forfaitaire, mais seulement à des conditions nettement plus strictes que précédemment.

Dans le secteur des opérations hors bilan, la nouvelle réglementation se conforme également aux méthodes utilisées sur le plan international en matière de conversion en équivalent-crédit. Cela vaut notamment pour les opérations à terme et les options achetées où il est maintenant possible – comme en matière de gros risques – d'utiliser à choix la méthode d'évaluation au prix du marché, plus adéquate pour mesurer le risque mais plus exigeante dans son application, et la méthode d'évaluation du risque initial, plus primitive. Les règles déjà établies par la Commission des banques dans une circulaire sont appliquées aux actes juridiques semblables au prêt de consommation tels que le prêt et l'emprunt de titres ainsi qu'aux opérations de mise et de prise en pension de valeurs mobilières et, de plus, étendues aux métaux précieux et aux marchandises. C'est également dans cette circulaire que l'on trouve l'origine de la couverture du risque inhérent à l'émetteur pour les valeurs mobilières qui remplace la simple couverture de l'actif du bilan.

Enfin, l'application aux groupes bancaires et conglomérats financiers des dispositions sur les fonds propres sur une base consolidée est réglée de manière plus complète et plus précise.

Les effets des nouvelles dispositions seront très divers selon l'activité de chaque banque. De premiers tests ainsi que des estimations ont démontré une tendance à l'augmentation des exigences en matière de fonds propres, notamment pour les banques régionales et cantonales fortement engagées dans les opérations hypothécaires. Les grandes banques devront également compter avec une telle augmentation en raison de l'importance de leurs opérations hors

bilan alors que les établissements spécialisés dans les opérations boursières et la gestion de fortune ainsi que les banques commerciales seront déchargés. Le système des banques Raiffeisen ressentira surtout les effets de la réduction de la prise en compte de l'obligation de versements supplémentaires des associés de coopératives. Au vu de l'importante augmentation des exigences en matière de fonds propres pour certaines banques ou certains groupes de banques, les dispositions transitoires prévoient des délais d'adaptation généreux.

11 Anciennes prescriptions suisses en matière de fonds propres

En application de l'article 4 alinéa 1 lettre a de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne (LB), les banques sont tenues de maintenir une proportion appropriée entre le montant de leurs fonds propres et celui de l'ensemble de leurs engagements. Les articles 11–14 OB¹ concrétisent cette disposition fondamentale.

Les dispositions de l'ordonnance sur les banques en matière de fonds propres valables jusqu'à présent avaient été édictées le 4 décembre 1989.² Étaient considérés comme fonds propres au sens de l'ordonnance sur les banques (art. 11 al. 1 aOB) le capital libéré (capital social ou capital de dotation; pour les banquiers privés, compte de capital et commandite), pour les sociétés coopératives, 50 % du montant de l'engagement de paiement souscrit par les sociétaires, le montant garanti par des communes à condition que cette garantie fasse l'objet d'un acte et qu'elle ne soit subordonnée à aucune réserve, pour les sociétés en nom collectif et en commandite, les avoirs des associés indéfiniment responsables, les réserves apparentes, y compris le bénéfice reporté, les réserves latentes, à condition qu'elles soient attribuées à un compte spécial et reconnaissables comme fonds propres, ainsi que les prêts et emprunts obligataires de rang subordonné jusqu'à 25 % au plus des fonds propres. Le cas échéant, il fallait déduire des fonds propres la perte reportée et le découvert des provisions nécessaires (art. 11 al. 2 aOB).

Le concept général des anciennes prescriptions de l'ordonnance sur les banques en matière de fonds propres était fondé sur la valeur comptable des actifs, des opérations hors bilan et des positions ouvertes en devises et métaux précieux. Des taux minimaux de couverture leur étaient attribués en fonction du risque inhérent au genre d'opération et, en partie, de la catégorie de contrepartie (méthode

¹ Les dispositions de l'ordonnance qui ont fait l'objet de la révision sont désignées ci-après par «aOB».

² La modification du 4 décembre 1989 a été commentée de manière exhaustive dans le Bulletin CFB 19 «Les nouvelles prescriptions de l'ordonnance sur les banques en matière de fonds propres».

directe de calcul). L'article 13 aOB divisait les actifs du bilan en 12 classes de risque (al. 1 let. a et al. 2), les opérations hors bilan en 11 classes (al. 1 let. b) et les positions ouvertes en 2 classes (al. 1 let. c). Les taux s'échelonnaient de 0 à 100%. En partant d'un taux de référence de 8% pour les crédits en blanc accordés à des débiteurs qui ne sont ni des banques ni des collectivités de droit public, un taux de couverture plus bas (par ex. pour les collectivités de droit public) ou plus élevé (par ex. pour les actions et les participations), était attribué à chaque actif en fonction de la solvabilité supposée de la contrepartie ou du degré de risque. Un pourcentage forfaitaire de 6% du montant des correctifs de valeur et provisions figurant sous autres passifs en couverture des positions pour lesquelles des fonds propres sont exigés était déduit du total des fonds propres (art. 13 al. 3 let. a aOB). Les banques cantonales dont tous les engagements sont garantis par le canton pouvaient en outre, afin de prendre en considération la garantie de l'Etat, effectuer une déduction de 12,5% des fonds propres exigibles. Il leur était en contrepartie interdit de prendre en compte les engagements de rang subordonné en qualité de fonds propres (art. 13 al. 3 let. b en rel. avec art. 11 al. 3 aOB).

Les anciennes prescriptions étaient destinées en premier lieu à prendre en considération le risque de crédit, c'est-à-dire le risque de défaillance de la contrepartie. Les taux de couverture tenaient compte de la perte attendue et de la liquidité de chaque catégorie d'opération.¹ Le risque de variation de prix ou risque de marché² n'était pris en compte par les anciennes prescriptions que dans la mesure où les positions ouvertes en devises et métaux précieux devaient être couvertes par des fonds propres (art. 13 al. 1 let. c aOB). Les risques de taux d'intérêt et les positions ouvertes en actions, autres titres de participation et marchandises n'étaient pas pris en compte. Le risque de marché sur les actions et autres titres de participation n'était pris que partiellement en compte par le biais de la couverture des actifs correspondants du bilan par des fonds propres; c'est avant tout le risque inhérent à l'émetteur sur les titres

¹ Bulletin CFB 19 p. 65s.

² Le risque de marché recouvre le risque d'une atteinte à la situation de fortune et de revenu d'une banque lorsque la valeur d'un instrument financier se modifie en raison des changements qui affectent les facteurs qui en déterminent le prix.

de participation, une sous-espèce du risque de crédit, qui faisait l'objet de la couverture.

Afin d'éviter que les mêmes fonds propres soient utilisés à plusieurs reprises (occupation multiple des fonds propres, «double-gearing»), les exigences en matière de fonds propres devaient être respectées sur base consolidée. L'article 12 alinéa 2 aOB¹ prescrivait que les banques devaient établir un bilan consolidé et disposer des fonds propres exigés aussi bien sur la base de leur propre bilan que sur celle de leur bilan consolidé. Le cercle des entités à consolider comprenait les sociétés exerçant une activité bancaire ou financière et les sociétés immobilières suisses et étrangères que la banque domine directement ou indirectement. Cela étant, l'obligation de consolider peut également exister sans qu'il y ait participation au capital. Un groupe bancaire constitue sur le plan du risque un ensemble, et l'insolvabilité d'un membre peut ébranler la confiance dans le groupe bancaire entier. Une banque membre d'un groupe peut ainsi être de fait obligée, pour maintenir sa propre capacité de crédit, de se porter fort de la solvabilité des autres sociétés du groupe actives dans le domaine financier ou bancaire. Le Tribunal fédéral² a confirmé une décision de la Commission des banques par laquelle celle-ci avait admis, pour une filiale d'une holding non soumise à la loi sur les banques, le caractère obligatoire d'une assistance de fait et la nécessité d'une consolidation en faveur d'une société soeur.³ Selon la pratique en vigueur à ce jour, il suffisait, pour le calcul des fonds propres, que les participations soient comptabilisées selon la méthode de l'intégration proportionnelle, à savoir dans la mesure du taux de participation de la société faitière.⁴

12 Concepts internationaux

Les prescriptions d'un pays en matière de fonds propres exercent une influence non négligeable sur la capacité concurrentielle

¹ Le Tribunal fédéral a confirmé la légalité de cet article dans son arrêt ATF 108 Ib 80ss c. 3.

² ATF 116 Ib 331ss.

³ Cf. Bulletin CFB 21, p. 39ss, ainsi que les Rapports de gestion CFB 1989, p. 186ss, et 1990, p. 176 et 177.

⁴ Cf. ch. 4.7 de la Circulaire-CFB 78/1 «Directives de consolidation» du 17 mars 1978 abrogée le 14 décembre 1994.

de ses banques opérant au niveau international. Des prescriptions sévères en matière de fonds propres sont certes dans l'intérêt des créanciers, mais peuvent également désavantager fortement les banques par rapport à leur concurrents étrangers. Ce problème, ainsi que le souci de la solvabilité et de la stabilité du système financier, a amené différents organismes internationaux à harmoniser les réglementations nationales par l'intermédiaire de standards minimaux communs.

121 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire¹, qui agit dans le cadre de la Banque des Règlements Internationaux (BRI), a publié en juillet 1988 son document fondamental «Convergence internationale de la mesure et des normes de fonds propres». Ce document, désigné également par «Modèle de Bâle» ou «Accord de Bâle sur les fonds propres» (en angl.: «1988 Basle Capital Accord»), entend, par l'introduction d'un concept uniforme pour la mesure des fonds propres et la fixation d'un standard minimal de fonds propres pour les banques opérant au niveau international, renforcer la solvabilité et la stabilité du système bancaire international et ainsi réduire les distorsions de concurrence entre ces banques. Les recommandations adressées aux autorités nationales de surveillance bancaire n'ont certes aucun caractère obligatoire du point-de-vue du droit des gens, mais elles rencontrent un accueil très favorable auprès des autorités nationales de surveillance et auprès des banques opérant au niveau international. Le Modèle sur les fonds propres contient uniquement des standards minimaux concernant la composition et le calcul des fonds propres des banques opérant au niveau international et ils peuvent être augmentés par les autorités nationales de surveillance. Les recommandations devraient être appliquées sur une base consolidée comprenant les filiales actives dans le secteur ban-

¹ Le Comité de Bâle est un groupe d'autorités de surveillance bancaire qui a été créé en 1975 par les gouverneurs des banques centrales des pays du Groupe des Dix. Cette organisation informelle se compose de hauts représentants des autorités de surveillance bancaire et des banques centrales d'Allemagne, de Belgique, du Canada, des Etats-Unis, de la France, de Grande-Bretagne, d'Italie, du Japon, du Luxembourg, des Pays-Bas, de la Suède et de la Suisse.

caire et financier. Le standard minimal devait être atteint par toutes les banques opérant au niveau international à fin 1992. Selon une étude du Comité de Bâle de juillet 1993, ce but a été atteint.

Le Modèle de Bâle sur les fonds propres diverge de l'ancienne réglementation suisse sur les fonds propres sur les points essentiels suivants:

- Les fonds propres susceptibles d'être pris en compte sont divisés en deux classes: le noyau de fonds propres et les fonds propres complémentaires. Le **noyau de fonds propres** ou «tier 1-capital» comprend le capital social et les réserves ouvertes publiées. Les éléments suivants sont admis en qualité de **fonds propres complémentaires** ou «tier 2-capital», qui peuvent représenter au maximum 100 % du noyau de fonds propres ou 50 % de l'ensemble des fonds propres:
 - les **réserves non publiées** (règle analogue à l'art. 11 al. 1 let. f aOB)
 - les **réserves de réévaluation**
Cette notion comprend les réserves qui résultent de la réévaluation prudente des immeubles à l'usage de la banque portés au bilan ou de la différence entre la valeur d'acquisition historique publiée et la valeur de marché courante des titres. Ces réserves peuvent être comptées comme fonds propres complémentaires à condition que l'autorité de contrôle considère que l'évaluation des actifs est prudente. La volatilité du marché et la charge fiscale latente sont prises en compte sous la forme d'une déduction de 55 %.
 - les **provisions générales pour créances douteuses**
Les provisions et réserves générales peuvent seulement être considérées comme fonds propres lorsqu'elles ne sont pas liées, c'est-à-dire qu'elles ne sont pas affectées à des actifs particuliers. Le Comité de Bâle est conscient qu'en pratique, il n'est pas toujours possible de distinguer clairement les provisions générales librement utilisables pour couvrir des pertes de celles qui sont déjà affectées à un actif.
 - les **instruments hybrides de dette et de capital**
Les instruments hybrides se caractérisent par le fait qu'ils allient certaines caractéristiques du capital et des fonds étrangers. Ils doivent remplir les conditions énumérées à l'annexe 1 de

l'Accord pour être reconnu en qualité de fonds propres. A ce jour, la Suisse ne connaît pas ce genre d'instruments.

– les **dettes subordonnées à terme**

La prise en compte de cette catégorie de fonds propres, que le droit suisse connaît également (art. 13 al. 1 let. g aOB), est limitée à 50 % du noyau de fonds propres au maximum. L'ancienne réglementation suisse était plus restrictive dans la mesure où les dettes subordonnées n'étaient admises en qualité de fonds propres qu'à hauteur de 25 % au plus des fonds propres exigibles.

Il faut déduire des fonds propres, outre le «goodwill» (qui doit être retranché du noyau de fonds propres), les participations non consolidées à des filiales bancaires et financières ainsi que – selon l'appréciation des autorités nationales – les participations consolidées au capital d'autres banques et sociétés financières. Cette réglementation est, dans ses effets, très semblable à la précédente réglementation suisse selon laquelle les participations permanentes qui doivent être consolidées, les propres actions de la banque ou les autres titres de participation émis par la banque, ainsi que les différences actives qui résultent de l'élimination des participations et qui ne peuvent être attribuées directement à aucun poste de l'actif devaient être couverts avec 100% de fonds propres (art. 13 al. 1 let. a ch. 11.1 à 11.3 aOB). La réglementation du Modèle de Bâle sur les fonds propres s'avère cependant plus sévère étant donné que les fonds propres susceptibles d'être pris en compte pour le calcul des fonds propres complémentaires ainsi que le total des fonds propres déterminant pour la répartition des risques sont réduits.

- Alors que l'ancien système suisse fixait la couverture en fonds propres par l'intermédiaire de pourcentages directs de la valeur comptable des actifs du bilan, des opérations hors bilan et des positions ouvertes (méthode directe de calcul), le Modèle de Bâle sur les fonds propres utilise la méthode indirecte de calcul. Les actifs et les opérations hors bilan¹ sont d'abord pondérés selon

¹ Avant de pondérer une opération hors bilan, il faut en établir l'équivalent-crédit. Celui-ci exprime le montant soumis au risque de crédit (plus de précisions à ce sujet sous ch. 224.2).

5 facteurs de pondération (0, 10, 20, 50 et 100 %) en fonction du risque de défaillance de la contrepartie. La somme des postes ainsi pondérés est ensuite multipliée par un taux unique de couverture de 8 %.

- L'Accord de Bâle sur les fonds propres attache en règle générale moins d'importance aux garanties qui peuvent contribuer à diminuer le risque de crédit que ne le faisait l'ancien droit suisse. Le Comité de Bâle justifie son attitude par le fait qu'en raison de la variété des pratiques suivies par les banques des différents pays en matière de nantissement et de la diversité des expériences en matière de stabilité de la valeur des garanties réelles ou financières, il n'a pas été jugé possible d'élaborer des modalités communes en vue de l'intégration générale des garanties dans le système de pondération.¹ Les garanties pour des prêts ne sont admises que sous la forme de dépôts de fonds, d'hypothèques sur des immeubles à usage d'habitation ou de titres émis par des administrations centrales ou des banques centrales dans des pays de l'OCDE et certaines banques multilatérales de développement déterminées.
- En comparaison de l'ancienne réglementation suisse, la durée des engagements n'est en principe pas prise en considération. Des exceptions concernent uniquement les engagements des banques qui ont leur siège principal dans des pays de l'OCDE ainsi que les majorations pour les contrats à terme et les options.

Le Modèle de Bâle sur les fonds propres ne concerne pour l'heure que la prise en considération des risques de crédit. Mais le Modèle sur les fonds propres actuel sera prochainement étendu aux risques de marché (cf. chiffre 143).

122 Union Européenne

A ce jour, l'Union Européenne a adopté trois directives qui ont une importance particulière pour les fonds propres des banques: la directive du Conseil du 17 avril 1989 concernant les fonds propres

¹ Comité de Bâle sur le contrôle bancaire: Convergence internationale de la mesure et des normes de fonds propres (traduction française), p. 15.

des établissements de crédit (directive sur les fonds propres)¹, la directive du Conseil du 18 décembre 1989 relative à un ratio de solvabilité des établissements de crédit (directive de solvabilité)², et la directive du Conseil du 15 mars 1993 sur l'adéquation des fonds propres des entreprises d'investissement et des établissements de crédit (directive d'adéquation des fonds propres)³. Alors que la directive sur les fonds propres règle la question des fonds propres qui peuvent être pris en compte, la directive de solvabilité comporte des dispositions sur le calcul des fonds propres nécessaires. La directive d'adéquation des fonds propres règle pour les banques comme pour les négociants en valeurs mobilières la couverture en fonds propres des risques de marché sur les positions en valeurs mobilières dans le portefeuille destiné au négoce et sur les positions en devises, ainsi que la limitation des grands risques sur les valeurs mobilières. Cette directive entrera en vigueur le 31 décembre 1995. Bien qu'elles soient pour partie rédigées de manière plus précise et plus détaillée, les trois directives ont été fortement influencées par les travaux du Comité de Bâle, les deux premières par le Modèle de Bâle sur les fonds propres et la troisième par les propositions d'harmonisation relatives au traitement prudentiel des risques de marché discutées en janvier 1992 entre le Comité de Bâle et l'OICV (Organisation Internationale des Commissions de Valeurs, IOSCO)⁴ (plus de détails à ce sujet au chiffre 143). La différence essentielle entre le Modèle de Bâle sur les fonds propres et les trois directives européennes porte sur le fait que ces dernières ne se rapportent pas seulement aux banques opérant au niveau international mais en principe à toutes les banques travaillant dans l'Union Européenne.

13 Les prescriptions suisses en comparaison internationale

Les exigences suisses en matière de fonds propres sont traditionnellement élevées et, dans l'appréciation commune (suisse), elles sont considérées comme plus sévères qu'à l'étranger, notamment en

¹ 89/299/CEE, in JO n° L 124 du 5.5.1989.

² 89/647/CEE, in JO n° L 386 du 30.12.1989.

³ 93/6/CEE, in JO n° L 141 du 11.6.1993.

⁴ Rapport de gestion CFB 1992, p. 242.

raison de la définition restrictive des fonds propres. Les exigences élevées en matière de fonds propres ont certainement contribué à créer la bonne réputation de la place financière suisse. L'appréciation commune selon laquelle les banques suisses sont dotées des fonds propres les plus élevés doit cependant être revue en raison d'une étude très récente du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire relative aux taux de fonds propres des plus importantes banques opérant au niveau international des pays membres. Selon la dernière étude (non publiée), les groupes bancaires suisses pris en compte dans la comparaison obtiennent encore, à fin 1993, un rang honorable mais n'occupent plus une position de pointe. En ce qui concerne cependant le taux de fonds propres résultant du seul noyau de fonds propres, qui constitue sans conteste une donnée d'une importance majeure, les banques suisses se trouvent toujours dans le groupe de tête. Ainsi que le Comité de Bâle le relève lui-même, l'interprétation des chiffres comparatifs doit pourtant faire appel à la prudence en raison d'un certain nombre de facteurs (par ex. réglementations différentes ou interprétations divergentes des recommandations du Comité de Bâle). Du point de vue suisse, il faut néanmoins en tirer la conclusion que les taux de fonds propres des banques des autres pays se sont accrus proportionnellement plus au cours des dernières années qu'en Suisse. Il n'y a en tous cas aucune raison d'abaisser de manière générale les exigences en matière de fonds propres pour les banques suisses pour des raisons d'égalité concurrentielle. Compte tenu du rôle central joué par les dispositions sur les fonds propres dans le système suisse de surveillance, il est au contraire plutôt souhaitable de renforcer la base de fonds propres.

14 Origines de la révision

Les raisons suivantes motivent la nécessité d'une révision des anciennes dispositions suisses sur les fonds propres: 1. la création de dispositions sur les fonds propres pour les négociants en valeurs mobilières, 2. les défauts du concept actuel de couverture en fonds propres, 3. l'adaptation aux développements internationaux, 4. la révision des dispositions de présentation des comptes et 5. les leçons de la crise immobilière.

141 Création de dispositions sur les fonds propres pour les négociants en valeurs mobilières

La loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières (loi sur les bourses; LBVM) a été adoptée le 24 mars 1995 par les Chambres fédérales. Elle sera très vraisemblablement mise en vigueur par le Conseil fédéral en été 1996. L'art. 12 al. 1 LBVM retient que le négociant doit disposer de fonds propres suffisants. L'alinéa 2 de cette disposition transfère au Conseil fédéral l'obligation et la compétence d'édicter les dispositions d'exécution correspondantes. Le Conseil fédéral détermine en outre «dans quelle mesure les banques sont aussi tenues d'observer ce minimum». Cette notion de «minimum» ne correspond pas au capital social de départ ou minimum au sens des conditions d'autorisation de l'art. 10 al. 2 let. b LBVM, mais aux fonds propres nécessaires pour le négoce de valeurs mobilières.¹

Le principe «mêmes affaires, mêmes risques, mêmes règles» et l'égalité de traitement et de concurrence entre les banques et les négociants en valeurs mobilières commandent que les banques et les négociants en valeurs mobilières devraient respecter en principe les mêmes dispositions sur les fonds propres sans égard au fait qu'ils sont soumis à la loi sur les banques ou à la loi sur les bourses. La nécessité d'une harmonisation est suscitée également par le fait que les banques sont soumises à la loi sur les bourses pour ce qui concerne leur négoce de valeurs mobilières et qu'elles ne sauraient respecter simultanément des règles divergentes. Les anciennes dispositions sur les fonds propres de l'ordonnance sur les banques visaient en premier lieu, comme déjà exposé, à couvrir les risques de crédit. Les risques de marché n'étaient qu'insuffisamment pris en compte. Faisaient en particulier défaut des dispositions adéquates relatives à la couverture en fonds propres du risque inhérent aux positions ouvertes en titres de créance et en actions qui ont une importance déterminante pour les négociants en valeurs mobilières et les banques actives dans le même domaine. Il fallait par conséquent réviser et compléter les dispositions sur les fonds propres de

¹ Cf. Message concernant une loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières du 24 février 1993, FF 1993 I 1269.

l'ordonnance sur les banques afin de prendre en compte la couverture en fonds propres des risques de crédit et de marché d'une part, et créer des dispositions parallèles pour une ordonnance d'exécution de la loi sur les bourses d'autre part.

142 Défauts du concept actuel de couverture en fonds propres

Les précédents taux de couverture étaient fondés sur les risques de chaque type de transaction qui de leur côté dépendaient pour l'essentiel de la solvabilité de chaque contrepartie. A la différence des opérations portées au bilan, les opérations hors bilan ne faisaient pas l'objet d'une différenciation selon le genre de contrepartie (collectivités de droit public, particuliers, etc.), mais c'était en règle générale toujours le même taux de couverture qui était applicable, sans égard à la solvabilité de la contrepartie. Les créances résultant d'opérations fermes, à terme, sur titres, métaux précieux et marchandises devaient ainsi par exemple être couvertes par 0,3% de fonds propres quel que soit le genre de contrepartie (art. 13 al. 1 let. b ch. 3 aOB). Ce manque de différenciation pouvait parfois même provoquer des résultats illogiques. Les limites de crédits non couvertes et irrévocables qui ne sont pas utilisées devaient ainsi par exemple faire l'objet d'une couverture en fonds propres de 4% même lorsqu'elles bénéficiaient à une collectivité de droit public alors que les opérations directes de crédit envers cette contrepartie ne devaient être couvertes qu'avec 2% de fonds propres. Le défaut de cohérence entre les taux de couverture pour les opérations portées au bilan et les opérations hors bilan n'aurait pu être éliminé, si l'on souhaitait maintenir le système précédent, qu'en introduisant pour chaque opération hors bilan un taux de couverture différent selon chaque type de contrepartie, ce qui aurait augmenté de manière considérable le nombre de taux de couverture. L'introduction de nouveaux taux de couverture n'aurait cependant pas pu éliminer un autre défaut majeur des taux directs de couverture pour les opérations hors bilan, à savoir le manque de flexibilité des taux de couverture ou plutôt le fait que les développements du marché de certaines opérations à terme ou sur produits dérivés et, par conséquent, la situation effective du risque pour ces opérations, n'étaient pas pris en considération. Les taux fixes de couverture ne peuvent pas, en raison de leur nature, tenir compte des méthodes modernes de cal-

cul du risque telles que la méthode d'évaluation au prix du marché (cf. chiffre 224.2).

Les anciennes dispositions de couverture ne prenaient par ailleurs pas en compte la solvabilité du tiers qui est à l'origine de la couverture (y compris les garanties et les cautionnements), ce qui provoquait des contradictions et des absurdités choquantes. Les créances couvertes par des titres ou des garanties d'une administration centrale d'un pays de l'OCDE devaient ainsi, selon la réglementation précédente, être couvertes par un taux plus élevé de fonds propres (6 %) que les créances directes contre une telle administration centrale (2 % ou 4 %) alors que le risque de crédit est le même dans les deux cas. De même, les créances sur des banques hors des pays de l'OCDE qui sont garanties par des collectivités de droit public ou par des banques dans des pays de l'OCDE devaient être couvertes au taux de 8 % et non au taux de couverture qui aurait été applicable aux créances directes contre ces garants (2 %, 4 % ou 6 %).

143 Développements internationaux

Lors de la dernière révision du 4 décembre 1989, la Commission des banques avait déjà relevé que la prise en compte complète des risques de marché devait être réservée pour une révision ultérieure des dispositions sur les fonds propres pour le cas où des concepts convaincants seraient développés à cet effet sur le plan international.¹ Ces concepts ont entretemps vu le jour. Le Comité de Bâle et l'Union Européenne ont publié des recommandations et des directives y relatives.

Le Comité de Bâle a publié en avril 1993 ses propositions relatives au traitement prudentiel des risques de marché et l'a fait parvenir, par l'intermédiaire de chaque autorité nationale de surveillance bancaire, en consultation aux différents intervenants du marché.² Dans ce document de consultation, le Comité de Bâle propose d'introduire des exigences particulières en matière de fonds propres pour les positions ouvertes en titres de créance et en actions dans

¹ Bulletin CFB 19, p. 61.

² Cf. Rapport de gestion CFB 1993, p. 166ss.

le portefeuille destiné au négoce des banques, ainsi que pour les devises et les métaux précieux. Le portefeuille destiné au négoce (trading-book), dans le sens entendu par le Comité de Bâle, comprend – exprimé de manière simple – les positions propres des banques en instruments financiers qu’elles ne conservent qu’à court terme, y compris les positions en instruments financiers dérivés. Les titres du portefeuille destiné au placement continueraient d’être soumis aux dispositions actuelles de l’Accord sur les fonds propres traitant du risque de crédit lié à la contrepartie. Au cours de la large procédure de consultation, les banques ont principalement critiqué le fait que les méthodes standard proposées ne seraient pas compatibles avec les systèmes de mesure du risque propres aux banques, ce qui exigerait d’elles un investissement supplémentaire non justifié. Le Comité s’est montré réceptif à cet argument et a décidé d’étudier la possibilité d’admettre, pour la couverture en fonds propres, des systèmes de mesure du risque propres aux banques en tant qu’alternative aux méthodes standard, puis d’effectuer ensuite une brève consultation auprès des banques.¹ Il a publié en avril 1995 ses propositions modifiées² et les a mises en consultation jusqu’à fin juillet 1995. Les recommandations définitives relatives au traitement prudentiel des risques de marché sont attendues pour la fin 1995 et elles devraient être intégrées par chaque autorité dans son ordre juridique jusqu’à fin 1997.

Simultanément à la publication des propositions sur le traitement prudentiel des risques de marché, le Comité de Bâle a également présenté ses propositions pour la reconnaissance prudentielle de la compensation (netting) aux fins de la mesure des fonds propres ainsi que pour le développement d’un système de mesure du risque de taux d’intérêt encouru par les banques. Le document consultatif sur la compensation détermine les conditions auxquelles la compensation des risques de crédit découlant d’opérations à

¹ Cf. Rapport de gestion CFB 1994, p. 175ss.

² La consultation concerne les trois documents suivants: (1) Proposition en vue de la publication d’un supplément à l’Accord de Bâle sur les fonds propres pour prendre en compte les risques de marché (notice explicative); (2) Projet d’extension de l’Accord sur les fonds propres aux risques de marché (projet de texte); (3) Exigences de fonds propres pour les risques de marché : approche fondée sur les modèles internes (notice de réflexion).

terme et sur instruments dérivés pourrait être admise dans le cadre de l'Accord de Bâle sur les fonds propres. Outre la compensation par novation, d'autres types de compensation bilatérale sont également admis pour autant qu'ils remplissent certaines conditions minimales. L'admission de la compensation multilatérale est encore à l'étude au sein du Comité de Bâle. Alors que la proposition du Comité de Bâle relative à la mesure du risque de taux d'intérêt a été fortement critiquée par les banques de sorte que le Comité de Bâle l'a pour l'instant ajourné, les recommandations relatives à la reconnaissance prudentielle de la compensation bilatérale ont été adoptées définitivement, compte tenu de l'écho positif qu'elles avaient rencontré lors de la procédure de consultation en juillet 1994 et en avril 1995.¹ Elles constituent maintenant une partie de l'Accord sur les fonds propres.

L'Union Européenne a adopté le 15 mars 1993 la directive sur l'adéquation des fonds propres des entreprises d'investissement et des établissements de crédit (directive sur l'adéquation des fonds propres).² Celle-ci se fonde pour l'essentiel sur la proposition avortée d'harmonisation entre le Comité de Bâle et l'OICV. La directive sur l'adéquation des fonds propres a été adoptée plus rapidement que le complément prévu à l'Accord de Bâle sur les fonds propres relatifs aux risques de marché parce que l'Union Européenne, dans l'optique de la réalisation de son marché unique, se voyait contrainte d'aboutir à une réglementation provisoire rapide. Elle contient cependant une clause qui réserve son adaptation ultérieure à une harmonisation future obtenue au sein d'autres instances internationales. Enfin, le 27 avril 1994, la Commission des Communautés Européennes a publié sa «proposition relative à la modification de la directive 89/647/CEE du Conseil en vue de la reconnaissance prudentielle des contrats de novation et des conventions de compensation (compensation contractuelle)» (cf. chiffre 224.3).

¹ Comité de Bâle sur le contrôle bancaire, Accord de Bâle sur les fonds propres: Traitement du risque de crédit lié à certains instruments de hors-bilan, avril 1995. Outre la teneur de la modification de juillet 1994 concernant la reconnaissance de la compensation bilatérale dans le calcul du risque de crédit, les effets de la compensation dans le calcul des majorations sont reconnus et le tableau des facteurs de majoration est élargi.

² Cf. Rapport de gestion CFB 1992, p. 242s.

144 Révision des dispositions d'établissement des comptes

Au printemps 1992, la Commission des banques a nommé une Commission d'experts, sous la présidence du professeur Max Boemle, chargée de procéder à la révision totale des dispositions de présentation des comptes (art. 23–25 OB et Annexe II OB). La Commission d'experts a achevé ses travaux en avril 1994. Après la procédure de consultation, le Conseil fédéral a adopté les nouvelles dispositions d'établissement des comptes le 12 décembre 1994 et les a mises en vigueur au 1^{er} février 1995.¹

Les anciennes dispositions sur les fonds propres étant étroitement liées aux prescriptions de présentation des comptes en raison du système de calcul direct et de la terminologie, il s'ensuit que les dispositions sur les fonds propres devaient également être révisées.

145 Les leçons de la crise immobilière

Pendant des dizaines d'années, le secteur des opérations hypothécaires des banques suisses était considéré comme particulièrement conservateur et pauvre en risques, à l'exception de quelques projets touristiques malheureux. Dans ces conditions, les exigences en matière de fonds propres ont été considérées comme suffisantes bien qu'elles soient nettement inférieures aux standards minimaux internationaux. Après une phase de spéculation débridée sur le marché immobilier, on a constaté dès 1989 une augmentation marquée du niveau des taux d'intérêt, accentuée par les effets des arrêtés fédéraux urgents contre la spéculation foncière, un effondrement des prix, surtout en ce qui concerne les terrains à bâtir et les immeubles artisanaux et industriels, ainsi qu'un ralentissement de la construction. L'effondrement des prix et le ralentissement de la construction étaient accompagnés de l'insolvabilité de nombreux promoteurs immobiliers. Cette chute du marché immobilier a entraîné une augmentation importante des correctifs de valeurs pour les banques. Ont été plus particulièrement concernés les établissements qui négligeaient les principes classiques d'octroi des crédits dans le secteur hypothécaire, n'accordaient que peu d'importance à un refi-

¹ Cf. Rapport de gestion CFB 1994, p. 118ss, et Bulletin CFB 26 «Les nouvelles dispositions régissant l'établissement des comptes».

nancement adéquat et à un rapport sain entre les capitaux propres et le financement étranger, n'examinaient pas avec assez d'attention les immeubles gagés ou fixaient les valeurs vénales à un niveau trop élevé. Même en faisant usage de la diligence habituelle en matière bancaire, la nécessité de procéder à des correctifs de valeurs a augmenté de manière importante pour toutes les banques actives dans le secteur hypothécaire; cette situation a touché en particulier les banques régionales et cantonales.¹ Il s'agissait donc de tirer les conséquences de la volatilité plus grande des prix sur le marché immobilier, de l'augmentation des risques dans le secteur hypothécaire qui en découle et des problèmes d'évaluation qui ont été constatés, en augmentant de manière efficace la couverture en fonds propres.

15 Historique de la modification de l'ordonnance

En juin 1993, un groupe de travail mixte, présidé par la Commission des banques, a été créé et a reçu pour mandat d'établir des dispositions communes sur les fonds propres et la répartition des risques pour les banques et les négociants en valeurs mobilières. Des représentants de tous les groupes de banques, des négociants en valeurs mobilières, de la Chambre fiduciaire, de l'Association suisse des banquiers ainsi que de la Banque nationale suisse et du secrétariat de la Commission des banques font partie de ce groupe de travail.² La révision intervient en trois étapes. Au cours de la première étape, qui est maintenant achevée, les exigences actuelles de fonds propres pour les risques de crédit ont été adaptées à la méthode indirecte de calcul du Modèle de Bâle sur les fonds propres et de la directive de l'Union Européenne sur la solvabilité et les corrections nécessaires de certains taux de couverture ont été effectuées. La seconde étape, qui a commencé en automne 1994, amènera le groupe de travail à réviser les dispositions actuelles en matière de répartition des risques pour les banques et à créer des dispositions correspondantes pour les négociants en valeurs mobilières. Au cours d'une troisième étape qui

¹ Cf. Rapports de gestion CFB 1991, p. 200ss, 1992, p. 206ss, ainsi que 1993, p. 114ss et 157ss.

² Cf. Rapport de gestion CFB 1993, p. 137ss.

commencera en septembre 1995, les recommandations définitives du Comité de Bâle relatives à la couverture en fonds propres des risques de marché (cf. chiffre 143) seront transposées dans le droit national. Ces dispositions devraient entrer en vigueur au début de l'année 1997.

16 Buts de la révision

1. L'objectif premier de la révision n'est pas l'augmentation ou la réduction de l'exigence globale du niveau de fonds propres, mais une prise en considération exhaustive et adéquate des opérations bancaires, en particulier des instruments financiers dérivés. De manière indirecte, les dispositions sur les fonds propres devraient avoir également une certaine fonction régulatrice en récompensant, d'une part, les opérations qui engendrent un risque moindre et les techniques d'assurance, ainsi que le choix prudent de la contrepartie, et en pénalisant, d'autre part, la prise de risques démesurés ou l'absence de méthode de gestion des risques adaptée au marché.
2. Les dispositions en matière de fonds propres pour le négoce de valeurs mobilières devront en principe être conçues de manière identique pour les négociants en valeurs mobilières et les banques dès lors qu'ils se trouvent en situation de concurrence directe. Les mêmes règles devront s'appliquer à des activités identiques, sans égard au fait qu'elles sont exercées par un établissement soumis à la loi sur les banques ou à la loi sur les bourses. Cette règle doit être valable non seulement pour la couverture en fonds propres des risques de marché mais également pour la couverture des risques de crédit.

Le principe de l'égalité de traitement commande enfin l'application consolidée des mêmes dispositions sur les fonds propres pour les conglomerats financiers, quelle que soit leur construction juridique et leur organisation. La structure différente des groupes (holding faîtière ou groupe intégré à la maison-mère; incorporation du négoce de valeurs mobilières dans une personne morale indépendante ou activité menée au sein de l'établissement) ne devra pas avoir de conséquences sur le plan prudentiel.

3. Les défauts des anciennes prescriptions et les désavantages concurrentiels qu'ils provoquaient pour les banques opérant au niveau international doivent être éliminés. Simultanément doit avoir lieu un changement de système de la méthode directe de calcul à la méthode indirecte du Modèle de Bâle sur les fonds propres et de la directive de solvabilité de l'Union Européenne, tout en conservant en principe les différences actuelles entre les taux de couverture. La méthode indirecte de calcul a essentiellement l'avantage, du point de vue de la mesure des fonds propres, de permettre une prise en compte plus conséquente de la solvabilité de la contrepartie lors de la détermination du risque de crédit. En principe, la même pondération en fonction du risque sera applicable à une contrepartie, quel que soit le genre de transaction concerné, notamment dans le domaine des opérations hors bilan. Le passage de la méthode directe de calcul à la méthode indirecte s'impose également parce que seule la méthode indirecte permet de prendre en compte les ébauches modernes de calcul du risque telles que la méthode de l'évaluation au prix du marché (cf. chiffre 224.2). La méthode indirecte de calcul a par ailleurs l'avantage de nécessiter nettement moins de taux de couverture. Enfin, grâce à ce changement de système, les banques opérant au niveau international n'auront plus besoin de procéder au calcul, contraignant et coûteux, des fonds propres selon deux méthodes et la comparaison avec les réglementations étrangères s'en trouvera facilitée.
4. Les standards minimaux internationaux, en particulier ceux du Comité de Bâle, qui bénéficient d'une reconnaissance internationale, doivent être respectés dans la mesure du possible. Pour certaines opérations bancaires, cela crée un besoin d'adaptation vers le haut, par exemple pour les crédits sur les immeubles artisanaux et industriels (cf. chiffre 222.1). Ce n'est que lorsqu'une divergence est absolument justifiée par les circonstances et nécessaire afin de prendre en considération les particularités suisses, qu'il devrait être possible de ne pas respecter le standard minimal international. D'un autre côté, la couverture en fonds propres plus élevée dans un certain nombre de domaines doit être, en règle générale, maintenue afin de conserver

le taux traditionnellement élevé de fonds propres des banques suisses. Ce n'est que lorsque l'exigence actuelle de couverture a créé un lourd désavantage pour les banques opérant au niveau international par rapport à la concurrence étrangère, que l'on procèdera à un certain nivellement vers le bas.

5. Enfin, les nouvelles dispositions devront être praticables. Au besoin, il faudra tenir compte des tailles et des besoins différents des banques en leur offrant un choix entre diverses méthodes de calcul: un mode de calcul facile pour les établissements moins développés sur le plan de l'organisation et ceux qui n'effectuent ce genre d'opérations que de manière sporadique; une méthode plus complexe, plus exacte, demandant un investissement technique élevé, mais autorisant en contrepartie une meilleure gestion, pour les établissements hautement développés techniquement qui effectuent couramment ce genre d'opérations.¹ En prévoyant une échelle plus sévère pour la méthode simple, on espère cependant inciter les banques à utiliser la méthode complexe, mieux adaptée au risque (cf. chiffre 224.2).

17 Traits essentiels de la révision

171 Prise en compte des fonds propres

Tout comme l'Accord de Bâle sur les fonds propres et la directive de l'Union Européenne sur les fonds propres, les nouvelles dispositions sur les fonds propres distinguent entre les fonds propres de base et les fonds propres complémentaires. L'attribution des différentes composantes des fonds propres à l'une ou l'autre catégorie de fonds propres est importante dès lors que les fonds propres complémentaires ne peuvent être pris en compte au titre de fonds propres que dans une mesure limitée. Les fonds propres complémentaires ne peuvent en effet représenter que 100% des fonds propres de base ou la moitié du total des fonds propres (art. 11).

¹ C'est la voie que la Commission fédérale des banques avait déjà choisie avec sa circulaire 92/3 «Gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés» du 16 décembre 1992, où un choix était offert entre une méthode simple et une autre plus sophistiquée pour le calcul de l'équivalent-risque de crédit.

Sont considérés comme **fonds propres de base**, y compris les parts au capital d'actionnaires minoritaires dans des filiales consolidées selon la méthode de l'intégration globale dans le cadre du calcul consolidé des fonds propres, le capital libéré, les réserves apparentes (y compris les réserves pour risques bancaires généraux), le bénéfice reporté, le bénéfice de l'exercice en cours (autant qu'un boucllement intermédiaire révisé comprenant un compte de résultat ait été établi et après déduction des impôts prévisibles et des dividendes), et pour les banquiers privés en outre et à des conditions très précises, les comptes de capital et les avoirs des associés indépendamment responsables (art. 11a al. 1 et 2). Il faut déduire des fonds propres de base la position nette longue des propres actions et autres titres de participation émis par la banque non compris dans le portefeuille destiné au négoce, qu'elle détient directement ou indirectement, la perte reportée et la perte de l'exercice en cours, les correctifs de valeurs et provisions nécessaires non couverts de l'exercice en cours ainsi que les différences actives qui résultent de l'élimination des participations et qui ne peuvent être attribuées directement à aucun poste de l'actif (goodwill; art. 11a al. 3).

Les **fonds propres complémentaires** sont divisés en fonds propres complémentaires supérieurs et inférieurs, les fonds propres inférieurs ne pouvant pas dépasser la moitié des fonds propres de base (art. 11 al. 2). Sont considérés comme fonds propres complémentaires inférieurs, outre l'obligation de versement supplémentaire des associés de sociétés coopératives, les prêts et les emprunts obligataires de rang subordonné (art. 11b al. 2). Cela a pour conséquence que la part maximale à l'ensemble des fonds propres des prêts et des emprunts obligataires de rang subordonné pouvant être pris en compte augmente de 25 % actuellement à 33 %. Cette possibilité plus importante de prendre en compte les engagements de rang subordonné au titre de fonds propres élimine un désavantage concurrentiel des banques suisses face à leurs concurrentes étrangères. A l'avenir, il sera également permis à toutes les banques cantonales de prendre en compte des prêts et emprunts obligataires de rang subordonné (art. 11b al. 2 let. b). Elles pourront le faire dans la même mesure que les autres banques autant que ces engagements de rang subordonné ne font pas partie des engagements qui bénéficient de la garantie de l'Etat. Lorsque le montant des enga-

gements de rang subordonné dépasse celui de la déduction de 12,5 % des fonds propres exigibles qui prend en compte la garantie de l'Etat et dont les banques cantonales continueront de bénéficier, cette déduction devient caduque (art. 13 let. b). Dans les autres cas, elle est diminuée du montant des engagements de rang subordonné qui sont pris en compte dans le calcul des fonds propres.

Les garanties des communes ne seront à l'avenir plus admises au titre de fonds propres. La disposition de l'article 11 alinéa 1 lettre c aOB était en contradiction flagrante avec la directive de l'Union Européenne sur les fonds propres et l'Accord de Bâle sur les fonds propres. Leur maintien ne serait par ailleurs pas non plus justifié matériellement dès lors que les garanties des communes ne constituent pas des fonds propres effectivement mis à disposition d'une part et que les difficultés de quelques banques régionales ont démontré que les garanties données par une commune pouvaient mettre celle-ci dans une situation difficile d'autre part. Cette disposition est par conséquent annulée tout en étant assortie d'un délai transitoire jusqu'à fin 1999 (alinéa 7 des dispositions transitoires). L'attention des banques concernées a été attirée suffisamment tôt sur cette modification.¹

172 Exigences en matière de fonds propres

Le point certainement le plus important de la révision concerne le **changement de système**. Le système actuel, selon lequel les exigences en matière de fonds propres sont établies directement, au moyen de taux de couverture exprimés en pourcentages, en fonction des risques de crédit des différentes catégories d'actifs du bilan et d'opérations hors bilan ainsi que des risques de marché liés aux positions ouvertes en devises et métaux précieux, sera remplacé par la méthode indirecte de calcul du Modèle de Bâle sur les fonds propres et de la directive de solvabilité de l'Union Européenne. Les opérations et positions individuelles seront dès lors à l'avenir d'abord pondérées en fonction du risque relatif de leur contrepartie et ensuite multipliées par un taux de couverture uniforme de 8 % (art. 12 al. 1). Les actifs du bilan, les opérations hors bilan converties en leur équivalent-crédit, les positions nettes longues en valeurs mobilières et

¹ Cf. Rapport de gestion 1992, p. 240.

les positions ouvertes en devises, métaux précieux et marchandises doivent être pondérées en fonction du risque (al. 2). Il faut en principe appliquer à chaque contrepartie le même facteur de pondération, quel que soit le genre de transaction (al. 3). Le même facteur de pondération en fonction du risque doit ainsi être appliqué à une contrepartie déterminée, que l'on établisse avec elle une relation de crédit ou que l'on conclue une opération à terme. Afin de permettre en principe le maintien des différenciations des dispositions actuelles et leurs pondérations en fonction du risque qui sont en règle générale plus élevées que les standard minimaux internationaux, 11 classes de pondération en fonction du risque sont introduites (0, 25, 50, 75, 100, 125, 250, 375, 500, 625 et 1250 %). Contrairement à la réglementation antérieure pour les actifs du bilan, ces classes de pondération n'obéissent plus aux dispositions d'établissement des comptes.

Six classes (0, 25, 50, 75, 100 et 250 %) sont prévues pour la catégorie principale des **actifs qui sont fonction d'une contrepartie** (art. 12a). Le facteur de 100 % constitue dans ce contexte la pondération fondamentale en fonction du risque, qui trouve application en particulier pour les crédits en blanc accordés à des particuliers. Pour les administrations centrales et les banques centrales des pays de l'OCDE, les Communautés européennes et l'Institut monétaire européen, les autres collectivités de droit public des pays de l'OCDE, la Banque des Règlements Internationaux, les bourses d'options ou de «financial futures», les banques multilatérales de développement, les autres banques, les établissements créés en commun par les banques et reconnues par la Commission des banques, de même que pour les crédits garantis par un gage immobilier, des facteurs de pondération privilégiés sont applicables (0, 25, 50 et 75 %). Les créances de rang subordonné sont pondérées par un facteur de 250 %, à l'exception des créances de rang subordonné sur des collectivités de droit public, pour lesquelles un facteur de 50 % est applicable. Les facteurs de pondération en fonction du risque de 125, 250, 375, 500, 625 et 1250 % se rapportent aux **actifs sans contrepartie**, comme par exemple les immeubles à l'usage de la banque (art. 12b ch. 2.1 et 3.1), les titres de participation négociés auprès d'une bourse reconnue qui ne sont pas comptabilisés sous participations (art. 12h al. 4 ch. 1.1) ou

les positions ouvertes avec risque de marché sur devises, métaux précieux et marchandises (art. 12i).

Par principe, le facteur de pondération applicable à une opération se détermine toujours selon la catégorie de contrepartie (administrations et banques centrales, autres collectivités de droit public, banques, particuliers, etc.). En ce qui concerne cependant les créances garanties par des titres de créance émis par des tiers ou par des placements fiduciaires qu'ils détiennent, et les créances garanties directement par ces tiers, les banques peuvent retenir le facteur de pondération correspondant au tiers qui est à l'origine de la **couverture** ou de la **garantie** lorsqu'un facteur de pondération privilégié est applicable à ces tiers (art. 12a al. 2). Elles peuvent par conséquent appliquer le même facteur de pondération que pour les créances directes contre ces tiers.

Avant de pondérer les **opérations hors bilan** par le facteur de pondération applicable à chaque contrepartie, il faut d'abord établir leur équivalent-crédit (art. 12c). L'équivalent-crédit d'une opération hors bilan doit exprimer le montant soumis au risque de crédit. Pour les **engagements conditionnels** et les **engagements irrévocables**, l'équivalent-crédit est obtenu par la multiplication de la valeur nominale de chaque opération par son facteur de conversion en équivalent-crédit (art. 12d). Les facteurs de conversion en équivalent-crédit sont établis à partir du volume estimé de l'engagement et de la probabilité de sa réalisation ainsi que du degré relatif du risque de crédit. Une règle spéciale est prévue pour **les contrats à terme et les options achetées**, où l'équivalent-crédit peut être calculé selon deux méthodes, la méthode d'évaluation au prix du marché et la méthode d'évaluation du risque initial (art. 12e; cf. chiffre 224.2). Les banques qui appliquent la méthode d'évaluation au prix du marché peuvent, à certaines conditions, compenser les risques de crédit et les valeurs de remplacement négatives résultant de contrats à terme et d'options achetées (compensation monétaire de groupe; art. 12f; cf. chiffre 224.3).

Dans le cas des **prêts de consommation** et des **opérations de mise et de prise en pension** portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises, effectués contre remise de garanties, seule la différence entre la garantie et la position titres, métaux précieux ou marchandises doit, à certaines conditions, être

couverte par des fonds propres (art. 12g). Cette disposition reprend de très près la circulaire 93/4 «Couverture en fonds propres des prêts de titres et des opérations de mise et de prise en pension» du 14 décembre 1993 qui est abrogée.

La couverture des actifs et des opérations hors bilan pondérés en fonction du risque a pour but de prendre en compte le risque de crédit. En ce qui concerne les valeurs mobilières, qui constituent en principe également un actif du bilan, on souhaite prendre en compte le **risque inhérent à l'émetteur**, c'est-à-dire le risque que l'émetteur du titre devienne insolvable et que son titre perde sa valeur. Le risque inhérent à l'émetteur est une sous-catégorie du risque de crédit. A la différence du risque de crédit, le risque inhérent à l'émetteur ne tient cependant pas seulement compte du côté créancier, mais également du côté débiteur de la relation. La position ouverte relative à chaque émetteur doit être établie. Ce ne sont pas seulement les titres effectivement disponibles mais également les opérations à terme et les opérations sur options évaluées au facteur delta, ainsi que les engagements fermes de reprise lors d'émissions, qui sont pris en compte pour déterminer la position ouverte. Lorsque la position ouverte est une position longue (position nette longue), il existe un risque inhérent à l'émetteur. Selon les anciennes prescriptions, les valeurs mobilières n'étaient prises en considération sur le plan des fonds propres que par l'intermédiaire de l'actif correspondant du bilan.

Le risque de marché n'est pour l'instant pris en compte que par la couverture des **positions ouvertes en devises, métaux précieux et marchandises**, étant entendu que la couverture de la position ouverte en marchandises est nouvelle en comparaison de la réglementation antérieure (art. 12i). La couverture des positions ouvertes en titres de créance et actions du portefeuille destiné au négoce fera, comme déjà évoqué (cf. chiffre 15), l'objet de la troisième phase de la révision.

Les nouvelles exigences en matière de fonds propres devront être, comme antérieurement, respectées tant par l'établissement individuel que sur **base consolidée par le groupe**. L'article 13a règle l'obligation de consolider, le champ de consolidation ainsi que les méthodes de consolidation.

21 Prise en compte des fonds propres

L'attribution claire des différents éléments qui composent les fonds propres à l'une ou l'autre des catégories de capital constitue l'élément essentiel de la nouvelle réglementation. La prise en compte de certaines composantes des fonds propres est limitée lorsque, du point de vue de la surveillance prudentielle, elles ne présentent pas le même degré de qualité que les fonds propres de base.

Les **fonds propres qui peuvent être pris en compte** résultent du calcul des articles 11a à 11c. On établit d'abord les fonds propres de base qui font l'objet de certaines déductions en application de l'art. 11a al. 3. Les éléments complémentaires de capital (art. 11b) sont ensuite ajoutés dans les limites prévues par l'art. 11 al. 2. Il y a lieu finalement d'effectuer des déductions supplémentaires du total des fonds propres (art. 11c). Les fonds propres susceptibles d'être pris en compte calculés de cette manière constituent par ailleurs, au-delà du calcul des fonds propres proprement dit, le montant de référence pour les dispositions sur la répartition des risques et pour la limitation des participations qualifiées dans des entreprises dont l'activité se situe hors du secteur financier ou des assurances (art. 4 al. 2bis LB).

211 Principes (art. 11)

L'article 11 établit la distinction fondamentale entre les deux qualités de fonds propres que sont les fonds propres de base et les fonds propres complémentaires. Le fait qu'une composante de capital soit en permanence à la libre disposition de la banque en qualité de fonds propres constitue l'élément déterminant pour l'attribuer à la catégorie des fonds propres de base. Par opposition, les fonds propres complémentaires représentent un capital mis temporairement à la disposition de la banque (instruments hybrides, emprunts de rang subordonné), un capital promis seulement en cas d'urgence (obligation de versements supplémentaires des associés d'une coopérative) ou un capital dont l'origine manque de transparence (réserves latentes).

212 Fonds propres de base (art. 11a)

L'énumération des composantes des fonds propres de base correspond pour l'essentiel à ce qui est prévu dans l'ordonnance actuelle. Seuls les montants garantis par des communes, qui pouvaient être pris en compte jusqu'à maintenant, sont supprimés (cf. alinéa 7 des dispositions transitoires et explications au chiffre 171). L'acceptation au titre de fonds propres de différentes catégories de réserves apparentes, reprises des prescriptions sur la présentation des comptes proposées par la commission d'experts Boemle, est nouvelle. Les réserves pour risques bancaires généraux autorisent les banques à faire ouvertement état de réserves qui étaient jusqu'alors considérées comme latentes, ce qui leur permet de les soustraire aux restrictions attachées aux fonds propres complémentaires. La réserve pour propres titres de participation est corrigée par l'al. 3 let. a qui prescrit la déduction des fonds propres de base des propres titres de participation détenus réellement (pas dans le portefeuille destiné au négoce) par la banque. Sous l'angle systématique, le bénéfice de l'exercice en cours (al. 1 let. d) présente les caractéristiques des fonds propres de base, tout comme le bénéfice reporté. Certaines conditions doivent cependant être remplies afin que ce montant soit seulement pris en compte dans la mesure qui sera effectivement disponible après le bouclage annuel des comptes.

En raison de la modification de la loi sur les banques du 18 mars 1994 (abrogation de l'art. 4 al. 4 LB), les **banquiers privés** doivent nouvellement respecter les dispositions sur les fonds propres à l'image des autres banques. En ce qui concerne les éléments des fonds propres de banquiers privés, une nouvelle solution (al. 1 let. e et al. 2) est retenue pour les comptes de capital et les avoirs des associés indéfiniment responsables. Cette solution tient compte du désir de plus de souplesse émis par ces banques mais également des exigences de l'autorité de surveillance dès lors que les éléments de capital ne peuvent pas être pris en compte lorsque la banque peut les réduire ou les modifier d'entente avec leurs seuls propriétaires.

213 Fonds propres complémentaires (art. 11b)

Les dettes de rang subordonné d'une banque constituaient le seul élément de capital dont la prise en compte était limitée par les précédentes dispositions. Cette catégorie, divisée en deux sous-catégories, comprend nouvellement aussi les instruments hybrides (al. 1 let. a), les réserves latentes contenues dans la rubrique correctifs de valeurs et provisions (al. 1 let. b), et dans une mesure limitée les réserves latentes de l'actif immobilisé et des immobilisations financières (al. 1 let. c), considérés comme **fonds propres complémentaires supérieurs**.

Les **instruments hybrides** présentant des caractères de capital propre et de capital étranger sont, du point de vue prudentiel, qualitativement supérieurs aux engagements de rang subordonné. Ils permettent en particulier à une banque qui se trouve en difficulté de renoncer à rembourser ces dettes aux créanciers/investisseurs ou de différer le paiement d'intérêts échus (al. 1 let. a ch. 1 à 4), sans pour autant provoquer la demeure de la banque. Les instruments hybrides sont certes à ce jour inconnus dans le droit (civil) suisse. Mais certaines législations étrangères prévoient de tels instruments de sorte qu'il se justifie de les reconnaître pour le calcul consolidé des fonds propres d'un groupe suisse.

Les **réserves latentes de l'actif immobilisé et des immobilisations financières** sont nouvellement admises en qualité de fonds propres. Cette nouvelle catégorie de fonds propres correspond à peu près aux réserves de nouvelle évaluation (différence entre valeur comptable et prix du marché) de l'Accord de Bâle sur les fonds propres¹ et de la directive européenne sur les fonds propres.² La volatilité du marché et la perte rapide de valeur de ces investissements, ainsi que la charge fiscale liée à la réalisation des bénéficiaires, sont prises en considération à double titre. D'une part, les réserves latentes de ces immobilisations ne peuvent, selon l'art. 665 CO, en aucun cas dépasser la différence entre le prix d'acquisition et la valeur comptable (inférieure). D'autre part, ce montant maximal susceptible d'être pris en compte ne saurait être supérieur à 45 % de la différence

¹ Accord de Bâle sur les fonds propres (traduction française), ch. 16 et 17.

² Art. 2 al. 1 ch. 3 de la directive 89/299/CEE en rel. avec art. 33 de la directive 78/660/CEE.

entre le prix du marché et la valeur comptable (exemple: valeur comptable 50, prix d'acquisition 100, prix du marché 150; différence prix d'acquisition – valeur comptable = 50; 45 % de la différence prix du marché – valeur comptable = 45; réserves latentes prises en compte = 45).

Les **fonds propres complémentaires inférieurs** ne peuvent pas dépasser le 50 % des fonds propres de base. La possibilité de prendre en compte des engagements de rang subordonné (al. 2 let. a) s'élève ainsi à 33 % au maximum des fonds propres susceptibles d'être pris en compte.

L'al. 2 let. b admet la prise en compte de **dettes de rang subordonné** aux conditions de la lettre a pour les **banques cantonales** également, autant que les prêts accordés à la banque et ses emprunts obligataires ne sont pas – condition supplémentaire – couverts par une garantie de l'Etat. L'article 11 alinéa 3 aOB excluait par contre de manière générale cette prise en compte pour toutes les banques cantonales dont l'intégralité des engagements était garantie par le canton. Cette exclusion était justifiée par l'argument qu'au vu de la garantie illimitée de l'Etat, la postériorité ne serait qu'une fiction.¹ Cette conception repose sur l'idée qu'une exception à la garantie de l'Etat pour les dettes de rang subordonné ne serait pas compatible avec le statut de banque cantonale selon l'art. 3 al. 4 aLB, parce que celui-ci – hormis les établissements des cantons de Genève et de Vaud créés sous l'ancien droit – présuppose la responsabilité du canton pour (tous) les engagements. Bien que la notion de banque cantonale à l'art. 3a al. 1 de la loi révisée sur les banques dans la version du 18 mars 1994 soit restée inchangée, cette interprétation étroite n'est actuellement plus considérée comme l'unique possible.² Les dettes de rang subordonné constituent certes une dette de la banque cantonale mais en cas de liquidation, de faillite ou de concordat, elles prennent, sous l'angle économique, le caractère de fonds propres. La garantie de l'Etat sert par ailleurs à protéger les créanciers ordinaires et pas ceux qui mettent à la disposition de la banque des quasi-fonds propres et acceptent de la sorte que leurs créances prennent rang après celles de tous les

¹ Bulletin CFB 19, p. 86.

² Cf. Rapport de gestion CFB 1992, p. 241ss.

autres créanciers. De ce point de vue, il est tout à fait soutenable de ne pas inclure les dettes de rang subordonné dans les engagements selon l'article 3a alinéa 1 LB et d'admettre par conséquent qu'ils peuvent être exclus de la garantie de l'Etat sans renonciation au statut de banque cantonale.

En Allemagne par exemple, les dettes de rang subordonné sont également prises en compte en qualité de fonds propres pour les banques qui bénéficient de la garantie de l'Etat dans la même mesure que pour les banques commerciales. Dans la perspective de la surveillance, cette catégorie d'engagement a même l'avantage, par rapport à la garantie de l'Etat, d'être déjà parvenu à la banque, de servir comme moyen d'exploitation et d'être de manière inconditionnelle à la disposition des créanciers de rang antérieur, du moins en cas d'urgence. La garantie de l'Etat par contre doit d'abord être réclamée au canton et est par conséquent soumise à un certain risque politique et financier. Les garanties ne sont ainsi en règle générale pas prises en compte en qualité de fonds propres dans les standards minimaux internationaux du Comité de Bâle et de la directive de l'Union Européenne sur les fonds propres. D'un autre côté, la garantie de l'Etat est tout à fait souhaitable du point de vue prudentiel, même si elle ne peut être prise en compte directement, puisqu'elle offre une sécurité supplémentaire aux créanciers et qu'elle représente, surtout en des temps de changement structurel accéléré du secteur bancaire, un élément stabilisateur. Elle constitue ainsi la raison principale du traitement privilégié dont bénéficient les banques cantonales dans la loi sur les banques.¹ L'exclusion des dettes de rang subordonné en tant qu'élément des fonds propres des banques cantonales bénéficiant de la garantie de l'Etat rend cette garantie moins attractive pour la banque et le canton, ce d'autant que la prise en compte des dettes de rang subordonné est encore élargie par la présente révision pour les autres banques et que les banques cantonales seraient ainsi désavantagées sans une augmentation – non désirée – de la déduction de fonds propres de 12,5 % (cf. art. 13 let. b). Il ne saurait entrer dans les buts des dispositions fédérales sur les fonds propres de plaider en faveur de la suppression ou de la limitation de la garantie de l'Etat; il appar-

¹ Cf. Rapport de gestion CFB 1994, p. 137ss.

tiendra bien plutôt au canton de décider s'il entend maintenir cet élément central.

La prise en compte des dettes de rang subordonné pour les banques cantonales avec une garantie illimitée de l'Etat prévoit cependant que les prêts concernés seront **expressément exclus de la garantie de l'Etat**. Cette exclusion peut avoir lieu par le biais de la renonciation expresse du créancier à la garantie dans les conditions contractuelles du prêt ou par la voie d'une disposition législative claire limitant la garantie de l'Etat aux engagements non subordonnés. Il appartient aux autorités cantonales d'examiner si la conclusion d'engagements de rang subordonné exclus de la garantie de l'Etat est compatible avec la législation cantonale. Lorsque le canton apparaît lui-même en tant que créancier de rang subordonné de sa banque cantonale, la renonciation à la garantie de l'Etat est une évidence et n'a pas besoin de faire l'objet d'une déclaration expresse.

La prise en compte de dettes de rang subordonné a à son tour des effets sur la **déduction des fonds propres exigibles** prévue à l'art. 13 let. b, qui tient compte de la garantie de l'Etat. Pour des raisons inhérentes à l'égalité de traitement et de concurrence, les deux éléments ne sauraient être appliqués cumulativement. La banque cantonale dont tous les engagements non subordonnés sont garantis par le canton, doit par conséquent compenser le montant des dettes de rang subordonné pris en compte en qualité de fonds propres avec la déduction des fonds propres. La déduction est réduite de ce montant et devient entièrement nulle lorsque les dettes de rang subordonné atteignent ou dépassent 12,5 % des fonds propres exigibles. Avec cette combinaison de rabais pour garantie de l'Etat et de prise en compte des dettes de rang subordonné, on prend en considération, surtout pendant la période transitoire, la manière dont une banque cantonale organise ses engagements. A plus long terme, il faut partir de l'idée que la plupart des banques cantonales renonceront complètement au rabais pour garantie de l'Etat parce qu'elles peuvent prendre en compte, en qualité de fonds propres, plus du double de son montant sous la forme de dettes de rang subordonné et en faire de plus état du point de vue du rendement plus élevé des fonds propres. Il faut par conséquent s'attendre à une harmonisation grandissante du régime spécial des banques cantonales à la régle-

mentation valable pour toutes les autres banques. Les banques cantonales sans garantie illimitée de l'Etat étaient sous cet angle déjà dans la même situation que les banques commerciales; la révision ne changera rien à cette situation.

L'obligation de versements supplémentaires des associés d'une coopérative (al. 2 let. c) représente un élément de capital qui, si l'on fait abstraction de quelques rares banques régionales, ne représente des montants importants que pour les banques Raiffeisen. Cette obligation est nouvellement considérée comme faisant partie des fonds propres complémentaires inférieurs de sorte que sa proportion par rapport aux fonds propres de base est limitée. Il est probable que cette situation créera, dans les années à venir, des problèmes aux banques Raiffeisen concernant le respect des exigences en matière de fonds propres. Afin d'accorder à ce groupe de banques un délai équitable pour s'adapter à la nouvelle situation, l'alinéa 8 des dispositions transitoires établit une autre proportion entre fonds propres de base et fonds propres complémentaires. Le groupe Raiffeisen dispose en outre de la possibilité de se prévaloir de l'art. 13a al. 7 qui prévoit que la Commission des banques peut dispenser des banques en tout ou en partie de respecter les dispositions sur les fonds propres sur base individuelle lorsque les conditions de l'art. 4 al. 3 sont remplies. Ces conditions sont remplies lorsque a) les banques sont affiliées à un organisme central qui garantit leurs engagements, b) l'ensemble constitué par l'organisme central et les banques affiliées respecte les prescriptions en matière de fonds propres et de répartition des risques sur une base consolidée, et c) la direction de l'organisme central peut donner des instructions obligatoires aux banques affiliées.

22 Exigences en matière de fonds propres

221 Principes (art. 12)

L'article 12 contient des dispositions fondamentales relatives aux exigences en matière de fonds propres. L'alinéa 1 établit le taux de couverture (appelé coefficient de solvabilité) pour les positions pondérées en fonction du risque de crédit. Conformément à cet alinéa – et en accord avec l'Accord de Bâle sur les fonds propres et la

directive de solvabilité de l'Union Européenne¹ –, les fonds propres doivent atteindre en permanence au moins 8 % des positions pondérées en fonction du risque. L'alinéa 2 énumère les positions qui doivent être pondérées en fonction du risque. L'alinéa 3 contient le principe caractéristique de la méthode indirecte de calcul en vertu duquel il faut en principe appliquer à une contrepartie le même facteur de pondération en fonction du risque, quel que soit le genre de transaction.

222 Pondération en fonction de la contrepartie (art. 12a)

222.1 Créances garanties par un gage immobilier (ch. 3.1, 4.1 et 5.4)

Aux termes de la nouvelle réglementation, les créances garanties par un gage immobilier doivent être pondérées de la manière suivante:

50%	<p>les créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier sur</p> <ul style="list-style-type: none"> • des immeubles d'habitation sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale • des immeubles agricoles, inscrits en tant que tels au registre foncier suisse, jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale
75%	<p>les créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier sur</p> <ul style="list-style-type: none"> • des immeubles d'habitation sis dans un pays de l'OCDE, au-delà des deux tiers de la valeur vénale • des terrains à bâtir, des immeubles commerciaux et des immeubles artisanaux polyvalents sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'à la moitié de la valeur vénale • des immeubles à caractère industriel sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'à un tiers de la valeur vénale
100%	<p>les autres créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier</p>

¹ Accord de Bâle sur les fonds propres (traduction française), ch. 44, p. 18, et directive de solvabilité de l'Union Européenne, art. 10.

La nouvelle réglementation se distingue des prescriptions antérieures principalement pour les créances qui sont garanties par un gage immobilier sur des **immeubles autres que d'habitation**, à savoir des immeubles utilisés à des fins artisanales et industrielles. Alors que les anciennes prescriptions prévoyaient que les créances garanties par un gage sur des immeubles autres que d'habitation devaient être couvertes par 4 % – ce qui correspond à une pondération de 50 % – voire 6 % (lorsque le gage sert de garantie à un prêt plus important) de fonds propres (art. 13 al. 1 let. a ch. 2 et 3 aOB), la nouvelle réglementation prévoit pour de telles créances une pondération d'au moins 75 % et de 100 % si la banque va au-delà d'une prise en compte prudente du gage. L'augmentation de la couverture en fonds propres pour les hypothèques portant sur des immeubles artisanaux et industriels est justifiée par l'augmentation, au cours des dernières années, de la volatilité des prix immobiliers (voir les explications au chiffre 145 ci-dessus). Elle représente un pas important dans la direction d'une harmonisation avec les standards correspondants du Comité de Bâle et de l'Union Européenne, bien qu'elle ne permette pas encore de les atteindre complètement. Aux termes des recommandations du Comité de Bâle et des directives de l'Union Européenne, les créances garanties par un gage immobilier sur des immeubles autres que d'habitation doivent en effet subir une pondération de 100 %, avec pour résultat une couverture en fonds propres de 8 %. Une adaptation complète de la couverture suisse en fonds propres pour les placements hypothécaires artisanaux et industriels aux modèles du Comité de Bâle et de l'Union Européenne n'est pas réalisable actuellement étant donné que le secteur bancaire se trouve dans un profond processus d'adaptation structurelle. Elle provoquerait en outre une augmentation massive des fonds propres nécessaires, ce qui, d'une part, frapperait particulièrement les banques actives localement et menant une grande proportion d'opérations hypothécaires et ne pourrait pas, d'autre part, être compensée par des allègements dans d'autres domaines, en particulier celui des créances interbancaires (cf. chiffre 222.2).

En comparaison des recommandations du Comité de Bâle et des directives de l'Union Européenne, **la réglementation suisse est beaucoup plus détaillée**. Alors que le Comité de Bâle et l'Union Européenne ne connaissent que deux classes de pondération selon

le risque (50 % et 100 %) et deux types de garanties hypothécaires (immeubles d'habitation et autres immeubles), la réglementation suisse prévoit trois classes de pondération (50 %, 75 % et 100 %), des garanties hypothécaires différenciées (immeubles d'habitation, agricoles, artisanaux, commerciaux, industriels, etc.) et la prise en compte de la proportion de la valeur vénale couverte par le gage. Cette différenciation doit permettre de tenir compte d'une situation différente du point de vue du risque pour chaque type d'immeuble.¹ Mais cette réglementation présuppose que la valeur vénale des immeubles soit évaluée de manière prudente et selon des critères uniformes² et qu'en sus de la valeur de la garantie, la solvabilité du débiteur fasse également l'objet d'un examen.

222.2 Créances interbancaires (ch. 2.4, 3.2, 3.3, 4.2 et 5.2)

Aux termes de l'ancienne réglementation, les créances interbancaires avec une durée d'échéance résiduelle jusqu'à 90 jours qui ne sont pas garanties par des papiers-valeurs émis par des collectivités de droit public dans les pays de l'OCDE, devaient être couvertes par des fonds propres à raison de 4 % (art. 13 al. 1 let. a ch. 2.1 aOB). Les créances interbancaires d'une durée d'échéance résiduelle supérieure à 90 jours devaient être couvertes par des fonds propres à raison de 6 % (pour les banques qui ont leur siège principal dans les pays de l'OCDE) ou de 8 % (pour les banques qui ont leur siège hors des pays de l'OCDE; art. 13 al. 1 let. a ch. 3.1 et 5.1 aOB). En comparaison, l'Accord de Bâle sur les fonds propres et la directive de solvabilité de l'Union Européenne prévoient que les créances sur des banques qui ont leur siège dans les pays de l'OCDE, quelle que soit l'échéance, et les créances sur des banques qui ont leur siège hors des pays de l'OCDE d'une durée résiduelle

¹ La directive de solvabilité de l'Union Européenne prévoit en faveur des banques d'Allemagne, du Danemark et de la Grèce, au titre de réglementation transitoire jusqu'à fin 1995, une pondération de 50 % pour les hypothèques portant sur des immeubles d'habitation, des bureaux et des immeubles commerciaux polyvalents dont la construction est terminée, jusqu'à 60 % de la valeur vénale. La prolongation de cette réglementation différenciée est encore indéfinie.

² Les directives de l'Association suisse des banquiers sur la conclusion et l'estimation des crédits garantis par un gage immobilier du 23 décembre 1993 (annexe à la circulaire n° 1102 D) ont été établies dans ce but; cf. également Bulletin CFB 22 p. 27ss.

jusqu'à un an doivent être pondérées seulement à raison de 20 % (100 % lorsque la durée résiduelle est supérieure à une année)¹, ce qui correspond à une couverture en fonds propres de 1,6% selon l'ancien système suisse. On voit ainsi que la réglementation suisse antérieure était plus de deux fois plus sévère dans le domaine interbancaire que ne le sont celles du Comité de Bâle et de l'Union Européenne. Au vu de l'importance prépondérante des opérations interbancaires, la réglementation antérieure représentait un désavantage important pour les banques opérant au niveau international par rapport à leurs concurrentes étrangères. Il sera remédié dorénavant à ce désavantage par une couverture en fonds propres des créances interbancaires moins sévère. La réglementation se présente ainsi:

25%	créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à un an sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE, y compris les soldes créanciers obtenus en application d'un «close-out-netting»
50%	<ul style="list-style-type: none"> • créances d'une durée résiduelle d'un à trois ans sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE • créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à un an sur des banques qui ont leur siège principal hors des pays de l'OCDE, y compris les soldes créanciers obtenus en application d'un «close-out-netting»
75%	créances d'une durée résiduelle de plus de trois ans sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE
100%	créances d'une durée résiduelle de plus d'un an sur des banques qui ont leur siège principal hors des pays de l'OCDE

¹ Comité de Bâle sur le contrôle bancaire: Convergence internationale de la mesure et des normes de fonds propres (traduction française), annexe 2, p. 2, ainsi que directive de solvabilité de l'Union Européenne, article 6 al. 1 let. b ch. 7 et 8.

Les nouvelles règles apportent des allègements aux banques essentiellement en ce qui concerne les créances d'une durée d'échéance résiduelle jusqu'à un an, créances qui constituent la majeure partie des transactions interbancaires. La couverture en fonds propres pour ce genre de créances n'atteint plus que la moitié de la précédente (pondération de 25 % au lieu de 50 %) et elle est seulement légèrement plus sévère que celle du Comité de Bâle (pondération de 20 %). Les créances d'une durée résiduelle d'un à trois ans doivent également être couvertes avec une quantité inférieure de fonds propres que précédemment (pondération de 50 % au lieu de 75 %). Les créances d'une durée résiduelle de plus de trois ans sur des banques¹ sises dans un pays de l'OCDE doivent par contre être couvertes par autant de fonds propres que précédemment (pondération de 75 % ou couverture de 6 % de fonds propres).

En comparaison de l'Accord de Bâle sur les fonds propres, la réglementation pour les créances de plus d'un an sur des banques sises dans un pays de l'OCDE reste par conséquent beaucoup plus sévère. Les facteurs de pondération en fonction du risque de 50 % et de 75 % représentent un multiple du facteur de 20 % du Comité de Bâle et constituent un certain désavantage concurrentiel pour les banques opérant au niveau international. Mais la nouvelle réglementation est justifiée quant au fond. La différenciation en fonction de la durée (< 1 an, 1–3 ans, > 3 ans) est raisonnable parce qu'elle prend en compte le risque plus élevé inhérent aux créances de longue durée. La couverture échelonnée en fonds propres pour les débiteurs bancaires est justifiée en particulier en vue d'une couverture suffisante en fonds propres des opérations de bilan et hors bilan (en particulier des swaps). La pondération généralement basse des créances interbancaires dans les standards minimaux internationaux doit donner à réfléchir compte tenu du risque systémique engendré par les liens multiples et étroits développés par le système bancaire et financier à travers le monde. Elle fait également abstraction du fait qu'il peut exister d'importantes différences de solvabilité d'une banque à l'autre. Il serait possible de répondre à cette dernière

¹ Cf. la définition du terme «banque» dans les Directives de la Commission fédérale des banques sur les dispositions régissant l'établissement des comptes des articles 23 à 27 OB (DEC–CFB) du 14 décembre 1994, VIII.

objection en prévoyant que seules les créances sur des banques bénéficiant d'une note (rating) minimale déterminée seraient privilégiées. Le fait que la note constitue un critère beaucoup plus expressif concernant le risque de crédit que la durée d'échéance de la créance ou le domicile dans un groupe de pays déterminé parle en particulier en faveur du critère de la note. Au cours de la procédure de consultation, les banques se sont prononcées contre l'introduction du critère de la note en faisant valoir des motifs politiques et pratiques. On peut cependant imaginer que la note d'un débiteur puisse à l'avenir devenir le critère déterminant pour la couverture en fonds propres d'une créance sur ce débiteur, sans égard au fait qu'il ait son siège dans un groupe déterminé de pays ou non. La proposition du Comité de Bâle contenue dans la partie A (la méthode de mesure standardisée) chiffre marginal 6 du document en consultation d'avril 1995 relatif au projet d'extension de l'Accord sur les fonds propres aux risques de marché constitue un premier pas dans cette direction. Aux termes de cette proposition, la note de l'émetteur devrait jouer un rôle déterminant pour la répartition des emprunts en cinq catégories.¹ En outre, les taux minimaux de correctifs de valeurs de l'annexe II de la Circulaire-CFB 92/4 «Risque-pays» du 16 décembre 1992 se fondent aussi, en sus de l'estimation effectuée par les banques commerciales importantes, sur les analyses élaborées par des instituts spécialisés.²

222.3 Créances sur les établissements créés en commun par les banques et reconnus par la Commission des banques (ch. 2.6)

Tant l'ancien (art. 13 al. 1 let. b ch. 5.2 aOB) que le nouveau droit sont muets sur le point de savoir à quelles conditions la reconnaissance d'établissements créés en commun par les banques doit intervenir. Dès lors que la qualité d'établissement créé en commun implique non seulement un allègement de fonds propres pour les créanciers mais représente en outre pour l'établissement lui-même un prestige accru tant en Suisse qu'à l'étranger, cette reconnaissance doit être soumise à des exigences élevées. En pratique, un établissement

¹ Cf. de la même façon la description des «actifs qualifiés» dans la directive d'adéquation des fonds propres de l'Union Européenne (93/6/CEE), art. 2 ch. 12 al. 2.

² Cf. Rapport de gestion CFB 1992, p. 224s.

créé en commun doit en règle générale respecter certaines dispositions spécifiques de la législation bancaire. A ce jour, et à leur demande, seules la Centrale d'émission des banques régionales suisses et Intersettle (Intersettle Swiss Corporation for International Securities Settlements) ont été reconnues par la Commission des banques comme établissement créé en commun au sens des dispositions sur les fonds propres.

222.4 Créances sur les bourses d'options ou de «financial futures» (ch. 2.7)

Le chiffre 2.7 dispose que les créances sur les bourses d'options ou de «financial futures» sont soumises à une pondération en fonction du risque de 25 % quelle que soit la durée, dans la mesure où les bourses sont soumises à une surveillance adéquate et les contrats ainsi que les garanties sont soumis à une évaluation quotidienne au cours du marché avec un appel de marge quotidien. Cette règle est inspirée des dispositions des Circulaires CFB 91/2 «Options et 'Financial Futures'» (ch. 9) et 92/3 «Gros risques hors bilan» (ch. 29), qui prévoient que les engagements de telles bourses sont assimilés à des engagements à court terme de banques au sens de l'art. 21 al. 1 let. b OB.

222.5 Crédits lombard (ch. 4.3)

Hormis dans le cas des créances garanties par des dépôts de fonds (ch. 1.4), par des titres de créance non subordonnés émis par l'établissement prêteur (ch. 1.5) ou par des gages immobiliers (ch. 2.5, 3.1 et 4.1), les sûretés apportées par le débiteur ne sont prises en considération, par le biais d'un facteur de pondération en fonction du risque spécial, qu'en matière de crédits lombard. Le traitement privilégié du crédit lombard – inconnu du Comité de Bâle et de l'Union Européenne – se justifie parce que la garantie est en règle générale soumise à des marges de sécurité réglementaires (limites de couverture) et que les sûretés font l'objet d'une évaluation régulière. Par rapport aux crédits commerciaux, les pertes sur crédits lombard sont ainsi nettement moins élevées. Mais on est en présence d'un crédit lombard au sens du chiffre 4.3 que si la garantie consiste 1) en **valeurs patrimoniales mobilières** (par ex. valeurs mobi-

lières, métaux précieux) négociées auprès d'une bourse reconnue ou sur un marché représentatif au sens de l'art. 14 let. d, en **dépôts de fonds** ou en **placements fiduciaires**, 2) qui font l'objet d'une **évaluation hebdomadaire, ou quotidienne si la situation du marché est inhabituelle, au cours du marché** et 3) sont **suffisamment diversifiés**. Afin d'établir si une garantie est assez diversifiée, il convient d'appliquer les normes bancaires usuelles. Un crédit dont la couverture serait composée de quelques titres seulement ou d'un unique placement fiduciaire par exemple, ne serait ainsi pas considéré comme suffisamment diversifié.

Une banque est libre, à côté de la pondération forfaitaire de 75 %, de ventiler la couverture d'un crédit lombard et de pondérer la créance en application de l'article 12a alinéas 2 et 3 comme si elle était garantie par les titres de créance individuels (cf. chiffres 222.7 et 222.8). Mais elle ne saurait utiliser les deux méthodes pour un même client. Elle ne peut donc pas pondérer une partie du portefeuille selon les alinéas 2 et/ou 3 et le solde au taux forfaitaire de 75 %.

222.6 Créances de rang subordonné (ch. 3.3 et 6)

La pondération d'une créance dépend en principe du genre de contrepartie (collectivités de droit public, banques, particuliers, etc.). A strictement parler, il faudrait en outre et pour chaque catégorie de contrepartie distinguer entre créances de rang subordonné et créances non subordonnées. Etant donné que cela compliquerait à l'excès le calcul des fonds propres (en particulier en ce qui concerne les opérations hors bilan de rang subordonné), on a renoncé à la distinction entre créances de rang subordonné et créances non subordonnées pour chaque catégorie de contrepartie. Un facteur de pondération forfaitaire en fonction du risque de 250 % a été introduit (ch. 6). Ce facteur de pondération correspond à la couverture actuelle de 20 % pour les créances de rang postérieur non comptabilisées sous participations permanentes (art. 13 al. 1 let. a ch. 7.4 aOB) et tient compte du risque accru inhérent au rang subordonné. Une exception a été prévue pour les créances de rang subordonné sur des collectivités de droit public dans les pays de l'OCDE, qui sont pondérées par un facteur de 50 % (ch. 3.3).

222.7 Garantie sous forme de titres de créance ou de sûretés (art. 12a al. 2)

A l'instar de la directive de solvabilité de l'Union Européenne¹ et, dans une moindre mesure, de l'Accord sur les fonds propres,² la nouvelle réglementation prend en considération le fait que la solvabilité du tiers qui s'est porté garant peut être meilleure que celle de la contrepartie. Le facteur de pondération applicable au tiers qui est à l'origine de la garantie peut par conséquent être appliqué aux créances garanties par ces tiers, par des titres de créance qu'ils ont émis ou par des placements fiduciaires autant que ce facteur est inférieur à celui applicable à la contrepartie considérée. Une créance contre un particulier qui est garantie par la Confédération ou par un titre de créance qu'elle a émis ne nécessite ainsi aucune couverture en fonds propres (pondération de 0 %; ch. 1.2). Sont également considérées comme des créances bénéficiant d'une garantie, les créances sur des banques cantonales dont l'ensemble des engagements non subordonnés sont garantis par l'Etat. Ces créances peuvent, indépendamment de leur durée d'échéance résiduelle, bénéficier du facteur de pondération de 25 % applicable aux créances sur les autres collectivités suisses de droit public (al. 3 en rel. avec ch. 2.5). Lorsqu'une créance n'est que partiellement garantie, le facteur de pondération plus bas ne s'applique bien entendu qu'à la partie de la créance qui est intégralement garantie.

222.8 Titres de créance bancaires du portefeuille destiné au négoce (art. 12a al. 3)

L'alinéa 3 de l'article 12a retient que les titres de créance du portefeuille destiné au négoce qui sont émis par des banques qui ont leur siège principal dans des pays de l'OCDE, et négociés auprès d'une bourse reconnue, sont traités comme des créances jusqu'à un an (pondération de 25 %) quelle que soit leur durée d'échéance résiduelle. Cette réglementation se justifie, d'une part, parce que les tit-

¹ Cf. directive de solvabilité de l'Union Européenne, art. 6.

² Depuis la modification de l'Accord de Bâle sur les fonds propres, entré en vigueur le 9 décembre 1994, sont admis en qualité de «couverture privilégiée» les titres ou les garanties des administrations centrales de l'OCDE, d'institutions non centrales des pays de l'OCDE ou de certaines banques multilatérales de développement.

res de créance du portefeuille destiné au négoce qui sont émis par des banques sont soumis à une évaluation continue et peuvent, grâce à leur négociabilité, être cédés rapidement lorsqu'ils perdent de la valeur. D'autre part, les titres de créance bancaires internes étaient déjà privilégiés par rapport aux autres titres de créance du secteur privé dans l'ancienne réglementation (taux de couverture de 4 %; art. 13 al. 1 let. a ch. 2.9 aOB); la couverture en fonds propres des titres de créance bancaires prévue par la nouvelle réglementation est cependant encore supérieure aux standards correspondants du Comité de Bâle et de l'Union Européenne qui prévoient une pondération de 20 % pour les créances sur les banques qui ont leur siège dans les pays de l'OCDE, quelle que soit leur durée d'échéance (cf. les explications au chiffre 222.2).

Avec l'entrée en vigueur des dispositions attendues sur les risques de marché, cette prescription deviendra caduque puisque les exigences en matière de fonds propres pour les risques de marché se substitueront à celles pour les risques de crédit en ce qui concerne les titres de créance et les actions du portefeuille destiné au négoce.¹

223 Pondération en fonction du risque pour les actifs sans contrepartie (art. 12b)

L'article 12b règle la pondération en fonction du risque des actifs qui n'ont pas de contrepartie. Une telle réglementation spéciale concerne les valeurs mobilières (art. 12h; cf. chif. 226) et les positions ouvertes en devises, métaux précieux et marchandises (art. 12i; cf. chif. 227). Les facteurs de pondération sont inspirés des taux de couverture applicables jusqu'à maintenant.

224 Opérations hors bilan

224.1 Engagements conditionnels et engagements irrévocables (art. 12d)

Dans le secteur des opérations hors bilan, les anciennes dispositions en matière de fonds propres ne prenaient la solvabilité de la

¹ Cf. Comité de Bâle, Projet d'extension de l'Accord sur les fonds propres aux risques de marché, Avril 1995, ch. 13, p. 45.

contrepartie qu'insuffisamment en compte (cf. les explications au chiffre 142). Dans un cas particulier, la Commission des banques a été contrainte de faire échec à cette erreur de conception en procédant à une interprétation cohérente du texte de l'ordonnance (Circulaire-CFB 93/2 «Couverture en fonds propres des garanties pour le compte de collectivités de droit public» du 25 août 1993).¹

En prenant comme point de départ une pondération de 100% de la contrepartie, les facteurs de conversion en équivalent-crédit correspondent pour l'essentiel aux taux directs actuels de couverture en fonds propres. Lorsque la contrepartie permet l'application d'un facteur de pondération inférieur, il en résulte nouvellement une exigence réduite de fonds propres.

Les garanties de soumission, de livraison et d'exécution devaient selon l'ancien droit (art. 13 al. 1 let. b ch. 6.1 aOB) être couvertes par 2% de fonds propres correspondant à un facteur de conversion en équivalent-crédit de 0,25. Ce taux notablement trop bas par rapport aux standards internationaux (0,5) constituait une pierre d'achoppement du point de vue international. Le facteur de conversion pour les garanties de soumission, de livraison et d'exécution correspond dorénavant au standard minimum international. Les **garanties pour les défauts de l'ouvrage portant sur l'exécution d'ouvrages sis en Suisse** continuent en revanche de bénéficier d'un traitement privilégié (ch. 1.3), à savoir un facteur de conversion en équivalent-crédit inchangé de 0,25. Cela se justifie en considération des cas marginaux de pertes dans de telles affaires.

Les engagements conditionnels pour lesquels la banque a donné des **sous-participations** (al. 3) ne devaient, à tort, selon l'ancienne réglementation, être couverts par des fonds propres qu'à hauteur de leur volume net, c'est-à-dire après déduction des sous-participations (cf. l'ancien état des fonds propres). Dans la relation avec la contrepartie, la banque répond en effet – indépendamment des sous-participations accordées – de l'ensemble de son engagement conditionnel. Ce n'est que dans la relation interne qu'elle peut se retourner contre le sous-participant. La banque bénéficie par conséquent, dans les limites de la sous-participation, d'une couver-

¹ Cf. Rapport de gestion CFB 1993, p. 126.

ture diminuant le risque de son engagement. L'ancienne conception erronée a été abandonnée dans la nouvelle réglementation: une banque devra à présent multiplier le montant brut de l'engagement par le facteur de conversion en équivalent-crédit. La sous-participation joue un rôle dans la mesure où, dans les limites de son montant, l'engagement est considéré comme garanti ce qui, en raison de la pondération en fonction du risque dont bénéficie la contrepartie qu'est le sous-participant (les sous-participants sont régulièrement des banques), provoquera souvent une réduction de la position brute qui doit être pondérée en fonction du risque.

224.2 Contrats à terme et options achetées (art. 12e)

Deux méthodes sont actuellement reconnues de manière générale sur le plan international pour déterminer le risque de crédit inhérent aux contrats à terme et aux options achetées et pour établir la couverture en fonds propres de ces opérations: la méthode d'évaluation au prix du marché (current exposure method ou marking to market-approach) et la méthode d'évaluation du risque initial (original exposure method). Dans les deux cas, on calcule dans un premier temps pour une opération déterminée le montant correspondant au risque de crédit, appelé équivalent-crédit, pour ensuite le multiplier par un facteur de pondération en fonction du risque qui dépend de la contrepartie. Les banques peuvent dorénavant choisir entre les deux méthodes, recommandées par le Comité de Bâle et l'Union Européenne.¹ Seule la méthode d'évaluation au prix du marché est toutefois applicable aux options achetées (al. 1, 2e phrase) car l'asymétrie des options peut conduire à un important effet de levier. Cela est particulièrement vrai pour les dénommés Low Exercise Price Options (LEPOs).

Dans le cadre de la **méthode d'évaluation au prix du marché**, l'équivalent-crédit correspond au montant de la couverture en fonds propres de la valeur de remplacement (replacement value) à laquelle on ajoute une majoration (add-on). Les valeurs de remplacement correspondent à la valeur actuelle que la banque devrait payer pour pouvoir, en cas de défaillance de la contrepartie, conclure un con-

¹ Cf. Modèle de Bâle sur les fonds propres, annexe 3, et directive de solvabilité de l'Union Européenne, annexe II.

trat de remplacement identique avec une autre contrepartie. Les valeurs de remplacement sont positives lorsque la banque se verrait contrainte de procéder à une opération de remplacement plus onéreuse que le contrat de base, elles sont négatives lorsque la banque serait en mesure d'effectuer une opération de remplacement plus avantageuse que le contrat de base. Le calcul est fondé sur les cours du marché valables à un moment donné pour l'opération de remplacement. La majoration est une grandeur de calcul qui sert à la couverture du risque de crédit potentiel qui existe pendant la durée résiduelle du contrat sous la forme de variations futures des valeurs de remplacement. La Commission des banques accepte déjà la méthode d'évaluation au prix du marché pour les opérations à terme et les instruments dérivés concernant le calcul de l'engagement soumis à annonce en application de l'article 21 OB (gros risques).¹ La valeur des majorations prévues et des facteurs de conversion en équivalent-crédit s'orientent toujours en fonction de la matrice du Modèle de Bâle sur les fonds propres dans la version complétée par le Comité en avril 1995 en matière de produits dérivés,² qui prévoit, d'une part, des majorations plus élevées pour les durées d'échéance résiduelle supérieures à cinq ans, et prend, d'autre part, nouvellement en compte, en sus des taux d'intérêt et des devises (y compris l'or), les valeurs de base que sont les actions, les métaux précieux et les autres marchandises. Selon la conception du Comité de Bâle, la méthode d'évaluation au prix du marché doit impérativement être appliquée pour les valeurs de base nouvellement introduites alors que la réglementation suisse permet ici également l'usage alternatif de la méthode d'évaluation du risque initial, tout en augmentant cependant de façon massive les facteurs de conversion en équivalent-crédit prévus à cet effet.

Pour certains contrats déterminés, il n'est **pas** nécessaire de prévoir une **majoration**. A l'image de l'Accord de Bâle sur les fonds propres et de la directive de solvabilité de l'Union Européenne,³ tel

¹ Circulaire-CFB 92/3 «Gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés» du 16 décembre 1992.

² Comité de Bâle sur le contrôle bancaire, Accord de Bâle sur les fonds propres: Traitement du risque de crédit lié à certains instruments de hors-bilan, Avril 1995.

³ Accord de Bâle sur les fonds propres (traduction française), annexe 3, p. 3, et directive de solvabilité de l'Union Européenne, annexe 2.

est de manière générale le cas pour les contrats négociés en bourse ou hors bourse qui ont une durée initiale de quatorze jours au plus (al. 7 let. a) ainsi que pour les contrats négociés auprès d'une bourse reconnue, à l'exception des options achetées, qui sont soumis à un appel de marge quotidien (al. 7 let. b). En ce qui concerne les premiers, la modification du risque de crédit peut être négligée compte tenu de la brièveté de leur durée, saisissable dans toute son étendue (al. 7 let. a). La renonciation à une majoration pour les contrats négociés en bourse est justifiée parce qu'ils sont évalués quotidiennement et soumis à un appel de marge quotidien (à l'exception des options achetées), de sorte qu'ils peuvent être assimilés, en ce qui concerne l'évaluation du risque de crédit, aux contrats d'un jour. En dérogation à l'Accord de Bâle sur les fonds propres et à la directive de solvabilité de l'Union Européenne, il est possible de renoncer à la majoration pour les contrats traités hors bourse, lorsqu'ils peuvent, en ce qui concerne l'évaluation du risque de crédit, être assimilés à des contrats négociés en bourse. On admet que cette condition est remplie lorsque 1) les contrats sont traités sur un marché représentatif au sens de l'art. 14 let. d, 2) les opérations sont effectuées contre remise de garanties constituées par des dépôts de fonds ou le nantissement, ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente (par ex. par un transfert de propriété à titre fiduciaire), de valeurs mobilières, métaux précieux et marchandises négociables, et 3) les contrats et les garanties sont évalués quotidiennement au cours du marché et soumis à un appel de marge quotidien (al. 7 let. c).

L'application de la méthode d'évaluation au prix du marché implique, en particulier en raison de l'évaluation quotidienne, des systèmes électroniques onéreux. Les banques qui ne sont pas en mesure ou qui ne désirent pas, pour des raisons diverses (volume restreint d'opérations sur produits dérivés, coût, politique commerciale, etc.), appliquer cette méthode exigeante, peuvent par conséquent appliquer la **méthode plus simple d'évaluation du risque initial**. Dans le cadre de cette méthode, l'équivalent-crédit n'est pas déterminé périodiquement pour chaque genre de contrat sur la base des valeurs du marché, mais estimé en fonction de valeurs statistiques expérimentales qui s'expriment en facteurs de conversion en équivalent-crédit sous la forme de pourcentages fixes des valeurs des

contrats. L'équivalent-crédit d'un contrat déterminé est obtenu par la multiplication de sa valeur nominale par le facteur de conversion applicable. La méthode d'évaluation du risque initial est plus simple mais également moins précise parce que, au contraire de la méthode d'évaluation au prix du marché, on ne tient pas compte de la valeur (de marché) effective du contrat. C'est la raison pour laquelle les facteurs de conversion en équivalent-crédit ont été fixés de manière particulièrement prudente. Ce procédé devrait également inciter les banques à appliquer la méthode d'évaluation au prix du marché qui, même si elle est plus exigeante, est également plus adéquate pour mesurer le risque encouru. A moyen terme, il faut s'attendre à ce que les banques cessent d'appliquer la méthode d'évaluation du risque initial.

224.3 Compensation/«netting» (art. 12f)

Au niveau international, la constatation que les conventions de compensation peuvent entraîner une réduction des risques de crédit et ainsi indirectement une diminution des exigences en matière de fonds propres, autant qu'elles sont reconnues au sein des différents ordres juridiques et qu'elles peuvent être exécutées en cas de faillite, s'est imposée de façon générale.¹ La réglementation de l'article 12f s'inspire en grande partie, en ce qui concerne la compensation bilatérale, de la modification de juillet 1994 de l'Accord de Bâle sur les fonds propres² et de la Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 1994 «modifiant la directive 89/647/CEE en ce qui concerne la reconnaissance par les autorités de surveillance des contrats de novation et des conventions de netting («contractual netting»)».

A l'image de ces deux modèles internationaux, l'article 12f ne reconnaît pour l'instant que certaines formes de **compensation bilatérale**. Des investigations plus poussées au niveau national et

¹ Cf. Banque des Règlements Internationaux: Rapport du Comité sur les systèmes de compensation interbancaire des banques centrales des pays du Groupe des Dix (rapport Lamfalussy), novembre 1990.

² Basle Committee on Banking Supervision, The capital adequacy treatment of the credit risk associated with certain off-balance-sheet items, Annex 1: Amendment to the 1988 Capital Accord for bilateral Netting, July 15, 1994.

international sont nécessaires avant de reconnaître la compensation multilatérale. Parmi les formes de compensation bilatérale, sont admis désormais le «**close-out-netting**» (al. 2 let. a), le «**netting by novation**» (al. 2 let. b) et le «**payment netting**» (al. 2 let. c). Le «payment-netting», qui n'est pas reconnu par le Comité de Bâle,¹ n'est admis qu'à condition qu'il s'agisse d'opérations compensées conclues avec la même contrepartie.

Les formes de compensation évoquées ne sont reconnues aux fins de la mesure des fonds propres qu'à la condition qu'elles, ou plutôt les accords de compensation correspondants, soient **reconnus par les ordres juridiques déterminants et que leur exécution puisse être obtenue en cas de faillite**. En ce qui concerne la possibilité d'en obtenir l'exécution en cas de faillite, il faut en particulier éviter que l'administration de la faillite effectue ce qu'on appelle un «cherry-picking» en exécutant que les contrats avantageux pour la masse en faillite et en rejetant les autres. Le droit suisse en vigueur l'autorise puisque l'administration de la faillite peut décider si elle entend ou non exécuter les contrats conclus par le failli (droit d'exécution; art. 211 LP). La réponse à la question de savoir si la réglementation contractuelle de la liquidation des contrats en cours en cas de faillite est juridiquement admissible était incertaine.² Dans la nouvelle réglementation de l'article 211 de la loi fédérale révisée sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP), promulguée par le Parlement le 16 décembre 1994,³ mais dont l'entrée en vigueur n'est prévue que le 1er janvier 1997, le droit d'exécution de l'administration de la faillite est maintenant limité et décrit de manière précise. Aux termes de l'article 211 alinéa 2bis LP rév., l'administration de la faillite (et le cocontractant) peut seulement faire valoir la différence entre la valeur convenue des prestations contractuelles et leur valeur de marché au moment de l'ouverture de la faillite, ce qui revient en définitive à reconnaître les accords de compensation correspondants.

¹ Note 6 de la réglementation du Comité de Bâle sur la compensation.

² Rapport de l'Office fédéral de la justice à l'intention de la commission des affaires juridiques du Conseil des Etats du 1er septembre 1993 concernant la nouvelle réglementation de l'article 211 de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite relative au droit d'exécution de l'administration de la faillite dans des contrats bilatéraux, FF 1994 I 1302 (1307).

³ RO 1995 II 1227.

Il convient de remarquer que la possibilité d'obtenir l'exécution d'un accord de compensation doit être examinée à la lumière du droit international privé et du droit international de la faillite lorsqu'une partie est domiciliée à l'étranger. Selon les recommandations du Comité de Bâle et la proposition de directive de l'Union Européenne, la banque doit apporter à son autorité de surveillance la preuve de la possibilité d'obtenir l'exécution dans les ordres juridiques déterminants et lui présenter à cet effet des avis de droit écrits dûment motivés. Dans le système suisse de surveillance, il appartiendra aux institutions de révision bancaire d'examiner la reconnaissance et l'exécution des accords de compensation dans les ordres juridiques déterminants. Dans le but de garantir une pratique uniforme en ce qui concerne la reconnaissance des accords de compensation et d'éviter des travaux à double, une collaboration étroite entre les institutions de révision et avec les banques est requise. Le secret d'affaires et le secret bancaire ne s'y opposent pas dès lors qu'il s'agit de juger de pures questions juridiques. Au sein de la Chambre fiduciaire, des projets concrets sont en cours visant à créer un groupe de coordination entre les sociétés de révision. Celui-ci aura pour tâche de porter un jugement indépendant sur les contrats de compensation, les prises de position et les avis de droit soumis par un groupe spécialisé des banques et d'établir leur conformité à l'égard de toutes les institutions de révision concernées. La reconnaissance des contrats de compensation devrait, pour des raisons pratiques, se limiter à quelques contrats standards en usage au niveau international (master agreements). Il faut par ailleurs attirer l'attention sur une condition supplémentaire retenue par les standards minimaux précités aux termes de laquelle la compensation contractuelle doit pouvoir être exécutée selon le droit de tous les systèmes juridiques concernés de sorte qu'un accord de compensation ne peut être admis pour aucune des parties contractantes comme élément réduisant le risque lorsque la possibilité d'en obtenir l'exécution apparaît douteuse au regard d'un seul ordre juridique concerné. La Commission des banques fournira, en cas de besoin, son appui au groupe de coordination des institutions de révision en vue des contacts nécessaires à cet effet avec les autorités de surveillance étrangères. Il faut enfin s'assurer que les banques contrôlent en permanence leurs accords de compensation afin de prendre en compte d'éventuelles modifications des dispositions juridiques applicables.

225 Actes juridiques semblables au prêt de consommation portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises (art. 12g)

L'article 12g règle la prise en considération, en ce qui concerne les fonds propres, du risque de crédit inhérent au **prêt de titres** ou à l'**emprunt de titres** ainsi qu'aux **opérations de mise et de prise en pension**. Le risque inhérent à l'émetteur auquel ces transactions sont soumises est régi par l'article 12h.

La nouvelle disposition reprend le contenu principal de la Circulaire-CFB 93/4 du 14 décembre 1993 concernant la couverture en fonds propres des prêts de titres et des opérations de mise et de prise en pension¹ qui avait comblé une lacune des prescriptions actuelles en matière de fonds propres. Elle prévoit que seule la différence entre la garantie et la position titres, métaux précieux ou marchandises doit être couverte par des fonds propres lorsque les conditions énumérées aux lettres a), b) et c) sont remplies. A la différence de la Circulaire-CFB précitée, sont admis en qualité de valeurs négociables et de garantie non seulement les dépôts de fonds et les titres, qui sont nouvellement désignés par le terme de «valeurs mobilières», mais également les métaux précieux et les marchandises.

226 Positions de risque inhérentes à l'émetteur (art. 12h)

A l'image de l'article 12g, l'article 12h, qui a pour objet la détermination du risque inhérent aux émetteurs de valeurs mobilières (voir les explications au chiffre 172), trouve en grande partie son origine dans la Circulaire-CFB 93/4 «Couverture en fonds propres des prêts de titres et des opérations de mise et de prise en pension» du 14 décembre 1993. Les alinéas 1, 2 et 3 s'inspirent de la note marginale 13 de ladite circulaire.² Aux termes de l'alinéa 1, la position nette

¹ La circulaire s'inspire de la directive d'adéquation des fonds propres de l'Union Européenne (93/6/CEE), annexe II, ch. 4.1.

² La réglementation prévue dans cette note marginale est valable de manière générale pour la détermination du risque inhérent aux émetteurs de titres, indépendamment de tout prêt de titres ou opération de mise ou de prise en pension (cf. circulaire de l'Association suisse de banquiers n° 1103 D du 23 décembre 1993).

longue des valeurs mobilières d'un même émetteur doit être couverte par des fonds propres lorsque celles-ci sont soumises à une pondération en fonction du risque identique. Cela est également le cas lorsque les titres compris dans le calcul sont des titres de créance de rang subordonné et des titres de participation. L'alinéa 4 retient que les titres de créance sont pondérés en application des facteurs prévus à l'article 12a alinéa 1, étant entendu qu'il est permis de pondérer à concurrence de la moitié seulement les titres de créance de rang subordonné, qui sont de façon générale soumis à un facteur de pondération de 250 % (art. 12a al. 1 ch. 6), lorsqu'ils sont négociés auprès d'une bourse reconnue. L'alinéa 4 contient en outre des facteurs de pondération pour les titres de participation tels que les actions et bons de participation ainsi que pour les certificats de fonds de placement, des facteurs différents étant applicables selon qu'ils sont négociés auprès d'une bourse reconnue¹ ou non. Des facteurs de pondération différenciés sont par ailleurs appliqués aux titres de participation selon qu'ils sont comptabilisés sous participations ou non. Une fois convertis, les facteurs de pondération en fonction du risque correspondent aux taux de couverture applicable jusqu'à maintenant. Le facteur de pondération de 1250 % pour les propres actions que la banque détient dans le portefeuille destiné au négoce correspond ainsi au taux de couverture de 100 % actuellement applicable ($1250 \times 0.08 = 100$). Les propres actions qui ne proviennent pas du portefeuille destiné au négoce doivent être déduites des fonds propres de base (art. 11a al. 3 let. a).

227 Positions avec risque de marché (art. 12i)

Le contenu de l'article 12i correspond largement à la réglementation de l'ancien article 13 alinéa 1 lettre c, à la différence essentielle que les positions ouvertes en marchandises sont nouvellement prises en considération. Les positions (de marché) ouvertes en actions et titres de créance feront, ainsi que cela a été évoqué aux chiffres 143 et 15, l'objet d'une phase ultérieure de la révision.

Ainsi que cela ressort du plan de l'alinéa 1, la détermination de la position ouverte en métaux précieux et marchandises prend égale-

¹ L'expression «négocié à une bourse reconnue» correspond au terme «cotation» défini à l'article 2 lettre c LBVM.

ment en compte les éléments effectivement disponibles. C'est la raison pour laquelle les métaux précieux et marchandises effectivement disponibles doivent, en application de l'article 12b ch. 1.1, subir une pondération de 0 %.

23 Déduction des fonds propres exigibles (art. 13)

Par rapport aux anciennes prescriptions (art. 13 al. 3 aOB), les deux possibilités de déductions des fonds propres exigibles ont été pour l'essentiel maintenues sans modification.

Il y a d'une part une **déduction forfaitaire** offerte à **toutes** les banques qui ont comptabilisé dans leurs passifs des **correctifs de valeurs et des provisions** en couverture de positions pour lesquelles des fonds propres sont exigés (let. a). Dans le calcul de cette position, les réserves latentes prises en compte selon l'article 11b alinéa 1 lettre b doivent être déduites. Il en va de même en ce qui concerne les correctifs de valeurs portés au passif du bilan pour le calcul de la position nette longue selon l'article 12h alinéa 3. Cette déduction à concurrence de 6 % des correctifs de valeurs et provisions corrige les exigences en matière de fonds propres qui deviennent excessives lorsque la valeur d'un actif n'est corrigée qu'indirectement au passif et continue donc, parce que les dispositions sur les fonds propres sont appliquées à la valeur comptable, à être couverte par des fonds propres en fonction de sa valeur initiale, même si le risque latent se limite à la valeur nette corrigée.¹ Cette déduction n'est prévue ni par l'Accord de Bâle sur les fonds propres ni par les directives de l'Union Européenne applicables en l'espèce. Aux termes de l'article 9 (Passif) lettre B ch. 3 en relation avec l'article 20 alinéa 3 de la Quatrième directive du Conseil de l'Union Européenne du 25 juillet 1978 concernant les comptes annuels de certaines formes de sociétés² et de l'article 23 de la directive du Conseil de l'Union Européenne du 8 décembre 1986 concernant les comptes annuels et les comptes consolidés des banques et autres établissements financiers,³ la création de correctifs de valeurs n'est pas autorisée

¹ Cf. les commentaires relatifs au texte actuel de l'ordonnance, Bulletin CFB 19, p. 93/94.

² 78/660/CEE, in JO n° L 222 du 14. 8. 1978.

³ 86/635/CEE, in JO n° L 372 du 31. 12. 1986.

dans les passifs du bilan. A long terme, cette divergence d'avec les standards internationaux, basée sur les prescriptions suisses en vigueur en matière d'établissement des comptes,¹ ne pourra être maintenue que difficilement.

La seconde déduction concerne seulement les **banques cantonales** (let. b): son montant correspondant à 12.5% des fonds propres exigibles est resté le même que précédemment. Etant donné que les banques cantonales ont nouvellement la possibilité de prendre en compte des dettes de rang subordonné (art. 11b al. 2 let. b; cf. les explications au chiffre 213), cette déduction n'est plus autorisée que dans la mesure où la banque ne prend pas simultanément en compte des engagements de rang subordonné au titre de fonds propres. La combinaison, sur le plan des fonds propres, entre des dettes de rang subordonné et la déduction pour les banques cantonales est possible autant que les engagements de rang subordonné n'ont pas atteint 12.5% des fonds propres exigibles. Le cumul des deux éléments au-delà de la limite de 12.5% (c'est-à-dire la prise en compte cumulée d'engagements de rang subordonné et de la déduction des fonds propres requis, dans une mesure supérieure à 12.5% des fonds propres exigibles) n'est par contre pas autorisée.

24 Consolidation (art. 13a)

L'ancienne disposition relative à l'application consolidée des dispositions sur les fonds propres aux groupes bancaires (art. 12 al. 2 aOB) trouve son origine dans la modification du 1er décembre 1980² de l'ordonnance. Elle a été développée plus avant par la pratique de la Commission des banques et appliquée aux groupes bancaires avec structure de holding, notamment en admettant l'existence d'une obligation de fait d'assistance.³ Au niveau international, des recommandations, en particulier du Comité de Bâle sur le contrôle ban-

¹ Cf. Directives de la Commission fédérale des banques relatives aux dispositions régissant l'établissement des comptes des art. 23 à 27 OB (DEC – CFB) du 14 décembre 1994, I, chif. 9 et IX, tableau E.

² RO 1980 1814.

³ Cf. ch. 11 ci-dessus et Bernhard Müller: Die Praxis der Eidg. Bankenkommission, in: Jubiläumsschrift 50 Jahre eidgenössische Bankenaufsicht, Zurich 1985, p. 364ss.

caire¹ et de l'Organisation Internationale des Commissions de Valeurs (OICV/IOSCO),² ont été établies concernant la surveillance des groupes bancaires et des conglomérats financiers. Enfin, l'Union Européenne respecte dans sa directive 92/30/CEE du 6 avril 1992 sur la surveillance consolidée des établissements de crédit³ les mêmes principes fondamentaux que ceux qui sont à l'origine de la décision de principe, confirmée par le Tribunal fédéral, rendue par la Commission des banques dans la cause Crédit Suisse/CS Holding.⁴ Ces nouvelles conceptions avaient déjà été introduites à l'article 14 de la nouvelle loi fédérale sur les bourses et le commerce de valeurs mobilières (LBVM) du 24 mars 1995,⁵ aux termes duquel le négociant en valeurs mobilières est tenu d'observer les prescriptions applicables aux fonds propres et à la répartition des risques sur une base consolidée s'il forme une entité économique avec une ou plusieurs sociétés exerçant des activités dans le domaine financier ou si d'autres facteurs donnent à penser qu'il s'est obligé juridiquement ou de fait envers une telle société. Il faut par ailleurs prendre en considération les nouvelles prescriptions de présentation des comptes de l'ordonnance sur les banques qui décrivent l'obligation d'établir des comptes consolidés et les méthodes de consolidation applicables (art. 23a, 25e). L'article 13a s'inspire de tous les éléments cités et a pour but une dotation en fonds propres adaptée aux risques encourus par le groupe. Bien que la nouvelle disposition soit rédigée de manière nettement plus détaillée que l'article 12 alinéa 2 aOB, la Commission des banques devra au besoin édicter des directives de concrétisation sous la forme d'une circulaire, comme elles existaient déjà avec la directive de consolidation du 17 mars 1978 (Circ.-CFB 78/1).

¹ Cf. à ce sujet Urs Zulauf: EWR, Bankengesetz und internationale Zusammenarbeit zwischen Bankaufsichtsbehörden, in: Aktuelle Rechtsprobleme des Finanz- und Börsenplatzes Schweiz 1/1992 (Edit. Peter Nobel), Berne 1993, p. 40ss; Comité de Bâle sur le contrôle bancaire, Report on International Developments in Banking Supervision No 8, septembre 1990, p. 59–70.

² IOSCO, Principles for the Supervision of Financial Conglomerates, octobre 1992; cf. aussi le rapport publié en été 1995 du Tripartite Group of Bank, Securities and Insurance Regulators, The Supervision of Financial Conglomerates.

³ JO n° L 110 du 28. 4. 1992

⁴ ATF 116 Ib 331ss; cf. également Bulletin CFB 21 p. 39ss ainsi que Rapports de gestion CFB 1992, p. 239 et 1993, p. 140s.

⁵ Cf. Message du Conseil fédéral, FF 1993 I 1269 (1349).

L'alinéa 1 règle l'**obligation générale de consolidation** sur le plan des fonds propres de manière globale en s'inspirant de l'article 14 LBVM. Il inclut ainsi en particulier aussi l'obligation de fait d'assistance sans qu'il existe une relation de participation ou de domination entre la banque tenue de consolider et d'autres sociétés du groupe. Ce procédé permet de prendre en compte aussi bien les groupes avec une maison-mère que ceux constitués sous forme de holding, de même que les conglomérats ou les banques et instituts financiers dominés par la même personne physique. Le cercle de consolidation s'étend sans changement aux entreprises du secteur financier et aux sociétés immobilières. Tout comme actuellement, la banque doit respecter les dispositions sur les fonds propres tant individuellement que sur base consolidée.

L'alinéa 2 fixe l'obligation de consolider pour le **cas d'application** principal du groupe avec une maison-mère et se fonde sur l'existence de fait d'une **domination** directe ou indirecte par majorité des droits de vote ou d'une autre manière. A l'exception du critère moderne de la majorité des droits de vote, qui s'inspire de la nouvelle définition de la domination étrangère de l'article 3bis alinéa 3 LB¹ ainsi que de l'obligation de présenter des comptes consolidés prévue à l'article 663e CO de même qu'à l'article 23a OB, cette disposition est identique à celle de l'article 12 alinéa 2 aOB.

L'alinéa 3 règle **deux exceptions à l'obligation de consolidation**: il est possible, d'une part, avec l'accord de l'organe de révision, de renoncer à la consolidation ou de ne pas prendre en compte une société déterminée lorsque l'entreprise concernée du secteur bancaire ou financier n'est pas significative.² D'autre part, la Commission des banques peut dispenser des sous-groupes de la consolidation des fonds propres lorsqu'ils font partie d'un groupe surveillé en entier sur base consolidée.

L'alinéa 4 établit une obligation de consolider pour le cas où la banque ne dispose pas de la majorité des droits de vote et n'exerce aucune influence prépondérante d'une autre manière, mais qu'elle exerce une influence dominante sur une entreprise conjointement

¹ Modification de la loi sur les banques du 18 mars 1994.

² Cf. Circ.-CFB 78/1, n. 18.

avec des tiers dans le sens d'une joint-venture et que cette **domination conjointe** entraîne pour elle une obligation de fait ou de droit d'assistance équivalant à sa part. Il n'y a pas seulement domination conjointe dans le cas d'application principal d'un partage des droits de vote à raison de la moitié, mais également dans le cas où plusieurs partenaires sont en présence. Il faut cependant que la participation de la banque au capital avec droit de vote atteigne ou dépasse 20 pour cent étant donné qu'avec des participations encore plus dispersées – en particulier pour les établissements communs à des groupes bancaires entiers – la consolidation deviendrait démesurée et pourrait en outre induire en erreur. Alors que l'obligation de consolidation en cas de participation pour moitié existait déjà dans la pratique actuelle de la Commission des banques, son extension à une domination conjointe de plusieurs partenaires s'inspire de l'article 6 alinéa 2 de la directive européenne 92/30/CEE.

Les alinéa 5 et 6 déterminent les **méthodes de consolidation** applicables; l'alinéa 5 contient les principes, l'alinéa 6 une exception. Aux termes de **l'alinéa 5**, les sociétés qui doivent être consolidées selon les deux premiers alinéas doivent, en accord avec l'article 25e alinéa 1 OB, en principe être prises en compte selon la **méthode de l'intégration globale**. Par comparaison, l'article 12 alinéa 2 aOB se contentait de la consolidation par intégration proportionnelle, ce qui était insuffisant compte tenu d'une absence d'assistance des minoritaires, voire même d'une domination éparpillée au sein d'autres investisseurs. Par opposition, les parts au capital d'actionnaires minoritaires dans des filiales consolidées selon la méthode de l'intégration globale dans le cadre du calcul consolidé des fonds propres peuvent maintenant être prises en compte dans la détermination des fonds propres (art. 11a al. 1). La **méthode de l'intégration proportionnelle** est prescrite pour les participations minoritaires à des entreprises dominées conjointement selon l'alinéa 4. Les participations en «Joint-Ventures» à raison de 50 % par actionnaire ou associé peuvent être consolidées à choix selon la méthode de l'intégration globale ou selon celle de l'intégration proportionnelle.

L'alinéa 5 autorise au titre de réglementation d'exception – à choix avec la méthode de l'intégration globale – **l'application de la méthode de l'intégration proportionnelle** pour les participations

majoritaires lorsqu'il est établi par contrat que le soutien de la société tenue de consolider se limite à sa propre quote-part et que, dans le même temps, les autres actionnaires ou associés sont tenus, dans la mesure de leur quote-part respective, d'apporter leur soutien et qu'ils sont légalement et financièrement en mesure de le faire. L'exception concernant les participations majoritaires correspond à l'article 6 alinéa 1 de la directive 92/30/CEE.

L'alinéa 7 donne à la Commission des banques la compétence de **dispenser** les banques **du respect en tout ou en partie des dispositions sur les fonds propres sur base consolidée**. La disposition est libellée de manière très large. Seul est mentionné expressément le cas de l'organisation centrale qui remplit les conditions de l'article 4 alinéa 3 OB. Les banques peuvent ainsi être libérées du respect des dispositions sur les fonds propres lorsqu'elles sont affiliées à un organisme central qui a) garantit leurs engagements, b) respecte les prescriptions en matière de fonds propres et c) peut leur donner des instructions obligatoires. Cette possibilité est particulièrement valable pour les banques Raiffeisen dès lors que la faculté de prendre en compte les versements supplémentaires des associés est fortement réduite (cf. chif. 213). Même si la disposition de l'alinéa 7 laisse par ailleurs une grande marge d'interprétation et n'énumère pas exhaustivement les cas d'application, il convient de souligner qu'il ne devrait être fait usage de cette possibilité qu'avec grande retenue. Les dispositions en matière de fonds propres s'adressent tout d'abord comme précédemment aux établissements individuels agréés dont les créanciers sont avant tout à protéger. La consolidation est seulement un moyen supplémentaire qui prend en considération une obligation de soutien de fait d'un établissement individuel mais qui ne peut remplacer une dotation adéquate en fonds propres sur base individuelle d'un établissement. Ce principe ne doit pas être renversé, d'autant moins qu'en cas de faillite il n'est juridiquement pas tenu compte de l'unité économique du groupe.

25 Etat des fonds propres (art. 13b)

L'état des fonds propres est un formulaire développé en collaboration étroite avec les banques et la Banque Nationale Suisse, en vue du calcul des fonds propres disponibles et exigibles (voir

annexe). Il est d'une importance pratique considérable puisque, d'une part, il représente un outil indispensable pour le calcul des fonds disponibles et exigibles et que, d'autre part, il sert à l'organe de révision et à la Commission des banques à vérifier le respect durable des prescriptions sur les fonds propres. Finalement, il est utilisé par la Banque Nationale Suisse à des fins statistiques.

L'état des fonds propres doit être établi trimestriellement par les établissements pris individuellement et semestriellement sur une base consolidée, chaque fois dans un délai de deux mois. Il devra être établi pour la première fois selon les nouvelles dispositions à la date du 31 décembre 1995, étant entendu que les banques peuvent utiliser à titre facultatif le nouvel état des fonds propres dès le 1er janvier 1995 déjà (dispositions transitoires al. 5).

Il résulte de l'obligation de respecter en tout temps les impératifs en matière de fonds propres (cf. art. 12 al. 1) que les banques ont le devoir d'informer immédiatement la Commission des banques si ce n'était plus le cas (al. 2).

Sur différents points, la nouvelle réglementation sur les fonds propres s'écarte des standards minimaux du Comité de Bâle (cf. chif. 31). En règle générale, il s'agit de dispositions prévoyant une mesure plus sévère que les standards correspondants du Comité de Bâle. Mais il existe également des dispositions allant moins loin que les standards actuels du Comité de Bâle. A ce propos, la divergence la plus importante concerne la réglementation de la couverture en fonds propres des créances garanties par un gage immobilier (cf. à ce sujet les explications au chif. 222.1). Afin de couper court au reproche selon lequel les banques opérant au niveau international bénéficient d'un avantage injustifié par rapport à leurs concurrentes étrangères, l'alinéa 3 contient une disposition qui oblige les **banques actives sur le plan international** (cf. chif. 26 pour la définition) à présenter à la Commission bancaire, à côté de l'état des fonds propres, un **calcul** sur une base consolidée des fonds propres disponibles et exigibles d'après les standards actuels du Comité de Bâle. Cette disposition doit faciliter la preuve que les banques actives sur le plan international disposent en tout temps de la dotation en fonds propres exigée par le Comité de Bâle. Le calcul effectué sur la base des standards minimaux actuels du Comité de Bâle ne devrait

pas, dans la règle, entraîner de dépenses administratives supplémentaires pour les banques actives sur le plan international, banques pour lesquelles il est de toute façon déjà courant de publier, dans leur rapport de gestion, le taux de fonds propres calculé d'après les standards du Comité de Bâle. La Commission des banques orientera les banques concernées s'agissant de la réalisation concrète du calcul.

26 Définitions (art. 14)

Par rapport à l'ancienne ordonnance (art. 13 al. 5 aB), la liste des définitions utilisées est étendue (let. c et d), d'une part, et les définitions des pays de l'OCDE (let. a) et des banques multilatérales de développement (let. b) sont précisées, d'autre part.

L'élargissement du cercle des **pays de l'OCDE** (au Mexique et éventuellement à d'autres pays dans un avenir proche) a des effets considérables en matière de pondération du risque de crédit, en particulier en ce qui concerne, d'une part, les créances sur les banques centrales, les administrations centrales, les autres collectivités de droit public et les banques et, d'autre part, les créances garanties par un gage immobilier. En s'inspirant de la modification de l'accord sur les fonds propres décidée par le Comité de Bâle en mars 1995,¹ la définition sous lettre a prévoit nouvellement, en sus de la qualité de membre de l'OCDE ou de la conclusion d'accords spéciaux de prêt avec le Fonds Monétaire International, que les pays de l'OCDE concernés ne doivent pas avoir rééchelonné leurs dettes extérieures au cours des cinq dernières années. De même, les pays pour lesquels la Commission des banques prescrit des taux minimaux de correctifs de valeurs pour les créances comprenant un risque-pays ne sont pas considérés comme des pays de l'OCDE au sens des dispositions sur les fonds propres.² Cette restriction complémentaire, qui n'est pas exigée par le Comité de Bâle, s'appuie sur l'idée qu'il ne se justifie pas d'octroyer un traitement privilégié à des créances qui sont atteintes par des risques politiques et des risques de transfert. Les taux minimaux de correctifs de valeurs

¹ Basle Committee on Banking Supervision, Amendment to paragraph 35 of the Capital Accord.

² Cf. Circulaire-CFB 92/4 «Risques-pays» du 16 décembre 1992.

spécifiques à chaque pays, basés sur les évaluations des banques d'affaires compétentes et des agences de rating, constituent un meilleur indicateur pour la situation risque d'un pays que le rigide délai de 5 ans depuis le dernier rééchelonnement formel.

La Banque Européenne pour la Reconstruction et le Développement (let. b ch. 10) a été nouvellement intégrée dans le cercle des **banques multilatérales de développement**. Simultanément, il a été tenu compte du changement de nom de l'ancien Fonds de Rétablissement du Conseil de l'Europe en Fonds de Développement Social du Conseil de l'Europe (let. b ch. 7). La Central American Bank for Economic Integration (CABEI), la Corporacion Andina de Fomento (CAF) et la Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA), une filiale de la Banque mondiale, ne font pas partie des banques multilatérales de développement privilégiées. La Commission des banques leur a en effet accordé, à certaines conditions, d'être dispensées des correctifs de valeurs pour les créances comportant un risque-pays mais sans que cela soit lié, en matière d'exigences de fonds propres, à une pondération privilégiée en fonction du risque.

Les **banques opérant au niveau international** (let. c) font l'objet d'une description dès lors qu'elles doivent, en application de l'article 13b alinéa 3, présenter, outre l'état des fonds propres, un calcul sur une base consolidée des fonds propres disponibles et nécessaires selon les standards minimaux actuels du Comité de Bâle (cf. explications sous chif. 25).

Différentes dispositions (art. 12a al. 1 ch. 4.3, 12e al. 7 let. c ch. 1 et 12g let. a) mettent sur le même pied les bourses reconnues et ce que l'on appelle les **marchés représentatifs**. La lettre d définit le marché représentatif comme un marché organisé comprenant une publication régulière des cours et où au moins trois market-maker indépendants les uns des autres offrent en règle générale quotidiennement des cours. La définition du marché représentatif de la lettre d est plus étroite que les délimitations comparables à l'instar de celles de l'article 32 alinéa 1 de la loi fédérale sur les fonds de placement du 18 mars 1994 («sur un autre marché réglementé, ouvert au public»).

27 Date de l'entrée en vigueur/dispositions transitoires

Conformément au chiffre III de la modification de l'ordonnance, les dispositions révisées sont entrées en vigueur le 1er février 1995. Cette date rend possible l'intégration harmonieuse des nouvelles dispositions à l'ordonnance relative à la nouvelle loi sur les bourses (LBVM), qui est attendue pour l'été 1996. L'état des fonds propres et le calcul selon l'article 13b alinéa 3 doivent être établis selon les nouvelles dispositions pour la première fois à la date du 31 décembre 1995; la Commission des banques peut, dans des cas particuliers, proroger le délai pour le premier établissement de l'état des fonds propres sur base consolidée (al. 5 des dispositions transitoires).

Les banques qui sont désavantagées dans certains secteurs d'activité en raison des exigences suisses actuelles relativement élevées par rapport aux standards internationaux en matière de fonds propres, sont intéressées à une application rapide des dispositions révisées. L'alinéa 5 deuxième phrase des dispositions transitoires offre par conséquent à ces banques la possibilité d'établir l'état des fonds propres selon les nouvelles dispositions et de respecter ainsi ces dispositions à la date du 1er février 1995 déjà.

Les nouvelles dispositions vont entraîner d'importantes adaptations techniques dont la mise en oeuvre demandera un certain temps. En outre, certaines banques ne seront pas en mesure de respecter rapidement les nouvelles exigences en matière de fonds propres, plus élevées dans certains secteurs, ou de supporter la limitation et parfois la suppression de certains éléments comptés actuellement au titre de fonds propres. La modification de l'ordonnance prévoit par conséquent des délais généreux d'adaptation. L'alinéa 6 des dispositions transitoires prévoit que ces banques devront satisfaire aux exigences de la modification jusqu'au 31 décembre 1999 au plus tard, étant entendu que les fonds propres pris en compte selon le droit antérieur ne doivent pas être inférieurs au montant exigé par le droit antérieur.

Les alinéas 7 et 8 des dispositions transitoires règlent des cas particuliers concernant certaines banques et groupes de banques. L'alinéa 7 prescrit que les montants garantis sans réserve par les

communes, qui pouvaient être pris en compte selon le droit antérieur, pourront encore être pris en compte au titre de fonds propres jusqu'au 31 décembre 1999 au plus tard. L'alinéa 8 contient une réglementation spéciale pour les banques Raiffeisen qui sont autorisées à prendre en compte jusqu'à fin 1999 les engagements de rang subordonné et l'obligation de versements supplémentaires des associés dans une mesure plus importante que ne le prévoit l'ordonnance (art. 11b al. 2 let. a et c).

3 Rapport avec les réglementations internationales

Ainsi que cela a déjà été exposé dans la partie générale, les dispositions suisses en matière de fonds propres sont comparables pour l'essentiel à deux standards internationaux, à savoir les recommandations de l'Accord de Bâle sur les fonds propres (cf. chiffre 121 ci-dessus) et les règles de l'Union Européenne (cf. chiffre 122 ci-dessus). Les éventuelles divergences d'avec ces deux standards ont déjà été évoquées et commentées dans le cadre du commentaire des dispositions spéciales.

31 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Les prescriptions du Comité de Bâle s'appliquent uniquement sur base consolidée aux banques opérant au niveau international. La définition de la banque opérant au niveau international est laissée à l'appréciation des Etats membres, étant entendu que la plupart des Etats prévoient, pour des raisons d'égalité de traitement interne, les mêmes règles pour toutes les banques soumises à leur surveillance. Il en va autrement de la réglementation suisse: l'article 14 lettre c contient une définition de la banque opérant au niveau international. En relation avec l'article 13b alinéa 3, cela garantit que les banques opérant au niveau international respectent l'Accord de Bâle sur les fonds propres alors que certaines divergences restent possibles au niveau interne.

311 Prise en compte des fonds propres

La prise en compte des fonds propres aux articles 11–11c se distingue de l'Accord de Bâle sur les fonds propres en premier lieu parce qu'elle ne reconnaît toujours pas la qualité de fonds propres à ce que l'on appelle les provisions générales qui ont été constituées en vue de pertes non identifiables (cf. à ce sujet chiffre 121 ci-dessus). Par ailleurs et contrairement à l'accord de Bâle sur les fonds propres, l'obligation de versements supplémentaires des associés d'une coopérative est admise – même si ce n'est que de manière limitée – en qualité d'élément des fonds propres.

312 Exigences en matière de fonds propres

Les recommandations de l'Accord sur les fonds propres représentent des standards minimaux. Seules les pondérations suisses en fonction du risque qui sont inférieures à ces standards minimaux sont par conséquent problématiques du point de vue international.

Les **pondérations en fonction du risque de l'ordonnance modifiée** sur les banques sont **inférieures** aux standards minimaux correspondants du Comité de Bâle dans les cas suivants: les créances garanties par des gages sur des immeubles agricoles et d'autres immeubles non destinés à l'habitation (art. 12a al. 1 ch. 3.1 let. b et ch. 4.1), les crédits lombard (art. 12a al. 1 ch. 4.3), la prise en considération des créances garanties par des titres de créance émis par des banques (art. 12a al. 3) et, le cas échéant, les lettres de gage (art. 12a al. 1 ch. 2.5) dans la mesure où les créances liées aux lettres de gage ne seraient pas considérées comme des créances sur des banques, mais comme des créances bénéficiant d'une garantie hypothécaire sur des immeubles d'habitation. Dans le secteur des opérations hors bilan, il faut signaler le traitement privilégié des garanties pour les défauts de l'ouvrage, qui ont été contractées pour l'exécution de bâtiments en Suisse, par rapport aux autres garanties de livraison et d'exécution (art. 12d al. 2 ch. 1.3).

L'ordonnance modifiée sur les banques contient cependant aussi certaines **pondérations en fonction du risque nettement plus élevées** que celles de l'Accord de Bâle sur les fonds propres. La différence essentielle résulte du fait que l'Accord sur les fonds propres pondère par 20 % les créances sur des banques des pays de l'OCDE, quelle que soit leur durée d'échéance, alors que la réglementation suisse est beaucoup plus différenciée et prévoit des facteurs de pondération en fonction du risque plus élevés (cf. les explications au chiffre 222.2). De plus, il faut évoquer les divers facteurs de pondération en fonction du risque de l'ordonnance modifiée qui dépassent le facteur de 100 % (par ex. le facteur de pondération de 250 % pour les engagements de rang subordonné; art. 12a al. 1 ch. 6.1), alors que l'Accord de Bâle sur les fonds propres ne connaît aucun facteur de pondération supérieur à 100 %. Finalement, les dispositions révisées sur les fonds propres sont plus sévères que celles contenues dans l'Accord de Bâle sur les fonds propres, dans la mesure

où le risque inhérent à l'émetteur de valeurs mobilières et la position risque de marché ouverte en devises, métaux précieux et marchandises doivent être couverts avec des fonds propres.

Ainsi que cela a déjà été exposé au chiffre 23 ci-dessus, il existe, en sus des pondérations en fonction du risque proprement dites, d'autres divergences d'avec l'Accord de Bâle sur les fonds propres dans la mesure où les déductions des fonds propres exigibles autorisées par l'article 13 ne sont reconnues ni dans le système du Comité de Bâle ni par les prescriptions de l'Union Européenne.

32 Union Européenne

Ainsi que cela a été exposé au chiffre 122 ci-dessus, la directive sur les fonds propres et la directive de solvabilité de l'Union Européenne s'inspirent étroitement de l'Accord de Bâle sur les fonds propres. Les Etats qui sont simultanément membres du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire et de l'Union Européenne n'ont pas directement résolu les divergences qui existent entre les deux standards. Il y a des Etats qui choisissent toujours la variante la plus sévère parmi les deux réglementations et la déclarent obligatoire pour toutes les banques opérant sur leur territoire national. D'autres Etats n'ont, dans les secteurs où l'Accord de Bâle sur les fonds propres est plus sévère, déclaré ces prescriptions obligatoires que pour les banques de leur pays qui opèrent au niveau international.

321 Prise en compte des fonds propres

Au contraire de l'Accord de Bâle sur les fonds propres (chiffre 311 ci-dessus), la directive sur les fonds propres admet l'obligation de versements supplémentaires des associés d'une coopérative (art. 11b al. 2 let. c) en qualité de fonds propres, autant que le droit national le prévoit. A l'image de la règle correspondante de la directive sur les fonds propres, l'ordonnance modifiée sur les banques ne reconnaît au bénéficiaire de l'exercice en cours la qualité de fonds propres qu'à certaines conditions bien précises, contrairement à l'Accord de Bâle sur les fonds propres qui est plus libéral sur ce point. On peut relever qu'il n'y a - hormis les délais des dispositions transitoires - **pas de différences significatives** entre l'Union

Européenne et la Suisse en ce qui concerne la prise en compte des fonds propres.

322 Exigences en matière de fonds propres

A la différence des standards minimaux de l'Accord de Bâle sur les fonds propres qui permettent aux Etats membres d'introduire des exigences plus sévères en matière de fonds propres, les prescriptions d'un Etat membre et l'UE ne peuvent **pas contenir des éléments discriminatoires à l'égard des autres Etats membres de l'UE**. D'après la réglementation en vigueur jusqu'ici, les administrations centrales, les banques centrales et les autres collectivités de droit public des pays de l'OCDE étaient défavorisés par rapport à la Confédération, à la Banque Nationale et aux collectivités de droit public nationales (cf. art. 13 al. 1 let. a ch. 1 et 2, ainsi que l'al. 2 aOB). Avec la nouvelle réglementation, la discrimination exercée à l'encontre des institutions de l'OCDE ainsi qu'à l'encontre de celles de l'Union Européenne disparaît.

Conséquences sur les fonds propres exigibles et à prendre en compte par les banques

Il est très difficile de prévoir à l'heure actuelle les conséquences concrètes du projet d'ordonnance en ce qui concerne les fonds propres exigibles. A l'inverse de la dernière révision¹, il n'est pas possible d'appliquer les nouvelles pondérations en fonction du risque aux chiffres actuels de chaque banque. Les calculs effectués par les banques reposent dans des domaines essentiels sur des estimations, des suppositions et des simplifications. Nous énumérons ci-après quelques raisons expliquant la difficulté de prévoir les conséquences:

- Le principe de la pondération en fonction du risque de chaque contrepartie et de la prise en compte de la pondération en fonction du risque du garant, du fiduciaire ou de l'émetteur d'un titre de créance servant de garantie (art. 12a al. 2) est appliqué de manière beaucoup plus conséquente, de sorte que la comptabilisation des positions ne constitue plus le point de référence pour la pondération en fonction du risque;
- Les créances sur les banques ne font plus l'objet d'une distinction en fonction d'une «durée d'échéance résiduelle jusqu'à/au-delà de 90 jours» mais sont divisées en créances avec une durée d'échéance résiduelle de moins d'un an, de un à trois ans ou de plus de trois ans;
- Le codage des positions correspondant aux exigences de la nouvelle pondération en fonction du risque fait encore défaut aux banques, par exemple en ce qui concerne l'indication de la limite de couverture en matière de crédits hypothécaires (1/3, 1/2 et 2/3 de la valeur vénale).

Ainsi que cela a déjà été relevé dans le chapitre introductif «vue d'ensemble», les conséquences des prescriptions seront **diverses selon l'activité de chaque banque**. On devrait en règle générale assister à une augmentation des exigences. Elle constitue le résultat d'une réduction pour les créances interbancaires (entre 25 % et 45 % d'exigences de fonds propres en moins), ainsi que pour les

administrations centrales, les banques centrales et les autres collectivités de droit public, d'une part, et d'une augmentation des exigences en matière de fonds propres pour les créances garanties par gage immobilier et pour les valeurs de remplacement comptabilisées sous autres actifs, d'autre part. Les calculs effectués par les diverses banques ne prennent pas en considération la réglementation de la compensation (art. 12f) qui devrait apporter des allègements significatifs des exigences en matière de fonds propres aux banques effectuant des opérations sur instruments dérivés. Selon des estimations du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire, les exigences relatives à un portefeuille de produits dérivés pourraient être abaissées entre 25 % et 40 % grâce aux accords de compensation. On admet généralement que les banques en mains étrangères, les banques boursières, les banques de gestion de fortune et les banques commerciales peuvent compter avec une réduction, tandis que les banques actives dans les affaires hypothécaires, les banques régionales et les banques cantonales doivent s'attendre à une augmentation. Il faut aussi prévoir de légères augmentations pour les grandes banques en raison de leurs importantes affaires hors bilan.

L'augmentation des exigences en matière de fonds propres ne touchera par ailleurs pas toutes les banques de la même manière dans la mesure où la nouvelle réglementation des fonds propres susceptibles d'être pris en compte est certes globalement plus généreuse, mais qu'il est prévisible que toutes les banques n'auront pas la capacité d'utiliser l'ensemble des possibilités offertes lors de la prise en compte des fonds propres.

Il a été tenu compte du problème spécial de la suppression et de la limitation de la prise en compte de certains éléments de fonds propres par le biais de dispositions transitoires généreuses (al. 7 et 8).

Annexe I

Texte révisé des articles 11 à 14 OB

Ordonnance sur les banques et les caisses d'épargne (Ordonnance sur les banques) Modification du 12 décembre 1994 (extrait)

Le Conseil fédéral suisse
arrête:

I

L'ordonnance du 17 mai 1972 sur les banques est modifiée
comme il suit:

Art. 11 *Prise en compte des fonds propres*

1 Les fonds propres sont constitués par l'addition des fonds propres de base (art. 11a; «tier 1») et des fonds propres complémentaires (art. 11b; «tier 2»), diminuée des déductions au sens de l'article 11c.

2 Les fonds propres complémentaires peuvent être pris en compte au maximum à concurrence de 100 pour cent de la valeur des fonds propres de base obtenue après la déduction prévue par l'article 11a, 3^e alinéa. Ils sont divisés en deux catégories, les fonds propres complémentaires supérieurs (art. 11b, 1^{er} al., «upper tier 2») et les fonds propres complémentaires inférieurs (art. 11b, 2^e al.; «lower tier 2»). La somme des éléments constitutifs des fonds propres complémentaires inférieurs pris en compte ne doit pas dépasser 50 pour cent des fonds propres de base.

Art. 11a *Fonds propres de base*

1 Sont considérés comme des fonds propres de base, y compris les parts au capital d'actionnaires minoritaires dans les filiales consolidées selon la méthode de l'intégration globale dans le cadre du calcul consolidé des fonds propres:

- a. Le capital libéré (capital-actions, capital social, capital de dotation ou capital-participation, ainsi que le montant de la com-mandite pour les banquiers privés);

- b. Les réserves apparentes (réserves pour risques bancaires généraux, réserve légale générale, réserve pour propres titres de participation, autres réserves);
- c. Le bénéfice reporté;
- d. Le bénéfice de l'exercice en cours, dans la mesure où un bouclage intermédiaire révisé comprenant un compte de résultat complet selon l'article 25a, 1^{er} alinéa, a été établi, la prise en compte étant limitée au montant net après déduction de la part prévisible des dividendes;
- e. Pour les banquiers privés (raisons individuelles, sociétés en nom collectif et en commandite), en outre:
 - 1. Les comptes de capital et
 - 2. Les avoirs des associés indéfiniment responsables, dans la mesure où il ressort d'une déclaration écrite qu'ils prennent irrévocablement rang après les créances de tous les autres créanciers en cas de liquidation, de faillite ou de concordat et ne peuvent être ni compensés avec des créances de la banque ni garantis par des actifs de la banque.

2 Les avoirs cités au 1^{er} alinéa, lettre e, chiffres 1 et 2, ne peuvent être pris en compte que dans la mesure où il ressort d'une déclaration écrite déposée auprès de l'organe de révision que la banque a pris l'engagement de ne pas réduire sans l'accord préalable de l'organe de révision les deux éléments de capital au-dessous de 120 pour cent des fonds propres exigibles.

3 Il faut déduire des fonds propres de base:

- a. La position nette longue établie selon l'article 12h, 3e alinéa, des propres actions et autres titres de participation émis par la banque, non compris dans le portefeuille destiné au négoce, qu'elle détient directement ou indirectement;
- b. La perte reportée et la perte de l'exercice en cours;
- c. Les correctifs de valeurs et provisions nécessaires non couverts de l'exercice en cours;
- d. Les différences actives qui résultent de l'élimination des participations et qui ne peuvent être attribuées directement à aucun poste de l'actif (goodwill).

Art. 11b *Fonds propres complémentaires*

1 Sont considérés comme des fonds propres complémentaires supérieurs:

- a. Les instruments présentant des caractères de capital propre et de capital étranger (instruments hybrides) qui satisfont à toutes les conditions suivantes:
 1. Ils sont intégralement libérés, ne sont pas garantis par des valeurs patrimoniales de la banque, ne prévoient aucun terme ferme de remboursement et prennent rang après toutes les créances non subordonnées,
 2. Ils ne peuvent être remboursés à l'initiative du détenteur,
 3. Le contrat d'émission doit permettre à la banque de différer le paiement d'intérêts échus de la dette,
 4. La dette et les intérêts non versés doivent être disponibles pour absorber une perte sans que la banque soit contrainte de cesser son activité;
- b. Les réserves latentes contenues dans la rubrique correctifs de valeur et provisions, à condition qu'elles soient attribuées à un compte spécial et reconnaissables comme fonds propres. Le rapport de révision devra confirmer que ces réserves latentes peuvent être prises en compte comme fonds propres complémentaires. Ces réserves doivent être indiquées spontanément aux autorités fiscales;
- c. Les réserves latentes de l'actif immobilisé et des immobilisations financières: Le montant pris en compte peut atteindre au maximum la différence entre la valeur maximale au sens de l'article 665 du code des obligations et la valeur comptable tout en ne pouvant être supérieur à 45 pour cent de la différence entre le prix du marché et la valeur comptable. Le rapport de révision devra confirmer que ces réserves latentes peuvent être prises en compte comme fonds propres complémentaires. Ces réserves doivent être indiquées spontanément aux autorités fiscales.

2 Sont considérés comme des fonds propres complémentaires inférieurs:

- a. Les prêts accordés à la banque, y compris les emprunts obligataires d'une durée originale de cinq ans au minimum, s'il ressort d'une déclaration écrite qu'en cas de liquidation, de faillite ou de concordat, ils prennent irrévocablement rang après les créances de tous les autres créanciers et qu'ils ne peuvent être ni compensés avec des créances de la banque ni garantis par des actifs de la banque. Dans les cinq dernières années avant le remboursement, leur prise en compte est diminuée chaque année d'une part cumulée de 20 pour cent de la valeur nominale originale. Lorsque le créancier dispose d'une possibilité de résiliation, le prêt est considéré comme prenant fin à l'échéance la plus rapprochée pour laquelle il peut être dénoncé;
- b. Pour les banques cantonales: la lettre a est applicable par analogie à condition que lesdits prêts de rang subordonné accordés à la banque ne soient pas, en raison de la renonciation du créancier ou d'une autre manière, couverts par une garantie de l'Etat;
- c. Pour les sociétés coopératives: 50 pour cent du montant de l'obligation de faire des versements supplémentaires portant sur une somme déterminée par associé, dans la mesure où il a souscrit un engagement écrit irrévocable conformément à l'article 840, 2^e alinéa, du code des obligations.

3 La banque est tenue d'informer la Commission des banques, en indiquant les motifs, lorsque ses fonds propres complémentaires inférieurs pris en compte conformément au 2^e alinéa, lettres a et b, dépassent 25 pour cent des fonds propres de base.

Art. 11c *Déductions*

Doivent être déduites du total des fonds propres de base et des fonds propres complémentaires les positions nettes longues établies selon l'article 12h, 3^e alinéa:

- a. Des participations à des entreprises du secteur bancaire et financier qui doivent être consolidées et des créances de rang subordonné sur les entreprises concernées;

- b. Des participations à des entreprises du secteur bancaire, financier ou des assurances qui ne doivent pas être consolidées et des créances de rang subordonné sur les entreprises concernées;
- c. Des titres de créance de rang subordonné émis par la banque et que celle-ci détient directement ou indirectement, pris en compte en qualité de fonds propres complémentaires.

Art. 12 *Exigences en matière de fonds propres*

1 Les fonds propres pouvant être pris en compte selon les articles 11 à 11c doivent atteindre en permanence au moins 8 pour cent des positions pondérées en fonction du risque, diminuées des déductions prévues à l'article 13.

2 Constituent des positions pondérées en fonction du risque:

- a. Les actifs du bilan;
- b. Les opérations hors bilan converties en leur équivalent-crédit;
- c. Les positions nettes longues (positions de risques inhérents à l'émetteur);
- d. Les positions ouvertes (positions relevant du risque de marché en devises, métaux précieux et marchandises.

3 Il faut en principe appliquer à une contrepartie le même facteur de pondération en fonction du risque, indépendamment du genre de transaction. Ce principe est également valable pour les valeurs de remplacement, les comptes de régularisation de l'actif du bilan, les crédits par engagement, les engagements conditionnels et les engagements fermes, ainsi que pour les majorations et les facteurs de conversion en équivalent-crédit applicables aux contrats à terme et aux options. Lorsqu'une banque n'est pas en mesure de fractionner une position en fonction des contreparties, cette position doit être pondérée à 100 pour cent.

4 Les créances résultant de crédits par engagements qui ne figurent pas sous les actifs doivent être couvertes comme des actifs du bilan.

Art. 12a *Pondération des créances en fonction du risque selon la contrepartie*

1 Les positions doivent être pondérées selon la contrepartie de la manière suivante:

1 *0 pour cent*

- 1.1 les liquidités;
- 1.2 les créances sur les administrations centrales et les banques centrales des pays de l'OCDE;
- 1.3 les créances sur les Communautés européennes et l'Institut monétaire européen;
- 1.4 les créances garanties par le nantissement ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente portant sur des dépôts de fonds auprès de la banque;
- 1.5 les créances garanties par le nantissement ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente portant sur des obligations de caisse, des emprunts obligataires et d'autres titres de créance de rang non subordonné émis par la banque;

2 *25 pour cent*

- 2.1 les créances sur la Banque des Règlements Internationaux;
- 2.2 les créances sur les banques multilatérales de développement au sens de l'article 14, lettre b;
- 2.3 les créances sur les autres collectivités de droit public des pays de l'OCDE;
- 2.4 les créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à un an sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE, y compris les soldes créanciers obtenus en application de l'article 12f, 2^e alinéa, lettre a;
- 2.5 les lettres de gage suisses;
- 2.6 les créances sur les établissements créés en commun par les banques et reconnus par la Commission des banques;
- 2.7 les créances sur les bourses d'options ou de «financial futures», dans la mesure où:
 - a. les bourses sont soumises à une surveillance adéquate et où

- b. les contrats et les garanties sont soumis à une évaluation quotidienne au cours du marché et à un appel de marge quotidien;

3 *50 pour cent*

- 3.1 les créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier sur:
 - a. des immeubles d'habitation sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale;
 - b. des immeubles agricoles, inscrits en tant que tels au registre foncier suisse, jusqu'aux deux tiers de la valeur vénale;
- 3.2 les créances d'une durée résiduelle d'un à trois ans sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE;
- 3.3 les créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à un an sur des banques qui ont leur siège principal hors des pays de l'OCDE, y compris les soldes créanciers obtenus en application de l'article 12f, 2^e alinéa, lettre a;
- 3.4 les créances de rang subordonné sur les collectivités de droit public des pays de l'OCDE;

4 *75 pour cent*

- 4.1 les créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier sur:
 - a. des immeubles d'habitation sis dans un pays de l'OCDE, au-delà des deux tiers de la valeur vénale;
 - b. des terrains à bâtir, des immeubles commerciaux et des immeubles artisanaux polyvalents sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'à la moitié de la valeur vénale;
 - c. des immeubles à caractère industriel sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'à un tiers de la valeur vénale;
- 4.2 les créances d'une durée résiduelle de plus de trois ans sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE;
- 4.3 les crédits lombard qui sont garantis par un portefeuille diversifié composé de valeurs patrimoniales mobilières usuelles, négociées auprès d'une bourse reconnue ou sur un marché représentatif au sens de l'article 14, lettre d, de

dépôts de fonds ou de placements fiduciaires, et qui font l'objet d'une évaluation hebdomadaire, ou quotidienne si la situation du marché est inhabituelle, dans la mesure où les crédits lombard d'un client ne sont pas pondérés en application des 2^e et 3^e alinéas;

5 *100 pour cent*

- 5.1 les créances sur les collectivités de droit public situées hors des pays de l'OCDE;
- 5.2 les créances d'une durée résiduelle de plus d'un an sur des banques qui ont leur siège principal hors des pays de l'OCDE;
- 5.3 les créances sur toutes les autres contreparties;
- 5.4 les autres créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier;

6 *250 pour cent*

- 6.1 les créances de rang subordonné, à l'exception de celles qui sont indiquées au chiffre 3.4.

2 Les facteurs de pondération en fonction du risque applicables selon le 1^{er} alinéa, chiffres 1 à 5, aux créances directes contre des tiers peuvent également être appliqués aux créances garanties par ces tiers, par des titres de créance qu'ils ont émis ou par des placements fiduciaires qu'ils détiennent.

3 Les titres de créance du portefeuille destiné au négoce qui sont émis par des banques ayant leur siège principal dans un pays de l'OCDE et négociés auprès d'une bourse reconnue sont considérés comme des créances allant jusqu'à un an quelle que soit leur durée résiduelle.

Art. 12b *Pondération en fonction du risque pour les actifs sans contrepartie*

Les actifs sans contrepartie doivent être pondérés de la manière suivante:

1 *0 pour cent*

- 1.1 les métaux précieux et marchandises effectivement disponibles;

- 2 *250 pour cent*
 - 2.1 les immeubles à l'usage de la banque et les participations à des sociétés immobilières détenant de tels immeubles;
- 3 *375 pour cent*
 - 3.1 les autres immeubles et les participations à d'autres sociétés immobilières;
- 4 *625 pour cent*
 - 4.1 les autres immobilisations corporelles.

Art. 12c *Opérations hors bilan*

Les opérations hors bilan doivent être converties en leur équivalent-crédit et pondérées ensuite aux taux prévus par l'article 12a en fonction de chaque contrepartie.

Art. 12d *Engagements conditionnels et engagements irrévocables*

1 L'équivalent-crédit des engagements conditionnels et des engagements irrévocables est obtenu par la multiplication de la valeur nominale ou de la valeur actualisée de chaque transaction avec son facteur de conversion en équivalent-crédit.

2 Les facteurs de conversion en équivalent-crédit suivants sont applicables:

Facteur de conversion/Instrument

- 1 *0,25*
 - 1.1 les engagements résultant d'accréditifs sur marchandises;
 - 1.2 les engagements par endossement d'effets réescomptés;
 - 1.3 les garanties pour les défauts de l'ouvrage portant sur l'exécution d'ouvrages sis en Suisse;
- 2 *0,5*
 - 2.1 les prestations de garantie telles que les garanties de soumission («bid bonds»), les garanties de livraison et d'exécution («performance bonds») y compris les garanties pour les défauts de l'ouvrage qui ne sont pas indiquées au chiffre 1.3;

- 2.2 les autres prestations de garantie telles que les engagements par avals, cautionnements et garanties, ainsi que les autres engagements résultant d'accréditifs («standby letters of credit») qui n'assurent pas le risque de recouvrement;
- 2.3 les limites de crédits non couvertes et irrévocables, y compris les «note issuance facilities», les «revolving underwriting facilities» et les instruments semblables avec un engagement ferme d'une durée résiduelle de plus d'un an;
- 2.4 les garanties de remboursement d'acomptes liées à une prestation;

3 1

- 3.1 les engagements par avals, cautionnements et garanties ainsi que les garanties irrévocables résultant d'accréditifs («standby letters of credit») assurant le risque de recouvrement;

4 1,25

- 4.1 les engagements de libérer les actions et les autres titres de participation qui ne sont pas comptabilisés sous participations ou de faire des versements supplémentaires pour ces titres;

5 2,5

- 5.1 les engagements de libérer les actions et les autres titres de participation lorsqu'il s'agit de participations qui ne doivent pas être consolidées ou de faire des versements supplémentaires pour ces titres;

6 6,25

- 6.1 les engagements de libérer les actions et les autres titres de participation lorsqu'il s'agit de participations qui doivent être consolidées ou de faire des versements supplémentaires pour ces titres.

3 Les engagements conditionnels pour lesquels la banque a donné des sous-participations peuvent, dans les limites de la sous-participation, être pondérées comme les créances directes contre les sous-participants respectifs.

Art. 12e *Contrats à terme et options achetées*

1 L'équivalent-crédit des contrats à terme (y compris les opérations au comptant non exécutées qui ne sont pas portées au bilan) peut être déterminé, au choix, selon la méthode d'évaluation au prix du marché ou selon la méthode d'évaluation du risque initial. Seule la méthode d'évaluation au prix du marché est applicable aux options achetées.

2 Selon la méthode d'évaluation au prix du marché, l'équivalent-crédit s'obtient par l'addition de la valeur de remplacement («replacement value») de chaque contrat et d'une majoration («add-on») destinée à couvrir le risque de crédit potentiel encouru pendant la durée résiduelle du contrat. A concurrence de son montant, une majoration peut être compensée par la valeur de remplacement négative du contrat correspondant.

3 Selon la méthode d'évaluation du risque initial, l'équivalent-crédit s'obtient par la multiplication de la valeur nominale de chaque contrat avec son facteur de conversion en équivalent-crédit.

4 Pour les contrats à terme et les options achetées, les majorations et les facteurs de conversion en équivalent-crédit suivants sont applicables en fonction de chaque instrument de base:

Instrument de base	Méthode d'évaluation au prix du marché (majorations, en pour-cent)			Méthode d'évaluation du risque initial (facteurs de conversion en équivalent-crédit, en pour-cent)	
	Durée résiduelle			Durée initiale	
	= 1 an	1–5 ans	5 ans	pour la première année	pour chaque année supplémentaire entamée
Taux d'intérêt	0,0	0,5	1,5	1,0	2,0 p.a.
Devises et or	1,0	5,0	7,5	4,0	6,0 p.a.
Actions	6,0	8,0	10,0	12,0	9,0 p.a.
Indices d'actions	4,0	5,0	7,5	8,0	6,0 p.a.
Métaux précieux (sauf l'or)	7,0	8,0	10,0	14,0	10,0 p.a.
Autres marchandises	12,0	13,0	15,0	24,0	18,0 p.a.

5 La durée de l'instrument de base sous-jacent est déterminante pour les contrats sur taux d'intérêts et la durée du contrat pour les autres instruments.

6 Les majorations et les facteurs de conversion en équivalent-crédit sont appliqués en fonction des données de base suivantes:

- a. Pour les instruments tels les «forward rate agreements», les swaps sur taux d'intérêt et autres instruments analogues, en fonction de la valeur nominale du contrat ou de la valeur actualisée de la part créancière, composée de la valeur nominale et des intérêts;
- b. Pour les swaps sur devises, en fonction de la valeur nominale de la part créancière, c'est-à-dire de la base de calcul déterminante pour la fixation des intérêts à encaisser, ou en fonction de la valeur actualisée de la part créancière, composée de la valeur nominale et des intérêts;
- c. Pour les swaps sur indices d'actions, métaux précieux, métaux non ferreux ou marchandises, en fonction du montant nominal de la contreprestation convenue ou – à défaut de contreprestation nominale – de la base de calcul «quantité × prix convenu» ou de la valeur de marché de la prétention à la livraison ou de la valeur actualisée de la part créancière, composée de la valeur nominale et des intérêts;
- d. Pour les autres opérations à terme, en fonction de la valeur de marché de la créance en argent ou de la prétention à la livraison;
- e. Pour les options, selon les mêmes bases de calcul que pour les autres opérations à terme, mais évaluées au facteur delta correspondant.

7 Il est possible de renoncer à une majoration pour:

- a. Les contrats d'une durée initiale de quatorze jours au plus;
- b. Les contrats négociés auprès d'une bourse reconnue où ils sont, à l'exception des options achetées, soumis à un appel de marge quotidien;
- c. Les contrats traités hors bourse qui remplissent toutes les conditions suivantes:

1. Ils sont traités sur un marché représentatif,
2. Les opérations sont effectuées contre remise de garanties; la garantie est constituée par des dépôts de fonds ou par le nantissement, ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente, de valeurs mobilières, métaux précieux et marchandises négociables,
3. Les contrats et les garanties sont évalués quotidiennement au cours du marché et soumis à un appel de marge quotidien.

Art. 12f *Compensation monétaire de groupe («netting»)*

1 Les banques qui appliquent la méthode de l'évaluation au prix du marché peuvent compenser conformément au 2^e alinéa les valeurs de remplacement positives et l'intégralité des majorations, d'une part, et les valeurs de remplacement négatives, d'autre part, résultant de contrats à terme et d'options avec la même contrepartie, à condition qu'un accord ait été conclu avec cette contrepartie, accord dont il est établi qu'il est reconnu et peut être exécuté dans les législations suivantes:

- a. La législation de l'Etat où la contrepartie a son siège et, lorsqu'une succursale étrangère d'une entreprise participe à l'opération, en sus, celle de l'Etat du siège de la succursale;
- b. La législation qui régit les diverses transactions prises en compte, et
- c. La législation qui régit les accords requis pour effectuer la compensation.

2 La compensation est admise dans les cas suivants:

- a. Pour toutes les opérations couvertes par un accord de compensation aux termes duquel, si la contrepartie fait défaut pour cause d'insolvabilité, de faillite, de liquidation ou de circonstances semblables, la banque n'a que le droit de recevoir ou l'obligation de payer la différence entre les bénéfices et les pertes non réalisés dans le cadre des transactions prises en compte («close-out-netting»);

- b. Pour tous les engagements et créances réciproques dans la même monnaie et avec la même échéance qui sont rassemblés par un contrat de novation conclu entre la banque et la contrepartie de telle manière qu'il résulte de la novation un montant net unique et ainsi un nouveau contrat obligatoire éteignant les contrats antérieurs («netting-by-novation»);
- c. Pour les transactions compensées, à condition qu'un accord de compensation de position («payment-netting») ait été conclu, prévoyant qu'au jour de l'échéance le solde des engagements réciproques de paiement est déterminé pour chaque monnaie et que seul ce solde doit être acquitté.

3 La compensation prévue au 2^e alinéa n'est pas autorisée lorsque l'accord contient une disposition qui permet à la partie non défaillante de n'effectuer que des paiements limités, voire aucun paiement, à la partie défaillante, même si cette dernière a un solde créancier (clause d'exception d'inexécution; «walk-away-clause»).

Art. 12g *Prêts de consommation et opérations de mise et de prise en pension portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises*

Seule la différence entre la garantie et la position valeurs mobilières, métaux précieux ou marchandises des prêts de consommation et des opérations de mise et de prise en pension portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises doit être couverte par des fonds propres afin de couvrir le risque de crédit, lorsque toutes les conditions suivantes sont remplies:

- a. La garantie est constituée par le nantissement, ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente, de dépôts de fonds ou de valeurs mobilières, métaux précieux et marchandises négociés auprès d'une bourse reconnue ou sur un marché représentatif;
- b. La garantie, de même que la position valeurs mobilières, métaux précieux ou marchandises, font l'objet d'une évaluation quotidienne au cours du marché;

- c. D'éventuels excès ou insuffisances de couverture par rapport à la position initiale sont rectifiés quotidiennement par un appel de marge ou par la modification des garanties déposées. Lorsqu'il n'est pas donné suite à une telle demande supplémentaire, les opérations sont liquidées durant la période usuelle dans les bourses d'options et de «futures».

Art. 12h *Positions de risque inhérentes à l'émetteur des valeurs mobilières*

1 La position nette longue des valeurs mobilières d'un même émetteur dont la pondération en fonction du risque est identique doit être couverte par des fonds propres.

2 La position nette longue des titres du portefeuille destiné au négoce se calcule de la manière suivante:

Titres effectivement disponibles
(plus les prétentions portant sur la restitution des titres prêtés
déduction faite des engagements de restituer les titres empruntés)

+ Achats au comptant et à terme non exécutés (y compris les «financial futures»)

./ Ventes au comptant et à terme non exécutées (y compris les «financial futures»)

+ Engagements fermes de reprise lors d'émissions, déduction faite des souscriptions fermes et des sous-participations accordées

+ Prétentions à la livraison liées à l'achat de «calls» évalués au facteur delta

./ Engagements de livrer liés à l'émission de «calls» évalués au facteur delta

+ Prétentions à la livraison liées à l'émission de «puts» évalués au facteur delta

./ Engagements de livrer liés à l'achat de «puts» évalués au facteur delta.

3 La position nette longue de tous les autres titres se calcule de la manière suivante:

Titres effectivement disponibles, à la valeur comptable (plus les prétentions portant sur la restitution des titres prêtés déduction faite des engagements de restituer les titres empruntés)

- + Achats au comptant et à terme non exécutés, au prix convenu (y compris les «financial futures»)
- ./ Ventes au comptant et à terme non exécutées, au prix convenu (y compris les «financial futures»)
- + Engagements fermes de reprise lors d'émissions, déduction faite des souscriptions fermes et des sous-participations accordées
- + Valeur comptable des primes liées à l'achat de «calls»
- ./ Valeur comptable des primes liées à l'émission de «calls»
- + Valeur comptable des primes liées à l'achat de «puts»
- ./ Engagements de livrer liés à l'achat de «puts», au prix d'exercice
- ./ Valeur comptable des primes liées à l'émission de «puts»
- + Prétentions à la livraison liées à l'émission de «puts», au prix d'exercice
- ./ Montant porté au passif du bilan dans les correctifs de valeurs et provisions sur cette position nette longue, et montants d'évaluation pris en compte dans les autres passifs pour les opérations hors bilan ouvertes contenues dans la position nette longue.

4 La position nette longue des titres de créance doit être pondérée pour chaque émetteur aux taux prévus par l'article 12a, 1^{er} alinéa. Il est permis de pondérer à concurrence de la moitié seulement les titres de créance de rang subordonné négociés auprès d'une bourse reconnue. Les titres de participation doivent être pondérés de la manière suivante pour chaque émetteur:

1 *125 pour cent*

- 1.1 les actions et les autres titres de participation négociés auprès d'une bourse reconnue qui ne sont pas comptabilisés sous participations;

- 1.2 les certificats de fonds de placement négociés auprès d'une bourse reconnue;
- 2 *250 pour cent*
 - 2.1 les actions et les autres titres de participation du portefeuille destiné au négoce, négociés auprès d'une bourse reconnue, dans la mesure où, pris seuls ou cumulés avec les titres de participation comptabilisés sous immobilisations financières ou participations, ils constituent une participation qualifiée au sens de l'article 3, 2^e alinéa, lettre c^{bis}, de la loi;
 - 2.2 les actions et les autres titres de participation qui ne sont pas négociés auprès d'une bourse reconnue ni comptabilisés sous participations;
 - 2.3 les certificats de fonds de placement qui ne sont pas négociés auprès d'une bourse reconnue;
- 3 *500 pour cent*
 - 3.1 les participations qui ne doivent pas être consolidées, à l'exception des titres du portefeuille destiné au négoce et des participations à des entreprises du secteur bancaire, financier ou des assurances;
- 4 *1250 pour cent*
 - 4.1 les propres actions et les autres titres de participation émis par la banque et que celle-ci détient directement ou indirectement dans le portefeuille destiné au négoce;
 - 4.2 les titres de créance de rang subordonné émis par la banque et que celle-ci détient directement ou indirectement dans le portefeuille destiné au négoce.

Art. 12i *Positions avec risque de marché*

1 Les positions ouvertes en devises, métaux précieux et marchandises se déterminent de la manière suivante:

- Actifs
- ./ Passifs
- + Achats au comptant et à terme non exécutés (y compris les «financial futures»)

- ./. Ventes au comptant et à terme non exécutées (y compris les «financial futures»)
 - + Prétentions à la livraison liées à l'achat de «calls» évalués au facteur delta
 - ./. Engagements de livraison liés à l'émission de «calls» évalués au facteur delta
 - + Prétentions à la livraison liées à l'émission de «puts» évalués au facteur delta
 - ./. Engagements de livraison liés à l'achat de «puts» évalués au facteur delta
- 2 Les positions ouvertes doivent être pondérées de la manière suivante:
- 1 *125 pour cent*
positions ouvertes en devises (plus l'or);
 - 2 *250 pour cent*
positions ouvertes en métaux précieux (sauf l'or);
 - 3 *375 pour cent*
positions ouvertes en marchandises.

Art. 13 *Déductions des fonds propres exigibles*

Sont déduits du total des fonds propres exigibles:

- a. Pour toutes les banques, 6 pour cent des correctifs de valeurs et des provisions comptabilisés sous les passifs en couverture des positions pour lesquelles des fonds propres sont exigés, déduction faite des réserves latentes prises en compte selon l'article 11*b*, 1^{er} alinéa, lettre b, et déduction faite des correctifs de valeurs comptabilisés au passif qui ont été pris en compte lors du calcul de la position nette longue selon l'article 12*h*, 3^e alinéa;
- b. Pour les banques cantonales dont tous les engagements de rang non subordonné sont garantis par le canton, 12,5 pour cent supplémentaires au maximum des fonds propres exigibles, dans la mesure où ceux-ci ne sont pas contrebalancés par des enga-

gements de rang subordonné pris en compte selon l'article 11b, 2^e alinéa, lettre b.

Art. 13a *Consolidation des fonds propres*

1 Lorsqu'une banque forme une unité économique avec une ou plusieurs entreprises actives dans le domaine financier ou sociétés immobilières, ou qu'il y a lieu de supposer, en raison d'autres circonstances, qu'elle est de droit ou de fait tenue d'apporter son soutien à une telle entreprise, elle doit respecter les dispositions sur les fonds propres tant individuellement que sur base consolidée.

2 Lorsque la banque détient directement ou indirectement plus de la moitié des voix d'une entreprise active dans le domaine bancaire ou financier ou d'une société immobilière qui a son siège en Suisse ou à l'étranger, ou qu'elle la domine d'une autre manière, elle a en principe toujours l'obligation de consolider selon le 1^{er} alinéa.

3 Lorsque des entreprises du secteur bancaire ou financier, prises individuellement ou ensemble, exercent une influence insignifiante sur l'application des dispositions sur les fonds propres en raison de leur relation avec la banque ou de leur propre taille et activité, la banque peut, avec l'accord de l'organe de révision, renoncer à les prendre en compte dans la consolidation et, le cas échéant, s'abstenir d'établir un calcul consolidé des fonds propres. La Commission des banques peut dispenser des sous-groupes de la consolidation des fonds propres lorsque le groupe entier est lui-même soumis à une surveillance adéquate sur base consolidée.

4 Lorsqu'une banque exerce l'influence dominante conjointement avec d'autres actionnaires ou associés qui ne sont pas pris en compte dans la consolidation, elle a l'obligation de consolider si sa part au capital avec droit de vote atteint au moins 20 pour cent et qu'en raison de cette domination, la banque est de droit ou de fait tenue d'apporter son soutien à l'entreprise conjointe dans une mesure équivalente à sa part au capital.

5 Les sociétés qui doivent être consolidées selon les 1^{er} et 2^e alinéas sont en principe prises en compte selon la méthode de l'intégration globale. Les participations minoritaires à une entreprise au sens du 4^e alinéa sont prises en compte selon la méthode de

l'intégration proportionnelle. Les participations qui sont détenues à raison de 50 pour cent des voix avec un second actionnaire ou associé peuvent être consolidées selon la méthode de l'intégration globale ou selon celle de l'intégration proportionnelle.

6 Les participations qui dépassent 50 pour cent des voix peuvent, avec l'approbation de la Commission des banques, être consolidées selon la méthode de l'intégration proportionnelle lorsqu'il est établi par contrat:

- a. Que le soutien de la société tenue de consolider se limite à sa propre quote-part, et
- b. Que les autres actionnaires ou associés sont tenus, dans la mesure de leur quote-part, d'apporter leur soutien et sont également et financièrement en mesure de le faire.

7 Dans des cas particuliers, la Commission des banques peut déroger au 1^{er} alinéa et dispenser des banques en tout ou en partie de respecter les dispositions sur les fonds propres sur base individuelle, notamment lorsqu'une organisation centrale remplit les conditions de l'article 4, 3^e alinéa.

Art. 13b *Etat des fonds propres*

1 L'état des fonds propres doit être dressé dans un délai de deux mois selon une formule établie par la Commission des banques:

- a. Trimestriellement sur base individuelle;
- b. Semestriellement sur base consolidée.

2 La banque doit informer immédiatement la Commission des banques lorsqu'elle ne remplit pas les exigences en matière de fonds propres.

3 Les banques opérant au niveau international selon l'article 14, lettre c, doivent remettre en sus à la Commission des banques dans un délai de deux mois après la date de bouclage de l'exercice un calcul des fonds propres pris en compte et exigibles sur base consolidée selon les standards minimaux du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire.

Art. 14 *Définitions*

Aux articles 12 à 13b, on entend par:

- a. Pays de l'OCDE:
 1. Les pays membres à part entière de l'Organisation de coopération et de développement économique;
 2. Les pays qui ont conclu des accords spéciaux de prêt avec le Fonds monétaire international dans le cadre de ses Accords généraux d'emprunt;à l'exception des pays qui ont rééchelonné leur dette extérieure au cours des cinq dernières années et des pays pour lesquels la Commission des banques prescrit des correctifs de valeurs minimaux pour les créances comprenant un risque-pays.
- b. Banques multilatérales de développement:
 1. La Banque internationale pour la reconstruction et le développement (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD),
 2. La Société financière internationale (International Finance Corporation, IFC),
 3. La Banque interaméricaine de développement (Inter American Development Bank, IADB),
 4. La Banque asiatique de développement (Asian Development Bank, AsDB),
 5. La Banque africaine de développement (African Development Bank, AfDB),
 6. La Banque européenne d'investissement (European Investment Bank, EIB),
 7. Le Fonds de développement social du Conseil de l'Europe (Council of Europe Social Development Fund),
 8. La Banque nordique d'investissement (Nordic Investment Bank),
 9. La Banque de développement des Caraïbes (Caribbean Development Bank),
 10. La Banque européenne pour la reconstruction et le développement (European Bank for Reconstruction and Development, EBRD);

- c. Banques opérant au niveau international:
Les banques qui disposent de succursales à l'étranger ou qui y détiennent des participations à des entreprises du secteur bancaire ou financier qu'elles doivent consolider selon l'article 13a.
- d. Marché représentatif:
Tout marché organisé comprenant une publication régulière des cours et où au moins trois teneurs de marché («market makers») indépendants les uns des autres offrent en règle générale quotidiennement des cours.

II

Dispositions transitoires

...

5 L'état des fonds propres et le calcul au sens de l'article 13b, 3^e alinéa, doivent être établis selon les présentes dispositions pour la première fois à la date du 31 décembre 1995. Les banques sont cependant autorisées à établir l'état des fonds propres selon les nouvelles dispositions à partir du 1^{er} janvier 1995. La Commission des banques peut, dans des cas particuliers, proroger le délai imparti pour le premier établissement de l'état des fonds propres sur base consolidée.

6 Si une banque ne peut satisfaire aux exigences de la présente modification le 31 décembre 1995, elle adaptera ses fonds propres pour qu'ils atteignent le montant exigé avant le 31 décembre 1999. Jusqu'à cette date, soit ses fonds propres calculés selon le droit antérieur ne pourront être inférieurs au montant exigé par le droit antérieur, soit le montant manquant calculé selon les nouvelles dispositions ne pourra augmenter.

7 Un montant garanti sans réserve par une commune qui pouvait être pris en compte en application de l'article 11, 1^{er} alinéa, lettre c, pourra encore être pris en compte à titre de fonds propres jusqu'au 31 décembre 1999 au plus tard.

8 Pendant un délai transitoire allant au maximum jusqu'au 31 décembre 1999, les banques affiliées à une organisation centrale qui sont constituées en société coopérative pourront prendre en compte

l'obligation de faire des versements supplémentaires au sens de l'article 11*b*, 2^e alinéa, lettre b, à concurrence de l'ensemble des fonds propres de base, ainsi que les emprunts de rang subordonné au sens de l'article 11*b*, 2^e alinéa, lettre a, à concurrence de la moitié de l'ensemble des fonds propres de base. La somme des fonds propres complémentaires ne devra cependant pas dépasser 150 pour cent des fonds propres de base. La Commission des banques peut proroger ce délai.

...

III

La présente modification entre en vigueur le 1^{er} février 1995.

Annexe II

Etat des fonds propres

Bitte Ihren Code einsetzen
Indiquez votre code s. v. p.

Einzelbasis/Unternehmung Base individuelle/Entreprise

Berechnung der erforderlichen eigenen Mittel per _____ Calcul des fonds propres exigibles au _____

Begriffe und Risikogewichtung siehe Anhang I und II
Définitions et pondération en fonction du risque voir annexes I et II

Bank – Banque _____

Sitz – Siège _____

Rechtsform – Forme juridique _____

Gründungsjahr – Année de constitution _____

Adresse – Adresse _____

Tel.-Nr. – No de tél. _____

Sachbearbeiter – Personne établissant la présente statistique _____

Ort und Datum – Lieu et date

Stempel und Unterschrift – Timbre et signature

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1 000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

	valeur au bilan		facteur de conversion	équivalent- crédit total	équivalent- ¹⁾ crédit ²⁾ réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)							
	col. 01	col. 02			0%	25%	50%	75%	100%	250%		
				col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08		
1. Actifs du bilan												
Liquidités												
Créances résultant de papiers monétaires ¹⁾	01	1,000		01	01	01	01	01	01	01		
Créances sur les banques.....	02	0,000		02	02	02	02	02	02	02		
Créances sur la clientèle.....	03	1,000		03	03	03	03	03	03	03		
Créances hypothécaires.....	04	1,000		04	04	04	04	04	04	04		
Portefeuilles destinés au négoce dont Titres ¹⁾	05	1,000		05	05	05	05	05	05	05		
Métaux précieux ²⁾	06	0,000		06	06	06	06	06	06	06		
	07	0,000		07	07	07	07	07	07	07		
Immobilisations financières												
dont Titres ¹⁾	08	0,000		08	08	08	08	08	08	08		
Métaux précieux ²⁾	09	0,000		09	09	09	09	09	09	09		
Autres.....	10	1,000		10	10	10	10	10	10	10		
Autres.....	11	0,000		11	11	11	11	11	11	11		
Participations³⁾												
Immobilisations corporelles/valeurs immatérielles												
dont Immeubles à l'usage de la banque.....	12	2,500		12	12	12	12	12	12	12		
Autres immeubles.....	13	3,750		13	13	13	13	13	13	13		
Goodwill ⁴⁾	14	0,000		14	14	14	14	14	14	14		
Autres immobilisations corporelles.....	15	6,250		15	15	15	15	15	15	15		
Autres actifs	16	1,000		16	16	16	16	16	16	16		
dont Valeurs de remplacement positives ⁵⁾	17	1,000		17	17	17	17	17	17	17		
Pos. à amortir portées à l'actif ⁶⁾	18	0,000		18	18	18	18	18	18	18		
Marchandises ²⁾	19	0,000		19	19	19	19	19	19	19		
Autres.....	20	1,000		20	20	20	20	20	20	20		
Autres.....	21	0,000		21	21	21	21	21	21	21		
Capital non libéré⁴⁾	40	—		40	40	40	40	40	40	40		
Total	41	—		41	41	41	41	41	41	41		
avant pondération en fonction du risque.....												
après pondération en fonction du risque.....												

1) La couverture en fonds propres pour les titres et les papiers monétaires s'effectue sur la base de la position de risque inhérente à l'émetteur, c.-à-d. la position nette longue, cf. ch. 6.

2) La couverture en fonds propres s'effectue sur la base de la position de risque de marché, cf. ch. 7.

3) La couverture en fonds propres ou la déduction des fonds propres s'effectue sur la base de la position de risque inhérente à l'émetteur, cf. ch. 6 et 10.7.

4) Sont déduits des fonds propres de base, cf. ch. 10.1. et 10.2.

5) Si la méthode d'évaluation au prix du marché est appliquée, majorations cf. ch. 5.

6) A la valeur du marché, cela indépendamment du traitement dans le compte de résultat, p. ex. des positions de hedging.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

selon les dispositions d'établissement des comptes annuaires à la modification du 12.12.94	valeur au bilan col. 01	facteur de conversion	équivalent- crédit total col. 02	équivalent-crédit répanti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)							
				0%	25%	50%	75%	100%	250%		
	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08					
1. Actifs du bilan											
Liquidités.....	01 1,000	01	01	01	01	01	01	01	01	01	
Avoirs en banque.....	03 1,000	03	03	03	03	03	03	03	03	03	
Effets de change et papiers monétaires ¹⁾	02 0,000	02	02	02	02	02	02	02	02	02	
Créances sur la clientèle.....	04 1,000	04	04	04	04	04	04	04	04	04	
dont:											
Comptes courants débiteurs.....	a 1,000	a	a	a	a	a	a	a	a	a	
Prêts et avances.....	b 1,000	b	b	b	b	b	b	b	b	b	
Crédits et prêts à des CDP.....	c 1,000	c	c	c	c	c	c	c	c	c	
Placements hypothécaires.....	05 1,000	05	05	05	05	05	05	05	05	05	
Titres ¹⁾	06 0,000	06	06	06	06	06	06	06	06	06	
Participations permanentes ²⁾	11 0,000	11	11	11	11	11	11	11	11	11	
Immobilisations à l'usage de la banque.....	12 2,500	12	12	12	12	12	12	12	12	12	
Autres immobilisations.....	13 3,750	13	13	13	13	13	13	13	13	13	
Autres actifs.....	17 1,000	17	17	17	17	17	17	17	17	17	
Valeurs de rattachement positives ^{3/4)}	16 1,000	16	16	16	16	16	16	16	16	16	
Comptes de régularisation de actif.....	07 0,000	07	07	07	07	07	07	07	07	07	
Métaux précieux ⁵⁾	19 0,000	19	19	19	19	19	19	19	19	19	
Marchandises ⁶⁾	15 5,250	15	15	15	15	15	15	15	15	15	
Autres immobilisations corporelles.....	20 1,000	20	20	20	20	20	20	20	20	20	
Autres.....	21 0,000	21	21	21	21	21	21	21	21	21	
Capital non libéré⁶⁾.....											
Total											
avant pondération en fonction du risque.....	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	
après pondération en fonction du risque.....	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	

1) La couverture en fonds propres pour les titres, les effets de change et les papiers monétaires s'effectue sur la base de la position de risque inhérente à l'émetteur, c.-à-d. la position nette longue, cf. ch. 6.

2) La couverture en fonds propres ou la déduction des fonds propres s'effectue sur la base de la position de risque inhérente à l'émetteur, cf. ch. 6 et 10.7.

3) Si la méthode d'évaluation au prix du marché est appliquée, majorations cf. ch. 5.

4) A la valeur du marché, cela correspond au traitement dans le compte de résultat, p. env. des positions de hedging.

5) La valeur du marché, cela correspond au traitement dans le compte de résultat, p. env. des positions de hedging.

6) Sont déduits des fonds propres de base, cf. ch. 10.1.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

	valeur nominale col. 01	facteur de conversion col. 02	équivalent-crédit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définies c.f. annexe II)					250% col. 08
			0%	25%	50%	75%	100%	
	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07			
2. Crédits par engagements								
Créances résultant de crédits par engagements qui ne figurent pas sous les actifs	50	1,000	50	50	50	50	50	
..... après pondération en fonction du risque	51	—	51	51	51	51	51	

	Valeur nominale col. 01	facteur de conversion col. 02	équivalent-crédit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définies c.f. annexe II)					250% col. 08
			0%	25%	50%	75%	100%	
	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07			
3. Engagements conditionnels¹⁾								
Les engagements résultant d'accrédits sur lesquels les créanciers ne peuvent pas compter, les garanties pour les défauts de l'ouvrage portant sur l'exécution d'ouvrages sis en Suisse	61	0,250	61	61	61	61	61	
Les prestations de garantie telles que les garanties de remboursement, les garanties de performance (performance bonds) y compris les garanties pour les défauts de l'ouvrage qui ne sont pas indiquées ci-dessus, les autres prestations de garantie telles que les engagements par avals, engagements résultant d'accrédits (standby letters of credit) qui n'assurent pas le risque de recouvrement, les garanties de remboursement d'acomptes liées à une prestation	62	0,500	62	62	62	62	62	
Les engagements par avals, cautionnements et garanties ainsi que les garanties irrévocables résultant d'accrédits (standby letters of credit) assurant le risque de recouvrement	63	1,000	63	63	63	63	63	
Total								
avant pondération en fonction du risque	70	—	70	70	70	70	70	
..... après pondération en fonction du risque	71	—	71	71	71	71	71	

1) Les engagements conditionnels pour lesquels la banque a donné des sous-participations peuvent, dans les limites de la sous-participation, être pondérés comme les créances directes contre les sous-participants respectifs.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

	équivalent-crédit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)									
	col. 01	col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08		
4. Engagements irrévocables ¹⁾	facteur de conversion	0%	25%	50%	75%	100%	250%			
	col. 01	col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08		
Les limites de crédits non couvertes et irrévocables, y compris les notes issuance facilitées, les revolving participations et les participations à durée résiduelle de plus d'un an.....	81	81	81	81	81	81	81	81		
Les engagements de libérer des actions et d'autres titres de participation ou de faire des versements supplémentaires pour ces titres										
non comptabilisés sous participations.....	82	82	82	82	82	82	82	82		
particip. ne devant pas être consolidées.....	83	83	83	83	83	83	83	83		
participations devant être consolidées.....	84	84	84	84	84	84	84	84		
Total										
avant pondération en fonction du risque.....	90	90	90	90	90	90	90	90		
après pondération en fonction du risque.....	91	91	91	91	91	91	91	91		

1) A concurrence des sous-participations accordées, les engagements irrévocables doivent être considérés comme couverts. Ils ne doivent être portés dans ce tableau qu'après déduction des sous-participations.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

5. Contrats à terme et options achetées	données de base ¹⁾ majorations	équivalent-credit total	équi-pesant et réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définies cf. annexe I)							
			col. 01	col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08
5.1 Méthode d'évaluation au prix du marché					0%	25%	50%	75%	100%	250%
5.1.1 Contrats à terme/majorations										
Sans les contrats d'une durée initiale jusqu'à 14 jours (calendrier), sans les contrats standardisés négociés auprès d'une bourse avec garantie de clearing, c. à d. sans les "futures", sans les contrats à terme effectués contre remise de garanties, traités sur un marché représentatif avec évaluation quotidienne au cours du marché et appel de marge quotidien (cf. art. 128 al. 7).										
Taux d'intérêt²⁾	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	01	0,000	01	01	01	01	01	01	01
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	02	0,005	02	02	02	02	02	02	02
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	03	0,015	03	03	03	03	03	03	03
	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	04	0,010	04	04	04	04	04	04	04
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	05	0,050	05	05	05	05	05	05	05
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	06	0,075	06	06	06	06	06	06	06
Devises, Or³⁾	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	07	0,060	07	07	07	07	07	07	07
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	08	0,080	08	08	08	08	08	08	08
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	09	0,100	09	09	09	09	09	09	09
Actions³⁾	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	10	0,040	10	10	10	10	10	10	10
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	11	0,050	11	11	11	11	11	11	11
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	12	0,075	12	12	12	12	12	12	12
Indices d'actions³⁾	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an									
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans									
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans									

- 1) Valeur de marché de la créance en argent ou de la préemption à la livraison du contrat, pour les contrats sur taux d'intérêt, la valeur nominale du contrat ou la valeur actualisée de la part créancière, composée de la valeur nominale et des intérêts (cf. art. 128 al. 6).
- 2) Durée résiduelle au moment de base sous-jacent.
- 3) Durée résiduelle du contrat.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1 000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

5.1.1 Contrats à terme/ majorations	dommes de base ¹⁾	majorations	equivalent- credit total	equivalent-credit repartit selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)														
				col. 01	col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08							
Métaux préc.³⁾																		
avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	13	0,070	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13
avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	14	0,080	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
avec durée résiduelle de plus de 5 ans	15	0,100	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
Autres marchandises³⁾																		
avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	16	0,120	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16
avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	17	0,130	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17
avec durée résiduelle de plus de 5 ans	18	0,150	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18
Total																		
avant pondération en fonction du risque	30	—	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
après pondération en fonction du risque	31	—	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31

1) Valeur de marché de la créance en argent ou de la préention à la livraison du contrat; pour les contrats sur taux d'intérêt, la valeur nominale du contrat ou la valeur actualisée de la part créancière, composée de la valeur nominale et des intérêts (cf. art. 126 al. 6).

3) Durée résiduelle du contrat.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

5.1.2 Options achetées/ majorations	dominées de base ¹⁾ majorations	équivalent- crédit total	équivalent-crédit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe I)							
			0%	25%	50%	75%	100%	250%		
		col. 01	col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08	
Options OTC, sans options d'une durée initiale jusqu'à 14 jours (calendrier) et sans options effectuées contre remise de garanties, traitées sur un marché représentatif avec une évaluation quotidienne au cours du marché et un appel de marge quotidien (cf. art. 12a et 7).										
Taux d'intérêt²⁾	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	41	41	41	41	41	41	41	41	
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	42	42	42	42	42	42	42	42	
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	43	43	43	43	43	43	43	43	
	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	44	44	44	44	44	44	44	44	
Devises, Or³⁾	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	45	45	45	45	45	45	45	45	
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	46	46	46	46	46	46	46	46	
	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	47	47	47	47	47	47	47	47	
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	48	48	48	48	48	48	48	48	
Actions³⁾	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	49	49	49	49	49	49	49	49	
	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	50	50	50	50	50	50	50	50	
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	51	51	51	51	51	51	51	51	
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	52	52	52	52	52	52	52	52	
Indices d'actions³⁾	avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	53	53	53	53	53	53	53	53	
	avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	54	54	54	54	54	54	54	54	
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	55	55	55	55	55	55	55	55	
	avec durée résiduelle de plus de 5 ans	56	56	56	56	56	56	56	56	

1) Valeur de marché de la créance en argent ou de la préemption à la livraison du contrat, évaluée au facteur delta; pour les contrats sur taux d'intérêt, la valeur nominale du contrat ou la valeur actualisée de la part créancière, composée de la valeur nominale et des intérêts, évaluée au facteur delta (cf. art. 12a et 6).

2) Durée résiduelle de l'instrument de base sous-jacent.

3) Durée résiduelle du contrat.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

5.1.2 Options achetées/ majorations	dominées de base ¹⁾ majorations	équivalent- credit total	équivalent-credit, réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)							
			0%	25%	50%	75%	100%	250%		
	col. 01	col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08		
Métaux préc.³⁾										
(sauf l'or)										
avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	53	0,070	53	53	53	53	53	53	53	
avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	54	0,080	54	54	54	54	54	54	54	
avec durée résiduelle de plus de 5 ans	55	0,100	55	55	55	55	55	55	55	
Autres marchandises³⁾										
avec durée résiduelle jusqu'à 1 an	56	0,120	56	56	56	56	56	56	56	
avec durée résiduelle entre 1 et 5 ans	57	0,130	57	57	57	57	57	57	57	
avec durée résiduelle de plus de 5 ans	58	0,150	58	58	58	58	58	58	58	
Total										
avant pondération en fonction du risque	70	—	70	70	70	70	70	70	70	
après pondération en fonction du risque	71	—	71	71	71	71	71	71	71	

1) Valeur de marché de la créance en argent ou de la préférence à la livraison du contrat, évaluée au facteur delta, pour les contrats sur taux d'intérêt, la valeur nominale du contrat ou la valeur actualisée de la part créancière, composée de la valeur nominale et des intérêts, évalués au facteur delta (cf. art. 12a al. 6).

3) Durée résiduelle du contrat.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

5.1.3 Valeurs de remplacement négatives compensables	valeur nominale	facteur de conversion	équivalent- crédit total	équivalent-crédit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)							
				0%	25%	50%	75%	100%	250%		
	col. 01		col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08		
Taux d'intérêt	81	1,000	81	81	81	81	81	81	81		
Devises, Or	82	1,000	82	82	82	82	82	82	82		
Actions	83	1,000	83	83	83	83	83	83	83		
Indices d'actions	84	1,000	84	84	84	84	84	84	84		
Métaux précieux (sauf l'or)	85	1,000	85	85	85	85	85	85	85		
Autres marchandises	86	1,000	86	86	86	86	86	86	86		
Total											
avant pondération en fonction du risque	90	—	90	90	90	90	90	90	90		
après pondération en fonction du risque	91	—	91	91	91	91	91	91	91		

Les valeurs de remplacement négatives peuvent être compensées, et par conséquent prises en compte dans le présent tableau, à hauteur des valeurs de remplacement positives, et des imputations des contrats correspondants. Les valeurs de remplacement positives peuvent être compensées, et par conséquent prises en compte dans le présent tableau, à concurrence de la majoration du contrat correspondant.

(saisir les montants sans indication de signe s.v.p.)

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

5.2 Contrats à terme, méthode d'évaluation du risque initial	valeur nominale ¹⁾ col. 01	facteur de conversion	équivalent-credit total	équivalent-credit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)							
				0%	25%	50%	75%	100%	250%		
	col. 01		col. 02	col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08		
Taux d'intérêt²⁾											
avec durée initiale jusqu'à 1 an ..	01	0,010	01	01	01	01	01	01	01		
avec durée initiale entre 1 et 2 ans ..	02	0,030	02	02	02	02	02	02	02		
avec durée initiale entre 2 et 3 ans ..	03	0,050	03	03	03	03	03	03	03		
avec durée initiale entre 3 et 4 ans ..	04	0,070	04	04	04	04	04	04	04		
avec durée initiale entre 4 et 5 ans ..	05	0,090	05	05	05	05	05	05	05		
avec durée initiale de plus de 5 ans ³⁾ ..	06	—	06	06	06	06	06	06	06		
Devises, Or³⁾											
avec durée initiale jusqu'à 1 an ..	08	0,040	08	08	08	08	08	08	08		
avec durée initiale entre 1 et 2 ans ..	09	0,100	09	09	09	09	09	09	09		
avec durée initiale entre 2 et 3 ans ..	10	0,160	10	10	10	10	10	10	10		
avec durée initiale entre 3 et 4 ans ..	11	0,220	11	11	11	11	11	11	11		
avec durée initiale entre 4 et 5 ans ..	12	0,280	12	12	12	12	12	12	12		
avec durée initiale de plus de 5 ans ³⁾ ..	13	—	13	13	13	13	13	13	13		
Actions³⁾											
avec durée initiale jusqu'à 1 an ..	15	0,120	15	15	15	15	15	15	15		
avec durée initiale entre 1 et 2 ans ..	16	0,210	16	16	16	16	16	16	16		
avec durée initiale entre 2 et 3 ans ..	17	0,300	17	17	17	17	17	17	17		
avec durée initiale entre 3 et 4 ans ..	18	0,390	18	18	18	18	18	18	18		
avec durée initiale entre 4 et 5 ans ..	19	0,480	19	19	19	19	19	19	19		
avec durée initiale de plus de 5 ans ³⁾ ..	20	—	20	20	20	20	20	20	20		

1) Valeur nominale du contrat ou de la part créancière (cf. art. 12e al. 6).

2) Durée initiale de l'instrument de base sous-jacent.

3) Durée initiale du contrat.

4) Indiquer le montant total de tous les contrats concernés. La banque doit être en mesure, sur demande, de produire le détail de ce montant global.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

5.2 Contrats à terme, méthode d'évaluation du risque initial	valeur nominale ¹⁾		facteur de conversion	équivalent-crédit total	équivalent-crédit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe II)															
	col. 01	col. 02			col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08										
Indices d'actions³⁾																				
avec durée initiale jusqu'à 1 an ..	22	0,080		22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
avec durée initiale entre 1 et 2 ans ..	23	0,140		23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23
avec durée initiale entre 2 et 3 ans ..	24	0,200		24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24
avec durée initiale entre 3 et 4 ans ..	25	0,260		25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
avec durée initiale entre 4 et 5 ans ..	26	0,320		26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
avec durée initiale de plus de 5 ans ⁴⁾ ..	27	—		27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27
Métaux préc.³⁾																				
avec durée initiale jusqu'à 1 an ..	29	0,140		29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29
avec durée initiale entre 1 et 2 ans ..	30	0,240		30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
avec durée initiale entre 2 et 3 ans ..	31	0,340		31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31
avec durée initiale entre 3 et 4 ans ..	32	0,440		32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32	32
avec durée initiale entre 4 et 5 ans ..	33	0,540		33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33
avec durée initiale de plus de 5 ans ⁴⁾ ..	34	—		34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34
Autres Marchandises³⁾																				
avec durée initiale jusqu'à 1 an ..	36	0,240		36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36	36
avec durée initiale entre 1 et 2 ans ..	37	0,420		37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37	37
avec durée initiale entre 2 et 3 ans ..	38	0,600		38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38
avec durée initiale entre 3 et 4 ans ..	39	0,780		39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39
avec durée initiale entre 4 et 5 ans ..	40	0,960		40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40	40
avec durée initiale de plus de 5 ans ⁴⁾ ..	41	—		41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41	41
Total																				
avant pondération en fonction du risque	45	—		45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45
après pondération en fonction du risque	46	—		46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46

1) Valeur nominale du contrat ou de la part créancière (cf. art. 12e al. 6).

2) Durée initiale du contrat.

3) Indiquer le montant total de tous les contrats concernés. La banque doit être en mesure, sur demande, de produire le détail de ce montant global.

4) Indiquer le montant total de tous les contrats concernés. La banque doit être en mesure, sur demande, de produire le détail de ce montant global.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

	valeur au bilan valeur de marché		facteur de conversion	équivalent- crédit total		équivalent-crédit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (déterminé par annexe II)							
	col. 01	col. 02		col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08				
6. Positions à risque inhérentes à l'émission Positions nettes longues (art. 12n al. 2 et 3)													
Titres de créance de rang non subordonné	51	1 000		51	51	51	51	51	51	51	51	51	51
Titres de créance de rang subordonné													
négociés auprès d'une bourse reconnue ..	52	0 500		52	52	52	52	52	52	52	52	52	52
autres	53	1 000		53	53	53	53	53	53	53	53	53	53
Titres de créance de rang subordonné émis par la banque et que celle-ci délient directement ou indirectement dans le portefeuille destiné au négocier.	54	12 500		54	54	54	54	54	54	54	54	54	54
Actions et autres titres de participation négociés auprès d'une bourse reconnue qui ne sont pas comptabilisés sous participations ¹⁾ , certificats de fonds de placement négociés auprès d'une bourse reconnue	55	1 250		55	55	55	55	55	55	55	55	55	55
Actions et autres titres de participation du portefeuille destiné au négocier qui ne sont pas comptabilisés dans la mesure où, pris seuls ou cumulés avec les titres de participation comptabilisés sous immobilisations financières ou participations, ils constituent une participation qualifiée; actions et autres titres de participation comptabilisés sous participations auprès d'une bourse reconnue et comptabilisés sous participations ²⁾ , certificats de fonds de placement qui ne sont pas négociés auprès d'une bourse reconnue.	56	2 500		56	56	56	56	56	56	56	56	56	56
Participations qui ne doivent pas être consolidées, à l'exception des titres du portefeuille destiné au négocier et des participations à des entreprises du secteur bancaire, financier ou des assurances ³⁾	57	5 000		57	57	57	57	57	57	57	57	57	57
Participations à des sociétés immobilières possédant des actifs sous forme de:													
immuables à l'usage de la banque	58	2 500		58	58	58	58	58	58	58	58	58	58
autres immeubles	59	3 750		59	59	59	59	59	59	59	59	59	59
Propres actions et autres titres de participation émis par la banque et que celle-ci délient directement ou indirectement dans le portefeuille destiné au négocier.	60	12 500		60	60	60	60	60	60	60	60	60	60
Total	65	—		65	65	65	65	65	65	65	65	65	65
avant pondération en fonction du risque	66	—		66	66	66	66	66	66	66	66	66	66
après pondération en fonction du risque													

1) Autant qu'ils ne forment pas, seuls ou avec les titres comptabilisés sous participations, une participation qualifiée au sens de l'art. 3 al. 2 let. c bis LB.
 2) Les immobilisations financières qui, prises seules ou avec les titres comptabilisés sous participations atteignent le montant d'une participation qualifiée au sens de l'art. 3 al. 2 let. c bis LB. doivent être pondérées avec le facteur de conversion 5,000.
 3) Pour les participations à des entreprises du secteur bancaire, financier ou des assurances ne devant pas être consolidées, la position de risque inhérente à l'investisseur (position nette longue) est déduite des fonds propres (cf. ch. 10.7).

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

7. Positions avec risque de marché	valeur de marché		facteur de conversion	équivalent- crédit total	équivalent-credit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe I)				
	col. 01	col. 02			0%	25%	50%	75%	100%
Positions ouvertes				col. 03	col. 04	col. 05	col. 06	col. 07	col. 08
Devises, Or									
longues	71	1,250		71	71	71	71	71	71
courtes	72	1,250		72	72	72	72	72	72
Métaux préc.									
longues	73	2,500		73	73	73	73	73	73
courtes	74	2,500		74	74	74	74	74	74
Marchandises									
longues	75	3,750		75	75	75	75	75	75
courtes	76	3,750		76	76	76	76	76	76
Total									
avant pondération en fonction du risque	80	—		80	80	80	80	80	80
après pondération en fonction du risque	81	—		81	81	81	81	81	81
8. Correctifs de valeurs et provisions comptabilisés sous les passifs									
	valeur au bilan		facteur de conversion	équivalent- crédit total	équivalent-credit réparti selon les taux de pondération en fonction du risque (définitions cf. annexe I)				
	col. 01	col. 02			0%	25%	50%	75%	100%
Sont déduits du total des fonds propres exigibles pour toutes les banques, 5% des correctifs de valeurs et des provisions comptabilisés, sous les passifs, en couverture des positions pour lesquelles des fonds propres sont exigibles. Déduction faite des réserves liées prises en compte selon l'art. 11b al. 1, let. b, et déduction faite des correctifs de valeurs comptabilisés au passif qui ont été pris en compte lors du calcul de la position nette longue selon l'art. 12h al. 3.									
<i>(saisir les montants sans indication de signe s. v. p.)</i>									
avant pondération en fonction du risque	90	1,000		90	90	90	90	90	90
après pondération en fonction du risque	91	—		91	91	91	91	91	91

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

9. Total des fonds propres exigibles		positions pondérées en fonction du risque	fonds propres exig. 8%
<i>(saisir les montants sans indication de signe s.v.p.)</i>		col. 01	col. 02
1.	Actifs du bilan.....	01	
2.	Crédits par engagements.....	02	
3.	Engagements conditionnels.....	03	
4.	Engagements irrévocables.....	04	
5.	Contrats à terme et options achetées		
5.1	Méthode d'évaluation au prix du marché		
5.1.1	Contrats à terme/majorations.....	05	---
5.1.2	Options achetées/majorations.....	06	---
5.1.3	∫ Valeurs de remplacement négatives compensables.....	- 07	---
	Total de 5.1 (Somme de 5.1.1 + 5.1.2 - 5.1.3).....	08	
5.2	Méthode d'évaluation du risque initial.....	09	
6.	Positions de risque inhérentes à l'émetteur.....	10	
7.	Positions avec risque de marché.....	11	
8.	∫ Correctifs de valeurs et provisions comptabilisés sous les passifs.....	- 12	
9 a.	Total des fonds propres exigibles (bruts).....	13	13
9 b.	∫ Déductions pour banques cantonales (12.5% max.).....	--- 14	- 14
9 c.	Renforcements selon art. 4 al. 3 LB.....	--- 15	15
9 d.	∫ Allègements selon art. 4 al. 3 LB.....	--- 16	- 16
9.	Total des fonds propres exigibles (nets).....	--- 20	20

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

(saisir les montants sans indication de signe s. v. p.)

10. Calcul des fonds propres pouvant être pris en compte

Les fonds propres sont constitués par l'addition des fonds propres de base (art. 11a; tier 1) et des fonds propres complémentaires (art. 11b; tier 2), diminuée des déductions au sens de l'art. 11c.

Les fonds propres complémentaires peuvent être pris en compte au maximum à concurrence de 100% de la valeur des fonds propres de base obtenue après la déduction prévue par l'art. 11a al. 3. Ils sont divisés en deux catégories, les fonds propres complémentaires supérieurs (art. 11b al. 1; upper tier 2) et les fonds propres complémentaires inférieurs (art. 11b al. 2; lower tier 2). La somme des éléments constitutifs des fonds propres complémentaires inférieurs pris en compte ne doit pas dépasser 50% des fonds propres de base.

10.1 Fonds propres de base

Sont considérés comme des fonds propres de base, y compris les parts au capital d'actionnaires minoritaires dans les filiales consolidées selon la méthode de l'intégration globale dans le cadre du calcul consolidé des fonds propres:

	col. 01
a) Capital libéré (capital-actions, capital social, capital de dotation ou capital-participation, ainsi que le montant de la commandite pour les banquiers privés)	01
b) Réserves apparentes réserves pour risques bancaires généraux, réserve légale générale, réserve pour propres titres de participation, autres réserves)	02
c) Bénéfice reporté	03
d) Bénéfice de l'exercice en cours (dans la mesure où un bouclier intermédiaire révisé comprenant un compte de résultat complet selon l'art. 25a al. 1 a été établi, la prise en compte étant limitée au montant net après déduction de la part prévisible des dividendes)	04
e) Pour les banquiers privés en outre (raisons individuelles, sociétés en nom collectif et en commandite)	
- Comptes de capital	05
- Avoirs des associés indéfiniment responsables (dans la mesure où il ressort d'une déclaration écrite qu'ils prennent irrévocablement rang après les créances de tous les autres créanciers en cas de liquidation, de faillite ou de concordat et ne peuvent être ni compensés avec des créances de la banque ni garantis par des actifs de la banque)	06
Total des fonds propres de base	07

10.2 Déductions des fonds propres de base

a) Propres actions et autres titres de participation émis par la banque (position nette longue selon art. 12h al. 3) qu'elle détient directement ou indirectement, à l'exception du portefeuille destiné au négoce	08
b) Perte reportée et perte de l'exercice en cours	09
c) Correctifs de valeurs et provisions nécessaires non couverts de l'exercice en cours	10
d) Différences actives qui résultent de l'élimination des participations et qui ne peuvent être attribuées directement à aucun poste de l'actif (goodwill)¹⁾	11
Total des déductions	12

10.3 Total des fonds propres de base pouvant être pris en compte.....

1) Y compris les positions à amortir portées à l'actif.

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

10.4 Fonds propres complémentaires supérieurs		col. 01
a) Instruments présentant des caractères de capital propre et de capital étranger (instruments hybrides).....	qui satisfont à toutes les conditions suivantes: - ils sont intégralement libérés, ne sont pas garantis par des valeurs patrimoniales de la banque, ne prévoient aucun terme ferme de remboursement et prennent rang après toutes les créances non subordonnées. - ils ne peuvent être remboursés à l'initiative du détenteur. - Le contrat d'émission doit permettre à la banque de différer le paiement d'intérêts échus de la dette. - La dette et les intérêts non versés doivent être disponibles pour absorber une perte sans que la banque soit contrainte de cesser son activité.	16
b) Réserves latentes contenues dans la rubrique correctifs de valeur et provisions.....	à condition qu'elles soient attribuées à un compte spécial et reconnaissables comme fonds propres. Le rapport de révision devra confirmer qu'elles peuvent être prises en compte comme fonds propres complémentaires. Ces réserves doivent être indiquées spontanément aux autorités fiscales.	17
c) Réserves latentes de l'actif immobilisé et des immobilisations financières.....	le montant pris en compte peut atteindre au maximum la différence entre la valeur maximale au sens de l'art. 665 CO et la valeur comptable tout en ne pouvant être supérieur à 45% de la différence entre le prix du marché et la valeur comptable. Le rapport de révision devra confirmer qu'elles peuvent être prises en compte comme fonds propres complémentaires. Ces réserves doivent être indiquées spontanément aux autorités fiscales.	18
Total des fonds propres complémentaires supérieurs.....		19
10.5 Fonds propres complémentaires inférieurs		
a) Fonds étrangers de rang subordonné (cf. ch. 12, C 006).....	Les prêts accordés à la banque y compris les emprunts obligataires d'une durée originale de 5 ans au minimum, s'il ressort d'une déclaration écrite qu'en cas de liquidation, de faillite ou de concordat, ils prennent irrévocablement rang après les créances de tous les autres créanciers et qu'ils ne peuvent être ni compensés avec des créances de la banque ni garantis par des actifs de la banque. Dans les 5 dernières années avant le remboursement, leur prise en compte est diminuée chaque année d'une part cumulée de 20% de la valeur nominale originale. Lorsque le créancier dispose d'une possibilité de résiliation, le prêt est considéré comme prenant fin à l'échéance la plus rapprochée pour laquelle il peut être dénoncé.	20
b) Fonds étrangers de rang subordonné des banques cantonales (cf. ch. 12, C 006).....	a) est applicable par analogie à condition que lesdits prêts de rang subordonné accordés à la banque ne soient pas, en raison de la renonciation du créancier ou d'une autre manière, couverts par une garantie de l'Etat.	21
c) Obligation de versements supplémentaires pour les sociétés coopératives.....	50% du montant de l'obligation de faire des versements supplémentaires portant sur une somme déterminée par associé, dans la mesure où il a souscrit un engagement écrit irrévocable conformément à l'art. 840 al. 2 CO.	22
d) Autres éléments des fonds propres complémentaires inférieurs.....	- Un montant garanti sans réserve par une commune qui pouvait être pris en compte en application de l'ancien art. 11 al. 1 let. c, pourra encore être pris en compte à titre de fonds propres jusqu'au 31 décembre 1999 au plus tard. - Pendant un délai transitoire allant au maximum jusqu'au 31 décembre 1999, les banques affiliées à une organisation centrale qui sont constituées en société coopérative pourront prendre en compte l'obligation de faire des versements supplémentaires au sens de l'art. 11b al. 2 let. c, à concurrence de l'ensemble des fonds propres de base, ainsi que les emprunts de rang subordonné au sens de l'art. 11b al. 2 let. a, à concurrence de la moitié de l'ensemble des fonds propres de base. La somme des fonds propres complémentaires ne devra cependant pas dépasser 150% des fonds propres de base. La Commission des banques peut proroger ce délai.	23
Total des fonds propres complémentaires inférieurs.....		24
10.6 Total des fonds propres complémentaires.....		30
Fonds propres complémentaires inférieurs en % des fonds propres de base (indiquer des chiffres à deux décimales).....	La somme des fonds propres complémentaires inférieurs ne doit pas dépasser 50% des fonds propres de base	#DIV/0! 31 Total 10,5/10,3
Fonds étrangers de rang subordonné en % des fonds propres de base (indiquer des chiffres à deux décimales).....	La banque est tenue d'informer la CFB, en indiquant les motifs, lorsque ses fonds étrangers de rang subordonné selon ch. 10.5 let. a) et b) des fonds propres complémentaires inférieurs, dépassent 25% des fonds propres de base.	#DIV/0! 32 (10,5a ou 10,5b)/10,3
Fonds propres complémentaires en % des fonds propres de base (indiquer des chiffres à deux décimales).....		#DIV/0! 33 10,6/10,3

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

(saisir les montants sans indication de signe s.v.p.)

10.7 Fonds propres		col. 01	
a) Total des fonds propres de base pouvant être pris en compte		34	10.3
b) Total des fonds propres complémentaires supérieurs	35	—	10.4
c) Fonds propres complémentaires inférieurs pouvant être pris en compte (max. 50% des fonds propres de base pouvant être pris en compte)	36	—	
d) Total des fonds propres complémentaires pouvant être pris en compte (max. 100% des fonds propres de base pouvant être pris en compte)		37	
Total des fonds propres (somme des positions a+d)		40	
10.8 Déductions du total des fonds propres			
a) Positions nettes longues selon art. 12h al. 3 des participations à des entreprises du secteur bancaire et financier qui doivent être consolidées et des créances de rang subordonné sur les entreprises concernées. ...		41	
b) Positions nettes longues selon art. 12h al. 3 des participations qui ne doivent pas être consolidées à des entreprises du secteur bancaire, financier ou des assurances et des créances de rang subordonné sur les entreprises concernées.		42	
c) Positions nettes longues selon art. 12h al. 3 des titres de créances de rang subordonné émis par la banque et que celle-ci détient directement ou indirectement, pris en compte en qualité de fonds propres complémentaires.		43	
Total des déductions.....		44	
10.9 Total des fonds propres pouvant être pris en compte.....		45	10.7-10.8

Calcul des fonds propres exigibles

(en 1'000 francs)

Indiquez votre code s. v. p.

11. Calcul surplus/insuffisance de couverture en fonds propres	col. 01	
11.1 Total des fonds propres pouvant être pris en compte	01	10.9
11.2 Total des fonds propres exigibles	02	9
11.3 Surplus de couverture en fonds propres	03	11.1-11.2
11.4 Insuffisance de couverture en fonds propres (saisir le montant sans indication de signe s. v. p.)	04	
11.5 Part du surplus de fonds propres utilisée à des fins de couverture de participations selon l'art. 14a let. c OB.	05	

12. Justification des prêts et emprunts obligataires de rang subordonné accordés à la banque	valeur au bilan		val. prise en compte
	col. 02		col. 03
Emprunts obligataires et prêts de rang subordonné accordés à la banque			
avec durée résiduelle de 5 ans et plus	11	100%	11
avec durée résiduelle de moins de 5 ans	12	80%	12
avec durée résiduelle de moins de 4 ans	13	60%	13
avec durée résiduelle de moins de 3 ans	14	40%	14
avec durée résiduelle de moins de 2 ans	15	20%	15
avec durée résiduelle de moins de 1 an	16	0%	16
Total des emprunts obligataires et prêts de rang subordonné accordés à la banque, selon bilan....	20	—	20
Total des emprunts obligataires et prêts de rang subordonné accordés à la banque, pouvant être pris en compte	21	—	21

Calcul des fonds propres exigibles

Art. 14 Définitions

Aux art. 12 à 13b, on entend par:

a. Pays de l'OCDE:

1. les pays membres à part entière de l'Organisation de coopération et de développement économique;
2. les pays qui ont conclu des accords spéciaux de prêt avec le Fonds monétaire international dans le cadre de ses Accords généraux d'emprunt à l'exception des pays qui ont rééchelonné leur dette extérieure au cours des cinq dernières années et des pays pour lesquels la Commission des banques prescrit des correctifs de valeurs minimaux pour les créances comprenant un risque-pays.

b. Banques multilatérales de développement:

1. la Banque internationale pour la reconstruction et le développement (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD);
2. la Société financière internationale (International Finance Corporation, IFC);
3. la Banque interaméricaine de développement (Inter American Development Bank, IADB);
4. la Banque asiatique de développement (Asian Development Bank, AsDB);
5. la Banque africaine de développement (African Development Bank, AfDB);
6. la Banque européenne d'investissement (European Investment Bank, EIB);
7. le Fonds de développement social du Conseil de l'Europe (Council of Europe Social Development Fund);
8. la Banque nordique d'investissement (Nordic Investment Bank);
9. la Banque de développement des Caraïbes (Caribbean Development Bank);
10. la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (European Bank for Reconstruction and Development, EBRD).

c. Banques opérant au niveau international:

Les banques qui disposent de succursales à l'étranger ou qui y détiennent des participations à des entreprises du secteur bancaire ou financier qu'elles doivent consolider selon l'art. 13a.

d. Marché représentatif:

Tout marché organisé comprenant une publication régulière des cours où au moins trois teneurs de marché (market makers) indépendants les uns des autres offrent en règle générale quotidiennement des cours.

Calcul des fonds propres exigibles

Pondération des créances en fonction du risque selon la contrepartie

0%

Liquidités; créances sur les administrations centrales et les banques centrales des pays de l'OCDE; créances sur les Communautés européennes et l'Institut monétaire européen; créances garanties par le nantissement ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente portant sur des dépôts de fonds auprès de la banque; créances garanties par le nantissement ou une autre forme de sûreté de qualité au moins équivalente portant sur des obligations de caisse, des emprunts obligataires et d'autres titres de créance de rang non subordonné émis par la banque; dans les limites de la valeur de la couverture, les créances relatives à des prêts de consommation et des opérations de mise et de prise en pension portant sur des valeurs mobilières, des métaux précieux et des marchandises, lorsqu'ils sont garantis par des dépôts de fonds, des valeurs mobilières, des métaux précieux ou des marchandises négociés sur un marché représentatif et qu'une évaluation quotidienne au cours du marché et un appel de marge quotidien ont lieu (cf. art. 12g).

25%

Créances sur la BRI; créances sur les banques multilatérales de développement au sens de l'art. 14 let. b; créances sur les autres CDP des pays de l'OCDE; créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à 1 an sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE, y compris les soldes créanciers obtenus après close-out-netting (art. 12f al. 2 let. a); lettres de gage suisses; créances sur les établissements créés en commun par les banques et reconnus par la CFB; créances sur les bourses d'options "financial futures", dans la mesure où les bourses sont soumises à une surveillance adéquate et où les contrats et les garanties sont soumis à une évaluation quotidienne au cours du marché et à un appel de marge quotidien; titres de créance du portefeuille destiné au négoce qui sont émis par des banques ayant leur siège principal dans un pays de l'OCDE et négociés auprès d'une bourse reconnue, quelle que soit leur durée résiduelle.

50%

Créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier sur des immeubles d'habitation sis dans un pays de l'OCDE ou sur des immeubles agricoles inscrits en tant que tels au registre foncier suisse, jusqu'aux 2/3 de la valeur vénale; créances d'une durée résiduelle d'un à 3 ans sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE; créances d'une durée résiduelle allant jusqu'à 1 an sur des banques qui ont leur siège principal hors des pays de l'OCDE, y compris les soldes créanciers obtenus après close-out-netting (art. 12f al. 2 let. a); créances de rang subordonné sur les CDP des pays de l'OCDE.

75%

Créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier sur des immeubles d'habitation sis dans un pays de l'OCDE, au-delà des 2/3 de la valeur vénale, sur des terrains à bâtir, des immeubles commerciaux et des immeubles artisanaux polyvalents sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'à 1/2 de la valeur vénale ou sur des immeubles à caractère industriel sis dans un pays de l'OCDE, jusqu'à 1/3 de la valeur vénale; créances d'une durée résiduelle de plus de 3 ans sur des banques qui ont leur siège principal dans un pays de l'OCDE; crédits lombard garantis par un portefeuille diversifié composé de valeurs patrimoniales mobilières usuelles, négociées auprès d'une bourse reconnue ou sur un marché représentatif au sens de l'art. 14 let. d, de dépôts de fonds ou de placements fiduciaires, et qui font l'objet d'une évaluation hebdomadaire, ou quotidienne si la situation du marché est inhabituelle, à moins que le crédit lombard d'un client ne soit pondéré de façon individualisée en fonction des couvertures.

100%

Créances sur les CDP situées hors des pays de l'OCDE; créances d'une durée résiduelle de plus de 1 an sur des banques qui ont leur siège principal hors des pays de l'OCDE; créances sur toutes les autres contreparties; autres créances garanties de manière directe ou indirecte par un gage immobilier.

250%

Créances de rang subordonné (sauf celles sur les CDP des pays de l'OCDE).

Remarques générales:

Lorsqu'une banque n'est pas en mesure de fractionner une position en fonction des contreparties, cette position doit être pondérée à 100 pour cent (cf. art. 12 al. 3).

Les facteurs de pondération en fonction du risque applicables selon l'art. 12a al. 1 ch. 1-5 aux créances directes contre des tiers peuvent également être appliqués aux créances garanties par ces tiers, par des titres de créance qu'ils ont émis ou par des placements fiduciaires qu'ils détiennent (art. 12a al. 2).